

Universität zu Köln
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

**Ursachen niedriger Fertilität
in hoch entwickelten Staaten**

Soziologische, ökonomische und politische Einflussfaktoren

Inauguraldissertation zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors der
Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Dr. rer. pol.) an der Wirtschafts- und Sozial-
wissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln

vorgelegt von
Diplom-Volkswirtin
Nicola Elke Hülskamp

November 2005

Referent: Prof. Dr. E. Bomsdorf
Korreferent: Prof. Dr. F. Schulz-Nieswandt
Tag der Promotion: 10. Februar 2006

Danksagung

Die Idee zu dieser Dissertation ist aus meiner Arbeit am Institut der deutschen Wirtschaft Köln heraus entstanden und mein Dank gilt vor allem meinem Doktorvater Prof. Dr. Eckart Bomsdorf, der mich nicht nur mit seinem fachlichen Rat begleitet hat, sondern mit Verständnis und Flexibilität auf meine Lage als externe Doktorandin eingegangen ist. Prof. Dr. Frank Schulz-Nieswandt hat mir entscheidende Hinweise zum interdisziplinären Ansatz gegeben, wofür ich ihm sehr dankbar bin. Ich danke meinen Kollegen und Vorgesetzten, die immer ein offenes Ohr für meine Fragen hatten und mit ihren fundierten Anregungen den Fortgang der Arbeit beschleunigt haben. Insbesondere die Zusammenarbeit mit Susanne Seyda hat mir oft weiter geholfen. Ein Dankeschön geht auch an die Bibliothekarinnen des Institutes, welche jedes gewünschte Buch in kürzester Zeit herbei geschafft haben, und an die Mitarbeiter der Luxemburger Einkommensstudie, die meine technischen Schwierigkeiten schnell und hilfreich gelöst haben. Neben der fachlichen und technischen Unterstützung wurzelt diese Arbeit aber im emotionalen Rückhalt meiner Familie. Meine Eltern haben mir mit ihrer liebevollen Erziehung das Selbstvertrauen und meine Geschwister den nötigen Ehrgeiz mitgegeben, um die Doppelbelastung einer berufsbegleitenden Dissertation erfolgreich zu meistern. Ihnen bin ich besonders dankbar. Letztlich ermöglicht wurde diese Arbeit aber durch Martin und Sonja, die mich beide intensiv unterstützt haben – mein Mann durch seine fordernden Diskussionen und liebevolle Zuwendung und mein kleines Töchterchen durch erstaunliche Selbstgenügsamkeit in ihren ersten Lebenswochen. Ihnen ist diese Arbeit von Herzen gewidmet.

Inhaltsverzeichnis

EINLEITUNG	1
1 ZUR THEORIE DES GEBURTENRÜCKGANGES	4
1.1 SOZIOLOGISCHE THEORIEN.....	5
1.1.1 <i>Entwicklung der Familie im historischen und soziokulturellen Kontext</i>	5
1.1.2 <i>Die Trennung von Wohn- und Arbeitsort</i>	8
1.1.3 <i>Der Einfluss der verlängerten Lebenszeit</i>	11
1.1.4 <i>Der Wandel im Verständnis von Ehe und Familiengründung</i>	12
1.1.5 <i>Entwicklung von Geschlechterrollen und Glücksvorstellungen</i>	13
1.1.6 <i>Das Selbstverständnis der Eltern</i>	18
1.1.7 <i>Der Einfluss der Familienpolitik auf die Fertilitätsrate</i>	21
1.2 ÖKONOMISCHE THEORIEN	25
1.2.1 <i>Sozio-ökonomische Rahmenbedingungen und Fertilitätsraten</i>	25
1.2.2 <i>Mikroökonomische Haushaltstheorie</i>	27
1.2.3 <i>Neuere familienökonomische Modelle</i>	31
1.2.4 <i>Der Einfluss des Bildungsniveaus auf die Fertilität</i>	35
1.2.5 <i>Theorie der biographischen Festlegung</i>	36
1.3 ZUSAMMENFASSUNG: THEORIEN ZUR FERTILITÄTSENTSCHEIDUNG	38
2 STATISTISCH-EMPIRISCHE ÜBERPRÜFUNG VON HAUPT EINFLUSSFAKTOREN	39
2.1 FERTILITÄT UND EINKOMMEN	40
2.1.1 <i>Literaturüberblick: Zusammenhang zwischen Fertilität und Einkommen</i>	40
2.1.2 <i>Analyse mit den Daten der Luxemburger Einkommensstudie</i>	54
2.1.3 <i>Ansätze zur Erklärung der unterschiedlichen Entwicklungen</i>	77
2.1.4 <i>Zusammenfassung: Fertilität und Einkommen</i>	86
2.2 FERTILITÄT UND BILDUNG.....	90
2.2.1 <i>Literaturüberblick: Zusammenhang zwischen Fertilität und Bildung</i>	90
2.2.2 <i>Analyse mit den Daten der Luxemburger Einkommensstudie</i>	92
2.2.3 <i>Zusammenfassung: Fertilität und Bildung</i>	104
2.3 FERTILITÄT UND DAS BERUFLICHE UMFELD DER FRAU	106
2.3.1 <i>Literaturüberblick über Fertilität und Frauenerwerbstätigkeit</i>	106
2.3.2 <i>Analyse mit den Daten der Luxemburger Einkommensstudie</i>	108
2.3.3 <i>Zusammenfassung: Fertilität und berufliches Umfeld</i>	121
3 POLITIKIMPLIKATIONEN	123
3.1 FAMILIENREGIME IN DEN UNTERSUCHTEN LÄNDERN.....	123
3.2 DIE POLITISCHEN RAHMENBEDINGUNGEN IN DEUTSCHLAND	127
3.2.1 <i>Kindergeld und Kinderfreibetrag</i>	128
3.2.2 <i>Elternschutzgesetze</i>	129
3.2.3 <i>Steuergesetzgebung</i>	135
3.2.4 <i>Sachtransfers: Kinderbetreuung und Bildungssystem</i>	141

3.2.5	<i>Sozialsysteme: Die Renten- und Krankenversicherung</i>	145
3.2.6	<i>Die Besonderheiten der Fertilitätsentscheidung in Ostdeutschland</i>	150
3.2.7	<i>Zusammenfassung: Politikimplikationen für Deutschland</i>	152
	ZUSAMMENFASSUNG	156
	LITERATUR	162
	ANHANG	179
I.	DIE LUXEMBURGER EINKOMMENSSTUDIE	179
II.	AUSWAHL DER STICHPROBE	180
III.	DIE STATISTISCHEN PRÜFMETHODEN	184
	<i>Der Rangkorrelationstest nach Kendall</i>	185
	<i>Der U-Test nach Mann und Whitney</i>	189
IV.	EINKOMMEN UND KAUFKRAFTPARITÄTEN	190
V.	GEWICHTUNGSFAKTOREN UND INFLATIONS AUSGLEICH	191

Verzeichnis der Tabellen

<i>Tabelle 1: Ausgewählte soziologische Kennziffern im internationalen Vergleich</i>	13
<i>Tabelle 2: Kinderarmut in entwickelten Ländern 2004</i>	41
<i>Tabelle 3: Haushaltsnettoeinkommen von Familien</i>	45
<i>Tabelle 4: Entwicklung der verfügbaren Einkommen nach Haushaltsform</i>	47
<i>Tabelle 5: Wohlstandspositionen nach Haushaltsform 1972 bis 2000</i>	48
<i>Tabelle 6: Definition der Lebenszyklusphasen nach Eggen</i>	50
<i>Tabelle 7: Einkommen und Kinderzahl nach dem Mikrozensus 1997</i>	53
<i>Tabelle 8: Durchschnittliche Kinderzahl je Einkommensdezil</i>	59
<i>Tabelle 9: Abhängigkeit zwischen Einkommen und Kinderzahl</i>	61
<i>Tabelle 10: Kinderlosigkeit je Einkommensdezil</i>	63
<i>Tabelle 11: Lineare Regression: Kinderlosigkeit und Einkommensdezile</i>	64
<i>Tabelle 12: Kinderreiche Familien je Einkommensdezil</i>	67
<i>Tabelle 13: Lineare Regression: Kinderreiche Familien und Einkommensdezile</i>	68
<i>Tabelle 14: Einkommen und Kinderzahl in Ost- und Westdeutschland 1994</i>	69
<i>Tabelle 15: Einkommen und Kinderzahl in Ost- und Westdeutschland 2000</i>	70
<i>Tabelle 16: Einkommensvergleich von Eltern und Kinderlosen 1980</i>	74
<i>Tabelle 17: Einkommensvergleich von Eltern und Kinderlosen 1990 und 2000</i>	75
<i>Tabelle 18: Einkommen von Eltern und Kinderlosen in Ost- und Westdeutschland</i>	76
<i>Tabelle 19: Staatliche Unterstützung für Familien 1980 und 2000</i>	79
<i>Tabelle 20: Unterschiede im Lohneinkommen von kinderlosen Frauen und Müttern</i>	81
<i>Tabelle 21: Frauenlohneinkommen in Ost- und Westdeutschland 1994 und 2000</i>	84
<i>Tabelle 22: Zusammenfassung der Testergebnisse: Einkommen und Fertilität</i>	88
<i>Tabelle 23: Gewählte Einteilung der Bildungsniveaus in den Stichproben 2000</i>	92
<i>Tabelle 24: Unterschiede in der Zuordnung der Bildungsniveaus 2000</i>	94
<i>Tabelle 25: Kinderzahl und Bildungsniveau 2000</i>	95
<i>Tabelle 26: Abhängigkeit zwischen Bildungsniveau und Kinderzahl 2000</i>	96
<i>Tabelle 27: Kinderlosigkeit und Bildungsniveau 2000</i>	98
<i>Tabelle 28: Kinderreiche Familien und Bildungsniveau 2000</i>	99
<i>Tabelle 29: Kinderzahl und Bildungsgrad der 37- bis 42-Jährigen</i>	100
<i>Tabelle 30: Zusammenfassung der Testergebnisse: Fertilität und Bildung</i>	104
<i>Tabelle 31: Erwerbstätigkeit und Mutterschaft 2000</i>	108
<i>Tabelle 32: Verteilung der Frauen auf die verschiedenen Berufsgruppen 2000</i>	110
<i>Tabelle 33: Durchschnittliche Kinderzahl und Berufsgruppe 2000</i>	111
<i>Tabelle 34: Ländervergleich von Kinderzahl und Berufsgruppe 2000</i>	113
<i>Tabelle 35: Kinderlosigkeit und Berufsgruppen 2000</i>	115
<i>Tabelle 36: Ländervergleich von Kinderlosigkeit und Berufsgruppe 2000</i>	116
<i>Tabelle 37: Kinderreiche Familien und Berufsgruppe 2000</i>	117
<i>Tabelle 38: Ländervergleich kinderreiche Familien und Berufsgruppe 2000</i>	118
<i>Tabelle 39: Betreuungsangebote für Kinder 2002 und 2015</i>	142

<i>Tabelle 40: Einstellungen zu Kindern und zur Berufstätigkeit von Müttern</i>	152
<i>Tabelle 41: Charakterisierung der Stichproben</i>	183
<i>Tabelle 42: Beispiel zur Berechnung von q</i>	186
<i>Tabelle 43: Stichprobenumfang und Abweichungstoleranz</i>	188

Verzeichnis des Abbildungen

<i>Abbildung 1: Fertilitätsraten in Ost- und Westdeutschland</i>	2
<i>Abbildung 2: Lebendgeborene im deutschen Staatsgebiet seit 1841</i>	26
<i>Abbildung 3: Verhandlungsökonomisches Modell über zwei Perioden</i>	33
<i>Abbildung 4: Einflussfaktoren auf die Fertilitätsentscheidung</i>	38
<i>Abbildung 5: Armutsrisiko in Deutschland</i>	40
<i>Abbildung 6: Relative Wohlstandspositionen von Paaren nach Lebensphasen</i>	51
<i>Abbildung 7: Verteilung des monatliches Nettoeinkommen junger Ehepaare</i>	52
<i>Abbildung 8: Kinderzahl und Einkommen nach Schwarz (1997) und LIS (2000)</i>	56
<i>Abbildung 9: Fertilität je Einkommensdezil in drei Ländern</i>	58
<i>Abbildung 10: Kurvenverläufe: Kinderlosigkeit je Einkommensdezil 2000</i>	65
<i>Abbildung 11: Haushaltsjahreseinkommen von Kinderlosen und Familien 1980</i>	73
<i>Abbildung 12: Haushaltsjahreseinkommen von Kinderlosen und Familien 2000</i>	76
<i>Abbildung 13: Jahresbruttolohneinkommen von Frauen 1980 und 2000</i>	83
<i>Abbildung 14: Stundenlöhne von Müttern und von kinderlosen Frauen</i>	86
<i>Abbildung 15: Signifikanz und Korrelationskoeffizient nach Kohorten</i>	103
<i>Abbildung 16: Kinderlosigkeit, Bildungsniveau und Fachrichtung in Schweden</i>	119
<i>Abbildung 17: Verteilung der Kinderlosen nach Berufsgruppe und Bildung 2000</i>	120
<i>Abbildung 18: Bildungsbeteiligung von Frauen</i>	134
<i>Abbildung 19: Grundgedanke des Umlageverfahrens</i>	146
<i>Abbildung 20: Rentensystem im Drei-Generationen-Vertrag</i>	149
<i>Abbildung 21: Bevölkerungsaufbau Rumäniens 2002</i>	151
<i>Abbildung 22: Frauen in Schweden und Mexiko nach Kinderzahl und Alter</i>	182
<i>Abbildung 23: Abweichungstoleranz in Abhängigkeit von n</i>	189

Einleitung

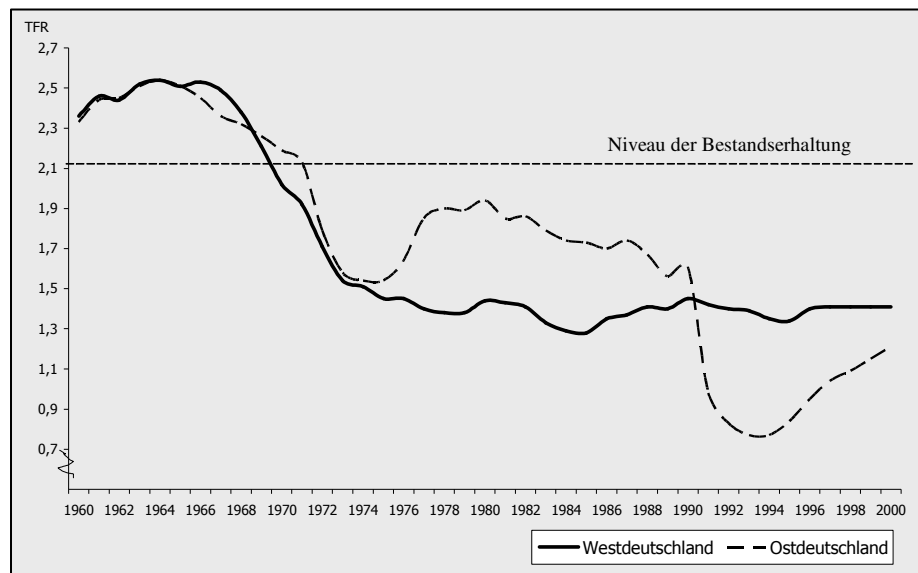
Die drohenden Belastungen der Sozialsysteme durch den demographischen Wandel haben in jüngster Zeit die Diskussion um die geringen Kinderzahlen in Deutschland neu entfacht. Obwohl Ursachen und Auswirkungen von Alterung und Schrumpfung der Gesellschaft bereits seit über dreißig Jahren unter Demographen erörtert werden (beispielsweise Harmsen / Schubnell, 1974), scheint die Diskussion erstmals in der breiten Öffentlichkeit angekommen zu sein. Dabei stehen die Finanzierungsprobleme der Gesundheits- und Rentenkassen im Vordergrund, obwohl diese derzeit überwiegend noch nicht durch die Alterung der Gesellschaft verursacht werden, da sich die so genannte Babyboomer-Generation noch im Arbeitsleben befindet und somit noch eine große Zahl an Beitragszahlern stellt (vgl. auch Dickmann¹, 2004b und 2003b). Dessen ungeachtet ist eine Wahrnehmung der Problematik um die dauerhaft niedrigen Kinderzahlen und eine deutlich erhöhte Akzeptanz der Einflussnahme der Politik auf die Familiengründung in der Bevölkerung zu beobachten (Dorbritz et al., 2005, 40ff.; Forsa, 2004, 76f.; IfD, 2004, 48). Einigkeit über zu ergreifende, gegensteuernde Politikmaßnahmen herrscht hingegen nicht. Während die SPD den Ausbau der Betreuungsinfrastruktur und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördert, befürworten weite Teile der konservativen Kreise höhere Transferleistungen an Familien und eine Erwerbspause der Mutter in den ersten Lebensjahren des Kindes (bspw. BMFSFJ, 2004a; F.A.Z., 2005, 1). Die vorliegende Arbeit versucht vor diesem Hintergrund, Einflussfaktoren auf die Fertilität theoretisch und empirisch zu klären.

Die öffentliche Diskussion der demographischen Prozesse hat in Deutschland erst spät eingesetzt. Zum einen erschwerte der historische Hintergrund der menschenverachtenden Bevölkerungspolitik des Naziregimes eine rationale Diskussion, zum anderen verschleierte die Zuwanderung lange Zeit für Politiker und die breite Bevölkerung die konkreten Auswirkungen des Geburtenrückgangs. Zu Beginn der 1990er Jahre nahm sich in einer ersten Phase der öffentlichen Bewusstwerdung die Politik des Themas an. Der Bundestag beauftragte eine Expertenkommission über drei Legislaturperioden hinweg mit der Aufbereitung der Ursachen und Konsequenzen des demographischen Wandels und ließ Lösungsvorschläge für die sich abzeichnenden Herausforderungen erarbeiten (Deutscher Bundestag, 1998 und 2002). Darauf auf-

¹ Die Autorin der vorliegenden Studie publizierte bis Juli 2004 unter ihrem Mädchennamen Dickmann.

bauend setzte etwa ab dem Jahr 2003 eine breite gesellschaftliche Debatte ein (bspw. F.A.Z., 2003; Der Spiegel, 2004). Derzeit werden zunehmend die Unterschiede der Entwicklung in Ost- und Westdeutschland wahrgenommen (Abbildung 1), so dass sowohl auf Landesebene als auch in einzelnen Kommunen eine regional ausgerichtete Debatte geführt wird (bspw. Schmidt / Mohn, 2004, 56ff. und 70ff.). Darauf weist auch die Einsetzung von Kommissionen zur jeweiligen demographischen Entwicklung in den Ländern hin (bspw. Hessischer Landtag, 2003, Sächsischer Landtag, 2004).

Abbildung 1: Fertilitätsraten in Ost- und Westdeutschland
 – Gesamtgeburtenrate (TFR) in Kinder pro Frau und Jahr –



Quelle: StBA, 1970 bis 2004

Die wissenschaftliche Diskussion begann hingegen bereits kurz nach dem Sinken der Fertilitätsraten unter das Niveau von 2,1 Kindern pro Frau zu Beginn der 1970er Jahre (Kaufmann, 1975; Dettling, 1978), unter dem sich die Müttergeneration nicht mehr reproduziert², und hat sich seither stark ausdifferenziert. Die aktuelle Fachliteratur verweist auf eine Fülle von Einflussfaktoren auf die Fertilitätsentscheidung von Paaren (vgl. hierzu auch Dickmann / Seyda, 2004 und Hülkamp / Seyda, 2005). Allerdings werden überwiegend einzelne Wirkungszusammenhänge isoliert

² Der Wert von 2,1 Kindern pro Frau wurde in der Fachliteratur bislang als notwendig angesehen, um die Elterngeneration durch zwei bis zum Erwachsenenalter überlebende Kinder zu ersetzen (Schmid et. al, 2000, 78). Eine jüngere Studie zeigt jedoch, dass unter Berücksichtigung der Lebenserwartung und der Migration in Deutschland auch eine Erhöhung der Fertilitätsrate auf lediglich 1,7 Kinder pro Frau die Bevölkerungszahl konstant halten würde (Bomsdorf, 2005).

herausgestellt und das Zusammenspiel von ökonomischen, soziologischen und politischen Einflüssen vernachlässigt. Im ersten Teil der Arbeit werden daher als Fundament der weiteren Untersuchungen Theorien zum Geburtenrückgang fächerübergreifend dargestellt. Es wird deutlich, dass eine rein ökonomische Erörterung des Themas zu kurz greift, wie auch eine einseitig soziologische Herangehensweise den vielen Facetten der Ursachen zurückgehender Kinderzahlen nicht gerecht wird.

In Teil 2 der Arbeit liegt der Schwerpunkt auf der empirischen Untersuchung von Faktoren, welche der Einflussosphäre der staatlichen Politik unterliegen. Es werden der Einfluss der finanziellen Situation von Paaren, des erreichten Bildungsniveaus und des beruflichen Umfeldes der Frau auf die Kinderzahl empirisch untersucht. Dabei sollen sowohl generell gültige Zusammenhänge als auch regional unterschiedliche Konstellationen und damit der Einfluss von Länderregimen aufgedeckt werden. Die drei untersuchten Haupteinflussfaktoren sind dabei nicht unabhängig voneinander, sondern weisen gegenseitige Wechselwirkungen auf. Der Stand der wissenschaftlichen Diskussion wird jedem dieser Abschnitte gesondert vorangestellt, bevor eigene Analysen mit den Mikrodatensätzen der Luxemburger Einkommensstudie (LIS) folgen. Zur Untersuchung der politisch beeinflussbaren Faktoren und ihrer Wirkungszusammenhänge wird ein Sample aus sechs entwickelten Staaten analysiert, welche die unterschiedlichen Länderregime eines sozialistischen, liberalen oder korporativen Staates verkörpern (Esping-Andersen, 1990, 26ff.): Die skandinavischen Länder Schweden und Finnland, die USA und Kanada, sowie Großbritannien und Deutschland. Ausgewertet werden dabei Stichproben aus den Jahren 1980, 1990 und 2000. Den Abschluss der Arbeit bildet in Teil 3 eine Darstellung der jeweils landesspezifischen Konstellationen verschiedener Einflussfaktoren in diesen Staaten und eine vertiefende Analyse der deutschen Strukturen. Daraus lassen sich politische Handlungsempfehlungen ableiten, um das Geburtenniveau in Deutschland mittelfristig wieder zu erhöhen.

1 Zur Theorie des Geburtenrückganges

Der Wunsch, eine Familie zu gründen und seine Verwirklichung mit der Wahl einer speziellen Familienform und einer bestimmten Anzahl von Kindern werden von sehr vielen Faktoren beeinflusst. Neben rationalen Entscheidungen aufgrund von Ressourcenknappheiten spielen auch die jeweils individuellen psychologischen Konstellationen der Paare und ihrer Familien, das soziokulturelle und politische Umfeld, sowie historisch gewachsene Verhaltensmuster eine entscheidende Rolle bei der Familiengründung. Interdisziplinäre Erklärungsansätze scheinen daher nahe liegend. Sie sind jedoch selten. Obwohl die Nationalökonomie zu den Sozial- und Geisteswissenschaften zählt, suchen die meisten Ökonomen eher die Nähe zur Mathematik als zur Soziologie, Philosophie oder Psychologie. Letztere werden hingegen oft mit Ressentiments betrachtet.³ Es ist daher üblich, dass sich wirtschaftswissenschaftliche Arbeiten zur Erklärung des Geburtenrückgangs in der Regel auf den vor allem von Gary S. Becker entwickelten ökonomischen Erklärungsansatz beschränken. Dieser leitet die Familiengründung als Ergebnis einer rationalen Entscheidung von Paaren her, welche sich für eine bestimmte Anzahl von Kindern angesichts eines analysierbaren Kosten- und Nutzenkalküls entscheiden.

Wenngleich dieser Ansatz und seine Weiterentwicklungen innerhalb der ökonomischen Theorie viele Einflussfaktoren und Wirkmechanismen der Familienbildung erklären, so greifen sie für sich genommen doch zu kurz, um die Komplexität der Familiengründung zu verstehen. Die Annahme eines rationalen Kosten-Nutzen-Kalküls beschränkt das Verständnis der Familie auf eine Momentaufnahme und vernachlässigt die historischen und kulturellen Entwicklungslinien, die zur heute üblichen Familienbildung in Deutschland geführt haben. Die rationale Analyse blendet alle nicht-rationalen, psychologischen und wertebedingten Einflüsse auf die Entscheidung aus oder subsumiert sie grob unter dem Begriff eines meist nicht näher erläuterten „Wertewandels“. Im Folgenden wird versucht, diesem Mangel mit einem Überblick über die von Soziologen (und Psychologen) erarbeiteten Theorien entgegen zu treten, um ein Verständnis für die Komplexität der Bestimmungsfaktoren der

³ Dies könnte unter anderem an der unterschiedlichen Entwicklung der Fachsprachen liegen. Während Ökonomen geisteswissenschaftliche Arbeiten oft als weitschweifig und wenig präzise empfinden, stufen Soziologen und Psychologen den ökonomischen Ansatz ihrerseits oft als zu vereinfachend und beschränkt ein.

Familiengründung und des Geburtenrückgangs zu wecken, ehe die Darstellung der ökonomischen Familientheorie und eine notwendige Eingrenzung auf einige wesentliche Einflussfaktoren und deren empirische Überprüfung folgt.

1.1 Soziologische Theorien

1.1.1 Entwicklung der Familie im historischen und soziokulturellen Kontext

Eine tiefergehende Untersuchung der soziologisch relevanten Einflussfaktoren sollte die historische Entwicklung der westeuropäischen Familienform und ihre Besonderheiten im Vergleich zu Familienformen in anderen Teilen der Welt berücksichtigen. Mit der Heirat wird in der europäischen Familie durch die beiden Ehepartner ein neuer Haushalt gegründet, was die europäische Familie von den unter einem Dach lebenden großen Familienverbänden anderer Kulturen deutlich abgrenzt (Oesterdiekhoff, 2001, 9ff.). In anderen Kulturen (und lange Zeit auch im europäischen Hochadel) zählt allein die Blutsverwandtschaft der männlichen Linie (Kaser, 2000). Mit der Heirat wird dort die Frau dem Familienclan des Mannes eingegliedert; es entsteht kein eigener, neuer Haushalt um das Paar. Die Frau hat nur wenig eigene Rechte. Der älteste Mann im Clan hat die absolute Kontrolle über alle seine Brüder, seine Söhne, die Frauen und Kinder (Oesterdiekhoff, 1997, 116). Im Gegensatz dazu führt die Heirat im nordwest- und mitteleuropäischen Kulturkreis zur Gründung eines neuen Haushaltes um das Paar, in aller Regel räumlich getrennt von den Stammfamilien. Diese so genannte Neolokalität der Familie führte zu einer vergleichsweise hohen Stellung der Frau in der Familie, beeinflusste das Fehlen eines Ahnenkultes und damit das Fehlen des absoluten Gehorsams gegenüber den Älteren (Oesterdiekhoff, 2001, 54ff.).

Die Familienbildung im nordwest- und mitteleuropäischen Raum gründet damit auf der wirtschaftlichen Unabhängigkeit des Ehepaars, was zu einem hohen Heiratsalter der Partner führt. Die Familienform steht daher in engem, wenn auch nicht völlig geklärtem Zusammenhang mit dem ökonomischen System (Oesterdiekhoff, 2001, 8). So war bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts die 1798 von Robert Malthus entwickelte Bevölkerungstheorie vorherrschend, die einen direkten Kausalbezug zwischen den Möglichkeiten der Nahrungsmittelproduktion und der Bevölkerungsentwicklung herstellte (Malthus, 1978). Danach vermehrt sich die Bevölkerung immer schneller als

es die Nahrungsgrundlage eigentlich zulässt. Der Ausgleich wird von der Natur entweder durch Hungersnöte oder von den Menschen über Kriege, sittliche Enthaltbarkeit oder „Laster“ hergestellt. Unter „Laster“ versteht Malthus dabei vor allem die damals bekannten Verhütungsmittel (Kopp, 2002, 62ff.). Malthus wurde im 20. Jahrhundert widerlegt, da gerade zu Beginn des demographischen Wandels die Fertilität zunächst unverändert blieb, aber die Revolutionen in der Sterblichkeit zu einer stark wachsenden Bevölkerung führte (Notestein, 1945, 39f.; Coale, 1986). Dennoch lässt sich das Grundschema, dass nur so viele Kinder großgezogen werden, wie mit den gegebenen technischen Produktions- und Umweltbedingungen ernährt werden können, für die Zeit vor dem demographischen Wandel nutzen, um zwei Heiratssysteme zu kategorisieren: In der einen Kultur wird die Balance zwischen Bevölkerung und Nahrungsmitteln durch ökonomische Barrieren für die Familiengründung geschaffen, in der anderen ergibt sie sich nach der Eheschließung durch den Tod von Frauen und Kindern.

In vielen außereuropäischen Kulturen wurde das Gleichgewicht zwischen Nahrungsproduktion und Bevölkerungswachstum nicht durch Verhinderung der Familiengründung, sondern durch einen „Ausleseprozess“ im Nachhinein hergestellt (Lardinois, 1997, 367ff.). Die Kindstötung gerade von neugeborenen Mädchen war in diesen Kulturen ein wirksames Mittel zur Eindämmung des Bevölkerungswachstums (Harris / Ross, 1987). So ist etwa in der chinesischen Kultur die etablierte Person des „Kindstötlers“ zu finden, der bei der Geburt von zu vielen Säuglingen auf Geheiß des Patriarchen die Macht bekam, Kinder zu töten, ohne dass die Mutter dies verhindern konnte (Lee / Wang, 1999, 136). In Kulturen der nachträglichen Balanceerstellung ist das Heiratsalter sehr niedrig und die Ehe für praktisch alle Gesellschaftsmitglieder vorgesehen. Im Gegensatz dazu band die europäische Gesellschaft Heirat und Kinderwunsch ab dem Hochmittelalter an die ökonomische Potenz der Paare (Oesterdiekhoff, 2001, 7f.). Nur ökonomisch selbständige Paare durften heiraten und eine Familie gründen. Junge Leute, Arme und Stellenlose konnten nicht heiraten und wurden vom herrschenden Sittenkodex auf ein asketisches Leben verpflichtet. Der Ausgleich zwischen Nahrungsmittelproduktion und Bevölkerung wurde im nordwest- und mitteleuropäischen Raum damit vor der Geburt von Kindern hergestellt (Mitterauer, 1992, 209f.).

Das hohe Heiratsalter beider Ehepartner und die Neugründung von Haushalten durch die Heirat führte zusammen mit der hohen Sterblichkeit vor allem der Frauen im Kindbett dazu, dass die heute als Ideal gedachte Großfamilie mit Kindern, Eltern und Großeltern kaum existierte (Mitterauer / Sieder, 1991, 46ff, vgl. auch Abschnitt 1.1.3). Frauen heirateten in der Regel mit 26 bis 28 Jahren. Die Reproduktionsphase dauerte unter günstigen Bedingungen bei etwa acht Geburten pro Frau zwischen 16 und 20 Jahre. In Kombination mit der geringen Lebenserwartung und der hohen Kindersterblichkeit konnten nur wenige Mütter ihre Kinder als Erwachsene erleben (Bertram, 1997, 82f.) Die vorindustrielle Familie war somit von hohen Fertilitätsraten und hoher Sterblichkeit gekennzeichnet. Der Rückgang der Kindersterblichkeit wurde in den frühen Theorien des demographischen Wandels zu Beginn des 20. Jahrhunderts als Hauptursache für den zeitgleich stattfindenden Rückgang der Fertilitätsraten gesehen. (Für einen ausführlichen Überblick siehe Kopp, 2002; Höpflinger, 1997). Spätere Forschungsarbeiten zeigten aber, dass zwischen Geburten- und Sterblichkeitsrückgang kein direkter Kausalzusammenhang hergestellt werden kann, weil mentale, medizinische und sozioökonomische Faktoren zu sehr miteinander verwoben sind (Kaa, 1997).

Der Wandel zu niedrigeren Fertilitätsraten vollzog sich zunächst im Bildungsbürgertum, der Beamtenschaft und den freien akademischen Berufen, da in den städtischen Sozialstrukturen Kinder die soziale Mobilität behinderten. Die schichtspezifischen Fertilitätsunterschiede weiteten sich aus. Die Kinderzahl der Arbeiter- und Bauernschicht sank erst später, als die veränderten Lebensumstände am Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft dafür sorgten, dass Kinder als Arbeitskräfte weniger wichtig wurden und eine hohe Kinderzahl zunehmend zur Verelendung führte. Der Trend zur Kleinfamilie in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg sorgte schließlich für eine Angleichung der generativen Verhaltensweisen der sozialen Schichten. Letztlich förderte die mit der Industrialisierung einhergehende Verstädterung auch die Anonymität und damit das Aufbrechen der starren Wertegesellschaft und die zunehmende Individualisierung der Gesellschaft. Diese

Individualisierung ermöglichte eine Pluralisierung der Gesellschaftsformen (Huinink / Wagner, 1998).⁴

1.1.2 Die Trennung von Wohn- und Arbeitsort

Die Industrialisierung war aber noch unter einem anderen Aspekt eine wesentliche Voraussetzung für die Entstehung der modernen Familienform. Erst mit der Trennung von Haus- und Erwerbsarbeit durch die Entstehung industrieller Arbeitsformen bildete sich die strikte Rollentrennung zwischen den Geschlechtern in den häuslichen und außerhäuslichen Arbeitsbereich heraus. Zuvor herrschte im Mittelalter im europäischen Kulturkreis die Lebensform des „ganzen Hauses“ vor (Bürgisser, 1997, 42f.). Das „ganze Haus“ war Produktionsstätte fast aller Gebrauchs- und Handelsgüter sowie der Nahrungs- und Lebensmittel aller Mitglieder des Haushaltes. Das ökonomische Interesse und die Erfordernisse der Haushaltsproduktion bestimmten das Familienverhalten (Huinink / Wagner, 1998, 93). Die Familie wurde nicht als Kernfamilie von Vater, Mutter und Kindern definiert, sondern als soziales Gefüge mit Knechten und Mägden verstanden (Bahle, 1995, S. 43f.). Der Vater war das Familienoberhaupt und hatte Rechts- und Strafbefugnisse für alle – Frau, Kinder und Gesinde. Alle Familienmitglieder mussten zusammen arbeiten, um das Einkommen zu sichern. Diese Familienform war nicht nur für die bäuerlichen Schichten kennzeichnend, sondern auch für weite Teile des städtischen Handwerks (Mitterauer, 1992, 355). Erst mit der Industrialisierung kam die Aufteilung der Arbeit in den Bereich der außerhäuslichen Erwerbsarbeit und der innerhäuslichen Familienarbeit. Dieser Wandel stellte alle Haushalte vor prinzipiell vergleichbare Probleme der Organisation des Familien- und des Erwerbslebens (Huinink / Wagner, 1998, 94). In den Arbeiterschichten arbeiteten Männer, Frauen und Kinder in den Fabriken und die Frauen mussten mit der Versorgung des Haushaltes eine Doppelrolle erfüllen. In den Bürgerfamilien vollzog sich eine geschlechtsspezifische Zuordnung der Rollenmuster (Bürgisser, 1997, 43f.). Die Rolle der Frauen wurde homogener definiert als in der Vormoderne. Die Männer waren für die Erwerbsarbeit und damit für den materiellen Unterhalt der Familie zuständig, die Frauen für die Schaffung eines harmonischen

⁴ Dabei ist anzumerken, dass auch in der Vormoderne eine Vielfalt an Familienformen gegeben war. Zwar wirkten soziale Normen und Vorgaben stärker als in der Moderne, aber „die ökonomischen und sozialen Knappheitsverhältnisse in den Lebensbedingungen der Bevölkerung waren eine Quelle der Vielfalt innerhalb der ständischen Gruppen.“ (Huinink / Wagner, 1998, 93). Vor allem die hohe Sterblichkeit der Menschen bedingte eine große Dynamik in der Entwicklung der Familienhaushalte.

Heims als Gegenpol zur kompetitiven Arbeitswelt. Der Nutzen der Kinder für den Haushalt veränderte sich damit weg von materiellen Arbeitskräften hin zu emotionalen Freudenquellen der Eltern. Mit dem Anstieg der Löhne glichen sich die Arbeiterfamilien dem bürgerlichen Modell nach und nach an, so dass die Kinderarbeit geächtet und die nichterwerbstätige Ehefrau zum Ideal wurde, als schließlich im Verlaufe des 20. Jahrhunderts in vielen Bevölkerungsschichten ein Gehalt zur Ernährung der Familie ausreichte. Auch die Rolle der Kinder verändert sich. Anstatt möglichst früh als Arbeitskräfte in die Ökonomie des Haushalts integriert zu werden, wird ihnen in der Moderne eine behütete Kindheit zugestanden, die als Zeit des Lernens und Reifens Raum für die individuelle Entwicklung bieten soll (Ariès, 1975).

Die heute oft als „traditionell“ verstandene bürgerlichen Kleinfamilie wurde eigentlich nur in den 1950er und 1960er Jahren von einer Mehrheit der deutschen Bevölkerung gelebt. Sie wurde in dieser Zeit aber schnell zu einem normativen Ideal und zur „Normalfamilie“ stilisiert (Auer, 2000, 40). Eines der wesentlichen Kennzeichen der so verstandenen bürgerlichen Kleinfamilie ist die strikte Aufgabenteilung zwischen den Eltern: Der Vater repräsentiert die Familie nach außen und arbeitet Vollzeit außer Haus, um die Familie zu ernähren. Die Mutter ist hingegen nicht erwerbstätig. Sie kümmert sich um die Haushaltsführung und die Erziehung der Kinder. Im Verlauf dieses Jahrhunderts wurde dabei die Erledigung der Hausarbeit durch Hilfsmittel (Waschmaschine, Bügeleisen) immer weniger zeitaufwändig. Das Ideal des Bildungsbürgertums trat in den Vordergrund. Frauen sollten eine Ausbildung anstreben, um ihre Kinder besser erziehen zu können. Diese Normfamilie wurde durch Kirche und Staat geschützt und viele Rahmenbedingungen der heutigen Familienpolitik orientieren sich nach wie vor am Ideal dieses Alleinverdienermodells (Auer, 2000, 41).

Mit der zunehmenden Bildung beider Geschlechter und insbesondere der Bildungsemanzipation der Frauen trat in der postindustriellen Arbeitswelt ab den 1960er Jahren ein erneuter Wandel ein. In vielen entwickelten Ländern stellen junge Frauen heute die Mehrheit unter den Studierenden, während sich die klassische Aufgabenteilung im Familienhaushalt nicht grundlegend gewandelt hat (OECD, 2004). Frauen streben eine immer höhere Bildung an und orientieren sich zunehmend an karriereorientierten Lebensentwürfen, aber im Anschluss an die Ausbildung gibt es eine Scherenentwicklung zwischen den Geschlechtern zuungunsten der Erwerbsbiogra-

phien der Frauen, was die schlechte Vereinbarkeit von Familie und Beruf kennzeichnet (Schulz-Nieswandt, 2002, 198), auf die später noch weiter eingegangen wird. Weder ist die Mehrzahl der Männer bereit, die Hälfte der Haushalts- und Erziehungsarbeit zu leisten (Künzler et al., 2001, 59; Liebold, 2001), noch stehen genügend Möglichkeiten der außerhäuslichen Kinderbetreuung zur Verfügung, um der Frau eine weitgehend komplikationsfreie Verbindung von Erwerbstätigkeit und Berufsleben zu ermöglichen (Ludwig et al., 2002). Die fortschreitende Individualisierung verändert auch die Beziehung der Partner zueinander und führt zu einer weiteren Betonung der persönlichen Bindung der Partner aneinander. „In der Vormoderne hatte sie kaum bestanden, in der ersten Phase der Individualisierung trug sie entscheidend zur Stabilität sozialer Ordnung bei, heute wird sie zum Problem“ (Huinink / Wagner, 1998, 97). Gemeint ist damit die Überfrachtung der Partnerschaften mit Ansprüchen an eine dauerhafte, emotionale, romantische Liebe und die Betonung individueller Bedürfnisse und hoher Ansprüche an persönlicher Nähe zwischen den Partnern. Diese tragen zur Instabilität der Beziehungen bei und haben durch die steigende Zahl an Scheidungen zu einer Pluralisierung der Lebensformen seit den 1960er Jahren geführt (Huinink / Wagner, 1998, 98ff.).

Angesichts der gleichwertigen Ausbildung der Frauen im Vergleich zu gleichaltrigen Männern, scheint eine weiterhin strikt geschlechtsspezifische Rollenteilung nicht mehr tragbar. Dies spiegelt sich auch im veränderten Selbstverständnis der Frauen wider, die sich nicht mehr einzig im Leitbild der Mutter wieder finden, sondern auch als qualifizierte Kräfte auf den Arbeitsmarkt streben. Es scheint daher über die bisher etablierten Theorien hinaus schlüssig, die heute auftretenden heftigen Konflikte zwischen den Rollen der Mutter und der Arbeitnehmerin als Übergangsphänomene einer sich wandelnden Gesellschaft zu deuten, in welcher sich das klassische Geschlechterverständnis hin zu einer emanzipierten Aufgabenteilung wandelt. Neue Formen der inner- und außerhäuslichen Arbeitsteilung müssen erst gefunden werden, flexible Arbeitsformen wie Teilzeit- oder Telearbeit sich erst durchsetzen. Die Entscheidung für Kinder bedeutet daher heute noch für qualifizierte Frauen in der Regel die Aufgabe von ambitionierten Berufsplänen (Emunds et al., 2003). Für die Kinderentscheidung erscheint dabei nicht die reine Familiengründungsphase problematisch, sondern die Perspektive, auf lange Sicht nur Teilzeit zu arbeiten und damit in der Regel uninteressantere und schlechter bezahlte Jobs zu machen als ohne

Kinder. Zudem verschiebt sich meist die Arbeitsteilung im Haushalt durch das Daheimbleiben nach der Geburt zu Ungunsten der Mutter und wird später nicht wieder revidiert (Fthenakis, 2002, S. 97ff). Durch die Ausrichtung der Rahmenbedingungen auf das traditionelle Modell entstehen darüber hinaus auch Ungerechtigkeiten zwischen denjenigen, die sich für Ehe, Familie und Kinder entscheiden, und denjenigen, die eine Lebensform ohne Kinder wählen (Bertram, 1997, 10).

1.1.3 Der Einfluss der verlängerten Lebenszeit

Zum Wandel des Bildungsideals für Frauen hat auch die Verlängerung der Lebenszeit beigetragen. Durch die Minderung der medizinischen Risiken bei der Geburt und die Zugewinne an Jahren im höheren Lebensalter füllt die Rolle der Mutter nicht mehr das ganze Erwachsenenleben der Frauen aus. So hat Livi-Bacci nachgewiesen, dass aufgrund des relativ hohen Heiratsalters und der hohen Säuglingssterblichkeit etwa bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts von 100 Frauen lediglich zwei die Pubertät ihres letztgeborenen Kindes erlebten (Livi-Bacci, 1973). In der modernen Familie hat sich hingegen der Reproduktionszyklus wesentlich verkürzt. Die Mehrzahl der Frauen mit Familie bringt nur zwei Kinder zur Welt (Eurostat, 2004a, Tabelle D6), so dass die Reproduktionsphase auch durch die niedrige Säuglingssterblichkeit nur noch zwischen zwei und fünf Jahren dauert, anstelle von früher üblichen 18 bis 20 Jahren. Durch den Anstieg der Lebenserwartung erleben Mütter heute im Vergleich zu ihren Ahnen im Schnitt etwa 35 Lebensjahre mehr, die nicht mit der traditionellen Mutterrolle ausgefüllt werden. Dies hat sowohl die Beziehung zwischen den Eltern als auch die Beziehung zwischen Eltern und Kindern verändert. Nach dem Erwachsenwerden der Kinder bleiben heute einer Frau noch viele Jahre, in denen sie vital und aktiv am Erwerbsleben teilnehmen kann. Dies hat Einfluss auf die Erwerbsorientierung und die Bildungsziele junger Frauen und hat den Wandel in der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern beeinflusst und damit zum Wertewandel beigetragen, der neben der räumlichen Trennung von Haus- und Erwerbsarbeit und der Verlängerung der Lebenszeit ein wesentlicher Grund für den Rückgang der Geburtenzahlen vor allem in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist (Bertram, 1997). Gebildetere Frauen schieben dabei den Zeitpunkt der Familiengründung immer weiter auf, um zunächst ihre beruflichen Ziele zu verwirklichen und eine gesicherte Position im Erwerbsleben zu erreichen (Herlyn / Krüger, 2003).

1.1.4 Der Wandel im Verständnis von Ehe und Familiengründung

Der sich im gewandelten Rollenverständnis und der Frauenerwerbstätigkeit manifestierende Wertewandel spiegelt sich neben dem Erwerbsverhalten auch im Verständnis von Ehe und Familiengründung wider. Eheschließung und Familiengründung werden nicht mehr als selbstverständlich betrachtet und verlieren ihre soziokulturelle Gültigkeit; Ehe, Sexualität und Reproduktion sind entkoppelt. Dazu hat auch die Einführung der Pille als Verhütungsmethode beigetragen. Sie hat jedoch lediglich den Wertewandel in der Umsetzung unterstützt, als ursächlich kann sie nicht gelten. Individualistische Werte gewinnen an Bedeutung und der Wert der Kinder verändert sich weg von den Garanten der Alterssicherung hin zu emotionalen Freudenquellen der Eltern. Zur Befriedigung dieser emotionalen Bedürfnisse reicht bereits wenig Nachwuchs aus, welcher im Vergleich zu vielen Kindern den Eltern mehr Freiräume zu außerhäuslichen Aktivitäten lässt. Der Rückgang der Fertilitätsraten lässt sich daher in engem Zusammenhang mit dem Wertewandel sehen, der sich in verschieden starker Ausprägung in allen europäischen Staaten beobachten lässt (Höpflinger, 1997). In der Statistik lässt sich der Wertewandel an einigen Kennziffern ablesen: In praktisch allen europäischen Staaten ist eine sinkende Anzahl von Eheschließungen zu beobachten, während die Scheidungsraten ansteigen. Nachdem das Heiratsalter bis zu Beginn der 1960er Jahre sank, werden heute Ehen immer später geschlossen und der Anteil außerehelicher Geburten wächst. Tabelle 1 stellt die Entwicklung der Fertilitätsraten und die genannten Kennziffern der vergangenen vier Jahrzehnte im europäischen Vergleich und den USA auszugsweise dar.

Tabelle 1: Ausgewählte soziologische Kennziffern im internationalen Vergleich

		Fertilitätsrate ¹	Anteil außerehe- licher Geburten in Prozent	Durchschnittl. Heiratsalter der Frau in Jahren	Scheidungs- ziffer ²
Deutschland⁴	1960	2,37	7,6	23,4	1,0
	1980	1,56	11,9	22,9	1,8
	2000	1,34	23,0	28,2	2,3
Italien	1960	2,41	2,4	24,8	- ³
	1980	1,64	4,3	23,9	0,2
	2000	1,25	9,2	27,1	0,6
Frankreich	1960	2,73	6,1	23,0	0,7
	1980	1,95	11,4	23,0	1,5
	2000	1,89	40,7	29,1	2,0
Schweden	1960	2,20	11,3	23,9	1,2
	1980	1,68	39,7	26,0	2,4
	2000	1,54	55,3	30,4	2,4
Finnland	1960	2,72	4,0	23,8	0,8
	1980	1,63	13,1	24,4	2,0
	2000	1,73	39,2	28,3	2,7
Irland	1960	3,76	1,6	27,6	- ³
	1980	3,23	5,0	24,7	- ³
	2000	1,89	31,8	28,2	- ³
Großbritannien	1960	2,72	5,2	25,3	0,5
	1980	1,90	11,5	26,7	2,8
	2000	1,64	39,5	27,5	2,7
USA	1960	3,31	5,3	20,3	2,2
	1980	1,82	18,4	21,8	5,2
	2000	2,06	33,0	25,1	4,2

¹ Zusammengefasste Geburtenziffer in Kinder pro Frau (TFR)

² Scheidungen pro 1.000 Einwohner ³ Scheidungen gesetzlich nicht möglich

⁴ 1960 und 1980 alte Bundesländer, 2000 Gesamtdeutschland

Quelle: Eurostat, 2004; US Bureau of the Census, 2005

1.1.5 Entwicklung von Geschlechterrollen und Glücksvorstellungen

Der Wertewandel wird oft als Hauptursache für den demographischen Wandel angeführt. Für sich genommen kann er jedoch nicht die Unterschiede in den Fertilitätsraten zwischen den Industrieländern erklären, um die es in dieser Arbeit vorrangig geht. Es lässt sich kein Zusammenhang zwischen einem weit fortgeschrittenen Wertewandel und niedrigen Fertilitätsraten herstellen. So werden beispielsweise in Schweden 56 Prozent der Kinder außerehelich geboren, was einen deutlichen Wandel im Wert der Ehe widerspiegelt (Eurostat, 2004a, Tabelle D8). In Griechenland sind hingegen nur vier Prozent der Eltern von Neugeborenen nicht verheiratet. Dennoch hatte Griechenland mit 1,25 eine deutlich niedrigere Fertilitäts-

rate als Schweden mit 1,65. Die Zahlen sind dabei repräsentativ für die 1990er Jahre. Entscheidender als der Wertewandel an sich scheint daher der Umgang der Gesellschaft mit ihm zu sein. Es ist daher interessant, die Rollenmuster zu analysieren, die sich in der Folge der traditionellen Verteilung zwischen den Ehepartnern entwickelt haben.

Die Entwicklung der Rollenmuster und ihr Wandel lässt sich über verschiedene Ansätze erklären. Im Folgenden werden die Ressourcentheorie, die New Home Economics, die Rollentheorie und der Time-Availability-Ansatz als die vier Hauptklärungsmuster der Fachliteratur zur familialen Arbeitsteilung (Künzler, 1994, 44) kurz erläutert. Die Ressourcentheorie und die New Home Economics erklären auf der Annahme rationalen Verhaltens aufbauend die Aufteilung der Haus- und Erwerbsarbeit als Verhandlungsergebnis zwischen den Partnern (Mischau et. al, 1998, 335ff.). Die Ressourcentheorie geht dabei davon aus, dass sich die Partner jeweils am eigenen Nutzen orientieren und versuchen, ihren Anteil an der als unangenehm eingeschätzten Hausarbeit möglichst gering zu halten. Das Verhandlungsergebnis hängt dabei von den Machtpositionen der Partner zueinander ab, die durch viele Faktoren begründet werden. Unter anderem spielen das Erwerbseinkommen und der Bildungsstand, aber auch nicht objektiv messbare Faktoren wie etwa die sexuelle Attraktivität der Partner eine Rolle (Künzler, 1994, 45). Je mehr also beispielsweise der Mann im Vergleich zur Frau an Erwerbseinkommen erzielt, desto geringer wird nach dieser Theorie sein Anteil an der Hausarbeit sein.

In der New Home Economics steht im Gegensatz zur Ressourcentheorie nicht der eigene Nutzen, sondern der Haushaltsnutzen im Vordergrund, den es zu maximieren gilt (Hartmann, 1998). Dabei fördert die Spezialisierung und Festlegung auf bestimmte Rollen die Steigerung des Gesamtnutzens. Haushaltsarbeit wird dabei nicht als per se unangenehm eingestuft, so dass keine psychischen Kosten entstehen (Künzler, 1994, 46). Solange der Mann höhere Einkommenschancen auf dem Arbeitsmarkt hat als die Frau, ist die Spezialisierung sinnvoll. Die steigende Bildung der Frau und ihre damit steigenden Einkommenserzielungskapazitäten machen dieses Arrangement brüchig. Diese Theorie geht auf die Arbeiten von Gary Becker zurück (Becker, 1982). Sie ist die Grundlage der ökonomischen Familientheorie und wird daher wie

weitere Erklärungsansätze von Verhandlungstheoretikern im nächsten Abschnitt unter den ökonomischen Theorien näher erläutert.

Auch der Time-Availability-Ansatz kann zwischen der soziologischen und ökonomischen Theorie angesiedelt werden. In dieser Theorie wird davon ausgegangen, dass die je nach Haushaltsform variierende Notwendigkeit von Hausarbeit vor allem in Zeitkonkurrenz zu anderen Tätigkeiten (Erwerbsarbeit, Freizeit) steht, und daher zwischen den Partnern in einem Null-Summen-Spiel die Verhandlung über die im Haushalt zu investierende Zeit erfolgt (Künzler, 1994, 94). Das bedeutet, dass das, was ein Partner nicht an Zeit einbringt, vom anderen Partner geleistet werden muss. Mit Blick auf die hier interessierende Fertilitätsentscheidung erhöhen Kinder den Bedarf an Haushaltsarbeit, vor allem, wenn sie noch sehr klein sind. Ältere Kinder haben einen geringeren Bedarf als jüngere und können auch selbst zur Erledigung der Arbeiten beitragen. Dabei fallen allerdings für die Erwachsenen Organisations- und Kontrollarbeiten an. Ein Haushalt mit Kindern hat daher in jedem Fall einen höheren Bedarf an Hausarbeit als ein Haushalt ohne Kinder. Die Zeit, die dafür von den Eltern aufgewendet werden muss, steht anderen Tätigkeiten wie Erwerbsarbeit oder Freizeit nicht zur Verfügung.

Die Rollentheorie geht hingegen nicht von rationalen Verhandlungsmodellen, sondern von der Existenz und Akzeptanz von Geschlechterrollen aus, die über die Sozialisation verinnerlicht und in entsprechende Geschlechtsrollenorientierungen überführt werden (Künzler, 1995, 151). Traditionell orientierte Paare leben danach die strikte Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern, die den Mann auf Erwerbs- und die Frau auf familiäre Arbeit und Kindererziehung verpflichtet. Non-traditionelle Paare werden als Gegensatz zu diesem Modell gesehen, wobei noch keine klare Beschreibung der neuen Rollenmuster erfolgt (Mischau et. al., 1998, 336). Das Fehlen eines auch theoretisch noch nicht voll entwickelten Modells jenseits der traditionellen Rollenverteilung ist kennzeichnend für die derzeitige Übergangsgesellschaft, in der Paare zunehmend die traditionellen Rollen ablehnen, neue Formen aber erst noch entwickelt werden müssen. Theoretisch könnte sowohl ein Rollentausch, eine Gleichstellung der Geschlechter als auch eine Aufhebung geschlechtsspezifischer Rollen und Normen und damit die Orientierung an den individuellen Eigenschaften und Fähigkeiten der Partner angestrebt werden (Künzler,

1994, 47). Die letztgenannte Möglichkeit eröffnet auch die Wahlmöglichkeit für das traditionelle Rollenmodell, sofern dies den individuellen Neigungen und Fähigkeiten der Partner entspricht.

Alle vier Theorieansätze verdeutlichen, dass die zunehmende Erwerbsarbeit der Frau das klassische Rollenmodell ins Wanken bringt, da die zur Verfügung stehende Zeit nun auf Erwerbs- und Hausarbeit aufgeteilt werden muss und sich auch die Verhandlungspositionen der Partner zueinander durch die Erwerbstätigkeit der Frau verändern. Weitere Einflussfaktoren sind das Vorhandensein, Alter und Anzahl von Kindern, das Erwerbseinkommen, Bildungsniveau, sowie die Geschlechtsrollenorientierung der Partner (Hartmann, 1998). Wird eine egalitäre Rollenverteilung zwischen den Partnern gewünscht, so erschweren die Strukturen der Arbeitswelt, institutionelle und gesellschaftliche Arrangements deren Umsetzung (Hülkamp / Seyda, 2004; Bürgisser, 1997, 199). Dazu zählen mangelnde Angebote an außerhäuslicher Kinderbetreuung, die Ausgestaltung der Steuer- und Sozialsysteme und die in Deutschland dominierende Form der Halbtagschule. Der Arbeitsmarkt trägt mit seiner geschlechtsspezifischen Segregation, Lohnunterschieden, unflexiblen Arbeitszeiten und Mobilitätsanforderungen zur Erschwerung der Umsetzung egalitärer Rollenmuster bei. Die Schwierigkeiten, die der Übergang von traditionellen Rollenmustern zu einer stärker egalitären Partnerschaft mit sich bringt, tragen zur Erklärung der niedrigen Fertilitätsraten bei (Bürgisser, 1997, 57). Die Rahmenbedingungen für den individuellen Umgang mit dem Wertewandel und die Durchsetzung von neuen Rollenmustern sind also von Land zu Land unterschiedlich und können somit für die Erklärung der unterschiedlichen Fertilitätsraten in Industrieländern herangezogen werden. Die Integration unterschiedlicher Rollen wird in den meisten Ländern primär auf individueller Ebene bewerkstelligt, wobei die einzelnen Familienmitglieder gegebenenfalls Leidtragende der negativen Auswirkungen sind (Bürgisser, 1997, 59). Neben den in der Regel in der Forschungsliteratur hervorgehobenen Konfliktpotentialen, Doppelbelastungen und Schwierigkeiten, die der Wandel zu egalitären Rollenmustern mit sich bringt, betont Bürgisser aber auch die Vorteile, welche die neuen Modelle gegenüber der traditionellen Rollenteilung haben und welche den starken Wunsch in der Gesellschaft nach neuen Formen der Arbeitsteilung zwischen den Partnern erklären (Bürgisser, 1997, 64). So zeigen empirische Forschungen, dass die Partizipation der Partner an beiden Lebenssphären, der

Arbeitswelt und der Familiensphäre, eine Bereicherung für die Partner darstellt. Für Männer ergibt sich ein intensiverer Kontakt zu ihren Kindern und sie werden aus der alleinigen Verantwortung für die Ernährung der Familie entlassen. Frauen können durch die Berufstätigkeit aus der Enge der Mutterrolle ausbrechen und die oft empfundene Isolation im Haushalt überwinden (Herlyn / Krüger, 2003). Sie erweitern ihr Motivationsspektrum um die Faktoren der Arbeitswelt mit ihren Herausforderungen und Belohnungen.

Die Generation der höher qualifizierten Mütter hat nach Ansicht von Bertram wiederum eine Generation von Kindern erzogen, die hervorragend ausgebildet ist und überwiegend individualistische Werte hat (Bertram, 1997, 123ff.). Im Zusammenspiel mit der Entkopplung der sozialen Vorsorgesysteme von der eigenen Familie und die Übertragung der Verantwortung auf den Staat ist hierdurch ein Wertewandel erfolgt, der die Selbstverständlichkeit von Familie und Kindern mit den dadurch auferlegten Einschränkungen eines auf individuelle Erwachsenenbedürfnisse ausgerichteten Lebenswandels in Frage stellt. Immer mehr Frauen bleiben zeitlebens kinderlos. Dieser Trend ist insbesondere unter westdeutschen Akademikerinnen festzustellen (Grünheid, 2003; Wirth / Dümmler, 2004). Danach werden etwa vierzig Prozent der Akademikerinnen, die 1965 geboren wurden, kinderlos bleiben. Dabei steigt der Anteil der Frauen, welche einen akademischen Abschluss erreichen, ständig an. So hatten 1991 nach einer Erhebung des Statistischen Bundesamtes zehn Prozent der 41- bis 44-jährigen Frauen einen Fachhochschul- oder Universitätsabschluss, von den 33- bis 36-jährigen Frauen waren es 13 Prozent. 2004 hatten hingegen 15 Prozent der 41- bis 44-jährigen und 17 Prozent der 33 bis 36-jährigen Frauen einen akademischen Abschluss (Duschek / Wirth, 2005, Tab. 1.1). Die Glücksforschung problematisiert die Zufriedenheit von Frauen, die auf Kinder zugunsten der Karriere verzichten (Burkart, 2002, 177ff.). So lässt sich ein Zusammenhang zwischen Milieu und Glücksvorstellungen zeigen, denn in Akademikerkreisen hängt das Lebensglück eher von der Erfüllung beruflicher Ziele als von der Elternschaft ab. Dies gilt umso mehr, je mehr eine individualisierte Partnerschaft gelebt wird, die mit der Idee der Gleichberechtigung der Geschlechter und beruflicher Selbstverwirklichung der Partner einhergeht. In Arbeiter- und ländlichen Milieus ist hingegen noch eine starke Orientierung am Ideal einer glücklichen Familie zu beobachten. Die Frauen verzichten auf beruflichen Erfolg, doch empfinden sie dies nicht als Verzicht, zumal die

beruflichen Entfaltungsmöglichkeiten begrenzt sind. Aber auch für stark karriereorientierte Frauen kann auf der praktischen Ebene die Suche nach dem Lebensglück im privaten Milieu mit Familie festgestellt werden, während sie auf der ideologisch-diskursiven Ebene gern geleugnet wird (Koppetsch / Burkart, 1999). Insofern ist der starke Anstieg an kinderlosen Frauen in der Gesellschaft (Birg, 2001, 77), einer der Hauptursachen der niedrigen Fertilitätsraten in Deutschland, auch unter psychologischen und Zufriedenheitsaspekten problematisch.

1.1.6 Das Selbstverständnis der Eltern

Bei der Entscheidung für das erste Kind und der sich daran anschließenden Aufteilung der Erwerbs-, Haus- und Erziehungsarbeit auf die Partner spielt auch das Selbstverständnis der Eltern von ihrer Elternrolle eine wichtige Rolle. Die meisten soziologischen Erklärungstheorien untersuchen die Konstellationen der Partner und bewerten aus Sicht der Individuen Mann und Frau die Veränderungen, die sich durch die Geburt eines Kindes ergeben. Vernachlässigt wird dabei eine kindzentrierte Sichtweise, die das Kind in seinem Netzwerk zu den Erwachsenen begreift und aus diesem Blickwinkel die Rollenkonflikte aufdeckt, die sich aus den Anforderungen der Erwerbsarbeitsgesellschaft ergeben (Schulz-Nieswandt, 2004, 16). Für viele Paare ist jedoch diese kindzentrierte Sichtweise bei ihrer Entscheidung wesentlich, da sie sich nicht mehr nur als Individuen, sondern als verantwortliche Eltern begreifen. Die Ansichten über das, was dem Kind schadet oder sein Aufwachsen fördert sind dabei kulturell unterschiedlich geprägt und spielen eine entscheidende Rolle für die geschlechterspezifische Aufteilung der Arbeit der Eltern. So wird gerade die Organisation der Kleinkindphase von Befürchtungen beeinflusst, die Berufstätigkeit der Mutter würde zumindest in den ersten Lebensjahren ein gelingendes Aufwachsen des Kindes gefährden. In Deutschland wird die Mutter in den ersten drei Lebensjahren des Kindes sehr häufig als unersetzliche Bezugsperson des Kindes gesehen, deren längere Abwesenheit zu psychischen Schäden führen kann oder dem Kind einen Vertrauensverlust bereitet, den es Zeit seines Lebens nicht verwindet (FAZ, 2005, 37). Angesichts dieser Befürchtungen ist es verständlich, dass Mütter ihre Berufstätigkeit aufgeben, obwohl sie bis zur Mutterschaft viel in ihre Ausbildung und berufliche Entwicklung investiert haben und bei ihnen eine Präferenz sowohl für Kinder als auch für eine Erwerbsbiographie vorliegt (Schulz-Nieswandt, 2002, 201f.). Im Umkehrschluss wird erwerbsorientierten Frauen die Entscheidung

für ein Kind erschwert, wenn die Fortsetzung der Berufstätigkeit nur auf Kosten des Wohls des Kindes realisierbar erscheint.

Entwicklungspsychologische Studien zeigen aber, dass diese Sichtweise der Auswirkungen der Berufstätigkeit von Müttern auf das Wohlbefinden des Kindes in dieser Form nicht haltbar ist. Das Recht eines Kindes auf ein gelingendes Aufwachsen hängt nicht von der ausschließlichen Verfügbarkeit der Mutter ab (Schulz-Nieswandt, 2004, 114f.). Die psychologische Bindungstheorie deckt auf, dass nicht die ständige Präsenz der Mutter, sondern die Qualität der Bindung zum Kind entscheidend ist (Dornes, 1998a, 222; Grossmann, 1995; Ernst, 1993). Wenngleich auch der Charakter des Kindes eine Rolle spielt, so ist doch die Feinfühligkeit der Mutter für die Bedürfnisse des Säuglings entscheidend, ob das Kind nach einem Jahr als „sicher gebunden“, das heißt vertrauend und damit offen für neue Erfahrungen und Wissen ist, oder „unsicher-vermeidend“ oder „ambivalent gebunden“.⁵ Auch berufstätige Mütter können vertrauensvolle Beziehungen zu ihrem Kleinkind aufbauen (Dornes, 1998b; Barglow et al., 1987;). Eine stärkere Fremdbetreuung steht in keinem kausalem Zusammenhang mit Verhaltensauffälligkeiten von Kindern (Lamb, 1998; Belsky et al., 1996;). Es gibt Untersuchungen, die herausfanden, dass Kinder von nicht-berufstätigen Müttern zu 65 Prozent sicher gebunden sind, während es bei ganztägig berufstätigen Müttern 55 Prozent der Kinder sind (Dornes, 1997). Es gibt aber auch Studien, die keinen Unterschied zwischen den beiden Gruppen feststellen konnten. Die derzeit größte Studie zum Thema Fremdbetreuung und psychologische Entwicklung, die sehr differenziert bei 1364 Familien die Betreuungssituation und das Bindungsverhalten mit 6, 15, 24 und 36 Monaten des Kindes erfasst, ist die amerikanische NICHD-Studie. Sie kommt zu dem Schluss, dass Berufstätigkeit und Fremdbetreuung von Kleinkindern nur dann zum Risikofaktor für eine sichere Bindung werden, wenn die Mutter-Kind-Beziehung zuvor schon als wenig feinfühlig

eingeschätzt wurde (NICHD, 1997)⁶. Ein direkter Zusammenhang zwischen Quantität und Qualität der Fremdbetreuung oder des Eintrittsalters des Kindes und der Bindungsqualität mit der Mutter kann nicht festgestellt werden. Allerdings verweist die ebenfalls in den USA durchgeführte, umfassende Studie von Blau zur Qualität von Kinderbetreuung auf den wichtigen Einfluss qualitativ hochwertiger Kinderbetreuung für die weitere kognitive und soziale Entwicklung des Kindes (Blau, 2002). Eltern sind dabei oft nicht bereit, genügend Geld für eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung auszugeben, weil sie die Qualität nicht objektiv beurteilen können (Mocan, 2001). Im internationalen Vergleich ist es zudem auffallend, dass deutsche Mütter, die in der Mehrzahl die ersten Lebensjahre des Kindes nicht berufstätig sind, trotzdem pro Tag kaum mehr Zeit ausschließlich dem Kind widmen als Vollzeit beschäftigte Schwedinnen (Bielenski et al., 2002).

Auch für den Vater ist das Selbstverständnis der Vaterrolle entscheidend. Immer weniger deutsche Väter sehen sich ausschließlich in der Rolle des Familienernährers, sondern wollen ihrem Kind eine wichtige erziehende Bezugsperson sein (Fthenakis, 2002). In der Regel beschränkt sich die Vaterrolle aber auf die Abende und Wochenenden, da gerade in der Kleinkindphase von den meisten Vätern die Mutter als entscheidendere Bezugsperson angesehen wird. In Deutschland geben nur 1,5 Prozent aller Väter nach der Geburt eines Kindes ihre Erwerbstätigkeit vorübergehend auf. Rechnet man die Väter ein, die bis zu dreißig Wochenstunden in Teilzeit arbeiten, so steigt der Anteil der Männer an allen Personen in Elternzeit auf fünf Prozent (BMFSFJ, 2004b, 5). Wenn sich ein Vater für die Elternzeit und damit gegen eine Vollzeiterwerbstätigkeit entscheidet, ist er allerdings noch stärker als eine Mutter gesellschaftlichen Vorurteilen ausgesetzt und muss je nach Beruf mit deutlichen

⁵ Die drei Kategorisierungen für das Maß an sozial-emotionaler Entwicklung des Kindes in der Mutter-Kind-Beziehung fußen auf dem standardisierten Experiment der „fremden Situation“. Sicher gebundene Kinder zeichnen sich dadurch aus, dass sie auf kurze Trennungen von der Mutter zwar bekümmert reagieren, die Mutter bei ihrer Rückkehr aber freudig begrüßen, ihre Nähe suchen, schnell zu beruhigen sind und dann auch wieder ihre Aufmerksamkeit der fremden Umgebung zuwenden. Vermeidende Kinder neigen dazu, den Weggang der Mutter zu ignorieren, ebenso ihre Rückkehr. Sie scheinen durch Trennungen unbeeindruckt, aber physiologische Messungen ergaben, dass auch sie dadurch beunruhigt sind. Sie zeigen ihren Kummer darüber allerdings nicht offen, sondern unterdrücken seinen Ausdruck. Ambivalente Kinder sind durch die Trennung sehr beeinträchtigt, können aber die Mutter bei ihrer Rückkehr nicht effektiv als Quelle von Trost und Beruhigung nutzen. Sie laufen zwar einerseits zur Mutter hin, wollen aber andererseits kurz danach wieder von ihr weg und zeigen eine andauernde quengelige Unzufriedenheit (vgl. zur Bindungstheorie Dornes, 1998b, Brisch, 1999).

⁶ Wenngleich eine direkte Übertragung der Ergebnisse auf Deutschland aufgrund der unterschiedlichen Länderspezifika problematisch ist, so widerlegen die US-Studien doch die These, dass eine Fremdbetreuung generell dem Kindeswohl schadet.

Karriereeinbußen rechnen. Eine stärkere Einbeziehung des Vaters, und damit eine Erweiterung des Bezugssystems des Kindes, wird aber immer öfter diskutiert und das Rollenverständnis der Väter und ihre Bedeutung für das gelingende Aufwachsen des Kindes rücken immer stärker in den Blickpunkt (Schulz-Nieswandt, 2004, 53ff.; Fthenakis, 2002). Eine gleichberechtigtere Verteilung der Erziehungsaufgaben auf die Eltern würde die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für die Mütter vereinfachen und als Alternative zur mütterlichen Betreuung der Kinder nicht nur die oftmals im Kleinkindalter noch abgelehnte Fremdbetreuung haben.

1.1.7 Der Einfluss der Familienpolitik auf die Fertilitätsrate

Eine Erhöhung der Fertilitätsrate ist neben der Zuwanderung der wirkungsvollste Weg, um die drohende Überalterung und Schrumpfung der Gesellschaft abzumildern (Bomsdorf / Babel, 2005, 6f.). Entsprechend interessiert zeigt sich die Politik in jüngster Zeit an den Möglichkeiten, die Fertilitätsraten zu beeinflussen. Ein einfacher kausaler Zusammenhang und damit ein direkter Einfluss der Familienpolitik auf die Fertilitätsrate ist jedoch nicht nachweisbar (bspw. Höhn / Schubnell, 1986). Das Zusammenspiel der verschiedenen familienpolitischen Rahmenbedingungen führt zu unterschiedlichen Konsequenzen für die Paare, je nachdem welche Handlungsoption sie wählen. Familienpolitik beeinflusst daher die in einer Gesellschaft auftretende Häufigkeit, eine bestimmte Lebens- und Familienform zu wählen (Lengerer, 2004, 99). Dabei müssen Absicht und Wirkung der Familienpolitik nicht identisch sein (Kaufmann, 1990, 388). Es lassen sich unterschiedliche Familienregime zwischen den Ländern unterscheiden, die auf eine Ausdifferenzierung des Wohlfahrtsstaatenmodells von Esping-Andersen (1990) zurückgehen. Die Wahl der familialen Arbeitsteilung, Einstellungen zum Verhältnis von Eigenverantwortung und staatlicher Fürsorge oder Ansichten zur Gleichberechtigung von Mann und Frau in der Gesellschaft haben sich in den Staaten unterschiedlich entwickelt und zu unterschiedlichen Wohlfahrtsregimen geführt. Diese wiederum prägen ihrerseits das Verhalten der im Lande lebenden Menschen. Esping-Andersen entwickelte die Kategorisierung der Wohlfahrtsstaaten nach der relativen Gewichtung der drei Versorgungsinstitutionen Staat, Markt und Familie und ordnete die Länder einer liberalen, konservativen und sozialdemokratischen Ausprägung zu. Der liberale Staat ist gekennzeichnet durch marktwirtschaftliche Strukturen und ein geringes Maß an sozialer Absicherung. Als Prototyp werden von Esping-Andersen die USA und Kanada genannt. Ihm gegen-

über steht der sozialdemokratische Staat mit einem hohen Maß an sozialer Absicherung durch staatliche Institutionen und hoher Regelungsdichte, um eine größtmögliche Gleichheit unter den Bürgern herzustellen, wie dies in Schweden gelebt wird. (West-)deutschland verkörpert das konservative oder auch korporatistische Modell, bei dem sich die Leistungen des Staates am Statuserhalt ausrichten und bei der staatlichen Fürsorge das Subsidiaritätsprinzip gilt. Dadurch ist in diesem Modell die Stellung der Familie am stärksten, denn sie muss zunächst für die Versorgung ihrer Mitglieder sorgen. Sie ist primär für den Unterhalt, die Erziehung und Beaufsichtigung der Kinder und die Versorgung von Kranken und alten Mitgliedern verantwortlich.

Diese Klassifikation lässt sich auch auf die unterschiedlichen Rahmenbedingungen der Familienpolitik, den Familienregimen, übertragen, wenngleich die Kriterien und Länderzuordnungen je nach gewähltem Ansatz unterschiedlich sind (Lengerer, 2004, 101; Strohmeier, 1995). Dabei sind die Unterschiede zwischen den Formen familienpolitischer Intervention nicht graduell, sondern substantiell. Sie sind pfadabhängig und folgen den in der Vergangenheit herausgebildeten Strukturen. Kuijsten et al. (1994, 25ff.) unterscheiden die europäischen Staaten anhand ihrer familienpolitischen Interventionsform, die sie in ökonomische und ökologische Interventionen einteilt. Mit den ökonomischen Eingriffen sind direkte und indirekte Einkommens-transfers gemeint, mit der ökologischen die Bereitstellung von sozialen Dienstleistungen, vor allem im Bereich der Kinderbetreuung (Strohmeier, 2002, 336ff.). Frankreich und Dänemark repräsentieren nach dieser Einteilung einen Staatstyp, der beide Interventionen vornimmt. Die Bundesrepublik Deutschland setzt hingegen fast ausschließlich auf die ökonomische Intervention, so dass die Grundsi-cherung von Familien gesichert ist, die fehlenden Betreuungseinrichtungen aber die Erwerbstätigkeit beider Elternteile behindert. Dies hat Folgen für die partnerschaftli-che Arbeitsteilung und die Bedeutung der Ehe. Schweden setzt hingegen auf die ökologische Intervention, die einerseits die Erwerbstätigkeit beider Eltern ermöglicht, diese aber auch durch die fehlende ökonomische Intervention fordert, da das Gehalt nur eines Elternteils in der Regel nicht für die Ernährung der Familie ausreicht. Den Fall mit kaum vorhandenen ökologischen oder ökonomischen Interventionen reprä-sentieren laut Kuijsten et al. Italien und Großbritannien, wo Familien sich weitgehend selbst überlassen bleiben.

Eine etwas andere Typologisierung nimmt Gauthier (1996) vor. Sie unterscheidet die Familienregime nach dem Grad der ökonomischen Unterstützung, dem Ausmaß der Förderung der Erwerbstätigkeit von Frauen und den politischen Zielsetzungen der jeweiligen Maßnahme. Das „pronatalistische“ Modell repräsentiert Frankreich, wo eine Erhöhung der Geburtenzahl erklärtes Politikziel ist und Familien sowohl finanziell stark gefördert werden, als auch die Erwerbstätigkeit beider Eltern ein zentrales Politikanliegen ist. Das „pro-traditionelle“ Modell fördert hingegen lediglich die Familie, aber nicht die Erwerbstätigkeit, Hauptvertreter ist Westdeutschland. Die Frau wird zwar nicht mehr nur als Hausfrau aber in der Regel lediglich als Zuverdienerin gesehen. Kontrastierend dazu stehen die skandinavischen Staaten mit einem „pro-egalitären“ Modell, das vor allem die Erwerbstätigkeit beider Eltern und die Gleichstellung der Geschlechter in den Mittelpunkt rückt. Als viertes Modell klassifiziert Gauthier „pro-family, but non-interventionist“. Darunter sind Staaten zu sehen, die Familie als Privatangelegenheit betrachten und Hilfe nur in Notlagen gewähren. Zu diesem Modell wird in Europa Großbritannien, weltweit die USA gerechnet. Daneben erfasst Gauthier auch Länder, welche durch eine Abwesenheit oder Intransparenz von Familienpolitik gekennzeichnet sind, darunter fallen die südeuropäischen Staaten.

Am stärksten an dem Grundmodell von Esping-Andersen orientiert sich Fux (1994; 2002). Zentrale Klassifikationskriterien sind dabei die politische Kultur und Traditionen, Leitbilder und die Verantwortlichkeit des Staates für die Wohlfahrt der Bürger. Je nach Ausprägung ergeben sich die drei Wohlfahrtsstaatstypen individualistisch, etatistisch und familialistisch. Das individualistische Modell entspricht dabei dem liberalen Modell von Esping-Andersen, der Staat hat eine schwache Stellung und Familie ist weitestgehend Privatsache. Fux rechnet die Schweiz und auch die Niederlande hierzu, obwohl sich letztere im Wandel befinden. Das etatistische Modell entspricht dem sozialdemokratischen Modell mit einem starken Staat, der in Verbindung mit einer früh einsetzenden Säkularisierung eine emanzipatorische Politik betreibt. Prototypen sind die skandinavischen Länder und Dänemark. Auch die DDR galt als Musterbeispiel dieses Staatstyps. Zum familialistischen Modell schließlich werden sowohl Frankreich, Belgien als auch Deutschland oder die Südeuropäischen Staaten zusammengefasst. Dort hat der Staat die (finanzielle) Förderung der Famili-

en als Leitbild, wobei beispielsweise Deutschland einen Mischtyp zwischen dem etatistischen und familialistischen Modell darstellt.

Welche dieser Theorien am ehesten der Realität entspricht, ist empirisch zu klären. Allerdings liegen aufgrund der schwierigen länderübergreifenden Datenlage nur wenig Befunde vor. DiPrete et. al (2003) weisen einen statistischen Zusammenhang zwischen den landesunterschiedlichen Kosten der Kindererziehung und dem Geburtenniveau nach. So variieren die landesüblichen Rahmenbedingungen in Bezug auf

- die Flexibilität der Arbeitszeitarrangements, insbesondere in Bezug auf die Möglichkeit, wegen familiärer Verpflichtungen von der Arbeit freigestellt zu werden,
- die Verfügbarkeit, Qualität und Kosten der Kinderbetreuung,
- die Beteiligung der Männer an der Haus- und Erziehungsarbeit,
- die staatliche Unterstützung von Familien und die ökonomische Absicherung durch das eigene Lohneinkommen und
- die Stabilität von Beziehungen und die ökonomischen Effekte einer Scheidung auf den Lebensstandard von Geschiedenen und Alleinerziehenden (DiPrete et. al, 2003, 3ff.).

Dabei geht die Studie besonders auf die unterschiedliche Ausgestaltung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein. Die Kosten der Kindererziehung in einem Land hängen also sowohl von den familienpolitischen und institutionellen Rahmenbedingungen des Landes, als auch von den Werten der jeweiligen Gesellschaft ab. In der vorliegenden Arbeit soll eine weitere Untersuchung der Empirie auf die Identifizierung von Familienregimen anhand der Länder Deutschland, USA, Kanada, Großbritannien⁷, Schweden und Finnland vorgenommen werden. Eine genaue Untersuchung der jeweiligen Konstellationen scheint wesentlich für die Erklärung unterschiedlich hoher Fertilitätsraten in ähnlich entwickelten Ländern. Die Betrachtung zu drei Zeitpunkten 1980, 1990 und 2000 soll dabei klären, inwiefern es sich hierbei um unveränderliche Kategorien von Staaten handelt oder Entwicklungen im Zeitablauf stattfinden, welche wiederum zu Übergangsphänomenen führen könnten.

⁷ Die Daten von Großbritannien umfassen England, Wales, Schottland und Nordirland, so dass die Bezeichnung korrekterweise „Vereinigtes Königreich“ lauten müsste. Es wird im Folgenden aber auf den üblichen Sprachgebrauch Rücksicht genommen und daher von „Großbritannien“ gesprochen.

1.2 Ökonomische Theorien

Während die soziologischen Theorien die Familie in der Vielfalt ihrer historischen und soziokulturellen Bindungen zu begreifen versuchen, analysieren die ökonomischen Theorien das Verhalten der Individuen aufgrund von Ressourcenknappheiten und Anreizmechanismen. Dieser Ansatz hat sich als sehr fruchtbar erwiesen, insbesondere mit Blick auf die Offenlegung der vom Staat beeinflussbaren Rahmenbedingungen (Hülkamp / Seyda, 2004). Während die psycho-sozialen Umfeldbedingungen von Familien sich über lange Zeiträume herausgebildet haben und sich einer direkten Einflussnahme durch die Politik weitgehend entziehen, gehören die Umverteilung von Ressourcen und die Förderung eines bestimmten Verhaltens durch Steuergesetzgebung und Sachtransfers zu den grundlegenden Gestaltungsspielräumen der Politik. Intention und Wirkung der ergriffenen familienpolitischen Maßnahmen fallen jedoch nicht immer zusammen, da komplexe Wechselwirkungen und unterschiedliche Anreizmechanismen in verschiedenen Phasen vor und nach der Familiengründung die ursprünglichen Absichten der Politik konterkarieren können. Bevor die ökonomischen Familientheorien im engeren Sinne dargestellt werden, welche die Entscheidungssituation von Paaren in der modernen Industriegesellschaft analysieren, soll kurz auf den Zusammenhang zwischen dem ökonomischen Nutzen von Kindern und der Entwicklung der Fertilitätsraten eingegangen werden.

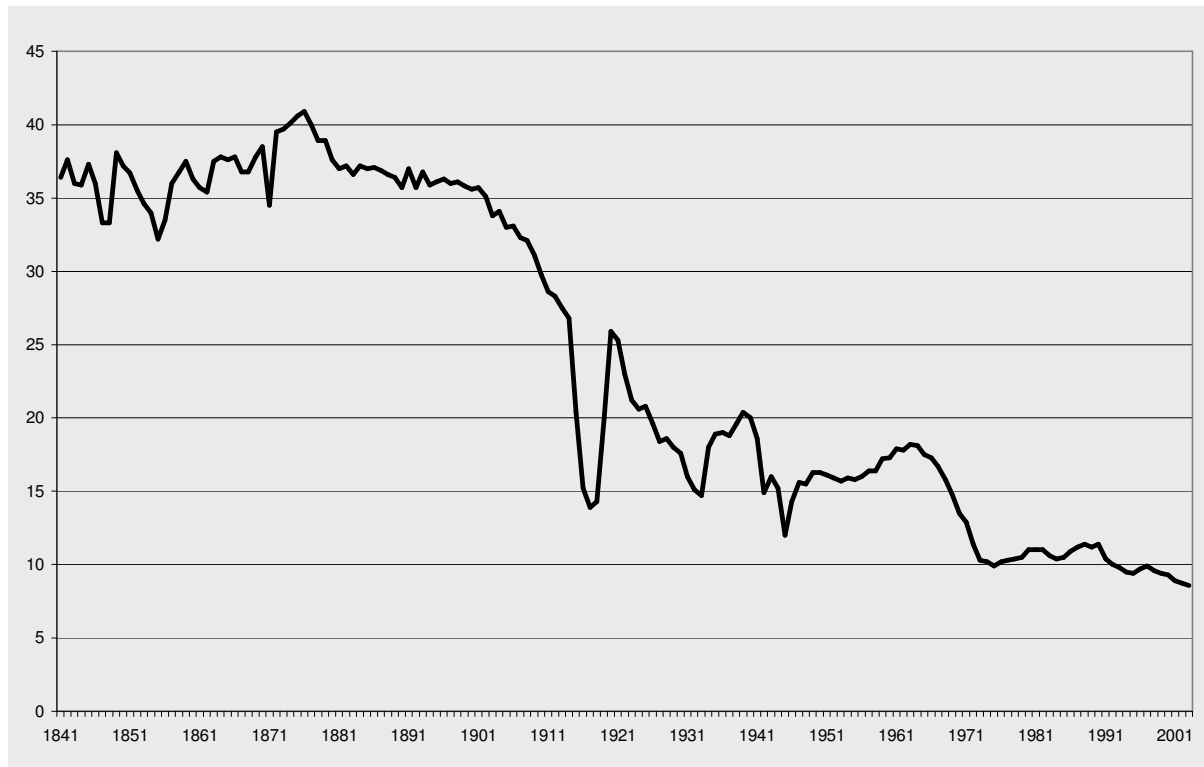
1.2.1 Sozio-ökonomische Rahmenbedingungen und Fertilitätsraten

Ein erster direkter ökonomischer Einfluss auf die Fertilitätsraten lässt sich im Ausbau des Sozialstaates erkennen. Mit dem Aufbau einer staatlichen Renten- und Krankenversicherung konnte der einzelne das Risiko von Krankheit und Altersarmut weg von den eigenen Kindern auf den Staat verlagern (Linde, 1984, 161f.). Neben den anderen vielfältigen Einflussfaktoren ist dies ein Grund, warum in Deutschland der erste Rückgang der Fertilitätsraten Ende des 19. Jahrhunderts mit dem Aufbau der Bismarckschen Altersvorsorge zusammenfällt, seit sich diese weg von einer de facto Invaliditätssicherung entwickelte. So wurden seit Beginn der statistischen Erfassung der Geburten 1841 bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts etwa 36 Lebendgeborene

auf 1000 Einwohner verzeichnet⁸, danach sank die Geburtenrate mit Ausreißern in den Weltkriegen fast kontinuierlich bis zum so genannten Babyboom Ende der 1950er Jahre auf etwa 15 Lebendgeborene pro 1000 Einwohner ab (Abbildung 2).

Abbildung 2: Lebendgeborene im deutschen Staatsgebiet seit 1841

– Lebendgeborene pro 1.000 Einwohner –



Quelle: StBA, verschiedene Jahrgänge

Auch in den Entwicklungsländern lässt sich der Wandel von sehr hohen Fertilitätsraten zu zwei oder drei Kindern in den 1990er Jahren mit dem Aufbau von sozialen Sicherungssystemen in Verbindung bringen. Neben der Absicherung gegen Krankheit und Altersarmut werden Kinder in Entwicklungsländern auch noch selbstverständlich als Arbeitskräfte eingesetzt. In bäuerlichen oder frühindustriellen Gesellschaften tragen sie so schon sehr früh zum Familieneinkommen bei (Caldwell, 1982). Mit der zunehmenden Ächtung von Kinderarbeit in sich entwickelnden Ländern fällt damit ein zweiter über Jahrhunderte hinweg selbstverständlicher Grund für eine hohe Kinderzahl fort (Höpflinger, 1997, 70f.). Stattdessen wird immer mehr in die Ausbildung von Kindern investiert, so dass anstelle von zusätzlichem Einkommen

⁸ Die Berechnung der Gesamtgeburtenrate (TFR) wurde später eingeführt und kann wegen fehlender Informationen über die Stärke der einzelnen Frauenjahrgänge nicht nachträglich berechnet werden.

Kosten für die Eltern entstehen. Letztlich zählt für Paare in der modernen Industriegesellschaft bei der Entscheidung für eine Familie nur die Freude an Kindern oder ethische Werte wie die Weitergabe von Erfahrungen oder der Gedanke des Weiterlebens. Kinder treten damit in Konkurrenz zu anderen Genüssen und werden in der ökonomischen Sprache von einer Art Investitionsgut zu einer Art Konsumgut. Dieses Verständnis ist grundlegend für die ökonomischen Familientheorien im engeren Sinne, die vor allem die Entscheidungssituation von Paaren seit den 1960er Jahren zu erklären versuchen. Die Grundlagen dazu wurden bereits früh in soziologischen Theorien gelegt, die das durch die Veränderungen der Arbeitswelt ausgelöste veränderte Selbstverständnis der Frauen und den ökonomischen Wert der Kinder in das Zentrum der Überlegungen rückten (Brentano, 1909, 602f.).

1.2.2 Mikroökonomische Haushaltstheorie

Als Begründer der Ökonomischen Theorie der Fertilität gelten die amerikanischen Wirtschaftswissenschaftler Harvey Leibenstein (1957) und Gary S. Becker (1960, 1993). Sie analysierten erstmals die Kinderzahl als rationale Entscheidung unter Ressourcenknappheit und stellten den Nutzen von Kindern (Konsum-, Arbeits- und Vorsorgenutzen) den Kosten der Kindererziehung gegenüber (Güter- und Zeitaufwand). Becker erhielt für seine grundlegenden Arbeiten, welche den ökonomischen Ansatz auf weite Bereiche des Privatlebens, wie etwa die Partnersuche, die Heirat oder das Familienleben übertrug, 1992 den Nobelpreis der Wirtschaftswissenschaften, eine Entscheidung, die neben Beifall auch auf Kritik stieß. Viele Menschen fanden es unangemessen, die gefühlsbetonten und intimsten Entscheidungen des menschlichen Lebens mit dem Handwerkszeug der Ökonomie zu analysieren und damit auf rein rationale Einflüsse zurückzuführen. Trotz aller Einwände entwickelte sich die ökonomische Analyse der Familie und damit die mikroökonomische Haushaltstheorie aber zu einem fruchtbarem Feld der Wissenschaft, da sie wesentliche Erkenntnisse zum Entscheidungsverhalten der Eltern und damit zum Verständnis des Geburtenrückganges beitrug. Im Folgenden werden die Grundzüge des Becker'schen Modells der Fertilität kurz skizziert und wesentliche Weiterentwicklungen anderer Ökonomen dargestellt.

In der ökonomischen Theorie wird der Haushalt als eine Produktions- und Verbrauchsgemeinschaft betrachtet, die gemeinsam über den Ressourceneinsatz

entscheidet (Becker, 1960 und 1993). Die Interessen der einzelnen Partner und mögliche Konflikte werden dabei ausgeblendet. Wie bei der Entscheidung über den Kauf von Konsumgütern wägt der Haushalt auch die Entscheidung für (weitere) Kinder anhand eines rationalen Kosten- und Nutzenkalküls ab. Kinder stehen damit in Konkurrenz zu anderen Aktivitäten oder Konsumgütern. In der Betrachtungsweise der ökonomischen Theorie der Fertilität entscheiden die Paare in Abhängigkeit ihres Einkommens und der Kosten der Kindererziehung über die Anzahl der gewünschten Kinder. Unter Vernachlässigung der emotionalen Bindungen stiften Kinder den Eltern Nutzen und verursachen Kosten. Bei der Entscheidung über die Anzahl der Kinder spielen laut Becker dabei sowohl fixe Kosten, die durch die Schwangerschaft, die Geburt und die materielle Versorgung der Kinder entstehen, als auch variable Kosten eine Rolle, deren Höhe die Eltern durch Ausgaben für Bildung und damit für die Investition in das Humankapital ihrer Kinder bestimmen. Neben diesen direkten Kinderkosten entstehen zusätzlich Opportunitätskosten, da der Elternteil, der seine Zeit der Kindererziehung widmet, kein oder ein geringereslohneinkommen erzielt als zuvor. Eine wesentliche Determinante zur Erklärung der Fertilitätsentscheidung der Eltern ist laut ökonomischer Theorie somit das Einkommen. Da Kinder sowohl Zeit als auch Güter benötigen, führt einerseits eine Erhöhung des Einkommens zu einer Erhöhung der Kinderzahl, da mehr Einkommen für die Versorgung einer größeren Anzahl an Kindern zur Verfügung steht (Einkommenseffekt). Andererseits führt eine höherwertige Ausbildung der Kinder sowie ein höherer Lohnsatz des betreuenden Elternteils zu einer Kostensteigerung der Kinder. Durch diese „Preiserhöhung“ entsteht ein negativer Substitutionseffekt, der den Einkommenseffekt überkompensieren kann. Dies gilt in besonderem Maße für gebildetere Paare, die für ihre Kinder eine höhere Qualität der Ausbildung wählen. Da das höhere Einkommen bei gut ausgebildeten Paaren überwiegend durch Erwerbstätigkeit beider Partner entsteht, fallen durch die Geburt von Kindern besonders hohe Opportunitätskosten in Form von Einkommensverzicht, Entwertung des Humankapitals oder Verlust von Karrieremöglichkeiten an. Daher kann die Kinderzahl mit steigendem Einkommen der Eltern auch sinken (Seyda, 2003, 26 f.).

Die Weiterentwicklungen der Beckerschen Theorie haben herausgearbeitet, dass der wichtigste Einsatzfaktor des Haushalts die Zeit ist, die entweder zur Erzielung von Markteinkommen, zur Produktion von Haushaltsgütern oder als Freizeit genutzt wer-

den kann. Sie ist neben der Bildung und der Situation am Arbeitsmarkt eine entscheidende Determinante des Haushaltseinkommens. Die Neue Haushaltsökonomie stellt mit den folgenden drei Konzepten ein breites Spektrum von Instrumenten zur Verfügung, anhand derer Entscheidungen und Verhalten von Haushalten und Familien modelliert werden können (vgl. das Folgende nach Werding, 1998, 51 ff.):

- Die *Theorie der Zeitallokation* gibt Auskunft über den optimalen Zeiteinsatz. Die verfügbare Zeit kann dabei entweder am Arbeitsmarkt, im Haushalt oder als Freizeit genutzt werden. Die optimale Zeitaufteilung zwischen Markt- und Hausarbeit hängt unter anderem von der jeweiligen Bildung, also dem Humankapital der Haushaltsmitglieder ab. Dabei wird auch berücksichtigt, dass die für den Haushalt verwendete Zeit nicht mehr für eine Erwerbstätigkeit genutzt werden kann und somit Opportunitätskosten entstehen.
- Die *Haushaltsproduktionsfunktion* gibt an, wie Zeit und Marktgüter in nutzenstiftende Aktivitäten und Leistungen umgewandelt werden. Dazu zählen etwa das Aufräumen der Wohnung oder auch die Erziehung der Kinder. Bisher wurden dabei beobachtbare Veränderungen des marktlichen und außermärklichen Verhaltens der Familienmitglieder allein durch Präferenzverschiebungen erklärt. In der neueren Theorie werden dafür aber auch technologische Änderungen verantwortlich gemacht.
- *Humankapitaltheorie*: Unter der Voraussetzung, dass die Haushaltsgüter zwischen den Haushaltsmitgliedern getauscht werden können, ist eine möglichst große Spezialisierung der Haushaltsmitglieder optimal, weil dann die komparativen Vorteile einer arbeitsteiligen Produktion genutzt werden können. Daher tätigen die Haushaltsmitglieder spezifische Investitionen in ihr Humankapital. Durch die Spezialisierung auf die Tätigkeit, bei der der Einzelne komparative Kostenvorteile besitzt, steigt die Wohlfahrt des Haushalts und der Einzelne akkumuliert weiteres spezifisches Humankapital. Im traditionellen Haushalt spezialisiert sich der Mann auf die Erzielung von Markteinkommen, während die Frau sich auf die Hausarbeit und Kindererziehung konzentriert.

Die Verhaltensweisen von Männern und Frauen sind durch die traditionelle Aufgabenteilung hinsichtlich der Einkommenserzielung und der Kinderzahl gegenläufig (Butz / Ward, 1979): Während Männer mit zunehmendem Einkommen mehr Kinder haben

und durch die Geburt von Kindern ihre Erwerbstätigkeit tendenziell ausweiten, verringern Frauen mit steigender Kinderzahl ihr Arbeitsangebot.

Das Beckersche Grundmodell des Fertilitätsrückgangs ist von verschiedenen Seiten kritisiert worden. Vor allem die Kritik seitens verhandlungsorientiert forschender Wissenschaftler trägt wesentlich zu einem besseren Verständnis der steigenden Kinderlosigkeit in der Gesellschaft seit den 1960er Jahren bei. Hauptansatzpunkt ist dabei die von Becker unterstellte Maximierung des Haushaltsnutzens und seine Annahmen zur Entscheidungsfindung von Paaren (Ott, 1998; Pollack, 1985; Ben-Porath, 1982). Hinterfragt wird, inwiefern wie bei Becker implizit von deckungsgleichen Interessenslagen von Mann und Frau in einer Ehe ausgegangen werden darf. Eine Modellierung auf Haushaltsebene, die die Präferenzen und Nutzen auf individueller Ebene nicht explizit berücksichtigt, ist nicht mikrotheoretisch fundiert. Einerseits begründet Becker die Entscheidung zu heiraten mikroökonomisch, indem er unterstellt, dass zwei Menschen sich nur dann zusammenschließen, wenn durch die gemeinsame Lebensweise der Nutzen für beide Partner erhöht werden kann. Kommt einer der potenziellen Partner zu der Einsicht, dass er sich durch die Ehe schlechter stellt, wird er sich nicht auf sie einlassen. In bestehenden Ehen spielen aber andererseits die einzelnen Individuen nach Beckers Theorie keine Rolle mehr, sondern der nutzenmaximierende Haushalt wird als Black Box behandelt.

Ein weiterer Kritikpunkt ist Beckers Beschränkung auf ein statisches Ein-Perioden-Modell. Kritiker merken an, dass rational handelnde Individuen nicht nur eine Periode betrachten werden, sondern auch berücksichtigen, welche Folgen ihre heutigen Entscheidungen auf die Wohlfahrt in der Zukunft haben (Werding, 1998; Ott, 1998). Am Beispiel der Fertilitätsentscheidung machen Verhandlungstheoretiker die unterschiedlichen Präferenzen ebenso wie die Bedeutung der dynamischen Betrachtung klar: Stellt etwa die Frau nach der Geburt die Berufstätigkeit und damit möglicherweise auch in gewissem Maße soziale Kontakte ein, geht sie vor dem Hintergrund der Entwertung ihres Humankapitals während der Erziehungszeit eines Kindes und einer in der heutigen Gesellschaft erhöhten Scheidungswahrscheinlichkeit langfristig ein höheres Risiko ein als in einer Beziehung ohne Kinder. Es ist daher denkbar, dass eine Entscheidung gegen ein Kind gefällt wird, obwohl ein Kind den aktuellen Nutzen des Haushalts erhöhen würde.

Die statische Betrachtung des Beckerschen Modells lässt überdies den investiven Charakter der Kinder unberücksichtigt, der darin besteht, dass sie das Sozialprodukt der Zukunft erwirtschaften und daraus entweder durch die Übernahme der elterlichen Ersparnisse oder durch direkte Transfers die Alterssicherung gewährleisten (Werdinger, 1998). Die vollständige Spezialisierung erweist sich in Beckers Theorie deshalb als optimal, weil Frauen geringere Marktlöhne erzielen als Männer. Sind diese Unterschiede im Durchschnitt einmal eingetreten, so führt rationales Verhalten sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite zu einem Teufelskreis (Ott, 1997, 44 ff.): Die Nutzenmaximierung des Haushalts durch maximale Spezialisierung der Frau auf die Haushaltstätigkeit führt zu einer geringeren Erwerbsbeteiligung der Frauen. Daher macht sich eine hochwertige Ausbildung für Frauen weniger bezahlt, ihre erwartete Produktivität sinkt für potenzielle Arbeitgeber und die erwarteten Erträge von Ausbildungsinvestitionen sind niedrig. Frauen erhalten dann generell schlechtere Arbeitsplätze, die durch eine geringe Entlohnung gekennzeichnet sind. Diese Arbeitsbedingungen erhöhen die Anreize für eine Spezialisierung. Frauen, die aus diesem Schema ausscheren und sich eine höhere Bildung aneignen, wie es die jüngeren Frauengenerationen machen, haben eine höhere Affinität zum Arbeitsmarkt und der Vorteil aus einer geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung nimmt ab.

1.2.3 Neuere familienökonomische Modelle

Neuere Theorien aus der Verhandlungsökonomie greifen diese Kritikpunkte auf und formulieren ein familienökonomisches Modell, das auf den Nutzenfunktionen der Individuen basiert und die Familienbildung als einen dynamischen Prozess beschreibt (Ott, 1998). Die Ehe wird als langfristiger Vertrag charakterisiert, durch den beide Partner ihren eigenen Nutzen U steigern können, indem sie kooperieren und gemeinsam den Gesamtnutzen N erhöhen. Dabei wird eine gemeinsame Entscheidung über den Ressourceneinsatz unterstellt, die das Ergebnis eines Verhandlungsprozesses ist. Formal lässt sich das Modell für die beiden Ehepartner ($m = \text{Mann}$, $f = \text{Frau}$) in der Periode i wie folgt beschreiben:

$$\max N_i = (U_{mi} - D_{mi}) * (U_{fi} - D_{fi})$$

U_{mi} und U_{fi} stellen die Nutzen von Mann m und Frau f in Periode i bei gemeinsamer Haushaltsführung dar, während mit D_{mi} und D_{fi} die Nutzen bezeichnet werden, die sich im Einpersonenhaushalt ergeben. Das Nutzenniveau eines Singlehaushaltes wird dabei entscheidend von den Möglichkeiten des Individuums bestimmt, mit seiner jeweiligen Humankapitalausstattung ein Erwerbseinkommen zu erzielen. Schließen sich die beiden Singlehaushalte zu einem gemeinsamen Haushalt zusammen, so wird entsprechend der Gleichung 1 bei gegebener Haushaltsproduktionsfunktion und unter Einhaltung der Zeit- und Budgetrestriktion in jeder Periode der Gesamtnutzen N des Haushalts maximiert.

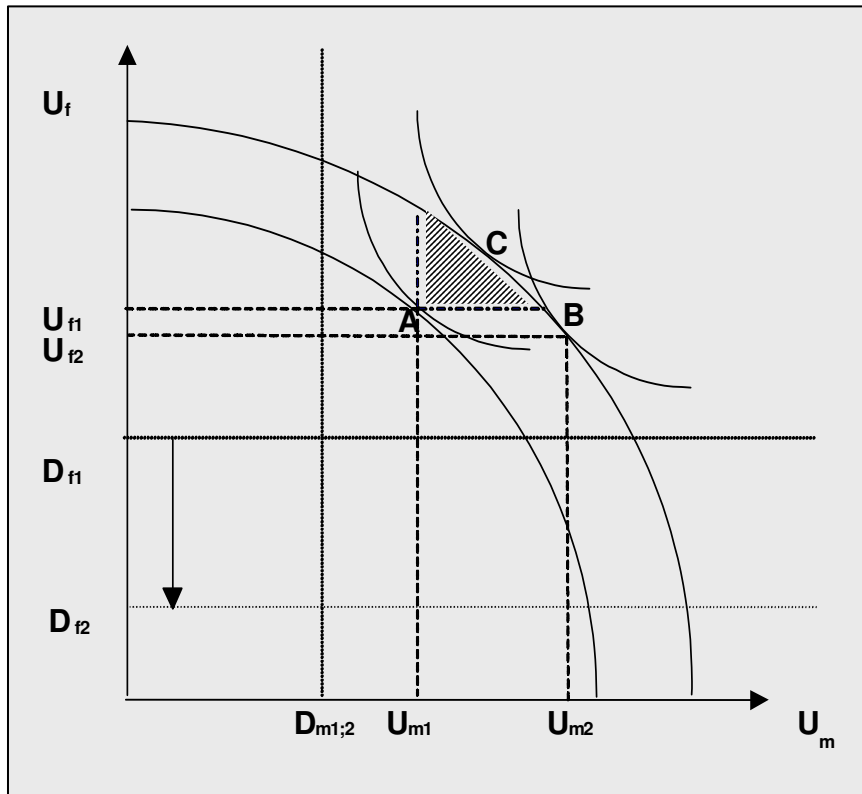
Das Modell berücksichtigt nun, dass eine Spezialisierung der jeweiligen Ehepartner auf bestimmte Tätigkeiten mit Humankapitalakkumulationen in diesem Bereich einhergeht und den Gesamtnutzen des Haushaltes steigert. So kann es für beide Partner vorteilhaft sein, wenn sich die Frau nach der Familiengründung ganz auf die Versorgung und Erziehung der Kinder konzentriert und ihre Erwerbsarbeit aufgibt, während sich der Mann auf die Erwerbsarbeit spezialisiert und damit das Einkommen des Haushaltes sichert. Formuliert man den Verlauf der Ehe in einem Zwei-Perioden-Modell, so zeigt sich, dass die Spezialisierung Einfluss auf das Nutzenniveau nehmen kann, das der einzelne Partner in einem Singlehaushalt realisieren würde. So sinken bei der Spezialisierung auf die Hausarbeit die Möglichkeiten der Frau, Erwerbseinkommen zu erzielen, weil das auf dem Arbeitsmarkt verwertbare Humankapital abnimmt. In der Folge verschlechtern sich ihre Alternativen außerhalb der Ehegemeinschaft, während sich für den durchgehend erwerbstätigen Mann keine Auswirkungen auf sein Nutzenniveau im Falle eines Alleinlebens ergeben.⁹

Das Entscheidungsmodell des Haushalts ist in Abbildung 3 graphisch dargestellt: Die Achsenabschnitte D_{f1} und D_{m1} geben den Nutzen an, den der jeweilige Partner in einem Singlehaushalt vor Beginn der Ehe realisieren würde. Dieses Nutzenniveau bestimmt damit die jeweilige Verhandlungsmacht der Ehepartner. Die Verhandlungsmacht wird durch die Alternativen festgelegt, die das Individuum außerhalb des gemeinsamen Haushalts hätte und wird in diesem Modell vor allem von den Möglich-

⁹ Das Modell geht implizit davon aus, dass der Mann auch bei einer längerfristigen Spezialisierung der Frau auf den Haushalt weiterhin in der Lage ist, sich selbst zu versorgen. Stellt er beispielweise seine Ernährung nach einer Trennung der Ehepartner von der Hausmannskost auf Fertiggerichte um, so findet dies hier keine Berücksichtigung in seiner Nutzenfunktion.

keiten bestimmt, auf dem Arbeitsmarkt Einkommen zu erzielen. Je niedriger D ist, desto geringer ist das Nutzenniveau außerhalb der Ehe und desto weniger glaubhaft ist die Androhung, die Ehegemeinschaft auflösen zu wollen.

Abbildung 3: Verhandlungsökonomisches Modell über zwei Perioden



Quelle: Ott, 1998, 86

Durch den gemeinsamen Haushalt entstehen Kooperationsgewinne, so dass beide Partner im Punkt A ein höheres Nutzenniveau als alleine erreichen. In der zweiten Periode ist eine Wohlfahrtssteigerung durch Spezialisierung möglich (schraffierter Bereich), bei der sich beide Partner besser stellen, wenn sich einer der Partner auf Hausarbeit und der andere auf Erwerbsarbeit spezialisiert. Bei unveränderter Verteilung der Kooperationsgewinne wäre diese Lösung durch Punkt C gekennzeichnet.

Wie gezeigt können jedoch bei einer Spezialisierung auf die Hausarbeit die Möglichkeiten der Frau sinken, Erwerbseinkommen zu erzielen. In der Folge verschlechtern sich ihre Alternativen außerhalb der Ehegemeinschaft, ihr Nutzen aus einem Alleinleben sinkt von D_{f1} auf D_{f2} . Daraus resultiert eine Verschiebung der Verhandlungsmacht zwischen den Partnern, weil sich für den Mann in Bezug auf

seine Erwerbsmöglichkeiten nichts ändert, so dass sein Nutzen aus einem Singlehaushalt unverändert bei $D_{m1} = D_{m2}$ liegt. Die neue kooperative Lösung kann dann bei Punkt B liegen und führt für die Frau zu einem niedrigeren Nutzenniveau U_{f2} als in Periode 1.

Wenn der Wohlfahrtsgewinn aus der Spezialisierung sehr klein ist, liegt eine dem Gefangenendilemma ähnliche Situation vor: Prinzipiell kann durch die Spezialisierung ein höheres Nutzenniveau erreicht werden, durch das sich bei gleich bleibender Verteilung des Zuwachses beide Partner besser stellen. Durch die Spezialisierung verschlechtern sich aber die Alternativmöglichkeiten der Frau, so dass sie sich, wenn die Verteilung des Nutzenzuwachs auf Basis der veränderten Alternativmöglichkeiten neu ausgehandelt wird, unter Umständen schlechter stellt als vorher. Es sind auch Konstellationen denkbar, in denen ein Partner unter das Niveau fällt, das er in einem Einpersonenhaushalt realisieren kann. Rational handelnde Individuen werden diese Auswirkungen der Spezialisierung voraussehen und in ihr Entscheidungskalkül der Periode 1 einbauen. Die Maximierungsfunktion des Gesamthaushaltes sieht für zwei Perioden dann wie folgt aus:

$$\max N_1 = (U_{m1} + U_{m2} - D_{m1}) * (U_{f1} + U_{f2} - D_{f1})$$

$$\max N_2 = (U_{m2} - D_{m2}) * (U_{f2} - D_{f2})$$

Der einzelne Ehepartner wird sich auf einen solchen Vertrag nur einlassen, wenn er sicher sein kann, dass die Verteilung der Kooperationsgewinne auch bei einem Rückgang der Alternativmöglichkeiten unverändert bleibt. Die traditionelle Rollenverteilung kann als ein solcher Vertrag interpretiert werden. Ein solcher Vertrag ist jedoch nicht einklagbar, so dass die Gefahr des Vertragsbruchs besteht, die besonders hoch ist, wenn die Wohlfahrtsgewinne durch die Spezialisierung auf den Haushalt temporär anfallen. Dies gilt für die Kindererziehungszeit, während der die Spezialisierung auf die Familienarbeit hochproduktiv ist und zu großen Wohlfahrtsgewinnen für die Eltern führt. Mit zunehmendem Alter der Kinder sinkt jedoch der zusätzliche Wohlfahrtsgewinn durch die Spezialisierung. Die Spezialisierung auf den Haushalt erhöht mithin die Wohlfahrtsproduktion nur für eine begrenzte Zeit, während die individuellen Verluste durch die Aufgabe der Erwerbstätigkeit und damit der Nachteil in der Verhandlungsposition dauerhaft bestehen bleiben. Sind die Wohl-

fahrtsgewinne bereits realisiert, so hat der Partner mit der besseren Verhandlungsposition die Möglichkeit, den Vertrag einseitig aufzukündigen. Je nach Aufteilung der Haus- und Erwerbsarbeit in der ersten Periode ergeben sich spezifische Humankapitalentwicklungen, die die Nutzen in der zweiten Periode beeinflussen. Wenn Frauen antizipieren, dass sie nach der Geburt von Kindern durch eine vollständige Spezialisierung auf Familienarbeit unter ihr vorheriges Nutzenniveau zurückfallen, werden sie sich gegen die vollständige Spezialisierung – und damit vielleicht auch gegen Kinder – entscheiden und ihre Einkommenserzielungskapazität erhalten.

Verstärkt wird dieses Bestreben der Frauen durch die wirtschaftliche Entwicklung, in deren Folge die Rendite auf haushaltsspezifisches Humankapital gesunken ist, weil Haushaltsgüter immer besser durch Marktgüter ersetzt werden können. Beispielsweise wird Kleidung kaum noch selbst erstellt, sondern gekauft, die Eigenproduktion des Mittagessens kann durch Schnellrestaurants oder Fertiggerichte kostengünstig abgelöst werden. Durch diese Substitutionsmöglichkeiten und den Verlust komparativer Vorteile aufgrund gleicher Bildungsniveaus von jungen Männern und Frauen sind die Vorteile der Kooperation innerhalb eines Haushalts gesunken, während auf individueller Ebene durch die geschlechtsspezifische Rollenverteilung die Risiken für die Frau gestiegen sind, wenn sie sich auf den Haushalt spezialisiert. „Sinkende Geburtenziffern und eine steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen sind dann nicht nur Folge hoher Opportunitätskosten, sondern müssen auch als rationale Reaktion auf eben diese individuellen Risiken gesehen werden“ (Ott, 1998, 88).

1.2.4 Der Einfluss des Bildungsniveaus auf die Fertilität

Neben diesen verhandlungsorientierten Ansätzen haben Ökonomen auch den Einfluss der Bildung auf die Kinderzahl untersucht. Die Bedeutung der Bildung für die Fertilität ist im Übergangsbereich zwischen ökonomischer und soziologischer Theorie angesiedelt. Die Soziologen zeigen auf, dass das steigende Bildungsniveau der Frauen zur Unabhängigkeit und Emanzipation der Frauen beigetragen hat, da sich gebildete Frauen weniger stark an traditionellen Rollenmustern orientieren, somit weniger zur Übernahme der traditionellen Hausfrauenrolle neigen (Klein, 1989, S. 489) und eine effektive Familienplanung betreiben können. Die verlängerte Ausbildungsphase erhöht das Heiratsalter sowie das Alter bei Geburt des ersten Kindes, da aus finanziellen und gesellschaftlichen Gründen während der Ausbildung in der Regel

keine Familie gegründet wird. Aus ökonomischer Sicht erhöht sich mit steigendem Bildungsniveau das Lohnniveau und folglich auch die Opportunitätskosten, wenn ein Elternteil die Erwerbstätigkeit für die Kindererziehung einschränkt. Da dies in der Regel die Mutter betrifft, ist nach der oben erläuterten Opportunitätskostentheorie bei steigendem Bildungsniveau der Frau mit einer sinkenden Kinderzahl zu rechnen. Das Bildungsniveau des Mannes wirkt gemäß der ökonomischen Theorie bei der Entscheidung für oder gegen Kinder gegensätzlich zu dem der Frau: Mit steigendem Bildungsniveau des Mannes steigt seine Fertilität, da Bildung eine der wichtigsten Determinanten des Arbeitseinkommens ist, so dass der für das Familieneinkommen postulierte Zusammenhang auf das Bildungsniveau des Mannes übertragen werden kann. Studien zur Überprüfung der männlichen Fertilitätsverhaltens sind selten. Erste Ansätze finden sich in einer Studie zur Kinderlosigkeit von Männern (Schmitt, 2004).

1.2.5 Theorie der biographischen Festlegung

Ebenfalls im Interaktionsfeld zwischen Soziologie und Ökonomie ist die Theorie der biographischen Festlegung angesiedelt. Birg et al. (1996, 67) argumentieren, dass durch die Entscheidung zur Heirat oder Geburt eine langfristige biographische Entscheidung getroffen wird, die im Falle der Kinder nicht zu revidieren ist und die Eltern langfristig bindet. Der Lebenslauf des Menschen wird in der biographischen Theorie in verschiedene Grundbausteine aufgespalten, die in unterschiedlicher Reihenfolge aufeinander folgen können. Darunter sind die Phasen der Ausbildung, des Berufseintritts, Heirat, Geburt von Kindern oder der Eintritt ins Rentenalter zu verstehen (Borchardt / Stöbel-Richter, 2004, 17ff.). Mit der Entscheidung für Kinder können andere Lebensformen oder eine andere mögliche Abfolge der Grundbausteine nicht mehr realisiert werden, so dass auch hier Opportunitätskosten entstehen. Diese nicht realisierten Optionen sind in der Regel individuelle Wahlmöglichkeiten zwischen konkurrierenden Lebensformen und können mit dem Schlagwort „Individualisierung“ beschrieben werden; Birg nimmt dabei an, dass es „zwischen der beobachtbaren äußeren Lebensgeschichte eines Individuums und seiner im Inneren erfahrenen Lebensgeschichte eine Einheit gibt, die in Zusammenhängen zwischen der Innen- und Außenwelt zum Ausdruck kommt“ (Birg et al., 1996, 8). Es werden dabei drei verschiedene Möglichkeiten biographischer Zusammenhänge angenommen:

1. Die innere biographische Kohärenz bezeichnet innere Erlebnis- und Sinnzusammenhänge, die von außen betrachtet nicht erkennbar sind. Ein Beispiel wäre ein Stellen- und Ortswechsel, der durch den Wunsch nach räumlicher Nähe zum Lebenspartner ausgelöst wurde.

2. Die äußere biographische Kohärenz charakterisiert Zusammenhänge im von außen erfassbaren Lebenslauf, die nicht auf einer inneren Kohärenz beruhen. Damit sind etwa Bildungsabschlüsse, Beginn und Ende von Berufsabschnitten oder eine amtliche Eheschließung gemeint.

3. Die biographische Kohärenz bezeichnet die Entsprechung der parallel verlaufenden inneren Erlebens- und Sinnzusammenhänge mit den Zusammenhängen der äußeren Lebensdaten eines Menschen.

Mit diesen Erklärungsansätzen lassen sich Unterschiede im Fertilitätsverhalten zwischen verschiedenen Gruppen und Regionen erklären. Die Entscheidung für Kinder schränkt dabei die Wahlmöglichkeiten zwischen den anderen Biographiebausteinen dauerhaft ein. Aus ökonomischer Sicht besonders relevant ist die Einschränkung der Erwerbsmöglichkeiten. So etwa, wenn der Zwang zur Anpassung der Familienbiographie an die Erfordernisse des Arbeitsmarktes besteht. Dies kann hochqualifizierte Paare veranlassen, die Entscheidung für Kinder hinauszuschieben, weil beide Partner nach dem Studium zunächst einen Einstieg in das Berufsleben anstreben. Dieser Einstieg findet zudem bei nicht gleichaltrigen Paaren zu unterschiedlichen Zeitpunkten statt, was durch die bereits erfolgte Festlegung eines Partners weitere Schwierigkeiten mit sich bringt. Die Anforderungen der zeitlichen und räumlichen Mobilität an Berufseinsteiger und Nachwuchsführungskräfte erhöhen die Kosten einer biographischen Festlegung durch Kinder. Vor allem die räumliche Mobilität belastet die Partnerschaft. Die Schwierigkeit, für beide Partner eine passende Tätigkeit an einem Lebensort zu finden, führt immer häufiger zu der Lebensform des „living apart together“, welche eine Familiengründung praktisch unmöglich macht. Fordert der Beruf zudem längere Abwesenheiten vom Lebensort oder auch Auslandsaufenthalte, so ist die Stabilität der Partnerschaft nicht selten gefährdet. Die beruflich verlangte zeitliche Flexibilität, insbesondere die Verfügbarkeit nach Ablauf der eigentlichen Arbeitszeit und am Wochenende, ist nur schwer mit den Anforderungen von Kleinkindern zu vereinbaren. Die Familiengründung wird dann immer weiter aufgeschoben, was bei gut ausgebildeten Frauen zur ungewollten Kinderlosigkeit führen kann.

1.3 Zusammenfassung: Theorien zur Fertilitätsentscheidung

Der Überblick über die verschiedenen soziologischen und ökonomischen Theorien hat die Komplexität der Fertilitätsentscheidung verdeutlicht. Dabei unterliegen die verschiedenen Einflussfaktoren ihrerseits wieder der Ausgestaltung von Werten und Normen in der Gesellschaft und den politischen Rahmenbedingungen. Das folgende Schema versucht, diese komplexen gegenseitigen Wechselwirkungen graphisch darzustellen (Abbildung 4).

Abbildung 4: Einflussfaktoren auf die Fertilitätsentscheidung



Interpretationshilfe: Ringe mit fett gedruckter Schrift stellen direkte Einflussfaktoren dar, Ringe mit normaler Schrift wirken auf diese direkten Einflussfaktoren.

Quelle: Eigene Darstellung

In den folgenden Kapiteln liegt der Schwerpunkt auf den Faktoren, die zur Einfluss-sphäre der staatlichen Politik gerechnet werden können (siehe auch Sleebos, 2003, 34). Dabei sollen sowohl generell gültige Korrelationen als auch landespolitisch ab-hängige Konstellationen und damit der Einfluss von Länderregimen aufgedeckt werden. Die drei untersuchten Haupteinflussfaktoren Einkommen, Bildung und beruf-liches Umfeld sind dabei wie gezeigt nicht unabhängig voneinander, sondern weisen gegenseitige Wechselwirkungen auf.

2 Statistisch-empirische Überprüfung von Haupteinflussfaktoren

Die Übersicht über ökonomische und soziologische Theorien macht deutlich, dass eine Vielzahl von Einflussfaktoren die Fertilitätsentscheidung bestimmen. Dabei ist bei manchen Faktoren die Wirkungsrichtungen nicht einmal theoretisch eindeutig herleitbar. So kann, wie gezeigt, ein steigendes Einkommen sowohl positiv als auch negativ auf die gewünschte Kinderzahl wirken, je nachdem ob der Einkommenseffekt oder der Substitutionseffekt überwiegt. Es ist also nicht eindeutig, ob die immer wieder geforderte Erhöhung des Familieneinkommens – abstrahiert von sozialpolitischen Überlegungen – tatsächlich positive Auswirkungen auf die Kinderzahl hätte. Da die Einflussmöglichkeiten auf das soziologische Umfeld durch die Politik begrenzt sind und in der Diskussion konkrete Maßnahmen wie die Erhöhung des Kindergeldes oder der Ausbau von Betreuungseinrichtungen im Vordergrund stehen, sollen im Folgenden einige Haupteinflussfaktoren für die Fertilitätsentscheidung der vergangenen Jahrzehnte empirisch überprüft werden. Haben Paare mit einem höheren Einkommen mehr oder weniger Kinder als Paare mit niedrigerem Haushaltseinkommen? Ist der Zusammenhang statistisch nachweisbar und im internationalen Vergleich konstant? Welche Rolle spielen der Bildungsstand der Mutter und die Berufsgruppe, in der sie arbeitet? Aus der Fülle der theoretisch ermittelten Einflussfaktoren wurden in dieser Arbeit die Bedeutung des Einkommens, der Bildung und des beruflichen Umfeldes als Prüfvariable ausgewählt. Ziel ist es, eindeutige Zusammenhänge zwischen der jeweiligen Variablen und dem Fertilitätsniveau oder länderspezifische Ausprägungen zu ermitteln. Die Fokussierung auf Länderunterschiede im Vergleich zu regionalen Unterschieden in den Ländern erscheint gerechtfertigt, da eine Studie der Europäischen Union belegte, dass die Fertilitätsunterschiede zwischen den 201 europäischen Regionen im Zeitraum 1997 bis 1999 zu 71 Prozent durch Länderzugehörigkeiten erklärt werden konnten (Duchêne et. al., 2004, 48). Als Datengrundlage wurde die Luxemburger Einkommensstudie für die Länder Deutschland, Großbritannien, Schweden, Finnland, USA und Kanada der Erhebungswellen um 1980, 1990 und 2000 herangezogen. Nähere Erläuterungen zu den verwendeten Datensätze und Methoden finden sich im Anhang.

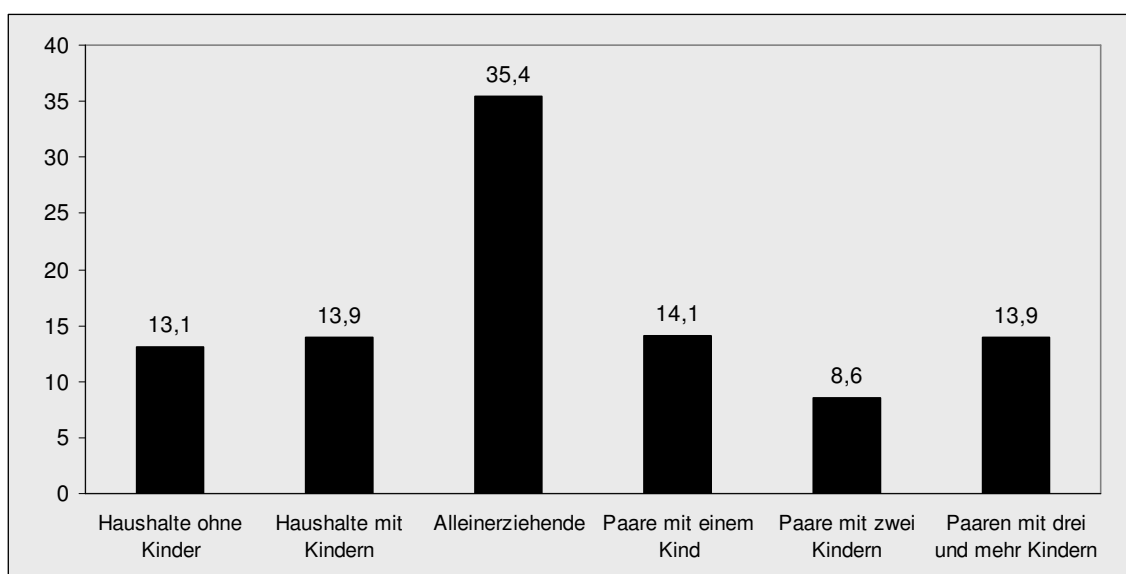
2.1 Fertilität und Einkommen

2.1.1 Literaturüberblick: Zusammenhang zwischen Fertilität und Einkommen

Der zweite Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung ermittelt für Haushalte mit Kindern ein höheres Armutsrisiko als für kinderlose Haushalte (Deutscher Bundestag, 2005, 76). Dieser Befund wird auch von internationalen Studien bestätigt (Smeeding et al., 1999; Cantillon / Van den Bosch, 2002; Smeeding / Rainwater, 2002). Die messbare finanzielle Benachteiligung von Familien geht in Deutschland allerdings fast ausschließlich auf die finanzielle Lage von Alleinerziehenden zurück (Abbildung 5): Während das Armutsrisiko aller Haushalte mit Kindern mit 13,9 Prozent nur unwesentlich höher als das Risiko aller kinderlosen Haushalte (13,1 Prozent) ist, weisen Haushalte von Alleinerziehenden mit 35,4 Prozent ein deutlich erhöhtes Armutsrisiko auf. Dabei muss allerdings beachtet werden, dass Armutsgrenzen relativ zum durchschnittlichen Einkommen in einer Gesellschaft definiert werden und somit keine objektive Aussage darüber liefern, ob die unter die Armutsgrenze fallenden Personen tatsächlich in materieller Armut leben. Je nach Definition gilt ein Haushalt als arm, wenn er weniger als 60, 50 oder 40 Prozent des Medianeinkommens aller Haushalte zur Verfügung hat. Die Bundesregierung zieht das sechzig Prozent Kriterium heran. Die Lebenssituation von Menschen, die in Deutschland in einem als arm geltenden Haushalt leben, ist damit in keinster Weise vergleichbar mit der eines armen Haushaltes in einem Entwicklungsland.

Abbildung 5: Armutsrisiko in Deutschland

- Anteil der Haushalte, welche 2003 unter 60 Prozent des Medianeinkommens hatten -



Quelle: Bundesregierung, 2005, 76

In der wissenschaftlichen Literatur wird bei der finanziellen Situation von Familien neben der Zahl der Kinder (Büchel / Trappe, 2001; Hesse / Thiel, 2002) vor allem das Alter der Kinder berücksichtigt (Grabka / Krause, 2005; Kirner / Schwarze, 1996). Das Armutsrisiko von Familien gilt als umso höher, je jünger das jüngste Kind ist. Am gefährdetsten sind demnach in Deutschland Paare, deren jüngstes Kind unter drei Jahre alt ist (Grabka / Krause, 2005, 156). Kinder können aber nicht generell als Indikator für Armut genommen werden. So lebten nach einer Studie des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg acht Prozent der Kinder in prekären ökonomischen Verhältnissen, sechs Prozent jedoch in wohlhabenden Familien, die restlichen 86 Prozent lebten in „normalen“ Verhältnissen (Eggen, 2004, 18). Im internationalen Vergleich ist die Armutsrate von Kindern in den Industrieländern sehr unterschiedlich (Tabelle 2). Die in der vorliegenden Studie untersuchten Länder weisen Raten zwischen 21,9 Prozent und 2,8 Prozent aus (Unicef, 2005, 4).

Tabelle 2: Kinderarmut in entwickelten Ländern 2004

– Anteil der Kinder, welche in Haushalten mit weniger als 50 Prozent des nationalen Medianeinkommens leben, in Prozent aller Kinder –

Dänemark	2,4
Finnland	2,8
Norwegen	3,4
Schweden	4,2
Schweiz	6,8
Tschechien	6,8
Deutschland	10,2
Polen	12,7
Spanien	13,3
Japan	14,3
Kanada	14,9
Großbritannien	15,4
Irland	15,7
Italien	16,6
USA	21,9
Mexiko	27,7

Quelle: Unicef, 2005,4

Die Unterschiede zwischen den Lebensverhältnissen der Kinder untereinander, zwischen den Ländern und die relativ geringen Unterschiede zwischen Haushalten mit und ohne Kinder insgesamt zeigen, dass das Vorhandensein von Kindern nicht von sich aus ein absolutes Kriterium für die finanzielle Lage eines Haushaltes ist. Die Hintergründe und der genaue Zusammenhang zwischen Einkommen und Kinderzahl sollen daher im Weiteren genauer untersucht werden.

Es wird hier speziell auf drei Unterbereiche der Einkommensliteratur eingegangen, die für die Entscheidung für ein (weiteres) Kind eine Rolle spielen können und damit für die sich anschließende eigene statistische Auswertung relevant sind: Kinderkosten, Äquivalenzeinkommen und der direkte Zusammenhang zwischen Einkommen und Kinderzahl. Studien zur Höhe der Kosten, welche einem Haushalt direkt durch ein Kind entstehen, geben einen guten Einblick in die finanzielle Dimension, welche Kinder im Budget eines Haushaltes beanspruchen, sie können allerdings für sich genommen nichts darüber aussagen, welche Bedeutung diese Kinderkosten für die Betroffenen haben oder ob der Staat durch Umverteilung die familialen Belastungen abmildert. Daher sind allein aufgrund der Kinderkosten keine Aussagen darüber möglich, ob diese letztlich ein Grund für das jeweilige Fertilitätsniveau eines Landes sind. Einen direkten Vergleich zwischen verschiedenen Haushaltsformen lässt sich hingegen mit dem Konzept der Äquivalenzeinkommen durchführen. Trotz der hierzu vorliegenden umfangreichen Literatur und dem ergänzend durchgeführten Vergleich mit den Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamtes bleibt diese Analyse aber unbefriedigend, da in den amtlichen Statistiken aus der Anzahl der Haushaltsmitglieder nicht auf die Form der Haushalte geschlossen werden kann. So können hinter Zwei-Personen-Haushalten sowohl Doppelverdiener-Paare als auch Alleinerziehende mit Kind stehen. Zudem ist keine Abgrenzung nach Altersklassen möglich und damit kein Vergleich von Haushalten in derselben Lebensphase. Eine tiefergehende Aufschlüsselung der Daten war bislang Mitarbeitern des Bundesamtes oder von diesem ausnahmsweise genehmigten Forschungsvorhaben vorbehalten. Die Ergebnisse werden im Folgenden referiert. Seit kurzem werden einige Datensätze in Form von faktisch anonymisierten Einzeldaten (scientific usefiles) an einige Forscher herausgegeben. Diese standen allerdings für

diese Studie nicht zur Verfügung.¹⁰ Ein internationaler Vergleich der Äquivalenzeinkommen für die sechs Länder kann ohnehin nicht vorgenommen werden, da hierfür keine einheitliche Datenbasis verfügbar ist. Der Schwerpunkt der sich anschließenden eigenen Studien liegt auf der Auswertung der Datensätze der Luxemburger Einkommensstudie (LIS) zum direkten Zusammenhang zwischen Fertilität und Einkommen und zur relativen Einkommenssituation zwischen kinderlosen Paaren und Familien im gleichen Alter in den sechs ausgewählten Ländern.

Die LIS-Datenbank ist neben dem Europäischen Haushaltspanel ECHP derzeit die einzige Möglichkeit, internationale Vergleiche der finanziellen Situation von Privathaushalten durchzuführen. Da der Zugriff auf die Daten bisher allerdings nicht über eine benutzerfreundliche Oberfläche sondern nur über Emails in der Computersprache SPSS oder Stat möglich ist, wurden ihre Möglichkeiten in der Forschung bisher noch nicht voll ausgeschöpft¹¹. Das ECHP beschränkt sich im Unterschied zur LIS auf die Länder der Europäischen Union, ist kostenpflichtig und wird zudem bis 2007 einer Revision unterzogen, sodass aktuelle Datensätze nicht verfügbar sind.

Kinderkosten

Nach der ökonomischen Theorie haben Kinder durch das Verbot der Kinderarbeit und durch die Verlagerung der Altersvorsorge auf den Staat den Charakter eines Investitionsgutes verloren und sind zu einer Art Konsumgut geworden. Sie stehen folglich in Konkurrenz zu anderen Konsumgütern. Schon der Volksmund weiß, dass Kinder dabei in die Kategorie Luxus einzuordnen sind: „Ein Kind kostet ein Einfamilienhaus bis es selbständig ist“, lautet eine bekannte Daumenregel. Der Staat unterstützt dabei die Familien über Transfers, Sozialversicherungen, Familienvergünstigungen und die Bereitstellung der kostenlosen Bildungsinfrastruktur. Die Kalkulation von Kinderkosten kann dabei grundsätzlich nach zwei Konzepten erfolgen (McDonald, 1990): Entweder, man bestimmt den Wert eines Warenkorb, den Eltern mindestens kaufen müssen, um ihr Kind zu unterhalten und differenziert dabei nach verschiedenen Altersstufen der Kinder. Dieser Ansatz stellt einen unteren Wert der Kinderkosten dar. Alternativ

¹⁰ Der Autorin wurden aufgrund ihrer Anstellung am Institut der deutschen Wirtschaft Köln die Daten nicht zugänglich gemacht, weil das Bundesamt das IW Köln bislang nicht als reines Forschungsinstitut anerkennt. Es konnten daher für diese Arbeit keine Sonderauswertungen vorgenommen werden.

¹¹ Ein Beispiel für die in dieser Studie entworfenen SPSS-Emails und damit eine Illustration der technischen Erhebungsschwierigkeiten findet sich im Anhang.

können die Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe daraufhin ausgewertet werden, wie viel Eltern tatsächlich für ihr Kind ausgeben. Aus volkswirtschaftlicher Sicht müssen zudem die Kosten berücksichtigt werden, welche der Staat für die Ausbildung, für Kinderinfrastruktur etc. ausgibt. Nach einer Studie des Instituts für Weltwirtschaft (IfW) wendete der deutsche Staat im Jahr 2000 164,2 Mrd. Euro für die verschiedenen familienpolitischen Maßnahmen auf (Rosenschon, 2001, 51 ff, ähnlich Deutsche Bundesbank, 2002, 17ff.). Zählt man die Ausgaben für das Bafög und die Hochschulausbildung¹² hinzu erhöht sich der Betrag auf 176,4 Mrd. Euro. Zusätzlich gab der Staat etwa 62,3 Mrd. Euro für Bildungseinrichtungen aus. Die direkten Kosten von Kindern, die im Haushalt der Eltern leben, schätzt die Studie auf 96,5 Mrd. Euro. Dabei ist der Aufwand für ein Kind in einem Alleinerziehenden Haushalt höher als für mehrere Kinder in einem Ehepaarhaushalt. Die Opportunitätskosten, die durch die Kinderbetreuung verursacht werden, schätzt das Institut als Gegenwert des Zeitaufwandes für die Betreuung auf 191,2 Mrd. Euro oder als Einkommensausfall für die Kinderbetreuung auf 202,8 Mrd. Euro. Zusammen mit den anderen familienpolitischen Maßnahmen kommt das IfW zu dem Schluss, dass etwa 45 Prozent der Kinderkosten von der Allgemeinheit finanziert werden. Da Eltern ja selbst über ihre Steuern zur Finanzierung beitragen, werden netto etwa ein Drittel der Kinderkosten durch Umverteilung getragen.

Eine Berechnung über die Konsumausgaben von Haushalten zeigt, dass für Kinder je nach Haushaltsform zwischen 400 und 500 Euro pro Monat ausgegeben werden (Münnich / Krebs, 2002). Die anteiligen Ausgaben für Miete, Energiekosten etc. sind dabei mitberücksichtigt. Ein ähnliches Bild ergibt sich in anderen entwickelten Staaten. So schätzte das US-Landwirtschaftsministerium die Kosten im Jahr 2001 je nach Alter des Kindes und der Wohnregion auf 650 bis 800 US-Dollar pro Monat (Lino, 2002). Würde man diesen Betrag bis zur Selbständigkeit des Kindes ansparen und verzinsen, so trifft die Daumenregel des Einfamilienhauses die Realität ziemlich gut.

¹² Das IfW schätzt hierzu die Ausgaben für Bildung an den Hochschulen. Gelder für Forschung oder etwa für die Patientenversorgung an Universitätskliniken werden von den Gesamtausgaben abgezogen (Rosenschon, 2001, 48f.).

Angesichts dieser erheblichen Kosten scheint es wahrscheinlich, dass Kinder in Konkurrenz zu Konsumgütern treten und kinderlose Paare sich mit Blick auf den Konsumverzicht in Familienhaushalten gegen ein Kind entscheiden. Dies erhärtet eine Allensbachumfrage zu den Einflussfaktoren auf die Fertilitätsrate (IfD, 2004). Danach zählten 62 Prozent der Befragten eine gute finanzielle Situation zu den Voraussetzungen, um ein Kind zu bekommen. 72 Prozent waren der Ansicht, dass zumindest einer der beiden Partner beruflich in einer gesicherten Position sein sollte. Von den (noch) Kinderlosen unter den 18-44-jährigen Befragten wurde an erster Stelle als derzeitiger Grund gegen Kinder genannt, dass ein Kind eine große finanzielle Belastung darstelle. Im Folgenden soll daher zunächst anhand der Äquivalenzeinkommen untersucht werden, wie sich das Einkommen in einem Familienhaushalt vom Einkommen in einem Haushalt ohne Kinder unterscheidet und wie sich die Einkommen der verschiedenen Haushaltsformen in der Vergangenheit entwickelt haben.

Äquivalenzeinkommen

Vergleicht man das Einkommen von Haushalten mit und ohne Kinder, so haben Familienhaushalte abgesehen von Alleinerziehenden tendenziell mehr Einkommen zur Verfügung als Haushalte ohne Kinder (Bundesregierung, 2005). Ihre Position hat sich zudem in den vergangenen fünf Jahren seit der letzten Erhebung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe noch verbessert (Tabelle 3):

Tabelle 3: Haushaltsnettoeinkommen von Familien
 – (Ehe-)Paare und Alleinerziehende mit Kindern unter 18 Jahren in Deutschland –

	Durchschnittliches Monatsnettoeinkommen je Haushalt 2003	Veränderung 1998-2003
(Ehe-)Paare ohne Kinder	3.120 Euro	9,2 %
(Ehe-)Paare mit einem Kind	3.259 Euro	9,2 %
(Ehe-)Paare mit zwei Kindern	4.031 Euro	18,9 %
(Ehe-)Paare mit drei und mehr Kindern	4.379 Euro	13,7 %
Alleinerziehende	1.782 Euro	9,9 %

Quelle: Bundesregierung, 2005, S. 74

Von dem größeren Einkommen müssen allerdings auch mehr Menschen versorgt werden. Um den Lebensstandard der Haushaltsmitglieder in verschiedenen Haushaltsformen zu vergleichen, wurde daher das Konzept der Äquivalenzeinkommen

entwickelt (Eurostat, 2004b, 6ff.; Phipps, 1996). Man teilt dazu das Gesamteinkommen des jeweiligen Haushaltes auf die einzelnen Personen im Haushalt auf. Um dabei den geringeren Konsum von Kindern gegenüber Erwachsenen und die Synergieeffekte gemeinsamer Haushaltsführung gegenüber Singlehaushalten zu berücksichtigen, werden die weiteren Haushaltsmitglieder mit verschiedenen Gewichten belegt. Nach der neuen OECD-Skala wird der Hauptverdiener mit dem Faktor 1,0, weitere Erwachsene und Kinder über 15 Jahre mit dem Faktor 0,7 und Kinder unter 15 Jahren mit dem Faktor 0,3 gewichtet. Die Gewichte nach der neuen OECD-Skala wurden dabei aus Analysen des Ausgabeverhaltens von Haushalten abgeleitet. Trotzdem bleibt die Wahl der Gewichtungsfaktoren letztlich willkürlich. Vergleicht man einen Singlehaushalt mit einem Familienhaushalt mit zwei Kindern unter 15 Jahre, welche beide ein Einkommen von 60.000 Euro im Jahr haben, so wäre das Äquivalenzeinkommen des Singlehaushaltes 60.000 Euro, des Familienhaushaltes jedoch nur 26 087 Euro ($60.000 / (1,0+0,7+0,3+0,3)$). Die Auswertung der verfügbaren Äquivalenzeinkommen zeigt, dass der Einzelne in Mehrpersonenhaushalten mit Erwerbseinkommen ab drei Personen grundsätzlich weniger Äquivalenzeinkommen hat als in Single- oder Zweipersonenhaushalten (Tabelle 4). Allerdings können die Daten des Statistischen Bundesamtes nur einen ersten Eindruck wiedergeben, da weder nach den tatsächlichen Familienverhältnissen noch nach dem Alter gegliedert wurde. Es fällt auf, dass Ein-Personen-Arbeitnehmerhaushalte unter dem Gruppendurchschnitt liegen. Hier werden auch junge Erwachsene zu finden sein, die in einer frühen Phase ihres Arbeitslebens noch relativ wenig verdienen. Ab dem Drei-Personen-Haushalt, hinter dem weit überwiegend Familien stehen dürften, liegt die Einkommenssituation deutlich unter dem jeweiligen Gruppendurchschnitt. Dabei ist auffällig, dass der Abstand zum Gruppendurchschnitt bei den Selbständigen mit steigender Kinderzahl stark ansteigt, während in den von Sozialhilfe lebenden Haushalten erst bei drei und mehr Kindern Einbußen zu verzeichnen sind. Das könnte die Förderung der einkommensschwachen Familien durch den Staat widerspiegeln. Rentnerhaushalte werden zudem in der Regel als kinderlos gelten, da von der Statistik nur die im Haushalt lebenden Kinder bis 18 Jahre erfasst werden.

Tabelle 4: Entwicklung der verfügbaren Einkommen nach Haushaltsform

– Relative Äquivalenzeinkommen nach Erwerbsstatus des Haushaltsvorstandes und Anzahl der Haushaltsmitglieder 1991, 1995 und 2000 in Deutschland, Gruppendurchschnitt = 100 –

	Verfügbares Äquivalenzeinkommen relativ zum Gruppendurchschnitt			(vermuteter) Familientyp
	1991	1995	2000	
Selbständige inklusive Landwirte				
Alle*	237,3	228,4	248,5	
1 Person	123,7	119,8	115,0	Einpersonenhaushalt
2 Personen	122,3	119,4	115,9	Paar oder Alleinerziehende
3 Personen	96,3	96,0	97,5	Familie mit 1 Kind
4 Personen	91,2	89,5	90,4	Familie mit 2 Kindern
5 u.m. Personen	79,3	80,6	80,7	Familie mit drei oder mehr Kindern
Arbeitnehmer				
Alle	97,5	98,3	98,0	
1 Person	97,1	95,5	91,3	Einpersonenhaushalt
2 Personen	115,6	117,4	115,3	Paar oder Alleinerziehende
3 Personen	100,0	100,6	102,0	Familie mit 1 Kind
4 Personen	93,0	93,0	96,4	Familie mit 2 Kindern
5 u.m. Personen	85,0	81,8	82,9	Familie mit drei oder mehr Kindern
Nichterwerbstätige				
Alle	74,8	76,9	74,5	
1 Person	88,8	91,8	90,3	Einpersonenhaushalt
2 Personen	105,4	106,8	106,7	Paar oder Alleinerziehende
3 Personen	114,1	106,1	106,0	Familie mit 1 Kind
4 Personen	107,5	96,4	99,0	Familie mit 2 Kindern
5 u.m. Personen	89,6	81,0	81,9	Familie mit drei oder mehr Kindern
Darunter Sozialhilfe				
Alle	44,1	46,6	43,5	
1 Person	84,5	86,4	87,4	Einpersonenhaushalt
2 Personen	109,9	107,1	108,0	Paar oder Alleinerziehende
3 Personen	109,2	104,7	106,9	Familie mit 1 Kind
4 Personen	106,3	104,1	100,6	Familie mit 2 Kindern
5 u.m. Personen	97,9	93,5	96,6	Familie mit drei oder mehr Kindern
Alle Haushalte				
Alle	100,0	100,0	100,0	
1 Person	83,9	86,5	84,5	Einpersonenhaushalt
2 Personen	105,9	106,6	104,8	Paar oder Alleinerziehende
3 Personen	106,5	105,8	107,8	Familie mit 1 Kind
4 Personen	103,7	102,5	107,3	Familie mit 2 Kindern
5 u.m. Personen	96,3	91,7	94,8	Familie mit drei oder mehr Kindern

*Angaben für "Alle" bezogen auf Durchschnitt aller Haushalte, nach Personen bezogen auf den Durchschnitt der jeweiligen Gruppe Berechnet auf der Grundlage des Verfügbaren Einkommens nach dem Ausgabenkonzept bereinigt um unterstellte Einkommen aus eigengenutztem Wohneigentum und Vermögenseinkommen aus Versicherungsverträgen, Erstattungen privater Krankenversicherungen etc. Äquivalenzfaktoren nach neuer OECD-Skala: Bezugsperson: Faktor 1, weitere Personen über 15 Jahre: 0,5, Kinder unter 15 Jahre: 0,3.

Quelle: Daten des StBA, 2001; eigene Auswertung
Neuere Daten wurden vom Statistischen Bundesamt noch nicht publiziert.

Die Tabelle zeigt auch, dass sich die Wohlstandsposition der Familien gemessen am Haushaltseinkommen im vergangenen Jahrzehnt verschoben hat. Insgesamt konnte die Gruppe der Selbständigen ihre Wohlstandsposition weit über dem Durchschnitt der Haushalte noch deutlich ausbauen, während die anderen Gruppen stagnierten. Vergleicht man die Entwicklung auf der Basis der alten OECD-Äquivalenzskala mit den Studien von Hauser für die 70er und 80er Jahre (Hauser, 1995, 133 ff.), so lassen sich interessante Verschiebungen erkennen (Tabelle 5).¹³

Tabelle 5: Wohlstandspositionen nach Haushaltsform 1972 bis 2000
– Änderung der Äquivalenzeinkommen in Bezug zum Gruppendurchschnitt in Deutschland –

	1972-1981*	1981-1990*	1991-2000alt*	1991-2000neu**
Selbständige				
Ein-Personen-Haushalte	9,2	2,9	-11,9	-8,7
Zwei-Personen-Haushalte	-8,2	-6,7	-8,1	-6,4
Drei-Personen-Haushalte	-9,1	-8,7	-0,1	1,1
Vier-Personen-Haushalte	-6,0	-8,8	-1,7	-0,8
5 u.m. Personen-Haushalte	2,5	-8,6	0,5	1,4
Arbeitnehmer				
Ein-Personen-Haushalte	-5,5	-9,5	-8,1	-5,8
Zwei-Personen-Haushalte	-1,7	-5	-1,5	-0,3
Drei-Personen-Haushalte	-2,4	-1,9	0,6	2,0
Vier-Personen-Haushalte	-1,5	-2,3	2,3	3,4
5 u.m. Personen-Haushalte	1,5	-3,8	-2,4	-2,1
Nichterwerbstätige				
Ein-Personen-Haushalte	1,4	-3,7	1,8	1,5
Zwei-Personen-Haushalte	1,8	1,8	1,6	1,3
Drei-Personen-Haushalte	-3,8	1,7	-7,7	-8,1
Vier-Personen-Haushalte	-8,9	1,6	-7,6	-8,5
5 u.m. Personen-Haushalte	-1,5	-2,3	-6,9	-7,7

*alte OECD-Skala ** neue OECD-Skala; Angaben bis 1991 nur alte Bundesländer

Quelle: Becker / Hauser, 2003; StBA, 2001; eigene Auswertung

Während sich die Position der Haushalte mit Erwerbseinkommen und drei oder mehr Personen in den 70er und 80er Jahren durchweg verschlechtert hatte, konnten sie in den 1990er Jahren ihre Position halten oder verbessern. Besonders in den Arbeitnehmerhaushalten hat sich die Wohlstandsposition der Drei- und Vier-Personenhaushalte und damit in den Familien mit ein oder zwei Kindern deutlich verbessert.

¹³ Äquivalenzfaktoren: 1,0 für den ersten Erwachsenen im Haushalt, jede weiteren Person über 15 Jahre 0,7 und 0,5 für jedes Kind unter 15 Jahren

Die Großfamilien (Fünf-Personen-Haushalte) verschlechterten sich hingegen weiter gegenüber dem Durchschnitt. Unter den Selbständigen konnte diese Gruppe hingegen aufholen, während dort die Zwei-Kinder-Familie sich weiter verschlechterte. Gegenläufig war die Entwicklung in den Nichterwerbstätigenhaushalten (Rentner, Pensionäre, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger): Während sich Ein- und Zweipersonenhaushalte im Vergleich zum Gruppendurchschnitt verbesserten, verloren Mehrpersonenhaushalte ab drei Personen deutlich gegenüber den 1990er Jahren. Auch im Vergleich zum Haushaltsdurchschnitt vergrößerte sich nochmals der Abstand.

Ein eigener genauerer Vergleich der ökonomischen Situation zwischen Paaren mit und ohne Kindern ist mit der Auswertung der Äquivalenzeinkommen der amtlichen Statistik nicht möglich, da in den veröffentlichten Mikrozensusumfragen des Statistischen Bundesamtes nur die im Haushalt lebenden Kinder erfragt werden und eine Aufschlüsselung nach Einkommen, Alter und Kinderzahl nicht ausgewiesen wird. Ohne die Berücksichtigung der Altersstruktur ergibt sich aber das kontraintuitive Bild, dass die Haushalte mit Kindern mehr Einkommen haben als die ohne Kinder. Dies ist darauf zurück zu führen, dass praktisch alle Rentnerhaushalte (mit tendenziell niedrigeren Einkommen als Haushalte in der Erwerbsphase) in der Statistik zu den Haushalten ohne Kinder zählen, während sich die Haushalte mit älteren Kindern in der Lebensphase der höchsten Lohneinkommen befinden. Eggen (1997) und Stutzer (2000) erhielten allerdings Zugang zu den Primärdaten des Mikrozensus und konnten so die Äquivalenzeinkommen von Familien und kinderlose Paare in verschiedenen Lebensstufen vergleichen.

Eggen verweist darauf, dass besonders die Gründungs- und Aufbauphasen der Familien im Vergleich zu kinderlosen Paaren finanziell belastend sind. Er definiert verschiedene Lebenszyklusphasen und ordnet sie Paaren mit und ohne Kindern zu (Tabelle 6).

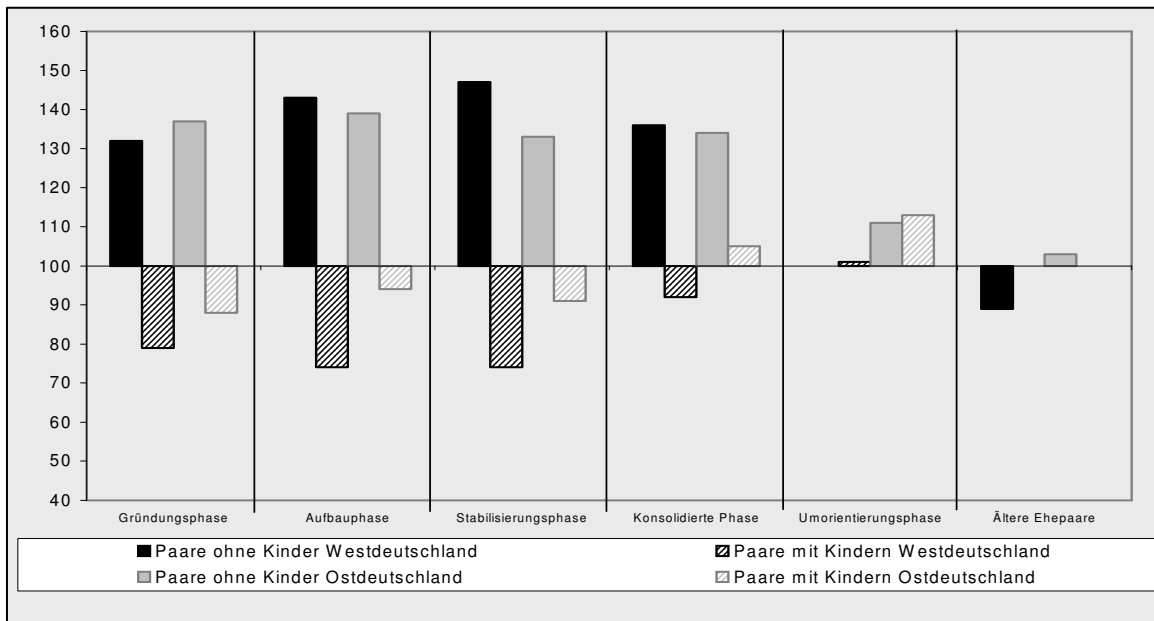
Tabelle 6: Definition der Lebenszyklusphasen nach Eggen

	Ehepaare ohne Kinder	Ehepaare mit Kindern
Gründungsphase	Ehedauer unter drei Jahren. Alter der Ehefrau unter 35.	Ehedauer unter drei Jahren. Ältestes Kind unter drei Jahren.
Aufbauphase	Ehedauer von drei bis unter zehn Jahren. Alter der Ehefrau unter 40.	Ehedauer von drei bis unter zehn Jahren. Ältestes Kind unter zehn Jahre.
Stabilisierungsphase	Ehedauer von zehn bis unter 18 Jahre. Alter der Ehefrau unter fünfzig Jahre.	Ehedauer von zehn bis unter 18 Jahre. Ältestes Kind von drei bis unter 18 Jahre.
Konsolidierte Phase	Ehedauer von 18 bis unter 28 Jahre. Alter der Ehefrau unter 55 Jahre.	Ehedauer von 18 bis unter 28 Jahren. Jüngstes Kind sechs Jahre und älter.
Umorientierungsphase	Ehedauer von 28 Jahren und mehr. Ehefrau unter 65 Jahre.	Ehedauer von 28 Jahren und mehr. Jüngstes Kind 15 Jahre und älter.
Ältere Ehepaare	Ehefrau über 65 Jahre.	

Quelle: Eggen, 1997

Der Vergleich der relativen Abweichung der durchschnittlichen Äquivalenzeinkommen der Familientypen vom durchschnittlichen Äquivalenzeinkommen der Privathaushalte (jeweils Median) ergibt einen deutlichen Unterschied zwischen Paaren mit und ohne Kinder (Abbildung 6). Dabei werden der Bezugsperson der Faktor 1, weiteren Erwachsenen 0,8, Kindern unter sechs Jahren der Faktor 0,5, von sechs bis 15 Jahren der Faktor 0,65 und von 15 bis unter 18 Jahren 0,8 zugeordnet. Vor allem in der Gründungs- und Aufbauphase haben Paare mit Kindern deutlich weniger Einkommen zur Verfügung als Paare ohne Kinder. Erst in der Konsolidierungsphase gleichen sich die Unterschiede aus. In Ostdeutschland sind nun Familien besser gestellt als der Durchschnitt aller Privathaushalte, in Westdeutschland ist dies erst in der Umorientierungsphase der Fall.

Abbildung 6: Relative Wohlstandspositionen von Paaren nach Lebensphasen
 – Gruppendurchschnitt der Privathaushalte = 100, Daten des Mikrozensus für Deutschland 1994 –

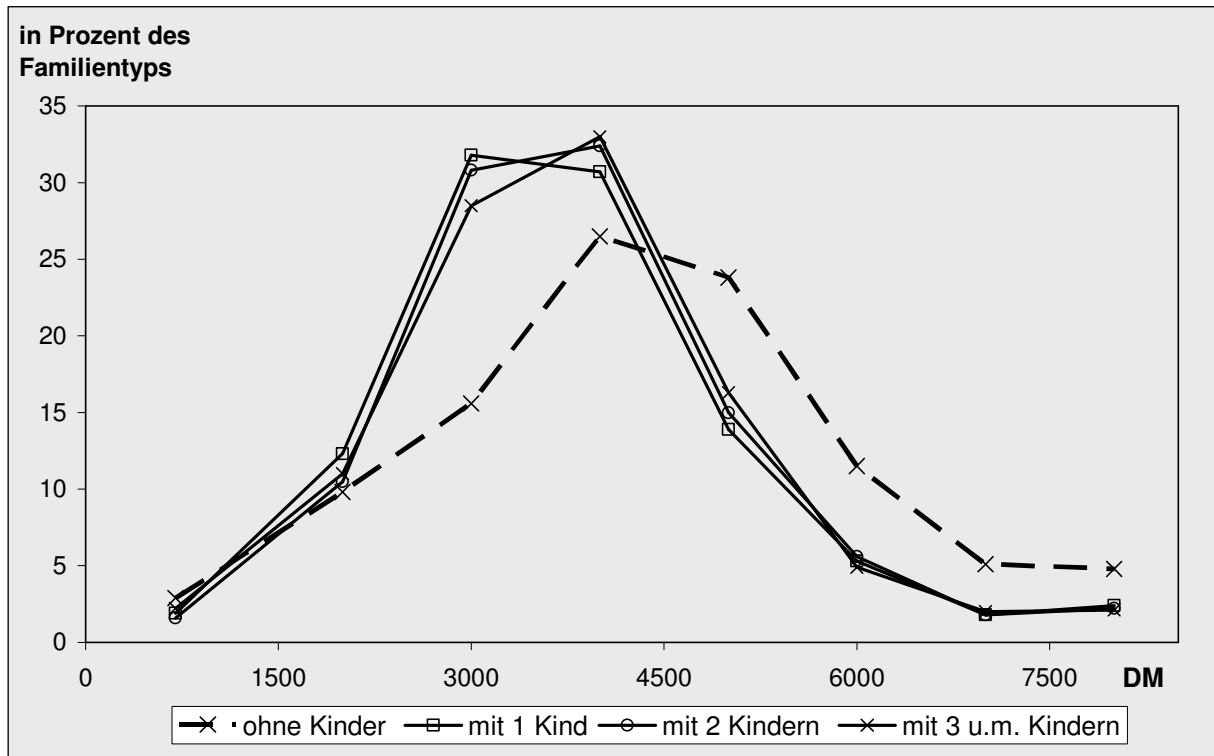


Quelle: Eggen, 1997, 71

Zu einer ähnlichen Aussage gelangt Stutzer bei einem Vergleich junger Ehepaare auf Basis einer Abgrenzung über das Alter des Ehemanns zwischen 25 und 35 Jahren. Danach verfügten junge Paare ohne Kinder über ein Medianeinkommen von 4344 DM (≈ 2221 Euro), während junge Ehepaare mit Kindern nur auf 3662 DM (≈ 1872 Euro) kamen (Stutzer, 2000, 435). Die graphische Darstellung der Mittelwerte anhand eines Liniendiagramms mit den von Stutzer gewählten Einkommensklassen zeigt, dass Ehepaare mit Kindern unabhängig von der Anzahl der Kinder eine ähnliche Einkommensverteilung haben, während sich Paare ohne Kinder davon unterscheiden (Abbildung 7). Paare ohne Kinder sind deutlich häufiger in höheren Einkommensklassen vertreten als Paare mit Kindern.

Abbildung 7: Verteilung des monatliches Nettoeinkommen junger Ehepaare

– Einkommen von Paaren in Deutschland mit Ehemann im Alter zwischen 25 und 35 Jahren 1998 –



Quelle: Stutzer, 2000, 435

Es kann daher in der deutschen Forschungsliteratur als akzeptiert gelten, dass Familien gegenüber kinderlosen Paaren ein geringeres Haushaltseinkommen erzielen (Stutzer, 2000, 434 ff.; Hauser, 1995, 138).

Ob der konstatierte Unterschied zwischen den Äquivalenzeinkommen in Haushalten mit und ohne Kinder zu einem korrigierenden Eingreifen des Staates führen sollte, hängt von der normativen Position des Betrachters ab (Hauser, 1995, 135f.). Entweder sieht man Kinder als reine Privatangelegenheit an und verweist damit auf den positiven Nutzen, den Kinder den Eltern bringen, oder betont die externen Effekte der Kinder auf die Gesellschaft und die gesellschaftspolitische Bedeutung von Familien. Je nachdem müsste der Staat sich völlig aus der Familienpolitik heraushalten oder einen Ausgleich zwischen kinderlosen und Familien schaffen. In der Vergangenheit wurde vom deutschen Staat ein Mittelweg zwischen den Extrempositionen gewählt, der Familien über Transferleistungen begünstigte, ohne die Einkommensunterschiede zu eliminieren, pronatalistische Überlegungen spielten dabei keine Rolle. In der aktuellen Diskussion setzt sich aber immer mehr die Haltung durch, dass der Staat ein legitimes Recht an einer bevölkerungsstabilisierenden Fertilitätsrate hat. Sollte daher das Einkommen ein wichtiger Bestimmungsfaktor für die Familiengröße sein,

so ließen sich künftig höhere Leistungen des Staates an Familien begründen. Eine Begründung anhand der Äquivalenzeinkommen erscheint aber unbefriedigend, da das Ergebnis wesentlich vom gewählten Gewichtungsfaktor abhängt, der immer eine gewisse Willkür bei der Beurteilung beinhaltet.

Korrelation zwischen Einkommen und Fertilität

Eine dritte Möglichkeit der Analyse des Einflusses von Einkommen auf die Kinderzahl von Paaren stellt die Auswertung der Nettohaushaltseinkommen und der Vergleich mit der Kinderzahl dar. Obwohl die Erhöhung des Familieneinkommens stets zu den wichtigsten Zielen der Familienpolitik zählt, gibt es in der Fachliteratur nur wenige Arbeiten zum direkten Zusammenhang zwischen Einkommen und Fertilität (Dorbritz / Schwarz, 1996). Eine Spezialauswertung des Mikrozensus 1997 von Schwarz suggeriert dabei für Deutschland einen negativen Zusammenhang zwischen Einkommen und Kinderzahl (Schwarz, 1999):

Tabelle 7: Einkommen und Kinderzahl nach dem Mikrozensus 1997

- Ehen in Deutschland mit Ehefrauen im Alter zwischen 35 und 39 Jahren -

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen	Kinder je 100 Ehen
Bis einschließlich 3.000 DM	178
über 3.000 – 5.000 DM	177
über 5.000 – 7.500 DM	169
über 7.500 DM	161

Quelle: Schwarz, 1999

Schwarz selbst warnt in seiner Publikation vor voreiligen kausalen Erklärungszusammenhängen aus diesen Zahlen. Eine statistische Messung der Korrelation weist er allerdings nicht aus. Diese soll im Folgenden anhand der Daten der LIS vorgenommen werden.

2.1.2 Analyse mit den Daten der Luxemburger Einkommensstudie

Um grundsätzliche Zusammenhänge und länderspezifische Eigenheiten zu unterscheiden, werden im Folgenden die in der LIS von den Ländern zur Verfügung gestellten Datensätze von Deutschland, den USA, Kanada, Großbritannien, Schweden und Finnland¹⁴ zu den jeweiligen Erhebungszeitpunkten um die Jahre 1980, 1990 und 2000 herangezogen (vgl. auch Dickmann, 2004a und Dickmann, 2003a). Als Stichprobe wurden Haushalte ausgewählt, in denen die Frau im Alter zwischen 30 und 42 Jahren ist und mit einem männlichen, erwachsenen Partner zusammen lebt. Diese Auswahl zielt darauf ab, Paare in der möglichen aktiven Familienphase miteinander zu vergleichen. Die Altersabgrenzung ist notwendig, da die amtlichen Statistiken nur im Haushalt lebende Kinder unter 18 Jahren erfassen und somit Paare mit älteren Kindern fälschlicherweise als kinderlos ausgewiesen werden (beispielsweise Rentnerhaushalte). Ohne Alterseingrenzung wären die Ergebnisse mit Blick auf die Familienpolitik aussagegelos. Alleinerziehende wurden trotz ihrer oftmals besonders problematischen finanziellen Lage (siehe Abbildung 5) aus der Betrachtung ausgeschlossen, da der Focus der Untersuchung auf den durch Kinder verursachten Unterschieden in der Einkommenssituation von Paaren liegt. Dahinter steht die Überlegung, dass sich noch kinderlose Paare bei ihrer Entscheidung für oder gegen ein Kind an den Verhältnissen einer „Normalfamilie“ mit Vater, Mutter und Kind und nicht an den Verhältnissen von Alleinerziehenden orientieren werden. Ein Vergleich mit den erhobenen zusammengefassten Geburtenraten (TFR)¹⁵ des Erhebungsjahres zeigt, dass die Querschnittsbetrachtung der LIS-Stichproben die Ereignisse recht gut charakterisieren (vgl. Anhang II, Tabelle 40). Die Rangfolge der Länder bleibt die gleiche wie in der amtlich erhobenen Statistik, Ausreißer bilden allerdings Kanada 1990, das eine höhere TFR ausweist als die Daten der LIS und Schweden, wo der LIS-Datensatz eine deutlich höhere Fertilität ausweist als in der amtlichen Statistik. Dies liegt zum Teil daran, dass in die amtliche Erhebung der Gesamtgeburtenrate TFR die

¹⁴ Eine Ausnahme bildet Finnland, für das erst ab dem Jahr 1987 Daten zur Verfügung stehen. Diese werden bei der Beurteilung der Entwicklung einzelner Indikatoren in Finnland im Zeitablauf herangezogen, für den Vergleich mit den anderen Ländern 1980 aber nicht berücksichtigt und in den Tabellen kursiv dargestellt. Für Deutschland werden 1980 und 1990 die Daten für Westdeutschland herangezogen, auf Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland ab 2000 wird an gesonderter Stelle eingegangen.

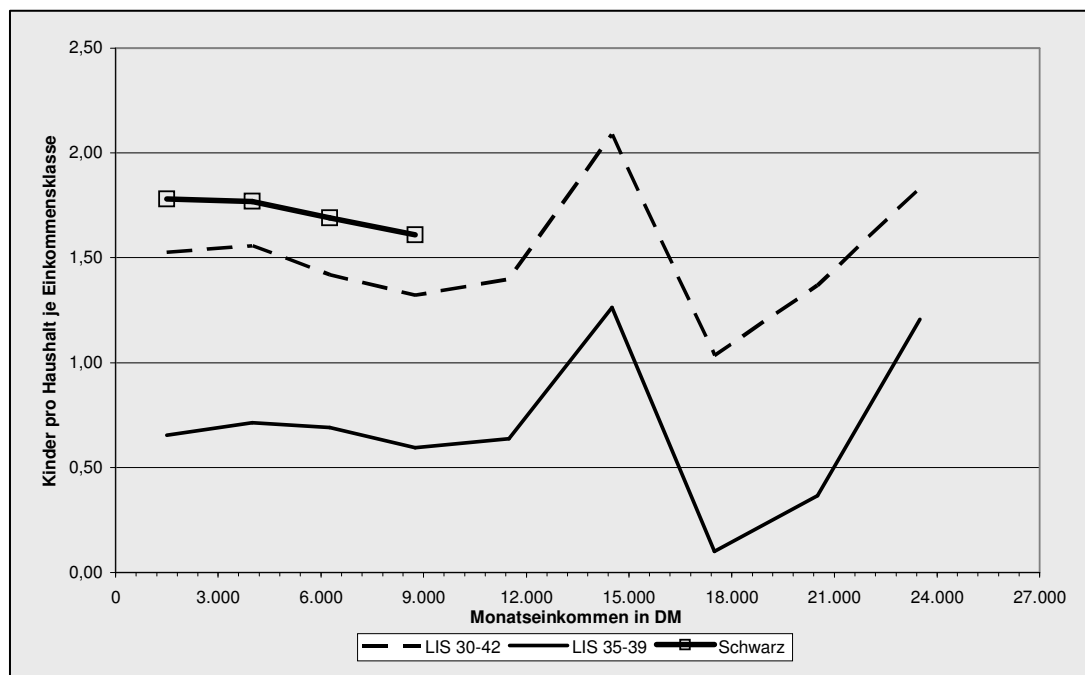
¹⁵ Die TFR wird aus der Addierung der gewichteten, altersspezifischen Fertilitätsraten der Frauen im Alter zwischen 15 und 45 Jahren berechnet und erfasst somit das Geburtsverhalten der Frauen in einem Jahr. Bei den LIS-Daten wurden die im Haushalt lebenden Kinder erfasst, darüber die Kinderzahl der jeweiligen Einkommensklasse berechnet und durch die Haushalte geteilt.

Frauen im Alter zwischen 15- und 45 Jahren eingehen, es werden also wesentlich mehr Jahrgänge erfasst als in der hier gewählten Stichprobe. Vor allem aber werten die amtlichen Statistiken das Geburtsverhalten der Frauen in einem Jahr aus, während die LIS-Datenbank auf die Zählung der im Haushalt lebenden Kinder zurückgreift. Eine leichte Unterschätzung tritt vor allem in den Ländern auf, welche in den LIS-Stichproben nicht alle Kinder einer Familie ausweisen, sondern nur eine begrenzte Kinderzahl (Deutschland weist beispielsweise vor dem Jahr 2000 nur bis zu vier Kindern aus). Der Einfluss von sehr kinderreichen Familien auf die Fertilitätsrate wird damit ausgeblendet. Die deutliche Überschätzung der Fertilität in Schweden im Jahr 2000 könnte daran liegen, dass dort über sechzig Prozent der Kinder außerehe-lich auf die Welt kamen und Paargemeinschaften eher mit mehreren Kindern zusammenfanden. Weitere Einzelheiten zur LIS, der ausgewählten Stichprobe und den verwendeten statistischen Testverfahren finden sich im Anhang.

Vollzieht man zunächst die Untersuchung von Schwarz und damit die Spezialauswertung des Mikrozensus aus dem Jahr 1997 näherungsweise mit den für Deutschland im LIS verwendeten SOEP-Daten für das Jahr 2000 nach, zeigt sich die gleiche Tendenz, wenngleich mit einem Niveauunterschied. Die Werte der LIS-Stichprobe 2000 wurden dabei zur besseren Vergleichbarkeit mit dem Verbraucherpreisindex auf das Jahr 1997 deflationiert. Wird wie bei Schwarz eine Eingrenzung auf die Altersgruppe der 35- bis 39-jährigen Frauen vorgenommen, so liegen die Werte der LIS-Stichprobe deutlich unter den Werten von Schwarz. Mit der erweiterten Stichprobe der 30- bis 42-jährigen kommen sich die Ergebnisse nahe. Der Niveauunterschied kann zum Teil durch die unterschiedliche Datenbasis (Mikrozensus versus SOEP-Daten) und der bei Schwarz vorgenommenen Einschränkung auf verheiratete Paare entstehen. Zudem zeigt sich, dass Schwarz mit den gewählten Einkommensklassen unterschiedlicher Breite nur einen kleinen Ausschnitt aus der Einkommensverteilung in dieser Altersklasse gewählt hat. Stellt man die Stichprobe mit einem nach oben deutlich erweiterten Spektrum graphisch dar, so zeigt sich anstelle einer monoton fallenden Kurve eine Zickzackbewegung (Abbildung 8). Intuitiv scheint nun eher ein positiver Zusammenhang zwischen Einkommen und Kinderzahl zu bestehen, da die zwei Gipfel der Verteilung in den oberen Einkommensklassen liegen.

Abbildung 8: Kinderzahl und Einkommen nach Schwarz (1997) und LIS (2000)

– Nettoeinkommen in Preisen von 1997 und durchschnittliche Kinderzahl in Deutschland –



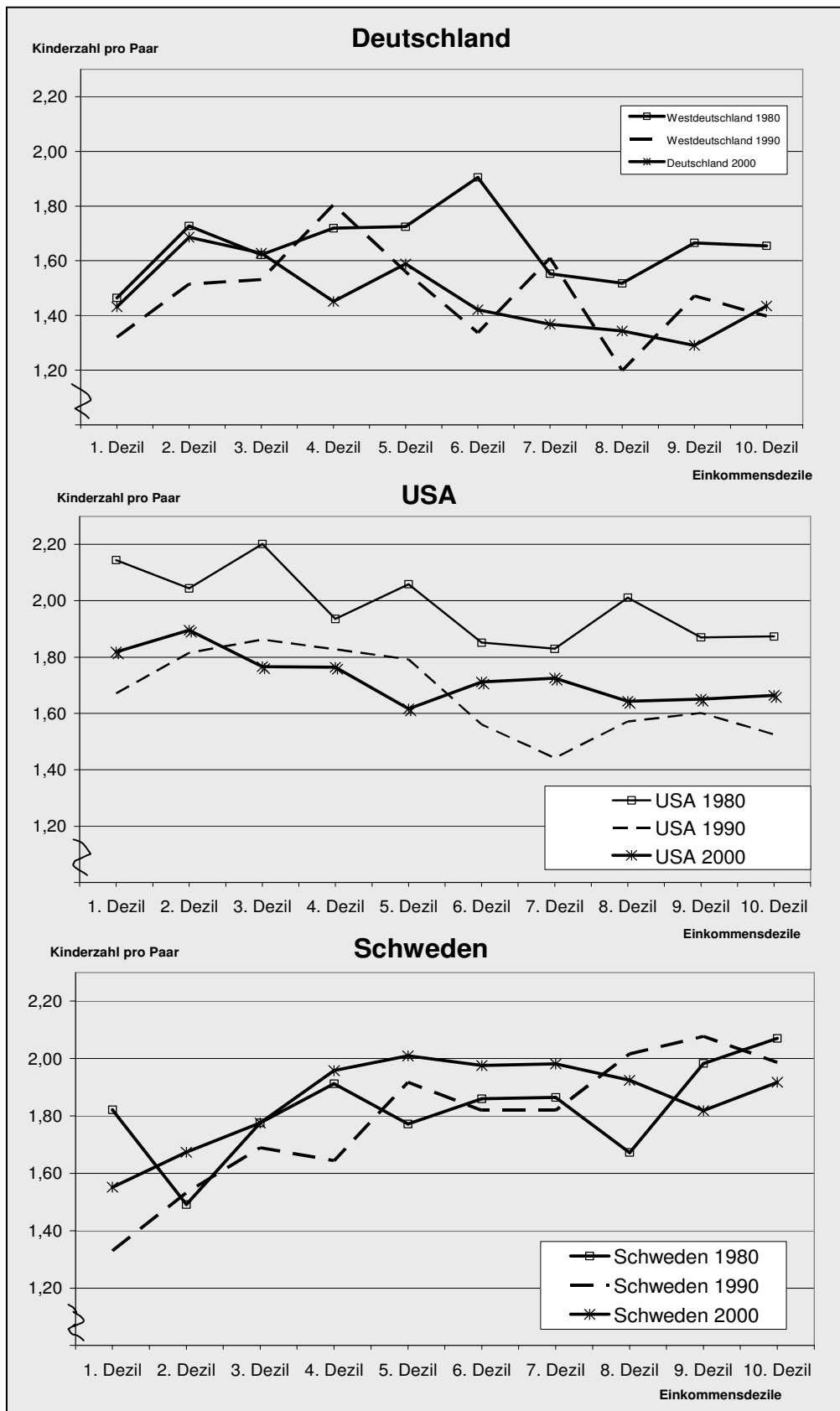
Quelle: Schwarz, 1999; eigene Berechnungen (LIS)

Um die Willkür der Einteilung von Einkommensklassen zu vermeiden, werden im Folgenden zunächst die Kinderzahlen pro Einkommensdezil untersucht. Der Wertebereich der Stichprobe wird in zehn gleich große Einkommensklassen (Dezile)¹⁶ unterteilt und die jeweilige Anzahl an Kindern je Haushalt und Dezil ausgewertet. Damit sind Aussagen über die Verteilung von Kinderlosen, Mehrkinderfamilien und zur durchschnittlichen Kinderzahl je Einkommenssegment der Gesellschaft möglich. Problematisch im Ländervergleich ist allerdings, dass die durch die Dezilbildung vorgenommenen Grenzen der Einkommensklassen in einer Gesellschaft mit wenigen Armen und wenigen Spitzenverdienern (beispielsweise Schweden) relativ nah beieinander liegen, die Stichprobe wird gleichsam künstlich auf die Dezilverteilung „gestreckt“, während sehr ungleiche Gesellschaften wie etwa in den USA sehr weit auseinander liegende Werte in einem Dezil zusammenfassen und die Stichprobe damit „stauchen“.

Schaut man sich die Ergebnisse zunächst graphisch an, so zeigen sich unterschiedliche Muster: Während in Deutschland und Kanada kein eindeutiger Trend zu erkennen ist, scheinen in den USA und Großbritannien Kinderzahlen und Einkommen negativ, in Schweden und Finnland hingegen positiv zusammenzuhängen. In Kanada und Großbritannien scheint dabei zwischen 1980 und 1990 ein Wandel stattgefunden zu haben, der in Kanada von einem negativen zu einem unbestimmten, in Großbritannien von einem unbestimmten zu einem negativen Zusammenhang zwischen Einkommen und Kinderzahl geführt hat. Deutlich zu erkennen ist auch ein Niveauunterschied der Kinderzahlen pro Frau: In den nicht-skandinavischen Ländern liegen die Werte von 1980 fast durchgehend über den Werten von 1990 und 2000. In Schweden ist dies hingegen nicht der Fall, in Finnland ist an den beiden verfügbaren Datenzeitpunkten 1987 und 2000 ebenfalls kein Niveauunterschied zu erkennen. Beispielhaft sind in Abbildung 9 graphisch die Stichproben von Deutschland, den USA und Schweden dargestellt.

¹⁶ Zur Berechnung der Dezile werden die aufsteigend geordneten Einkommen aller Einkommensbezieher in zehn bezüglich der Anzahl der Einkommensbezieher gleichgroße Einkommen geteilt eingeteilt. Das erste Dezil (10%) ist dann jener Wert, unter dem das Einkommen von 10 Prozent der Einkommensbezieher liegt. Dementsprechend gilt das Gleiche auch für das zweite Dezil (20%) etc. bis zum neunten Dezil (90%) (Statistik Austria, 2005, 9) Im Folgenden umfasst hiervon abweichend das erste Dezil die 10 Prozent der Einkommensbezieher mit dem niedrigsten Einkommen. Das 2. Dezile enthält entsprechend die folgenden 10 Prozent der Einkommensbezieher bis hin zum 10. Dezil, das die obersten 10 Prozent der Einkommensbezieher umfasst.

Abbildung 9: Fertilität je Einkommensdezil in drei Ländern
 – durchschnittliche Kinderzahl je Dezil 1980, 1990 und 2000 –



Quelle: Eigene Berechnungen (LIS)

Eine Untersuchung auf Maxima und Minima in den durchschnittlichen Kinderzahlen pro Dezil verdeutlicht diese sich abzeichnenden Ländermuster (Tabelle 8).

Tabelle 8: Durchschnittliche Kinderzahl je Einkommensdezil

– durchschnittliche Kinderzahl pro Paar je Dezil in sechs Ländern 1980, 1990 und 2000 –

Erhebungen um das Jahr 1980						
	Westdeutschland	USA	Kanada	Großbritannien	Schweden	
1. Dezil	1,46	2,14	2,12	2,07	1,82	
2. Dezil	1,73	2,04	2,16	2,23	1,49	
3. Dezil	1,62	2,20	2,01	2,12	1,78	
4. Dezil	1,72	1,94	1,97	1,84	1,91	
5. Dezil	1,72	2,06	1,93	1,93	1,77	
6. Dezil	1,90	1,85	2,01	1,89	1,86	
7. Dezil	1,55	1,83	1,89	1,94	1,86	
8. Dezil	1,52	2,01	1,87	1,80	1,67	
9. Dezil	1,67	1,87	1,79	2,04	1,98	
10. Dezil	1,65	1,87	1,70	1,84	2,07	
Mittelwert*	1,66	1,98	1,95	1,97	1,82	
Erhebungen um das Jahr 1990						
	Westdeutschland	USA	Kanada	Großbritannien	Schweden	Finnland
1. Dezil	1,32	1,67	1,69	1,66	1,33	1,20
2. Dezil	1,52	1,82	1,76	1,98	1,53	1,47
3. Dezil	1,53	1,86	1,74	1,99	1,69	1,59
4. Dezil	1,81	1,83	1,80	1,90	1,64	1,65
5. Dezil	1,56	1,79	1,80	1,74	1,92	1,76
6. Dezil	1,34	1,56	1,82	1,67	1,82	1,60
7. Dezil	1,61	1,44	1,59	1,49	1,82	1,70
8. Dezil	1,20	1,57	1,66	1,52	2,02	1,62
9. Dezil	1,47	1,60	1,65	1,34	2,08	1,74
10. Dezil	1,40	1,53	1,52	1,41	1,99	1,88
Mittelwert*	1,47	1,67	1,70	1,67	1,78	1,62
Erhebungen um das Jahr 2000						
	Deutschland	USA	Kanada	Großbritannien	Schweden	Finnland
1. Dezil	1,43	1,82	1,61	1,71	1,55	0,99
2. Dezil	1,69	1,90	1,72	1,93	1,67	1,65
3. Dezil	1,63	1,77	1,77	1,89	1,78	1,78
4. Dezil	1,45	1,76	1,59	1,79	1,96	1,76
5. Dezil	1,59	1,62	1,59	1,65	2,01	1,51
6. Dezil	1,42	1,71	1,53	1,63	1,98	1,81
7. Dezil	1,37	1,73	1,65	1,40	1,98	1,70
8. Dezil	1,34	1,64	1,44	1,37	1,92	1,90
9. Dezil	1,29	1,65	1,49	1,47	1,82	1,93
10. Dezil	1,43	1,66	1,64	1,32	1,92	1,87
Mittelwert'	1,46	1,73	1,60	1,62	1,86	1,69

*Mittelwert der Kinderzahl aller Dezile.

Farbige Werte markieren das Landesminimum, fett gedruckte schwarze das Maximum

Quelle: Eigene Berechnungen (LIS); Eurostat, 2004; US Bureau of the Census, 2005

In den USA haben Paare im Jahr 2000 in höheren Einkommensdezilen durchgehend weniger Kinder als in unteren. In Schweden ist dies genau umgekehrt und in Deutschland ist keine eindeutige Tendenz zu erkennen. Der geringste Wert für die Dezile-Fertilitätsraten ist in Deutschland in den Jahren 1990 und 2000, sowie zu allen Zeitpunkten in den USA, Kanada und Großbritannien stets in den oberen Einkommensklassen zu finden, der höchste in den unteren. In Schweden und Finnland ist dies genau umgekehrt. Der Mittelwert der Stichproben und damit die durchschnittliche Kinderzahl spiegelt die Entwicklung der Fertilitätsraten über die Jahre hinweg und damit in den meisten Fällen einen Niveauunterschied wider.

Ob diese ersten Eindrücke statistisch haltbar sind, lässt sich erst mit einem Korrelationstest überprüfen. Da die Werte nicht normalverteilt sind, wird dafür der Rangkorrelationstest nach Kendall ausgewählt.¹⁷ Das Signifikanzniveau wird auf fünf Prozent ($\alpha = 0,05$) festgelegt. Im Folgenden wird von signifikanten Ergebnissen gesprochen, wenn die Nullhypothese bei einem Testergebnis von $p \leq 0,05$ abgelehnt und ein Zusammenhang zwischen den Variablen angenommen wird. Zusätzlich werden Testergebnisse von $p \leq 0,001$ als hochsignifikant bezeichnet. Die Untersuchung des Zusammenhangs zwischen Einkommen und Kinderzahl liefert in elf der 17 untersuchten Stichproben der sechs Länder hoch signifikante Ergebnisse, weitere drei Ergebnisse sind signifikant und drei Korrelationen sind nicht signifikant (Tabelle 9). Gerade für Deutschland ist allerdings lediglich im Jahr 1990 ein signifikantes Ergebnis feststellbar, der Korrelationskoeffizient ist in diesem Fall schwach negativ. Die anderen Ergebnisse sind nicht signifikant. Die Ausprägung des Korrelationskoeffizienten ist bei allen Stichproben sehr schwach, es lässt sich aber ein Ländermuster erkennen. In den USA, Kanada und Großbritannien sind die fast durchgehend hoch signifikanten Ergebnisse jeweils negativ, das heißt, hier haben Paare mit höherem Einkommen tendenziell weniger Kinder als Paare mit niedrigerem Einkommen. In Schweden und Finnland ist dies genau umgekehrt.

¹⁷ Ein Kontrolltest mit dem Rangkorrelationstest nach Spearman führt zu den gleichen Ergebnissen. Nähere Erläuterungen zu den statistischen Test finden sich im Anhang.

Tabelle 9: Abhängigkeit zwischen Einkommen und Kinderzahl
 – Ergebnisse des Rangkorrelationstests nach Kendall 1980, 1990 und 2000 in sechs Ländern –

		Testergebnis*			Kendallscher Korrelationskoeffizient
		nicht signifikant	signifikant	hoch signifikant	
Westdeutschland	1980	X			(negativ)
Westdeutschland	1990		X		negativ
Deutschland	2000	X			(negativ)
USA	1980			X	negativ
	1990			X	negativ
	2000			X	negativ
Kanada	1980			X	negativ
	1990			X	negativ
	2000		X		negativ
Großbritannien	1980		X		negativ
	1990			X	negativ
	2000			X	negativ
Schweden	1980	X			(positiv)
	1990			X	positiv
	2000			X	positiv
Finnland	1990			X	positiv
	2000			X	positiv

*nicht signifikant: $p > 0,05$; signifikant: $0,001 < p \leq 0,05$; hoch signifikant: $p \leq 0,001$

Quelle: Eigene Berechnungen (LIS)

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass zwischen dem Einkommen und der Kinderzahl von Paaren in den meisten Ländern ein Zusammenhang besteht, die Art der Abhängigkeit ist jedoch unklar. Im Ländervergleich lassen sich aber bestimmte, unterschiedliche Muster erkennen. Länderregime scheinen daher einen starken Einfluss auf die gewählte Kinderzahl der jeweiligen Einkommensklassen zu haben. Die skandinavischen Länder heben sich deutlich von den anderen untersuchten Ländern ab. Für die aktuellste Erhebung lässt sich hier ein positiver Zusammenhang zwischen Einkommen und Kinderzahl beobachten, in den USA, Kanada und Großbritannien zeigte sich 2000 hingegen der umgekehrte Sachverhalt. Für Deutschland lässt sich kein signifikantes Ergebnis feststellen.

Einkommen und Kinderlosigkeit

Untersucht man die Dezile nach der Verteilung kinderloser Paare und kinderreicher Familien, so lässt sich zunächst der aus der Literatur bekannte Befund bestätigen, dass Deutschland im internationalen Vergleich mit die höchsten Anteile an Kinderlosen hat. So liegt der Mittelwert der Stichprobe 1980 bereits bei 14 Prozent und das Maximum bei 22 Prozent, während Schweden im gleichen Jahr mit einem Durchschnitt von neun Prozent und einem Maximum von 16 Prozent die niedrigsten Werte aufweist (Tabelle 10). Im Jahr 2000 hat Westdeutschland einen Schnitt von zwanzig Prozent kinderlose Paare in dieser Altersklasse, die höchsten Anteile sind mit 32 Prozent im zweithöchsten Dezil zu finden. In Schweden liegt der Durchschnitt weiterhin bei elf Prozent, die höchsten Anteile liegen bei 19 Prozent im untersten Dezil. Während Deutschland 1980 und 1990 sowohl die höchsten Mittelwerte als auch die höchsten Maxima im Ländervergleich aufweist, ist dies im Jahr 2000 nicht mehr der Fall. Großbritannien hat mit einem Mittelwert von 22 Prozent die erste Position übernommen, dicht gefolgt von Finnland (21 Prozent), Kanada (20 Prozent) und den USA (19 Prozent).

International lässt sich also ein deutlicher Anstieg der Kinderlosigkeit beobachten, sowohl im Mittelwert der einzelnen Klassen als auch in den erreichten Maxima. Historisch ist diese Entwicklung nicht einmalig: Auch in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg blieb eine zunehmende Zahl an Frauen kinderlos. Neu an der heute beobachtbaren Kinderlosigkeit ist allerdings die Tatsache, dass die Kinderlosigkeit nicht durch einen Mangel an Männern im heiratsfähigen Alter entstanden ist, sondern in gewissem Sinne „freiwillig“ ist.¹⁸ Der immer wieder vermutete Zusammenhang, dass vor allem Paare mit hohem Einkommen kinderlos bleiben, lässt sich allerdings nicht für alle Länder bestätigen: Im untersten Einkommensdezil in der Stichprobe 2000 in Finnland sind Paare zu 43 Prozent ohne Kinder, während in Großbritannien der höchste Wert mit 35 Prozent im obersten Dezil zu finden ist.

¹⁸ Viele der zeitlebens kinderlosen Frauen leiden allerdings sehr unter der Kinderlosigkeit (Fränznick / Wieners).

Tabelle 10: Kinderlosigkeit je Einkommensdezil

– Anteil kinderloser Paare je Einkommensdezil in Prozent in sechs Ländern 1980, 1990 und 2000 –

Erhebungen um das Jahr 1980						
	West-deutschland	USA	Kanada	Großbritannien	Schweden	
1. Dezil	14,1	12,8	10,2	9,6	7,1	
2. Dezil	10,5	16,0	6,7	5,0	15,8	
3. Dezil	10,5	11,3	7,8	4,4	10,3	
4. Dezil	9,4	12,4	8,4	10,9	5,3	
5. Dezil	16,0	8,0	8,3	11,7	10,5	
6. Dezil	6,2	11,9	9,5	15,9	5,3	
7. Dezil	14,1	14,0	12,2	11,7	11,9	
8. Dezil	19,1	8,6	15,2	14,6	10,3	
9. Dezil	18,4	18,1	13,4	13,1	6,9	
10. Dezil	21,7	14,2	18,4	16,1	8,8	
Mittelwert*	14,0	12,7	11,0	11,3	9,2	
Erhebungen um das Jahr 1990						
	West-deutschland	USA	Kanada	Großbritannien	Schweden	Finnland
1. Dezil	12,7	20,4	18,6	15,7	30,1	30,3
2. Dezil	15,6	18,0	14,5	13,0	22,3	23,4
3. Dezil	16,8	16,1	13,7	11,9	15,3	19,5
4. Dezil	4,7	13,7	18,0	9,1	15,8	16,0
5. Dezil	16,3	13,8	13,7	13,0	11,5	11,8
6. Dezil	23,0	20,1	13,7	17,6	11,5	17,0
7. Dezil	19,7	24,3	18,5	26,9	11,7	14,9
8. Dezil	35,2	20,9	18,8	17,5	9,5	13,6
9. Dezil	30,1	18,5	15,9	25,7	8,2	17,1
10. Dezil	27,5	21,5	25,9	31,3	10,6	12,7
Mittelwert*	20,2	18,7	17,1	18,2	14,6	17,6
Erhebungen um das Jahr 2000						
	Deutschland	USA	Kanada	Großbritannien	Schweden	Finnland
1. Dezil	18,3	21,8	19,6	18,0	19,0	42,6
2. Dezil	11,7	14,1	15,3	13,8	12,6	25,5
3. Dezil	12,8	18,4	17,4	15,5	7,5	15,7
4. Dezil	16,9	18,0	20,6	15,4	8,3	17,7
5. Dezil	15,1	19,3	20,1	19,6	7,1	25,5
6. Dezil	16,4	15,8	22,9	19,7	7,7	17,2
7. Dezil	24,4	17,0	15,0	27,4	10,1	14,2
8. Dezil	24,8	19,6	24,5	27,2	9,9	14,2
9. Dezil	27,3	20,0	22,3	27,8	14,1	16,8
10. Dezil	20,5	19,7	18,4	34,7	12,7	20,0
Mittelwert*	18,8	18,4	19,6	21,9	10,9	20,9

*Mittelwert der Kinderlosigkeit aller Dezile

Farbige Werte markieren das Landesminimum, fett gedruckte schwarze das Maximum

Quelle: Eigene Berechnungen (LIS)

Untersucht man die Hypothese eines linearen Zusammenhangs zwischen den Variablen und trägt die Häufigkeit des Vorkommens kinderloser Haushalte gegen die Einkommensdezile ab, so zeigen Finnland und Schweden mit negativen Koeffizienten einen anderen Zusammenhang als die anderen vier Länder, welche durchweg positive Koeffizienten und damit eine steigende Kinderlosigkeit bei steigendem Einkommen ausweisen (Tabelle 11).¹⁹ Das Bestimmtheitsmaß R^2 dokumentiert die Güte der jeweiligen Anpassung durch die Regressionsgerade.²⁰

Tabelle 11: Lineare Regression: Kinderlosigkeit und Einkommensdezile

– Ergebnisse der linearen Regression für sechs Länder 1980, 1990 und 2000 –

		Testergebnis*			Regressions-koeffizient	R^2
		nicht signifikant	signifikant	hoch signifikant		
Westdeutschland	1980		X		positiv	0,59
Westdeutschland	1990	X			(positiv)	0,55
Deutschland	2000		X		positiv	0,54
USA	1980	X			(positiv)	0,02
	1990	X			(positiv)	0,16
	2000	X			(positiv)	0,03
Kanada	1980		X		positiv	0,71
	1990	X			(positiv)	0,24
	2000	X			(positiv)	0,12
Großbritannien	1980		X		positiv	0,61
	1990		X		positiv	0,62
	2000			X	positiv	0,83
Schweden	1980	X			(negativ)	0,03
	1990		X		negativ	0,73
	2000	X			(negativ)	0,02
Finnland	1990		X		negativ	0,57
	2000	X			(negativ)	0,38

*nicht signifikant: $p > 0,05$; signifikant: $0,001 < p \leq 0,05$; hoch signifikant: $p \leq 0,001$

Quelle: Eigene Berechnungen (LIS)

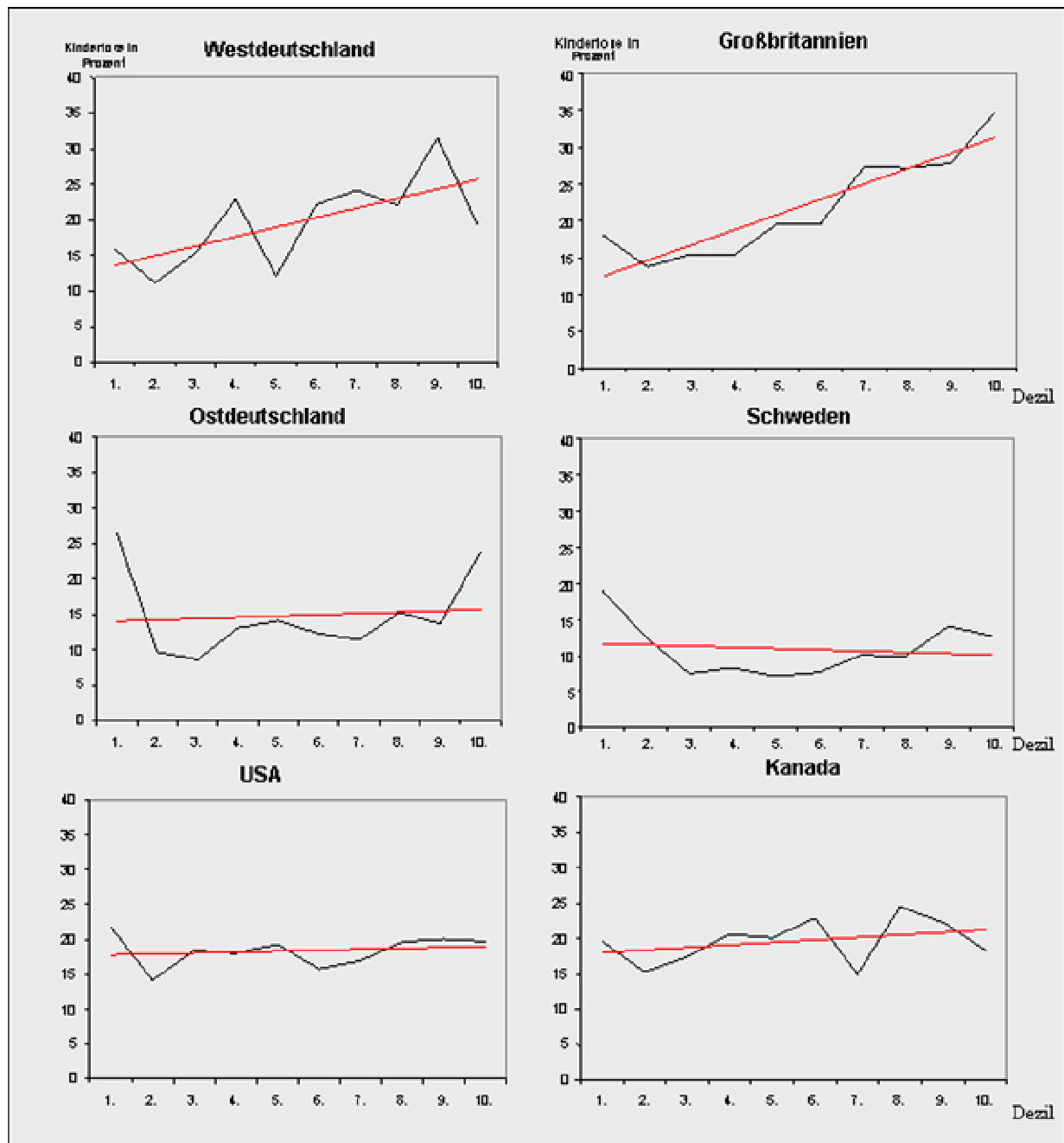
¹⁹ Weil kein direkter Zugriff auf den Datensatz bestand, war ein Korrelationstest zwischen der Häufigkeit der Kinderlosigkeit und dem Einkommen, sowie zwischen der Häufigkeit des Kinderreichtums und dem Einkommen nicht möglich. Für eine statistische Überprüfung wurde daher auf die Auswertung der Dezile und eine lineare Regression zurückgegriffen. Die Einteilung des Einkommens in Dezile kann dabei zu einem Messfehler in der abhängigen Variablen führen, da die Einkommensdezile unterschiedlich breite Wertebereiche umfassen.

²⁰ R^2 bezeichnet den Quotienten aus dem durch die Regression erklärten Teil der Varianz und der Gesamtvarianz und liegt immer zwischen 0 und 1. Ein Wert von 0,59 bedeutet, dass 59 Prozent der Varianz durch die Regressionsgerade erklärt wird. Je näher der Wert bei 1 liegt, desto höher ist der Erklärungsgehalt der Regression.

Signifikant ist ein positiver Zusammenhang 1980 in Deutschland und Kanada, sowie zu allen Zeitpunkten in Großbritannien. Finnland und Schweden zeigen 1990 das gegenteilige signifikante Muster. Neun Stichproben liefern keine signifikanten Ergebnisse. Dahinter können keine oder nicht-lineare Zusammenhänge zwischen den Variablen stehen. Eine graphische Auswertung zeigt für das Jahr 2000 drei verschiedene Kurvenverläufe (Abbildung 10).

Abbildung 10: Kurvenverläufe: Kinderlosigkeit je Einkommensdezil 2000

– Anteil der kinderlosen Paare je Dezil und Regressionsgerade –



Quelle: Eigene Berechnungen (LIS)

Westdeutschland und Großbritannien haben im Jahr 2000 einen linear positiven Zusammenhang der Variablen, Schweden und Ostdeutschland einen U-förmigen Kurvenverlauf. Die USA und Kanada, wie auch das hier nicht abgebildete Finnland lassen keine spezielle Kurvenform erkennen. Über alle Zeitpunkte hinweg betrachtet basieren die signifikanten Ergebnisse in Westdeutschland, Kanada und Großbritannien auf linear positiven Kurvenverläufen, in Schweden und Finnland auf linear negativen Zusammenhängen. Die nicht signifikanten Ergebnisse zeigen in Ostdeutschland und Schweden im Jahr 2000 eine U-Form, während bei allen weiteren Stichproben kein spezifischer Kurvenverlauf zu erkennen ist.

Einkommen und kinderreiche Familien

Neben der Untersuchung der Kinderlosigkeit rückt in jüngster Zeit auch die Entwicklung und Verteilung von kinderreichen Familien in der deutschen Debatte wieder stärker ins Bewusstsein (Bertram et al., 2005, 7f.). Bei der Analyse der Verteilung der Familien mit vier oder mehr Kindern fällt zunächst der Niveauunterschied zwischen Deutschland und den anderen Ländern auf. Zu allen drei Zeitpunkten haben in Westdeutschland nur etwa drei Prozent der Haushalte vier oder mehr Kinder. Dabei unterschätzt die Stichprobe den tatsächlichen Anteil der kinderreichen Familien, da die jüngeren Kohorten in der Stichprobe später noch mehr Kinder haben können (vgl. Ausführungen zum Timingeffekt S. 104ff.).²¹ Auch in Schweden ist der Anteil der kinderreichen Familien über den Beobachtungszeitraum hinweg konstant geblieben und beträgt etwa fünf Prozent. In den anderen Staaten hat sich der Anteil kinderreicher Familien seit 1980 deutlich verringert. So sind die Werte in den USA von elf Prozent (1980) auf sieben Prozent (2000) zurückgegangen, in Kanada von sieben auf vier Prozent und in Großbritannien von acht auf sechs Prozent. Finnland wies 1987 (früheste Stichprobenzeitpunkt der LIS) und 1991 jeweils vier Prozent kinderreiche Familien auf, im Jahr 2000 waren es entgegen dem Trend sechs Prozent. In Deutschland liegen die Minima und Maxima 1990 und 2000 in benachbarten Einkommensklassen, in den USA, Kanada und Großbritannien sind hingegen die höchsten Anteile an kinderreichen Paaren in den unteren, die geringsten in den oberen Einkommensklassen zu finden (Tabelle 12). In Schweden und Finnland ist wiederum der umgekehrte Sachverhalt zu beobachten: Paare in den unteren Ein-

²¹ In der amtlichen Statistik hatten in Deutschland sechs Prozent des Frauenjahrgangs 1955 vier oder mehr Kinder, in der hier ausgewerteten Stichprobe nur drei Prozent (Eurostat, 2004, Tabelle D 6e).

kommensklassen haben selten mehr als vier Kinder, wohlhabendere Paare hingegen häufiger.

Tabelle 12: Kinderreiche Familien je Einkommensdezil

- Anteil der Paare mit vier oder mehr Kindern je Einkommensdezil 1980, 1990 und 2000
in sechs Ländern in Prozent -

Erhebungen um das Jahr 1980						
	Westdeutschland	USA	Kanada	Großbritannien	Schweden	
1. Dezil	0,0	16,4	11,3	11,8	5,4	
2. Dezil	5,0	14,9	10,7	12,2	1,8	
3. Dezil	3,1	16,0	7,8	8,8	1,7	
4. Dezil	2,8	8,2	5,6	5,8	3,5	
5. Dezil	2,4	8,8	4,4	3,6	5,3	
6. Dezil	4,5	7,9	6,1	7,2	5,3	
7. Dezil	4,1	8,8	6,1	7,3	5,1	
8. Dezil	4,7	7,9	5,6	7,3	3,4	
9. Dezil	5,6	10,2	7,3	8,8	3,4	
10. Dezil	1,4	7,0	7,3	8,8	5,3	
Mittelwert*	3,4	10,6	7,2	8,2	4,0	
Erhebungen um das Jahr 1990						
	Westdeutschland	USA	Kanada	Großbritannien	Schweden	Finnland
1. Dezil	0,1	6,6	7,5	2,4	3,3	0,7
2. Dezil	2,0	9,2	6,1	10,9	3,3	3,0
3. Dezil	2,7	8,1	4,0	7,1	2,8	5,5
4. Dezil	6,2	8,9	7,5	5,3	4,0	3,9
5. Dezil	2,1	5,5	4,9	5,3	5,3	3,7
6. Dezil	3,4	2,9	5,7	4,0	5,5	2,6
7. Dezil	2,5	3,7	3,5	2,4	5,4	4,5
8. Dezil	3,1	3,0	3,6	1,6	5,0	1,2
9. Dezil	7,9	6,7	3,1	3,2	8,9	6,0
10. Dezil	0,0	4,0	3,1	2,4	7,6	5,5
Mittelwert*	3,0	5,9	4,9	4,5	5,1	3,6
Erhebungen um das Jahr 2000						
	Deutschland	USA	Kanada	Großbritannien	Schweden	Finnland
1. Dezil	1,8	11,3	4,2	6,8	3,3	1,2
2. Dezil	5,2	8,7	6,6	9,6	4,1	6,8
3. Dezil	1,8	7,4	7,3	9,6	1,4	6,6
4. Dezil	1,5	7,4	4,4	6,6	4,4	5,8
5. Dezil	1,9	5,2	2,3	5,8	8,0	4,2
6. Dezil	2,4	5,5	3,3	4,9	4,2	7,4
7. Dezil	2,3	5,7	3,7	3,2	7,1	2,9
8. Dezil	2,1	5,1	3,0	2,8	5,6	7,7
9. Dezil	2,2	5,8	2,1	3,0	7,2	7,5
10. Dezil	2,6	5,1	4,7	2,4	4,7	8,0
Mittelwert*	2,4	6,7	4,1	5,5	5,0	5,8

*Mittelwert der Paare mit vier oder mehr Kindern aller Dezile

Farbige Werte markieren das Landesminimum, fett gedruckte schwarze das Maximum

Quelle: Eigene Berechnungen (LIS)

Überprüft man diese Ergebnisse mit Hilfe einer linearen Regression (Tabelle 13), so kann für die USA ein durchweg signifikanter negativer Zusammenhang festgestellt werden. Dort sind kinderreiche Familien ein Phänomen der unteren Einkommensgruppen. In Kanada und Großbritannien ist dieser negative Zusammenhang nur jeweils an einem Zeitpunkt signifikant. Kanada weist dabei einen U-förmigen Zusammenhang auf, Großbritannien hingegen hat sich von einem U-förmigen Verlauf 1980 auf einen linearen, negativen Zusammenhang 2000 gewandelt. Das gegenteilige Muster lässt sich in Schweden, Finnland und Westdeutschland erkennen, der Zusammenhang ist jedoch mit einer Ausnahme (Schweden 1990) nicht signifikant. Gesamtdeutschland weist im Jahr 2000 ein ebenfalls nicht signifikantes Ergebnis aus, der Korrelationskoeffizient ist nun aber negativ. Der Wechsel des Vorzeichens von den Daten West- zu Gesamtdeutschlands wurde durch die Entwicklung in Ostdeutschland ausgelöst, wie im Folgenden gezeigt wird.

Tabelle 13: Lineare Regression: Kinderreiche Familien und Einkommensdezile

– Ergebnisse der linearen Regression für sechs Länder 1980, 1990 und 2000 –

		Testergebnis*			Regressionskoeffizient	R ²
		nicht signifikant	signifikant	hoch signifikant		
Westdeutschland	1980	X			(positiv)	0,10
Westdeutschland	1990	X			(positiv)	0,06
Deutschland	2000	X			(negativ)	0,03
USA	1980		X		negativ	0,62
	1990		X		negativ	0,42
	2000		X		negativ	0,70
Kanada	1980	X			(negativ)	0,31
	1990		X		negativ	0,62
	2000	X			(negativ)	0,29
Großbritannien	1980	X			(negativ)	0,13
	1990	X			(negativ)	0,35
	2000			X	negativ	0,79
Schweden	1980	X			(positiv)	0,09
	1990			X	positiv	0,78
	2000	X			(positiv)	0,30
Finnland	1990	X			(positiv)	0,19
	2000	X			(positiv)	0,28

*nicht signifikant: $p > 0,05$; signifikant: $0,001 < p \leq 0,05$; hoch signifikant: $p \leq 0,001$

Quelle: Eigene Berechnungen (LIS)

Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland

In den bisherigen Analysen zeigt sich ein starker Einfluss von Länderregimen. Insofern ist die Auswertung von Gesamtdeutschland im Jahr 2000 problematisch, denn mit der Wiedervereinigung kamen 1990 zwei sehr unterschiedliche Familienregime zusammen: Während Westdeutschland als typisches Beispiel für einen korporatistischen Wohlfahrtsstaat gilt, wurde Ostdeutschland unter der DDR-Regierung auf ein sozialistisches Gesellschaftsmodell verpflichtet. Da in Westdeutschland vier Fünftel der gesamtdeutschen Bevölkerung wohnen, könnte Ostdeutschland²² als „Störgröße“ auf das westdeutsch geprägte Gesamtergebnis wirken.

Tabelle 14: Einkommen und Kinderzahl in Ost- und Westdeutschland 1994

– Ergebnisse der Auswertung der Kinderzahlen je Dezil und der Korrelationstests –

Auswertung für 1994								
	Kinderzahl pro Paar je Dezil		Kinderlose je Dezil		Kinderreiche je Dezil			
	West	Ost	West	Ost	West	Ost		
1. Dezil	1,36	1,66	17,0	4,9	2,1	0,0		
2. Dezil	1,77	1,72	6,3	5,8	3,6	3,1		
3. Dezil	1,68	1,58	11,6	14,9	1,6	5,4		
4. Dezil	1,86	1,72	11,9	1,8	2,0	0,0		
5. Dezil	1,45	1,63	18,4	4,3	2,5	0,0		
6. Dezil	1,46	1,57	14,7	10,1	2,3	0,7		
7. Dezil	1,33	1,59	18,9	12,8	4,1	1,3		
8. Dezil	1,50	1,50	24,8	7,8	3,2	1,8		
9. Dezil	1,29	1,40	30,4	19,0	7,8	2,3		
10. Dezil	1,27	1,33	34,8	13,8	4,3	0,0		
Mittelwert ¹⁾	1,50	1,57	18,9	9,5	3,4	1,5		
Korrelationen								
	Einkommen und Kinderzahl		Einkommen und Kinderlosigkeit			Einkommen und Kinderreichtum		
	Test-ergebnis*	Regressionskoeffizient	Test-ergebnis*	Regressionskoeffizient	R ²	Test-ergebnis*	Regressionskoeffizient	R ²
West-deutschland	hoch signifikant	negativ	signifikant	positiv	0,73	signifikant	positiv	0,41
Ost-deutschland	signifikant	negativ	nicht signifikant	(positiv)	0,34	nicht signifikant	(negativ)	0,04

*nicht signifikant: $p > 0,05$; signifikant: $0,001 < p \leq 0,05$; hoch signifikant: $p \leq 0,001$

¹⁾Mittelwert der Dezile.

Farbige Werte markieren das Landesminimum, fett gedruckte schwarze das Maximum

Quelle: Eigene Berechnungen (LIS)

²² Aufgrund der Neuordnung der Berliner Bezirke ist eine eindeutige Zuordnung Berlins zu den alten bzw. neuen Bundesländern ab dem Jahr 2000 nicht mehr möglich. Berlin wird daher in der Stichprobe 2000 insgesamt nach geographischen Kriterien zu den neuen Bundesländern gerechnet. Es wird daher auch die Bezeichnung West- und Ostdeutschland verwendet.

Tabelle 15: Einkommen und Kinderzahl in Ost- und Westdeutschland 2000

– Ergebnisse der Auswertung der Kinderzahlen je Dezil und der Korrelationstests –

Auswertung für 2000						
	Kinderzahl pro Paar je Dezil		Kinderlose je Dezil		Kinderreiche je Dezil	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
1. Dezil	1,52	1,28	15,9	26,5	2,2	3,4
2. Dezil	1,78	1,38	11,2	9,7	5,7	1,0
3. Dezil	1,57	1,49	15,4	8,7	2,2	1,2
4. Dezil	1,51	1,35	22,9	13,1	1,9	0,0
5. Dezil	1,63	1,28	12,1	14,1	1,9	2,2
6. Dezil	1,41	1,37	22,2	12,3	4,4	0,0
7. Dezil	1,35	1,30	24,2	11,5	1,4	0,0
8. Dezil	1,35	1,45	22,1	15,3	2,9	0,0
9. Dezil	1,33	1,43	31,6	13,7	1,9	0,0
10. Dezil	1,43	1,23	19,3	23,8	2,9	0,0
Mittelwert ¹⁾	1,49	1,35	19,7	14,8	2,7	0,8

Korrelationen								
	Einkommen und Kinderzahl		Einkommen und Kinderlosigkeit			Einkommen und Kinderreichtum		
	Test-ergebnis*	Regressionskoeffizient	Test-ergebnis*	Regressionskoeffizient	R ²	Test-ergebnis*	Regressionskoeffizient	R ²
West-deutschland	signifikant	negativ	signifikant	positiv	0,42	nicht signifikant	(negativ)	0,05
Ost-deutschland	nicht signifikant	(negativ)	nicht signifikant	(positiv)	0,11	signifikant	negativ	0,50

*nicht signifikant: $p > 0,05$; signifikant: $0,001 < p \leq 0,05$; hoch signifikant: $p \leq 0,001$

¹⁾Mittelwert der Dezile

Farbige Werte markieren das Landesminimum, fett gedruckte schwarze das Maximum

Quelle: Eigene Berechnungen (LIS)

Eine Aufschlüsselung der Werte nach beiden Gebieten in den Jahren 1994 und 2000 deckt zum Teil deutliche Differenzen auf (Tabellen 14 und 15).²³ Zwischen 1994 und 2000 sind die Fertilitätsraten in Ostdeutschland in der Stichprobe gesunken. Dieses Ergebnis widerspricht zunächst den Erkenntnissen aus der amtlichen Fertilitätsrate, welche 1994 in Ostdeutschland mit 0,77 Kindern pro Frau den niedrigsten Wert überhaupt konstatiert, während er im Jahr 2000 wieder bei 1,21 Kindern pro Frau lag. Die TFR basiert jedoch auf den erfolgten Geburten in einem Jahr, während in der LIS die im Haushalt lebenden Kinder erfasst werden. 1994 sind also in der Stichprobe der 30- bis 42-jährigen noch überwiegend Frauen, die bereits zu DDR-Zeiten ihre gewünschte Kinderzahl erreicht haben und diese Kinder dürften überwiegend noch im Haushalt

leben. Im Jahr 2000 sind schon Frauen in der Stichprobe, welche vom „Wendeknick“ betroffen sind. Ergebnisse neuerer Stichproben dürften daher den Rückgang der Kinderzahlen deutlicher ausfallen, sie sind aber in den LIS-Datensätzen (noch) nicht verfügbar.

Während sich in Westdeutschland ein hoch signifikanter Zusammenhang zwischen Fertilität und Einkommen ergibt und der Korrelationskoeffizient auf einen negativen Zusammenhang deutet – Paare mit höherem Einkommen haben also häufig etwas weniger Kinder als Paare mit weniger Einkommen – ist der Zusammenhang in Ostdeutschland nur 1994 signifikant und weist dort in die gleiche Richtung wie in Westdeutschland. Im Jahr 2000 ist hingegen kein signifikanter Zusammenhang mehr feststellbar. Für Gesamtdeutschland ist der Zusammenhang 2000 nicht signifikant (siehe Tabelle 9), was bestätigt, dass Ostdeutschland hier als „Störgröße“ im nach wie vor vorhandenen Muster Westdeutschlands wirkt.

Deutliche Unterschiede zeigen sich in der Verteilung der Kinderlosen. Westdeutschland weist 1994 mit durchschnittlich 18,9 Prozent einen deutlich höheren Anteil als Ostdeutschland mit 9,5 Prozent auf. Im Jahr 2000 hat Westdeutschland weiterhin konstant 19 Prozent Kinderlose, während Ostdeutschland mit fast 15 Prozent aufgeschlossen hat. Zum einen kann hier der angesprochene Timingeffekt eine Rolle spielen, es scheint zum anderen aber auch ein deutlicher Anstieg der Kinderlosigkeit vorzuliegen. Während sich 1994 der höchste Anteil an Kinderlosen eines Einkommensdezils in den oberen Einkommensklassen findet, liegt er 2000 in Ostdeutschland im untersten Dezil. Wie Schweden weist Ostdeutschland dabei eine interessante Zweigipfligkeit der Kinderlosigkeit mit Spitzen im untersten und in den höchsten Dezilen auf. Der Kurvenverlauf ist U-förmig, eine lineare Regression damit nicht sinnvoll (vgl. Abbildung 10).

Überraschend ist die Aufschlüsselung nach kinderreichen Familien. In Ostdeutschland haben im Jahr 2000 nur noch 0,8 Prozent der Stichprobe vier und mehr Kinder. Dies dürfte gegenüber der endgültigen Kohortenzahl eine Unterschätzung sein, da die 30-Jährigen der Stichprobe später noch mehr Kinder bekommen können. Dass jedoch eine ganze Reihe von Einkommensklassen überhaupt keine Familien mit vier

²³ In der LIS-Datenbank stehen die Datensätze von 1994 und 2000 für eine Ost-West-Betrachtung zur Verfügung. Allerdings beträgt die Stichprobengröße für Ostdeutschland nur etwa 500 Fälle.

Kindern ausweisen – also auch kein Paar mit über 40-jährigen Frauen Kinder hat – ist ein erstaunlicher Befund, der sich 1994 in vier Dezilen zeigt und 2000 auf sechs der zehn Dezile ausgeweitet hat. Aufgrund der geringen Stichprobengröße wurde dieses Ergebnis mit den Daten des amtlichen Mikrozensus überprüft und findet dort seine Bestätigung: Während in Westdeutschland drei Prozent der Haushalte mit Kindern vier oder mehr Kinder unter 18 Jahre haben, sind es in Ostdeutschland nur ein Prozent. Auch bei den Haushalten mit drei Kindern besteht eine deutliche Differenz: zehn Prozent der West-, aber nur fünf Prozent der Osthaushalte mit Kindern zählen hierzu. Während in Westdeutschland kein Zusammenhang zwischen Einkommen und Mehrkinderfamilien besteht, sind die beiden Variablen in Ostdeutschland 2000 signifikant negativ voneinander abhängig. Kinderreiche Familien kommen in der Stichprobe überhaupt nur bis zum 5. Dezil vor. Die äußerst niedrigen Fertilitätsraten in Ostdeutschland scheinen damit zum Teil auf einen steigenden Anteil kinderloser Paare, aber vor allem auf einen eklatanten Rückgang kinderreicher Familien rückführbar zu sein. In Westdeutschland ist dies hingegen nicht der Fall.

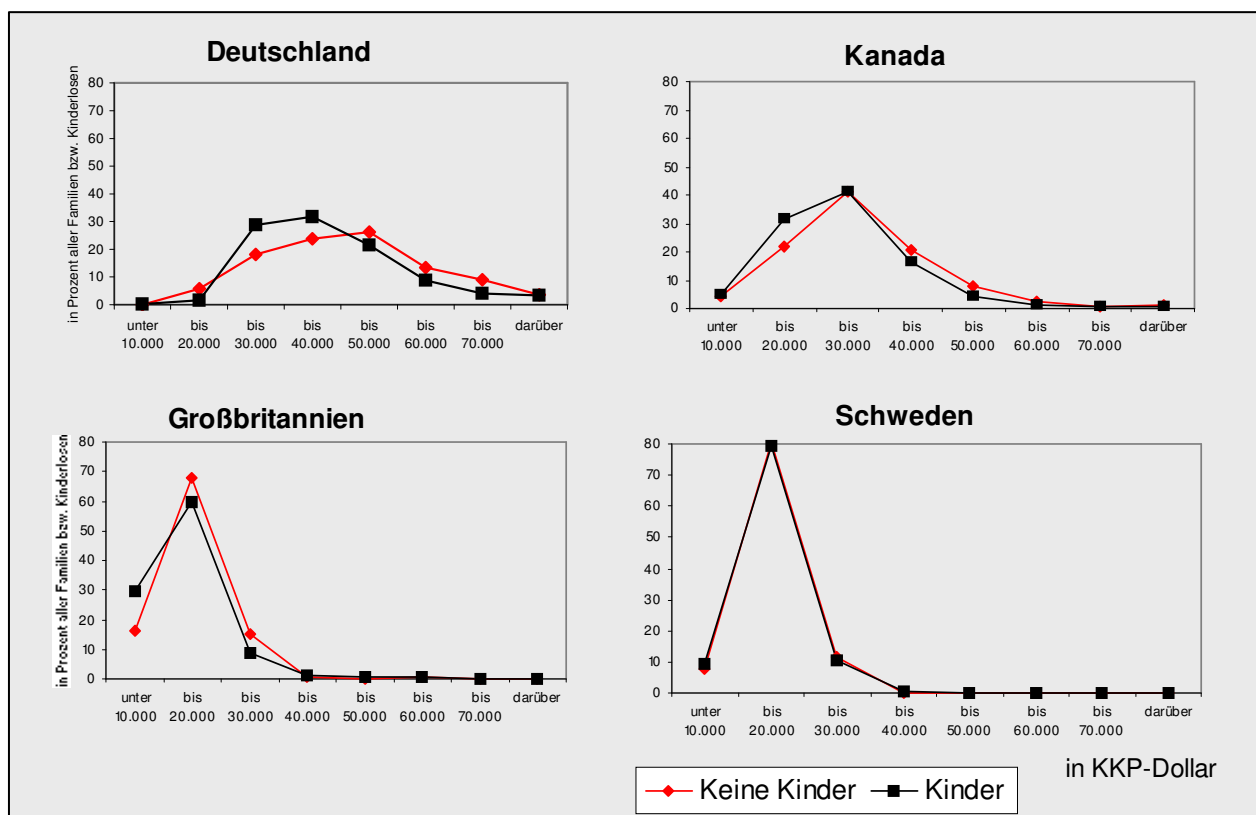
Relative Einkommensunterschiede zwischen Paaren mit und ohne Kinder

Obwohl für Deutschland kein direkter Zusammenhang zwischen Einkommen und der Kinderzahl festgestellt werden kann, könnte die finanzielle Belastung durch Kinder trotzdem in der subjektiven Entscheidung für oder gegen ein Kind eine Rolle spielen. Darauf deuten mehrere Umfragen hin, die den Einkommensverhältnissen einen hohen Rang bei der Entscheidung für Kinder zuweist (Dorbritz et al., 2005, 37.; Forsa, 2004, 43; IfD, 2004, 39ff.). Zumeist werden die hohen Kosten von Kindern oder die derzeit als mangelhaft eingestufte finanzielle Situation der potenziellen Eltern als Hauptgrund gegen (weitere) Kinder angegeben. Von der Politik werden neben einem Ausbau der Kinderbetreuung vor allem höhere finanzielle Zuschüsse gefordert (Dorbritz et al., 2005, 40ff.; Forsa, 2004, 64ff.; IfD, 2004, 49). Wenn man davon ausgeht, dass Paare bei ihrer Kinderentscheidung die Einkommenssituation der Eltern oder kinderlosen Paare in ihrem Umfeld beobachten, so scheint für eine weitere Annäherung an die Problematik eine Untersuchung der relativen Einkommensverhältnisse von Eltern in Bezug auf kinderlose Paare lohnend. Analysiert wird zunächst das verfügbare Haushaltsjahreseinkommen in den sechs ausgewählten Ländern über einen Zeitraum von zwanzig Jahren. Direkte finanzielle Zuwendungen und eventuelle steuerliche Begünstigungen des Staates für die Fami-

lien sind durch den Abzug der Steuern und Hinzurechnung der Transfers in dieser Größe bereits enthalten. Zur besseren Vergleichbarkeit wurden die Landeswährungen in Kaufkraftparitäten (KKP-Dollar) des jeweiligen Jahres umgerechnet (siehe Anhang IV). Zur Veranschaulichung wurden die Stichproben in Einkommensklassen gleicher Größe eingeteilt.

1980 ist graphisch in allen untersuchten Ländern bis auf Schweden eine finanzielle Benachteiligung von Familien zu erkennen: Die Einkommenskurve der Haushalte mit Kindern liegt links von der Kurve der kinderlosen Haushalte. Beispielsweise verdienen in Deutschland 1980 neun Prozent der Haushalte ohne Kinder zwischen 60.000 und 70.000 KKP-Dollar im Jahr, von den Haushalten mit Kindern waren dies nur 4,1 Prozent. Abbildung 11 illustriert die deutliche Linksverschiebung der Einkommenskurven von Familien in Deutschland, Kanada und Großbritannien und die Gleichheit der beiden Gruppen in Schweden.

Abbildung 11: Haushaltsjahreseinkommen von Kinderlosen und Familien 1980
 – Verfügbares Nettoeinkommen von Paarhaushalten mit Frauen zwischen 30 und 42 Jahren
 in Prozent der jeweiligen Gruppe in Kaufkraftparitäten in vier Ländern –



Quelle: Eigene Berechnungen (LIS)

Eine Überprüfung mit dem U-Test nach Mann und Whitney ergibt, dass die Abweichungen in Deutschland, Großbritannien und Kanada signifikant sind (Tabelle 16). In

Deutschland befinden sich Familien 1980 im Vergleich zu kinderlosen Paaren eher in den unteren Einkommensklassen, in den höheren Klassen sind die Kinderlosen stärker vertreten. Der Vergleich der Mediane zeigt, dass kinderlose Paare im Schnitt das 1,14-Fache der Eltern verdienen. In Schweden und den USA ist hingegen statistisch kein Unterschied zwischen den Gruppen zu beobachten.

Tabelle 16: Einkommensvergleich von Eltern und Kinderlosen 1980

– Ergebnisse des U-Tests und Median der Jahreseinkommen in fünf Ländern –

	Testergebnis*			Verteilungen sind	Median in KKP-Dollar		
	nicht signifikant	signifikant	hoch signifikant		Kinderlose	Eltern	Verhältnis
Westdeutschland		X		ungleich	20.780	18.222	1,14
USA	X			gleich	--	--	--
Kanada			X	ungleich	24.323	21.566	1,13
Großbritannien			X	ungleich	13.877	12.354	1,12
Schweden	X			gleich	--	--	--

*nicht signifikant: $p > 0,05$; signifikant: $0,001 < p \leq 0,05$; hoch signifikant: $p \leq 0,001$

Quelle: Eigene Berechnungen (LIS)

Die weiteren Stichproben dokumentieren, dass in Deutschland, Großbritannien und den USA Familien 1990 verhältnismäßig schlechter standen als zehn Jahre zuvor (Tabelle 17). In den 1990er Jahren hat sich ihre Situation wieder relativ verbessert. In Deutschland hat sich der Abstand 2000 auf ein Medianverhältnis von 1,09 verringert, die Unterschiede zwischen den beiden Gruppen sind aber weiterhin groß. In den USA, Schweden und Kanada sind hingegen 2000 statistisch keine oder nur noch sehr geringe Unterschiede zwischen den beiden Haushaltsformen zu erkennen. Die in Deutschland meist als selbstverständlich angenommene Schlechterstellung von Familien ist hier nicht mehr gegeben. In Kanada ist gemessen an den drei Zeitpunkten eine stetige Verbesserung der relativen Position der Familien zu erkennen.

Tabelle 17: Einkommensvergleich von Eltern und Kinderlosen 1990 und 2000

– Ergebnisse des U-Tests und Median der Jahreseinkommen in sechs Ländern –

	Ergebnisse für 1990			Median in KKP-Dollar		
	Testergebnis*			Kinderlose	Eltern	Verhältnis
	nicht signifikant	signifikant	hoch signifikant			
Westdeutschland			X	28.668	24.267	1,18
USA			X	37.619	35.168	1,07
Kanada			X	35.381	33.003	1,07
Großbritannien			X	32.020	26.049	1,23
Schweden			X	27.529	29.616	0,93
Finnland			X	30.867	32.093	0,96

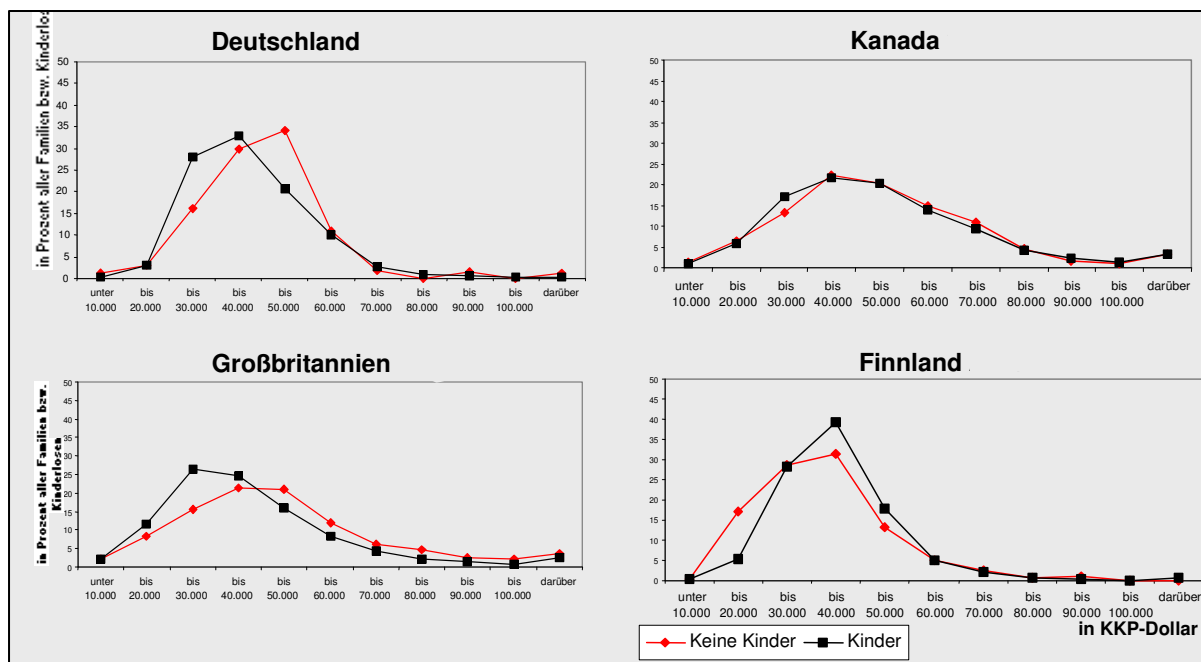
	Ergebnisse für 2000			Median in KKP-Dollar		
	Testergebnis			Kinderlose	Eltern	Verhältnis
	nicht signifikant*	signifikant**	hoch signifikant***			
Deutschland			X	35.845	33.011	1,09
USA		X		51.597	50.424	1,02
Kanada	X			--	--	--
Großbritannien			X	43.772	36.486	1,20
Schweden	X			--	--	--
Finnland			X	33.551	36.573	0,92

*nicht signifikant: $p > 0,05$; signifikant: $0,001 < p \leq 0,05$; hoch signifikant: $p \leq 0,001$

Quelle: Eigene Berechnungen (LIS)

Die beiden skandinavischen Länder weisen 1990 eine signifikante Besserstellung von Familien gegenüber kinderlosen Paare auf, der Median der Eltern liegt über dem der Kinderlosen. In Finnland verstärkt sich dies noch bis zum Jahr 2000, in Schweden verlieren Familien in den 1990er Jahren hingegen relativ zu den Kinderlosen, sie sind im Jahr 2000 nicht mehr besser sondern nur noch gleich gestellt. Abbildung 12 verdeutlicht diese Muster im Jahr 2000: Die Besserstellung von Familien in Finnland, die Gleichstellung in Kanada und ihre finanzielle Schlechterstellung in Deutschland und Großbritannien.

Abbildung 12: Haushaltsjahreseinkommen von Kinderlosen und Familien 2000
 – Verfügbares Nettoeinkommen von Paarhaushalten mit Frauen zwischen 30 und 42 Jahren
 in Prozent der jeweiligen Gruppe in Kaufkraftparitäten des Jahres 2000 in vier Ländern –



Quelle: Eigene Berechnungen (LIS)

Eine genauere Auswertung der deutschen Daten zeigt anhand der verfügbaren Stichproben nach der Wiedervereinigung 1994 und 2000, dass in Ostdeutschland Familien und kinderlose Paare aus finanzieller Sicht nicht zu unterscheiden sind (Tabelle 18). Westdeutschland weist hingegen zu beiden Zeitpunkten eine deutliche finanzielle Schlechterstellung von Familien auf. Es ist kein Trend zu einer Verbesserung zu erkennen, die Werte liegen ähnlich wie 1980 bei einem Medianverhältnis von 1,15. Auch hier zeigt sich also ein eigenständiges, von Ostdeutschland unterschiedliches Muster für Westdeutschland.

Tabelle 18: Einkommen von Eltern und Kinderlosen in Ost- und Westdeutschland
 – Ergebnisse des U-Tests und Median der Jahreseinkommen 1994 und 2000 –

		Testergebnis*			Median in DM		
		nicht signifikant	signifikant	hoch signifikant	Kinderlose	Eltern	Verhältnis
Westdeutschland	1994			X	38.752	33.596	1,19
	2000			X	75.225	65.470	1,15
Ostdeutschland	1994	X			--	--	--
	2000	X			--	--	--

*nicht signifikant: $p > 0,05$; signifikant: $0,001 < p \leq 0,05$; hoch signifikant: $p \leq 0,001$

Quelle: Eigene Berechnungen (LIS)

2.1.3 Ansätze zur Erklärung der unterschiedlichen Entwicklungen

Staatliche Förderung von Familien

Als Erklärung der beobachteten positiven relativen Veränderung der finanziellen Situation von Familien in vier der untersuchten Staaten könnte man zunächst eine größere staatliche Umverteilung zu Gunsten der Familien im Rahmen der Familienpolitik vermuten. Die Messung der Leistungen des Staates an die Familien ist allerdings mit großen Schwierigkeiten behaftet, weil Zuwendungen über Sach- oder Barleistungen erfolgen können und ein anerkanntes schlüssiges Konzept zur Zurechnung dieser Leistungen nicht existiert (Bradshaw / Finch, 2003, 1 ff.). So unterstützt beispielsweise der Staat in manchen Ländern die Familien über Betreuungsgutscheine bei der Kinderbetreuung oder gewährt die Möglichkeit, einen Teil der Kosten von der Steuer abzusetzen. In beiden Fällen würde man diese Leistungen als Barleistungen direkt den Familien zurechnen. Stellt der Staat aber eine kostenlose Kinderbetreuung zur Verfügung, fällt dies unter Sachmittelleistungen, welche den einzelnen Familien wegen oft unklarer Abgrenzungen nicht zurechenbar sind. Weitere Messprobleme ergeben sich in den vielen Politikbereichen, welche die Familien betreffen, aber nicht zur Familienpolitik im engeren Sinne zählen, wie beispielsweise dem Ehegattensplitting. Der finanzielle Nutzen der Familienpolitik für die einzelne Familie ist daher im Prinzip international nicht vergleichbar.

Trotz all dieser Einschränkungen lassen sich Indizien finden, welche darauf hindeuten, dass der Staat in den USA, Kanada, Schweden oder Finnland Familien keine wesentlich höheren Leistungen gewährt als in Deutschland oder Großbritannien wo Familien im Jahr 2000 finanziell deutlich schlechter gestellt sind als kinderlose Paare. So zeigt ein Blick auf eine aktuelle Studie über Barleistungen für Familien in Europa, dass damit zumindest nicht der Unterschied zwischen den skandinavischen Staaten und Deutschland beziehungsweise Großbritannien erklärt werden kann (Abramovici, 2003): Deutschland zahlt von den EU-Staaten nach Luxemburg und Österreich am meisten Geld direkt an die Familien. Großbritannien liegt noch weit vor Schweden. Auch ein vergleichender weltweiter Überblick über die Leistungen der Familienpolitiken vermittelt den Eindruck, dass die unterschiedliche Entwicklung der Haushaltseinkommen nicht mit den Transferzahlungen erklärt werden kann (Forssén, 1998). So gibt es beispielsweise in den USA weder Elternzeit noch Kindergeld und der

Mutterschaftsurlaub ist kürzer als in allen anderen betrachteten Ländern. Eine Vorrangstellung der USA gegenüber Deutschland im Bereich der familialen Beihilfen erscheint daher nicht gegeben und würde auch angesichts der marktliberalen Grundeinstellung in Nordamerika überraschen. Eine weitere Studie von Bradshaw / Finch (2003) vergleicht unterstützende Maßnahmen für Familien in 22 Ländern und kommt dabei ebenfalls zu dem Schluss, dass Deutschland den Familien deutlich mehr Vergünstigungen bietet als etwa Kanada oder die USA.

Überprüft man zusätzlich die staatlichen Transfers für Familien und Kinder anhand der Einkommensdaten der LIS, so spricht auch dieser Indikator gegen die These eines deutlich unterschiedlichen Ausbaus der Familienleistungen in den vergangenen zwanzig Jahren in den untersuchten Ländern. Als Messgröße dient hier der Quotient aus Mutterschafts- und kindbezogenen Leistungen und dem verfügbaren Haushaltseinkommen. Beide Größen werden in den LIS-Daten für die USA nicht ausgewiesen, da dort kein generelles Kinder- oder Mutterschaftsgeld vom Staat gezahlt wird. Für die anderen Staaten lässt sich bis auf Großbritannien die Tendenz feststellen, dass der Anteil der geförderten Eltern an allen Eltern zurückgegangen ist (Tabelle 19). Dies ist am deutlichsten in Kanada, wo nur noch 54 Prozent aller Eltern im Jahr 2000 Kinder- oder Mutterschaftsgeld beziehen; 1980 waren es noch 87 Prozent. Andererseits hat sich unter den Familien, welche Hilfen bekommen, der Anteil der Zahlungen am Haushaltseinkommen deutlich erhöht. So erhielten beispielsweise 1980 19 Prozent aller geförderten Familien in Deutschland über zehn Prozent ihres Haushaltseinkommens durch staatliche Familienleistungen. Im Jahr 2000 waren es 42 Prozent. Die Familientransfers kommen also weniger Familien zu Gute, diese werden jedoch stärker als früher unterstützt. Es lässt sich allerdings keine Entwicklung nachweisen, welche die unterschiedliche Einkommenssituation in Großbritannien und Deutschland einerseits und in den anderen vier Staaten andererseits erklären könnte. Im Gegenteil ist gerade in Großbritannien ein gegenläufiger Trend zu Deutschland und den anderen Staaten feststellbar. Von den britischen Familien erhielt ein größerer Anteil als früher staatliche Förderung, der Anteil der staatlichen Hilfen am Haushaltseinkommen sank jedoch. Ein Zusammenhang der Entwicklung der staatlichen Familientransfers mit den beobachteten Verschiebungen der relativen Haushaltseinkommen kann daher nicht festgestellt werden.

Tabelle 19: Staatliche Unterstützung für Familien 1980 und 2000

– Transfereinkommen für Kinder und Mutterschaft in fünf Ländern* –

	Deutschland		Kanada		Großbritannien		Schweden		Finnland	
	1980	2000	1980	2000	1980	2000	1980	2000	1987	2000
Geförderte Eltern in Prozent aller Eltern	91,1	86,0	86,8	91,5	93,1	53,8	93,6	91,8	92,2	91,0
Darunter: Geförderte in Prozent nach Anteil der Förderung am Haushaltseinkommen:										
Unter 10 Prozent	81,3	57,7	97,1	74,2	74,9	83,5	78,0	56,1	84,0	55,6
10 bis unter 20	16,4	34,0	2,6	13,7	19,9	14,0	13,6	27,6	7,1	21,1
20 bis unter 30	2,3	6,0	0,0	7,0	3,4	1,3	4,5	6,7	4,6	10,5
30 bis unter 40	0,0	1,2	0,0	2,8	1,1	0,4	1,9	4,6	2,8	7,0
40 bis unter 50	0,0	0,8	0,0	1,1	0,2	0,3	1,2	3,1	1,0	3,8
über 50 Prozent	0,0	0,2	0,0	1,2	0,4	0,6	0,8	2,0	0,5	2,0

*In den USA gibt es keine generellen Kinder- oder Mutterschaftsgelder, Daten für Finnland erst ab 1987 verfügbar

Quelle: Eigene Berechnungen (LIS)

Erwerbsbeteiligung der Frauen

Lohnender als der Vergleich der Transferzahlungen erweist sich ein Blick auf die Jahresbruttolohneinkommen der erwachsenen Haushaltsmitglieder. Das Einkommen der Ehemänner entspricht in allen Ländern zu allen Beobachtungszeitpunkten im wesentlichen dem Kurvenverlauf des Haushaltseinkommens. Daran lässt sich die große Bedeutung der Bruttolohneinkommen der Männer für die finanzielle Situation des Gesamthaushaltes über die Zeit ablesen. Es lassen sich mit dem U-Test statistisch keine Unterschiede zwischen Männern mit und ohne Kindern ausmachen. Eine Ausnahme bilden die USA 1980 und Kanada 2000: Hier lag das Bruttolohneinkommen von Vätern statistisch signifikant jeweils leicht über dem der kinderlosen Männer. Dies stimmt mit der ökonomischen Haushaltstheorie überein, nach der Väter mit steigender Kinderzahl ihre Erwerbstätigkeit ausdehnen (Butz / Ward, 1979). Nach der gleichen Theorie schränken Mütter hingegen ihre Erwerbstätigkeit mit steigender Kinderzahl ein. Auch dies wird durch die LIS-Daten bestätigt: Zu allen Zeitpunkten liegt das Einkommen von Frauen ohne Kinder signifikant über dem Bruttolohneinkommen von Müttern.

Um 1980 spiegelt sich am Bruttolohneinkommen der Frauen klar die Vorherrschaft des männlichen Ernährermodells. Mütter gehen im Prinzip keiner Erwerbstätigkeit nach. Rechnet man das Jahreslohneinkommen zur besseren Vergleichbarkeit von der jeweiligen Landeswährung in internationale Kaufkraftparitäten um und unterteilt die Stichprobe in gleich große Einkommensklassen zu je 5.000 KKP-Dollar, so sind Müt-

ter stets am häufigsten in der untersten Einkommensklasse vertreten. Viele Mütter geben dabei gar kein eigenes Lohneinkommen an. (West-)Deutschland ist unter den hier untersuchten Ländern mit Abstand am deutlichsten von diesem Modell geprägt: 94,0 Prozent der Mütter befinden sich in der untersten Einkommensklasse bis 5.000 KKP-Dollar Jahreseinkommen, in Großbritannien sind 83,5 Prozent der Mütter ohne nennenswertes Einkommen. In Kanada sind es 66,7 Prozent, in den USA 63,1 Prozent und in Schweden 43,7 Prozent der Mütter. Untersucht man die beiden Gruppen der kinderlosen Frauen und der Mütter mit dem U-Test nach Mann und Whitney, so unterscheiden sich beide Verteilungen signifikant (Tabelle 20). Lediglich in Deutschland sind die Verteilungen gleich, denn dort sind auch kinderlose Frauen dieser Altersgruppe, welche mit einem Partner zusammenleben, noch kaum in das Erwerbsleben integriert: Frauen in beiden Gruppen sind in der Regel nicht berufstätig, der Median beider Einkommensverteilungen liegt bei Null. Auch von den Frauen ohne Kinder haben 94,9 Prozent kein eigenes Lohneinkommen. In anderen Ländern ist es 1980 für Frauen ohne Kinder bereits üblicher, am Erwerbsleben teilzunehmen. Nur etwa 42 Prozent der kinderlosen Frauen befinden sich in Kanada oder den USA in der untersten Einkommensklasse, in Schweden sind es noch 30,2 Prozent, in Großbritannien 38,0 Prozent. In diesen Ländern besteht daher ein großer Unterschied zwischen den Lohneinkommen von Frauen mit und ohne Kinder.

Tabelle 20: Unterschiede im Lohneinkommen von kinderlosen Frauen und Müttern

– Ergebnisse des U-Tests und Median der Jahresbruttolohneinkommen
1980, 1990 und 2000 in sechs Ländern –

Ergebnisse für 1980						
	Testergebnis			Median in KKP-Dollar		
	nicht signifikant*	signifikant**	hoch signifikant***	Kinderlose	Mütter	Verhältnis
Westdeutschland	X			0	0	--
USA			X	6.210	1.260	4,9
Kanada			X	5.110	0	--
Großbritannien			X	6.318	536	11,8
Schweden			X	7.546	4.748	1,6
Ergebnisse für 1990						
	Testergebnis			Median in KKP-Dollar		
	nicht signifikant*	signifikant**	hoch signifikant***	Kinderlose	Mütter	Verhältnis
Westdeutschland			X	17.169	926	18,5
USA			X	15.000	7.550	2,0
Kanada			X	14.319	6.810	2,1
Großbritannien			X	14.860	3.246	4,6
Schweden			X	14.868	10.888	1,4
Finnland			X	15.326	13.149	1,2
Ergebnisse für 2000						
	Testergebnis			Median in KKP- Dollar		
	nicht signifikant*	signifikant**	hoch signifikant***	Kinderlose	Mütter	Verhältnis
Deutschland			X	24.671	12.346	2,0
USA			X	26.640	20.000	1,3
Kanada			X	22.247	17.303	1,3
Großbritannien			X	25.701	12.423	2,1
Schweden			X	22.420	16.050	1,4
Finnland			X	20.665	17.020	1,2

*nicht signifikant: $p > 0,05$; **signifikant: $0,001 < p \leq 0,05$; *** hoch signifikant: $p \leq 0,001$

Quelle: Eigene Berechnungen (LIS)

1990 zeichnet sich in Deutschland, Großbritannien, USA, Kanada ein deutlicher Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit ab. Vor allem in Westdeutschland sind nun kinderlose Frauen stark in den Arbeitsmarkt integriert. Im Mittel verdienen sie sogar mehr als in den anderen Ländern. Während in den anderen Staaten aber auch Mütter deutlich höhere Einkommen aufweisen, verdienen sie in Deutschland im Mittel noch

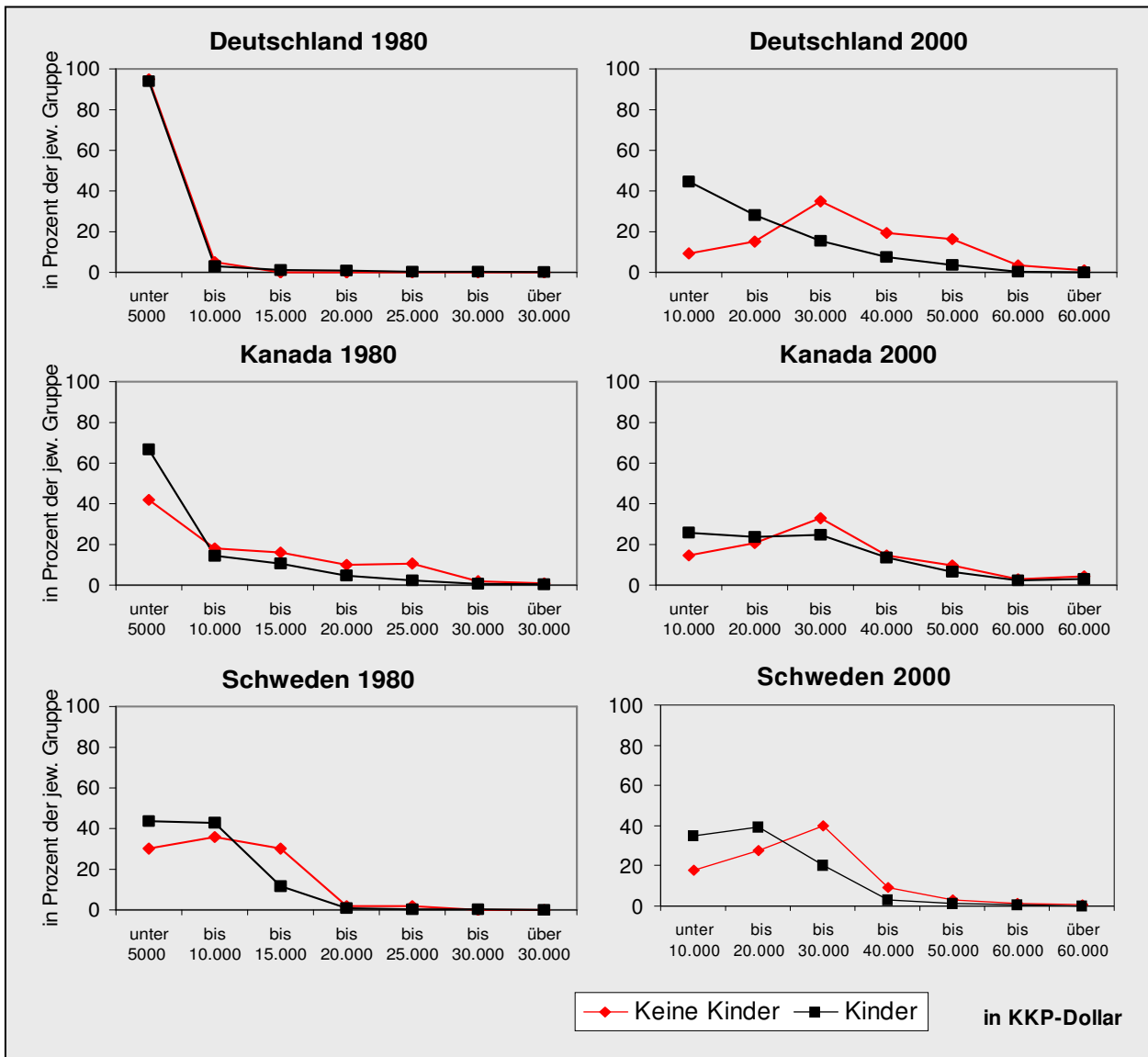
sehr wenig, so dass kinderlose Frauen im Schnitt das 18,5-Fache von Müttern dieser Altersklasse verdienen. Im Jahr 2000 spiegeln die Einkommensverhältnisse überall die deutlich gestiegene Frauenerwerbstätigkeit wider. Vor allem in Deutschland hat sich das Bild im Vergleich zu 1980 stark gewandelt. Kinderlose Frauen nehmen nun selbstverständlich am Berufsleben teil. Nur noch 9,4 Prozent von ihnen sind in der untersten Einkommensgruppe angesiedelt, die Mehrheit befindet sich wie in den anderen Ländern in der dritten Einkommensklasse. Mütter weisen hingegen noch immer eine stark zu den oberen Einkommensklassen fallende Kurve auf, 44,7 Prozent sind weiterhin in der untersten Einkommensklasse. In Schweden und Finnland ist den Frauen der Eintritt in den Arbeitsmarkt hingegen auch mit Familie gelungen: Die meisten Mütter in Schweden und Finnland befinden sich nun nicht mehr in Klasse ohne eigenes Einkommen sondern sind in die zweitunterste Klasse aufgerückt. Der Unterschied zwischen Müttern und kinderlosen Frauen hat sich überall verringert. In den skandinavischen Ländern, welche ja bereits in den 1980er Jahren eine hohe Frauenerwerbsbeteiligung hatten, beträgt der Median kinderloser Frauen nur noch das etwa 1,4-Fache des Medians der Mütter. Den größten Unterschied weisen im Jahr 2000 Deutschland und Großbritannien auf, dort verdienen kinderlose Frauen im Schnitt doppelt so viel wie Mütter.

Die Schere zwischen den Einkommensverteilungen und der eklatante Unterschied zwischen der Situation 1980 und 2000 lässt sich am besten graphisch dokumentieren. Abbildung 13 verdeutlicht die hier beobachteten Verschiebungen für die Länder Deutschland, Kanada und Schweden: Deutschland hat von einer weit verbreiteten Nichterwerbstätigkeit der Frauen mit Partner generell eine hohe Erwerbsbeteiligung der kinderlosen Frauen erreicht. Es besteht jedoch eine starke Diskrepanz zwischen ihnen und den Müttern im Jahr 2000. In Kanada ist hingegen beiden Gruppen eine Verbesserung der Einkommenssituation und eine Angleichung gelungen. In Schweden ist diese Situation bereits 1980 zu sehen, eine weitere Angleichung der Mütter und kinderlosen Frauen ist nicht zu beobachten, kinderlose Frauen verdienen auch im Jahr 2000 immer noch mehr als Mütter.²⁴

²⁴ Auf eine Umrechnung der Werte von 1980 in Preise des Jahres 2000 wurde verzichtet, weil international zu große Unterschiede in der Inflationsentwicklung bestanden und die Ergebnisse auch mit international verfügbaren Preisindices wie dem Consumer price index der OECD verfälscht werden. Dafür mussten unterschiedlich große Einkommensklassen 1980 und 2000 in Kauf genommen werden.

Abbildung 13: Jahresbruttolohneinkommen von Frauen 1980 und 2000

– in Kaufkraftparitäten des jeweiligen Jahres in Prozent der Mütter beziehungsweise Kinderlosen, Frauen in Paarhaushalten im Alter zwischen 30 und 42 Jahren in drei Ländern –



Quelle: Eigene Berechnungen (LIS)

Eine genauere Untersuchung der Daten für Deutschland 1994 und 2000 macht wieder große Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland sichtbar (Tabelle 21). Ostdeutschland ist 1994 die einzige der hier untersuchten Regionen, in der sich die Bruttoeinkommen von Frauen mit oder ohne Kinder statistisch nicht unterscheiden. Hier zeigt sich das Erbe der DDR, die flankiert von einem umfassenden Betreuungssystem für Kinder die Vollerwerbstätigkeit der Mütter zur Regel machte. Im Jahr 2000 bestehen geringe Unterschiede zwischen den beiden Gruppen. Dies könnte auf eine Anpassung an westdeutsche Verhaltensmuster hindeuten, weiterhin scheint jedoch die Teilnahme am Arbeitsleben nicht vorrangig davon geprägt zu sein, ob min-

derjährige Kinder im Haushalt leben. Ganz anders stellt sich die Situation hingegen in Westdeutschland dar: Nur knapp zehn Prozent der kinderlosen Frauen haben kein oder nur ein sehr geringes Jahreseinkommen, während dies auf 51 Prozent der Mütter zutrifft. Der U-Test weist signifikante Unterschiede aus. Im Medianvergleich verdienten kinderlose Frauen 1994 das 9,6- Fache der Mütter. Eine stärkere Beteiligung von Müttern am Erwerbsleben macht sich erst in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre bemerkbar, so dass das Medianverhältnis 2000 auf 2,4 gesunken ist. Dies ist allerdings immer noch der größte Abstand unter allen untersuchten Regionen für 2000.

Tabelle 21: Frauenlohneinkommen in Ost- und Westdeutschland 1994 und 2000
 – Jahresbruttolohneinkommen von Frauen zwischen 30 und 42 Jahren –

	Testergebnis*			Median in KKP-Dollar		
	nicht signifikant	signifikant	hoch signifikant	Kinderlose	Mütter	Verhältnis
Westdeutschland 1994			X	20.032	2.089	9,6
Westdeutschland 2000			X	27.008	11.140	2,4
Ostdeutschland 1994	X			--	--	--
Ostdeutschland 2000		X		20.359	15.192	1,3

*nicht signifikant: $p > 0,05$; signifikant: $0,001 < p \leq 0,05$; hoch signifikant: $p \leq 0,001$

Quelle: Eigene Berechnungen (LIS)

Interpretation der beobachteten Erwerbsmuster

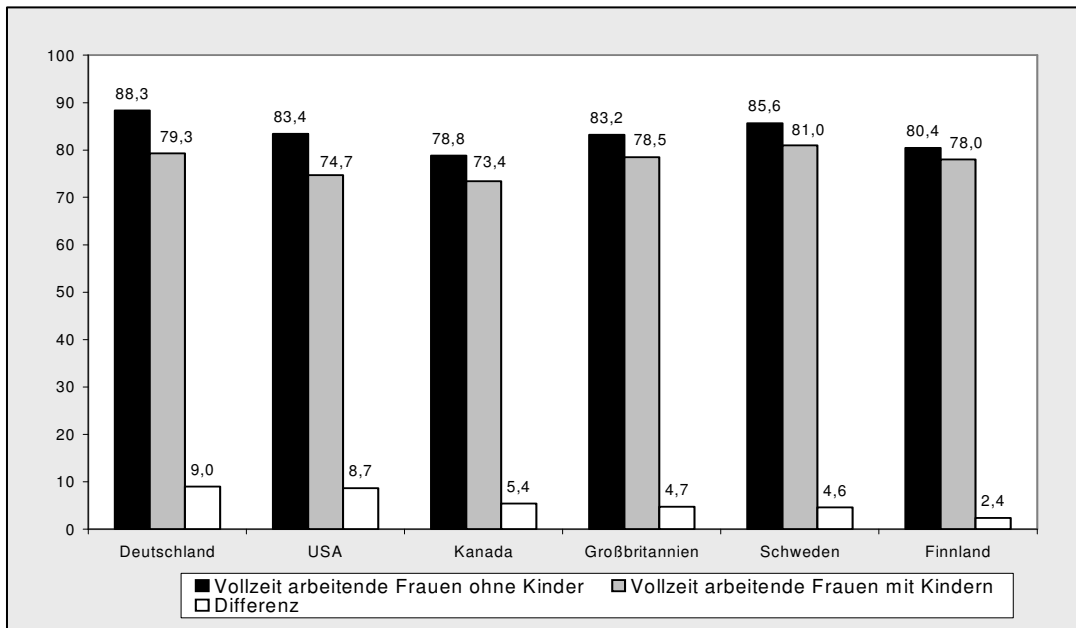
Die Unterschiede zwischen den Einkommenskurven der Frauen ohne und mit Kindern sind in Westdeutschland sowie in Großbritannien stark ausgeprägt. Dies ist kennzeichnend für den starken Wandel, in dem sich diese Gesellschaften befinden. Frauen drängen immer selbstverständlicher in den Arbeitsmarkt, während das Rollenbild der Mutter noch weitgehend von traditionellen Vorstellungen geprägt ist. Es ist daher zu vermuten, dass hier die Schwierigkeiten, Beruf und Familie zu vereinbaren, höher sind als in anderen Ländern.²⁵ Durch die vor der Geburt eines Kindes erreichte Position im Arbeitsmarkt sind die Opportunitätskosten für Frauen besonders hoch, wenn sie sich für eine Familie entscheiden und im Gegenzug ihre Erwerbstätigkeit aufgrund der mangelnden Vereinbarkeit einschränken müssen. Diese Erklärung passt zu der Tatsache, dass in Westdeutschland im internationalen Vergleich besonders viele Frauen

²⁵ Für einen Literaturüberblick über den Zusammenhang zwischen Erwerbstätigkeit und Fertilität siehe Abschnitt 2.3.1.

zeitlebens kinderlos bleiben (Dickmann, 2003b, 55). Vor allem die gut ausgebildeten Akademikerinnen gehören zu dieser Gruppe, während dieses Phänomen in Ostdeutschland nicht sehr ausgeprägt ist (Grünheid, 2003, 11). In den neuen Bundesländern sind die Opportunitätskosten der Familiengründung nicht so hoch wie im Westen, da durch die aufgebauten Betreuungsmöglichkeiten des alten Systems die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtert wird. Die Erwerbsmöglichkeiten von Müttern könnten daher der Schlüsselfaktor für die Erklärung der unterschiedlichen Familieneinkommen im Vergleich zu den Einkommen kinderloser Haushalte in den Industriestaaten sein.

Bei der Entscheidung für ein Kind ist nicht nur die einkommensfreie Phase problematisch, die in Deutschland gesetzlich möglichen langen Ausstiegsmöglichkeiten führen zudem zu einer Entwertung des Humankapitals. Bei zwei Kindern sind bis zu sechs Jahren ohne Berufstätigkeit im Rahmen der Elternzeit möglich und üblich. Kehren die Mütter nach dieser langen Pause an den Arbeitsplatz zurück, sind ihre Verdienstmöglichkeiten in der Regel dauerhaft gesunken. Diese These wird von Untersuchungen unterstützt, welche nachweisen, dass die Einkommensunterschiede von Müttern und Frauen ohne Kindern bei Vollzeittätigkeit in Deutschland ausgeprägter sind als in anderen Ländern (Harkness / Waldfogel, 1999) (Abbildung 14). Es fällt auf, dass die Unterschiede in Deutschland zwischen Männern und Frauen gemessen an den Vollzeit arbeitenden kinderlosen Frauen geringer sind als in allen anderen Vergleichsländern, dafür sind die Unterschiede zwischen Müttern und kinderlosen Frauen deutlich höher. Frauen scheinen sich in Deutschland nicht so stark wie in den skandinavischen Ländern in Sektoren zu engagieren, welche schlechter bezahlt sind – wie etwa der Dienstleistungssektor (vgl. auch Kapitel 2.3.2). Eine Lohndiskriminierung nach Geschlecht scheint nicht sehr ausgeprägt zu sein. Für Mütter ist die Integration in den Arbeitsmarkt aber umso schwieriger.

Abbildung 14: Stundenlöhne von Müttern und von kinderlosen Frauen
 – Durchschnittslöhne gemessen am durchschnittlichen Stundenlohn von Männern 1994* –



*Abweichende Erhebungszeitpunkte: Großbritannien 1995, Schweden und Finnland 1991

Quelle: Harkness / Waldfogel, 1999

2.1.4 Zusammenfassung: Fertilität und Einkommen

Das Nettohaushaltseinkommen eines Paares kann weder allgemein als Indikator für seine Fertilität gelten, noch lassen sich daraus Rückschlüsse auf die Wahrscheinlichkeit ziehen, keine oder viele Kinder zu haben. Es gibt sowohl Staaten, in denen wohlhabendere Paare signifikant mehr Kinder haben als ärmere Paare, als auch den umgekehrten Fall. In Deutschland gibt es überwiegend keinen signifikanten Zusammenhang zwischen Einkommen und Kinderzahl. Es lassen sich aber drei Muster unter den sechs Staaten erkennen: Legt man die Einteilung nach Kuijsten et al. zugrunde (siehe Abschnitt 1.1.7), so geht in Staaten, welche weder eine ökonomische noch ökologische Intervention aufweisen, ein höheres Einkommen häufiger mit Kinderlosigkeit, einer geringeren Fertilitätsrate und weniger Mehrkinderfamilien einher als in Haushalten mit geringerem Einkommen. In Ländern mit ökologischer Intervention sind hingegen in wohlhabenderen Einkommensklassen häufiger Familien mit mehr Kindern und eine höhere Fertilitätsrate zu finden. Kinderlosigkeit ist dort ein Phänomen der untersten Einkommensklasse. Staaten mit ökonomischer Intervention weisen keinen eindeutigen Zusammenhang zwischen Einkommen und Kinderzahl auf. Diese Einteilung kann für 1980 und 1990 auf die USA, Kanada und das Großbritannien als Staaten mit kaum vorhandener Intervention, Schweden und

Finnland als Staaten mit ökologischer Intervention und Deutschland als Staat mit ökonomischer Intervention angewendet werden. Ostdeutschland zeigt dabei ein eigenständiges Muster, das durch ein sehr niedriges Geburtenniveau und auffallend wenige Familien mit vier oder mehr Kindern bereits ab den mittleren Einkommensgruppen gekennzeichnet ist. Bei der Kinderlosigkeit lässt sich im Jahr 2000 bei einigen Staaten ein neues Muster beobachten: Die Kinderlosigkeit verläuft in Abhängigkeit vom Einkommen U-förmig, sie kommt in den untersten und obersten Einkommensdezilen besonders häufig vor.

Geht man aufgrund der unterschiedlichen Länderregime davon aus, dass sich Paare bei ihrer Entscheidung für oder gegen Kinder nicht an allgemeingültigen Zusammenhängen orientieren, sondern die Situation von Familien in ihrer Umgebung zum Maßstab nehmen, so ist die Untersuchung der relativen Einkommenssituationen zwischen Paaren mit und ohne Kinder im gleichen Alter interessant. Dabei zeigt sich, dass Familien 1980 und 1990 in den nicht-skandinavischen Ländern netto signifikant weniger Haushaltseinkommen zur Verfügung hatten als kinderlose Paare. Eine Ausnahme bilden lediglich die USA 1980. Im Jahr 2000 trifft diese in der deutschen Fachliteratur als selbstverständlich angenommene Schlechterstellung nur noch auf Deutschland und Großbritannien zu. In den USA, Kanada und Schweden sind keine signifikanten Unterschiede zu erkennen, in Finnland ist eine signifikante Besserstellung von Familien zu beobachten, wie sie auch 1990 in Schweden auftrat. Der finanzielle Ausgleich zwischen Familien und kinderlosen Paaren ist dabei nicht durch staatliche Transfers erfolgt, sondern geht auf eine höhere Erwerbsbeteiligung von Müttern zurück. 1980 war es für Mütter in nicht-skandinavischen Ländern sehr unüblich, einer Erwerbsarbeit nachzugehen und auch kinderlose Frauen, die mit einem Partner zusammen lebten, nahmen selten am Erwerbsleben teil. Dabei zeichnet sich Deutschland durch eine besonders geringe Frauenerwerbsbeteiligung aus. In den folgenden Stichproben ist in allen sechs Ländern eine deutlich ansteigende Frauenerwerbstätigkeit und ein Aufrücken in höhere Einkommensklassen zu erkennen. Im Jahr 2000 fällt Deutschland durch eine besonders gute Integration von kinderlosen Frauen in den Arbeitsmarkt auf, die Einkommensverteilung ähnelt stark der Verteilung von Männerlohneinkommen. Die Integration von Müttern in den Arbeitsmarkt ist im Gegensatz dazu in den Vergleichsländern deutlich besser gelungen. Während sich die Lohnunterschiede in den USA, Kanada, Finnland und Schweden stark ange-

glichen haben, verdienen kinderlose Frauen 2000 in Westdeutschland im Schnitt noch das 2,4-Fache von Müttern. Auch in Großbritannien ist noch eine deutliche Diskrepanz zu erkennen. In Ostdeutschland zeigt sich wieder ein eigenständiges, eher skandinavisches Muster. Es sind keine signifikanten Einkommensunterschiede zwischen Müttern und kinderlosen Frauen zu beobachten. Erwerbslosigkeit ist hier eine Folge der hohen Arbeitslosigkeit, nicht der familiären Situation. Tabelle 22 fasst die bisherigen Ergebnisse zusammen.

Tabelle 22: Zusammenfassung der Testergebnisse: Einkommen und Fertilität

– Ergebnisse der Korrelationstest für fünf Länder 1980, 1990 und 2000 und für Westdeutschland 1980, 1990, 1994 und 2000, Ostdeutschland 1994 und 2000, Gesamtdeutschland 2000 –

Zusammenhang zwischen Einkommen und ...	Deutschland	USA	Kanada	Großbritannien
Kinderzahl	nicht signifikant	negativ	negativ	negativ
Kinderlosigkeit	positiv	nicht signifikant	1980 positiv, sonst nicht signifikant	positiv
Mehrkinderfamilien	nicht signifikant	negativ	1990 negativ, sonst nicht signifikant	2000 negativ, sonst nicht signifikant
Kinderlose Paare verdienen das ...Fache von Familien	1980 -- ¹ 1990 -- ¹ 2000 1,1	1,0 1,1 1,0	1,1 1,1 1,0	1,1 1,2 1,2
Kinderlose Frauen verdienen das ...Fache von Müttern	1980 -- ¹ 1990 -- ¹ 2000 2,0	4,9 2,0 1,3	<i>Median Mütter = 0</i> 2,1 1,3	11,8 4,6 2,1
	Schweden	Finnland	Westdeutschland	Ostdeutschland
Kinderzahl	1980 nicht signifikant, sonst positiv	positiv	1980 nicht signifikant, sonst negativ	1994 negativ, 2000 nicht signifikant
Kinderlosigkeit	1990 negativ, sonst nicht signifikant	1990 negativ, sonst nicht signifikant	positiv	nicht signifikant
Mehrkinderfamilien	1990 positiv, sonst nicht signifikant	nicht signifikant	1994 positiv, sonst nicht signifikant	2000 negativ, 1994 nicht signifikant
Kinderlose Paare verdienen das ...Fache von Familien	1980 1,0 1990 0,9 2000 1,0	-- ² 1,0 0,9	1980 1,1 1990 1,2 1994 1,2 2000 1,2	1994 1,0 2000 1,0
Kinderlose Frauen verdienen das ...Fache von Müttern	1980 1,6 1990 1,4 2000 1,4	-- ² 1,2 1,2	<i>1980 Mediane = 0</i> 1990 18,5 1994 9,6 2000 2,4	1994 1,0 2000 1,3

¹Daten vor der Wiedervereinigung nur für Westdeutschland ²Daten liegen erst ab 1987 vor

Quelle: Eigene Berechnungen (LIS)

Bewertet man diese Ergebnisse mit Blick auf die unterschiedlichen Länderregime, so zeigt sich, dass die ökologische Intervention mit der Bereitstellung einer Vereinbarkeitsinfrastruktur von Beruf und Familie eine bessere finanzielle Situation der Familien erreicht hat als die ökonomische Intervention. Die Integration der Mütter in den Arbeitsmarkt hat das Haushaltseinkommen deutlicher angehoben, als dies staatliche Transfers leisten konnten. Selbst in Ländern wie den USA, wo der Staat kaum ökologische oder ökonomische Interventionen vornimmt, sind Familien finanziell relativ besser gestellt als im ökonomischen Interventionsland Deutschland. In Großbritannien, das von der Theorie zu den Staaten mit wenig Intervention gerechnet wird (Strohmeier, 2002, 337), gilt dies allerdings nicht. Es wäre eine Aufgabe für die weitere Forschung, die Hintergründe hierfür zu untersuchen und zu prüfen, ob die Kategorisierung von Großbritannien empirisch zutrifft und welche Faktoren das aufgezeigte, von der Theorie abweichende Muster erklären können.

2.2 Fertilität und Bildung

2.2.1 Literaturüberblick: Zusammenhang zwischen Fertilität und Bildung

Im engen Zusammenhang mit Einkommen und der Erwerbsbeteiligung steht der Bildungsgrad von Frauen. Meist wird ein negativer Zusammenhang zwischen Bildung und Fertilität vermutet, weil mit zunehmender Bildung die Opportunitätskosten der Kindererziehung für die Frauen steigen (Becker, 1993). Sie haben länger in ihre Ausbildung investiert und brauchen mehr Berufsjahre, um diese Investition zu amortisieren, während sie gleichzeitig mehr in die Ausbildung ihrer Kinder investieren (siehe Kapitel 1.2.2). Zudem ermöglicht eine bessere Ausbildung den Frauen mehr Wahlmöglichkeiten in Bezug auf ihren Lebensstil, und das Wissen über Familienplanung ist weiter verbreitet und wird besser genutzt als in niedrigeren Bildungsschichten. Die Realisierung des Kinderwunsches wird damit zu einem unter mehreren möglichen Optionen (Rindfuss et al., 1996). Zudem wird die Familiengründung in der Regel bis zum Abschluss der Ausbildung aufgeschoben, so dass eine lange Ausbildungsphase dazu führen kann, dass die Familiengründung in eine Zeit aufgeschoben wird, in der bereits biologische Empfängnischwierigkeiten auftreten (Gustafsson, 2001). Diese Zusammenhänge wurden in einigen empirischen Studien bestätigt (Klein, 1989; Kravdal, 1992, 459). Ähnlich wie bei der Erwerbstätigkeit von Frauen und ihrer Fertilität (vgl. Kapitel 2.3.1) zeichnet sich aber auch bei der Bildung in einigen OECD-Staaten ein Wandel von einem negativen zu einem unbestimmten oder positiven Zusammenhang mit dem Fertilitätsverhalten ab (Sleebos, 2003, 19f.).

Hank (2001) weist für Deutschland einen Zusammenhang zwischen dem Bildungsprofil der Einwohner einer Region und dem Fertilitätslevel der Region nach. So hatten in den Regionen mit höherer Fertilität ein deutlich höherer Anteil der Frauen eine nur geringe Schulbildung, während in den Universitätsstädten mit einem hohen Anteil an qualifizierten Frauen die Fertilität deutlich niedriger lag. Allerdings können hier auch andere Faktoren wie etwa ländliche Prägung versus städtisches Umfeld eine Rolle spielen. In den Städten konzentriert sich das Angebot an Arbeitsplätzen, die eine hohe Qualifikation voraussetzen. Gleichzeitig sind hier die Fertilitätsraten mit am niedrigsten. Ob hier ein kausaler Zusammenhang besteht oder andere Faktoren wie etwa die Wohnsituation, die Einbindung in familiäre und soziale Strukturen oder ähnliches die eigentliche Ursache sind, bleibt dabei offen. Klein (1989) weist für

Deutschland ebenfalls einen Zusammenhang zwischen steigendem Bildungsgrad und abnehmender Fertilität nach. Dafür sprechen auch die Zahlen von Grünheid (2003), welche mit 42 Prozent die höchste Kinderlosigkeit von Frauen unter den 35- bis 40-jährigen Akademikerinnen in Westdeutschland findet. In Ostdeutschland waren hingegen nur 17,1 Prozent der Akademikerinnen ohne Kinder. Wirth und Dümmler (2004) stellen für die gleiche Altersgruppe im Jahr 1997 eine Kinderlosigkeit von 43 Prozent unter Akademikerinnen gegenüber 28 Prozent Kinderlosigkeit aller Frauen fest. Akademikerinnen im Alter von 40 bis 44 Jahren waren danach noch zu 32 Prozent kinderlos.

Die bisherige Forschung zum Zusammenhang zwischen Fertilität und Bildung konzentrierte sich im Wesentlichen auf das Ausbildungsniveau und schloss daraus auf die individuelle Humankapitalausstattung. Hoem et al. (2005, 5ff.) weisen aber darauf hin, dass institutionelle Faktoren des Bildungssystems eine ebenso große Rolle spielen können. Die Flexibilität des Bildungssystems bestimmt, ob die Menschen eines Landes in einem engen Zeitfenster nach einer strikt festgelegten Abfolge von Leistungsnachweisen Zugang zum Bildungssystem haben, oder ob sie Arbeits- und Familienpausen einlegen und auch in einer späteren Lebensphase noch eine höhere Ausbildungsstufe anstreben können. Andere Faktoren, wie der landesspezifisch unterschiedlich hohe Anteil von Frauen und Männern in bestimmten Studiengängen, können ebenfalls eine Rolle spielen. Im Folgenden soll daher der Zusammenhang zwischen dem Bildungsgrad von Frauen und ihrem Fertilitätsverhalten in den sechs Ländern weiter untersucht werden, um komplementär zum Einflussfaktor Einkommen den Einfluss der Ausbildung auf die Kinderzahl besser zu verstehen. Dabei steht wiederum die Klärung im Vordergrund, ob der Zusammenhang genereller Natur ist oder ob länderspezifische Einflussfaktoren die Auswirkung auf die Kinderentscheidung beeinflussen. Eine zeitliche Entwicklung kann hier allerdings nicht beobachtet werden, da zu den hier interessierenden Variablen nicht für alle bisher geprüften Zeitpunkte Angaben vorliegen. Es werden daher nur die Ergebnisse der Stichproben des Jahres 2000 ausgewertet.

2.2.2 Analyse mit den Daten der Luxemburger Einkommensstudie

Probleme der Datengrundlage

Um den Zusammenhang zwischen Bildungsgrad und Fertilität international zu untersuchen, müssen die unterschiedlichen Bildungsabschlüsse in den einzelnen Ländern miteinander vergleichbar gemacht werden. Dies erweist sich als äußerst schwierig. Die OECD klassifiziert die Abschlüsse im Ausbildungssystem mit der ISCED-Skala in sieben Stufen von der Elementarbildung (ISCED 0) über Primäre Bildung (ISCED 1), Sekundarbereich I (ISCED 2), Sekundarbereich II (ISCED 3), Post-Sekundäre (ISCED 4), tertiäre Ausbildung (ISCED 5) und tertiäre Bildung der zweiten Stufe (ISCED 6), womit die Promotion gemeint ist (OECD, 2004). Feinere Unterteilungen zielen darauf ab, praxis- und wissenschaftsorientierte Ausbildungen vergleichbar zu machen. Trotz dieser international anerkannten und detaillierten Einteilung sind internationale Vergleiche zur Bildung immer angreifbar, weil nicht nur die Bildungssysteme der Länder an sich sehr unterschiedlich sind, sondern auch gleiche Berufe in verschiedenen Ländern völlig unterschiedliche Ausbildungswege haben können. Während in Deutschland etwa eine Krankenschwester in der Regel nach dem Haupt- oder Realschulabschluss eine Ausbildung im Krankenhaus absolviert, wird sie in den USA an der Universität studieren. Entsprechend groß sind die Unterschiede in den Vergleichstabellen zur Beteiligung am Bildungssystem zwischen den Ländern.

Tabelle 23: Gewählte Einteilung der Bildungsniveaus in den Stichproben 2000

	Zusammenfassung der Variablen (Variablenwerte in Klammern)	Verteilung in der Stichprobe
Deutschland (Educational level of spouse)		
niedrig	bis einschließlich Hauptschulabschluss (1; 8)	40 Prozent
mittel	bis einschließlich Abitur (2; 3)	40 Prozent
hoch	Fachhochschule und Universität (4; 7)	20 Prozent
USA (Educational level of spouse)		
niedrig	ohne High school Abschluss (1; 8)	14 Prozent
mittel	bis Universitätsbesuch ohne Abschluss (9; 10)	52 Prozent
hoch	akademische Abschlüsse (12; 16)	34 Prozent
Kanada (Educational level of spouse)		
niedrig	ohne High school Abschluss (1; 5)	23 Prozent
mittel	bis Universitätsbesuch ohne Abschluss (6; 9)	62 Prozent
hoch	akademische Abschlüsse (10; 12)	15 Prozent

Großbritannien (Person activity code)		
niedrig	ungelernt und angelernte (6; 7)	20 Prozent
mittel	qualifizierte Arbeit (4; 5)	43 Prozent
hoch	höhere Techniker, Führungskräfte (2; 3)	37 Prozent
Schweden (Educational level of spouse)		
niedrig	bis einschließlich Primärausbildung(1; 2)	23 Prozent
mittel	Sekundärausbildung (3; 4)	51 Prozent
hoch	Tertiärausbildung (5; 6)	26 Prozent
Finnland (Educational level of spouse)		
niedrig	bis einschließlich Primärausbildung (0)	27 Prozent
mittel	Sekundärausbildung (30; 40)	37 Prozent
hoch	Tertiärausbildung (51; 52; 60)	36 Prozent

Quelle: Eigene Berechnungen (LIS)

In Tabelle 23 ist die letztlich gewählte genaue Einteilung der LIS-Stichproben ausgewiesen. Einteilungsprobleme ergaben sich, weil in den nationalen Umfragen der Bildungsabschluss unterschiedlich abgefragt wurde. In einigen Ländern wurde der jeweils erreichte Abschluss, in anderen das Alter des Ausbildungsabschlusses erhoben. Um ein vergleichbares Abstraktionsniveau zu erreichen, wurden daher die Bildungsniveaus für die folgende Untersuchung lediglich in drei Level (niedrig, mittel und hoch) eingeteilt. Zur besseren Nachvollziehbarkeit wurden die von LIS vergebenen Namen der Variablen und die Werte der jeweils zugeordneten Ausprägungen in Klammern mit aufgeführt. Eine länderübergreifende, feinere Einteilung (etwa in Bildungsdezile) scheitert an den Unterschieden der Primärerhebung. So erfasst Deutschland als unterstes Niveau beispielsweise den Hauptschulabschluss, den 36 Prozent der Befragten hatten. Die Daten für die USA sind hingegen wesentlich differenzierter und weisen auch noch die 0,2 Prozent der Befragten aus, die nur ein Jahr Schulbildung erhalten haben. Um eine begründbare Einteilung vorzunehmen, wurden in Grenzfällen die ausgewiesenen OECD-Werte im Standardwerk der Bildungsklassifikation, „Education at a glance“ (OECD, 2004) als Richtwert genommen, ob die fragliche Bildungsstufe der niedrigeren oder höheren Stufe zuzuordnen ist (Tabelle 24). Zwischen den verschiedenen Ländern wurden vergleichbare Bezeichnungen dem jeweils gleichem Level zugeordnet. Trotzdem ergaben sich zum Teil deutliche Differenzen zur OECD-Erhebung, zumal die ausgewählten Haushalte mit Frauen im Alter zwischen 30 und 42 Jahren nicht das gleiche Bildungsprofil wie die Gesamtstichprobe auswiesen. Die größte Abweichung von den OECD-Richtwerten blieb im Fall von Kanada bestehen. Die vorgegebene Einteilung der LIS-Datensätze weist für

Kanada deutlich mehr Personen mit lediglich geringem Bildungsgrad aus als die OECD-Daten. In der gewählten Stichprobe ergab sich schließlich eine Differenz von 25 Prozentpunkten zur OECD-Statistik, die nicht durch eine Umgruppierung einzelner Bildungsabschlüsse in einen höheren Bereich verringert werden konnte (Tabelle 24). Wenngleich die Abweichungen in den anderen Ländern nicht so groß waren, sollte bei allen folgenden Auswertungen beachtet werden, dass hier aufgrund der Daten- und Eingruppierungsschwierigkeiten nur Tendenzaussagen getroffen werden können.

Tabelle 24: Unterschiede in der Zuordnung der Bildungsniveaus 2000
– Anteil des jeweiligen Bildungsniveaus unter den jeweiligen Frauen –

	Bildungsgrad					
	gering	mittel	hoch	gering	mittel	hoch
Frauen im LIS-Datensatz insgesamt				LIS-Stichprobe mit 30- bis 42-jährigen Frauen		
Deutschland	36	40	24	23	54	23
USA	14	60	26	14	55	31
Kanada	23	62	15	36	10	54
Großbritannien	37	42	21	22	43	35
Schweden	14	58	28	2	71	27
Finnland	27	58	15	12	42	46
OECD-Erhebung				Differenz OECD – LIS- Stichprobe		
Deutschland	15	65	20	8	-11	3
USA	11	49	40	3	6	-9
Kanada	11	35	54	25	-25	0
Großbritannien	32	41	27	-10	2	8
Schweden	14	50	36	-12	21	-9
Finnland	17	37	46	-5	5	0

Quelle: OECD, 2004; eigene Berechnungen (LIS)

Der direkte Zusammenhang zwischen Bildung und Fertilität

Untersucht man speziell den Zusammenhang zwischen dem Bildungsniveau und der Kinderzahl, so weisen Deutschland, die USA, Kanada und Großbritannien bei Frauen in den niedrigeren Bildungsniveaus durchweg höhere Kinderzahlen als in den höheren Niveaus auf (Tabelle 25). In Ostdeutschland ist kein Unterschied zwischen dem mittleren und hohem Bildungsniveau zu sehen und Schweden und Finnland haben die höchsten Werte jeweils im mittleren Bildungsniveau. Dabei ist der Abstand zwischen den durchschnittlichen Kinderzahl der einzelnen Bildungsniveaus in den USA, Großbritannien und Westdeutschland deutlich größer als in den skandinavischen Ländern, Ostdeutschland und Kanada. So haben Frauen mit hohem Bildungsniveau

in den USA im Schnitt 1,61 Kinder, im niedrigen 2,28. In Schweden haben die Frauen im mittleren Bildungsniveau mit 1,88 Kindern pro Frau die höchsten Durchschnittswerte, Frauen mit hoher Bildung haben mit durchschnittlich 1,75 Kindern aber kaum weniger Nachwuchs.

Tabelle 25: Kinderzahl und Bildungsniveau 2000
 – durchschnittliche Kinderzahl je Frau im jeweiligen Bildungsniveau in sechs Ländern –

Bildungsniveau	Deutschland	Westdeutschland	Ostdeutschland	USA
niedrig	1,71	1,73	1,44	2,28
mittel	1,47	1,51	1,36	1,75
hoch	1,36	1,36	1,36	1,61
	Kanada	Großbritannien	Schweden	Finnland
niedrig	1,73	1,90	1,85	1,83
mittel	1,71	1,49	1,88	1,94
hoch	1,55	1,31	1,75	1,78

Quelle: Eigene Berechnungen (LIS)

Der Blick auf die Durchschnittswerte zeigt also die gleichen Ländermuster, die bei der Untersuchung des Einkommens erkannt wurden. Entgegen der Fachliteratur scheint es keinen allgemein gültigen Zusammenhang zwischen einem höheren Bildungsniveau und einer geringeren Kinderzahl zu geben. Angesichts der hohen Korrelation zwischen Einkommen und Bildungsniveau kann dies nicht überraschen. Ob allerdings Zusammenhänge zwischen Bildungsniveau und Kinderzahl statistisch abgesichert werden können, lässt sich aufgrund der groben Einteilung in drei Niveaus nur näherungsweise mit einem Rangkorrelationstest überprüfen (Tabelle 26). Dabei werden nicht nur die Bildungsniveaus der Frauen, sondern auch die der Männer in die Analyse mit einbezogen.

Tabelle 26: Abhängigkeit zwischen Bildungsniveau und Kinderzahl 2000

– Ergebnisse des Kendallschen Rangkorrelationstest für sechs Staaten –

	Deutschland	USA	Kanada	Großbritannien	Schweden	Finnland
Auswertung für die Frauen						
Testergebnis*	hoch signifikant	hoch signifikant	hoch signifikant	hoch signifikant	nicht signifikant	nicht signifikant
Kendalls Tau	negativ	negativ	negativ	negativ	(negativ)	(negativ)
Auswertung für die Männer						
Testergebnis*	hoch signifikant	hoch signifikant	hoch signifikant	signifikant	nicht signifikant	nicht signifikant
Kendalls Tau	negativ	negativ	negativ	negativ	(negativ)	(negativ)
Auswertung für West- und Ostdeutschland						
	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	Frauen	Männer		Frauen	Männer	
Testergebnis*	hoch signifikant	hoch signifikant		nicht signifikant	nicht signifikant	
Kendalls Tau	negativ	negativ		(negativ)	(positiv)	

*nicht signifikant: $p > 0,05$; signifikant: $0,001 < p \leq 0,05$; hoch signifikant: $p \leq 0,001$

Quelle: Eigene Berechnungen (LIS)

Entgegen der Erwartung hat der Rangkorrelationskoeffizient bei allen untersuchten Ländern ein negatives Vorzeichen. Das vermutete Muster zeigt sich aber in den Signifikanzen: Für Deutschland, die USA und das Großbritannien liefert der Test hochsignifikante Ergebnisse, für Kanada ein signifikantes Ergebnis. Die Werte in Finnland und Schweden sind hingegen nicht signifikant. Es besteht daher nur in den nicht skandinavischen Ländern der in der Fachliteratur konstatierte Zusammenhang, dass ein höheres Bildungsniveau mit einer geringeren Fertilität einhergeht. Auch beim Zusammenhang zwischen Bildung und Fertilität kann daher ein Einfluss der jeweiligen landestypischen Rahmenbedingungen für Familien angenommen werden. Ostdeutschland ist auch hier wieder deutlich von Westdeutschland zu unterscheiden und lässt sich eher der skandinavischen Gruppe zuordnen. Unterschiede zwischen Frauen und Männern lassen sich nicht erkennen. Da es sich bei der Stichprobe ausschließlich um Paarhaushalte handelt, spricht dies für eine starke Bildungshomogenität bei der Partnerwahl. Bei den weiteren Untersuchungen werden daher nur die Frauen betrachtet.

Kinderlosigkeit und Bildungsniveau

In der deutschen Diskussion ist die hohe Kinderlosigkeit von Akademikerinnen ein viel beachteter Tatbestand. Grünheid (2003) ermittelte aufgrund von Mikrozensus-Daten, dass 42 Prozent der Akademikerinnen in Westdeutschland im Alter zwischen 35- und 40 Jahren noch kinderlos sind – und damit absehbar ein sehr hoher Anteil an zeitlebens kinderlosen Frauen. In Ostdeutschland waren es nur 17 Prozent. Eine andere Studie auf Basis der Mikrozensus-Erhebungen wies im Jahr 2004 38 Prozent der 41- bis 44-jährigen Akademikerinnen als kinderlos aus, diese stellten 15 Prozent dieser Frauenjahrgänge (Duschek / Wirth, 2005, Tab. 1.1). Insgesamt waren 37 Prozent der Frauen dieser Altersgruppe kinderlos. Auch von den Frauen mit Hauptschulabschluss, die 30 Prozent der 41- bis 44-Jährigen stellten, waren 36 Prozent ohne Kinder. Allerdings tritt bei beiden Studien wieder die bereits angesprochene Verzerrung der Sachverhalte ein, da im Mikrozensus lediglich nach der Anzahl der im Haushalt lebenden Kinder unter 18 Jahren gefragt wird, nicht aber nach der Anzahl der tatsächlichen Kinder. Den niedrigsten Wert der Kinderlosigkeit wiesen im Jahr 2004 mit 24 Prozent die Frauen mit Hauptschulabschluss im Alter von 37 bis 40 Jahren auf, unter den Akademikerinnen sind in diesem Alter 39 Prozent ohne Kinder. Diese Zahlen deuten auf einen Zusammenhang zwischen Bildungsniveau und Kinderzahl hin.

In der LIS-Stichprobe haben in Westdeutschland ein Viertel der Frauen mit Fachhochschul- oder Universitätsabschluss, die mit einem Partner zusammen leben, keine Kinder (Tabelle 27). Das sind deutlich mehr als unter den Frauen mit Hauptschulabschluss, die in der untersuchten Altersgruppe zu zwölf Prozent kinderlos sind. Die oben zitierten Studien lassen sich mit dieser Untersuchung weder bestätigen noch widerlegen, da ja allein stehende Frauen nicht in die Stichprobe aufgenommen wurden. Dennoch erscheint der Anteil von einem Viertel kinderloser Frauen relativ hoch, da diese alle in einer stabilen Beziehung leben. Damit fällt der in Umfragen angegebene häufigste Grund für Kinderlosigkeit – der Mangel an einem passenden Partner – zumindest weg. Wie viele der Frauen allerdings zeitlebens kinderlos bleiben oder nur später ihre Kinder bekommen werden, kann mit diesen an einem Zeitpunkt erhobenen Querschnittsdaten nicht beantwortet werden.

Tabelle 27: Kinderlosigkeit und Bildungsniveau 2000

– Anteil kinderloser Frauen in sechs Staaten in Prozent der Frauen des jeweiligen Bildungsniveaus –

Bildungsniveau	Deutschland	Westdeutschland	Ostdeutschland	USA
niedrig	12,2	12,0	15,6	12,5
mittel	17,6	19,0	14,4	17,7
hoch	24,4	25,6	20,0	21,0
	Kanada	Großbritannien	Schweden	Finnland
niedrig	17,8	10,3	12,4	20,2
mittel	16,3	22,7	9,6	13,6
hoch	22,8	30,4	13,4	16,4

Quelle: Eigene Berechnungen (LIS)

In der ländervergleichenden Betrachtung zeigt sich, dass in Westdeutschland, den USA und Großbritannien ein stetiger Anstieg der Anteile an kinderlosen Paaren mit dem Anstieg des Bildungsniveaus zu beobachten ist. In Ostdeutschland, Schweden, Finnland und Kanada haben hingegen Frauen im mittleren Bildungsniveau die geringsten Anteile an Kinderlosen. Es sind also zwei Muster erkennbar, die sich aber im Fall von Kanada nicht mit der vorgenommenen Einteilung der Länderregime decken.²⁶ Die höchsten Anteile an Kinderlosen hat Großbritannien, das in der Stichprobe im Schnitt 23 Prozent kinderlose Paare aufweist. Es folgen Westdeutschland, die USA und Kanada mit jeweils 18 Prozent. Finnland und Ostdeutschland haben im Durchschnitt 16 Prozent Kinderlose. Schweden hat mit deutlichem Abstand und über alle Bildungsniveaus hinweg den geringsten Anteil an Kinderlosen (11 Prozent). Finnland und Kanada fallen hingegen durch besonders hohe Anteile bei den Frauen mit niedriger Bildung und Großbritannien hat den höchsten Anteil an Kinderlosen im hohen und auch im mittleren Bildungsbereich.

Kinderreiche Familien und Bildungsniveau

Stellt man diesem Ergebnis die Auswertung nach den Anteilen an Frauen mit vier oder mehr Kindern gegenüber, so fallen drei Befunde auf: In den USA haben Frauen mit niedrigem Bildungsniveau außergewöhnlich häufig viele Kinder (Tabelle 28). 18

²⁶ Eine statistische Überprüfung wäre nur mit den Originaldaten sinnvoll. Aufgrund der geschilderten Schwierigkeiten könnte wieder nur eine lineare Regression über die Mittelwerte durchgeführt werden. Dies ist aber aufgrund der wenigen Datenpunkte (drei je Land) nicht sinnvoll und wird daher weder hier noch bei den kinderreichen Familien gemacht.

Prozent der 30- bis 42-jährigen Frauen der Stichprobe mit niedrigem Bildungsabschluss haben vier oder mehr Kinder. Das Gegenstück bildet Ostdeutschland, wo – allerdings bei einem geringen Stichprobenumfang – nur drei Prozent der Frauen dieser Bildungsstufe vier oder mehr Kinder haben. Wie bereits die Untersuchung der Einkommensdezile gezeigt hat, gibt es in Ostdeutschland außergewöhnlich wenige Mehrkinderfamilien.

Tabelle 28: Kinderreiche Familien und Bildungsniveau 2000

– Anteil an Frauen mit vier oder mehr Kindern in Prozent aller Frauen des jeweiligen Bildungsniveaus in sechs Staaten –

	Deutschland	Westdeutschland	Ostdeutschland	USA
niedrig	4,8	4,9	3,1	18,1
mittel	2,5	3,1	1,1	7,1
hoch	2,2	2,8	0,0	4,8
	Kanada	Großbritannien	Schweden	Finnland
niedrig	8,5	6,4	7,5	8,1
mittel	4,6	2,5	4,7	9,1
hoch	4,0	2,0	4,2	5,6

Quelle: Eigene Berechnungen (LIS)

Bis auf Finnland ist durchgängig eine Abnahme des Anteils kinderreichen Familien mit dem Anstieg des Bildungsniveaus zu beobachten. Hier scheint sich ein länderübergreifender Zusammenhang abzuzeichnen, Finnland zeigt jedoch, dass dieser keinen Anspruch auf Allgemeingültigkeit hat. Die Untersuchung der Familien mit vier und mehr Kindern mit der Querschnittsbetrachtung der 30- bis 42-Jährigen ist allerdings in besonderem Maße anfechtbar. Nur ein sehr geringer Teil der Frauen, welche viele Kinder möchten, wird im Alter von dreißig Jahren schon die gewünschte Kinderzahl erreicht haben. Mit dem international zu beobachtenden Anstieg des Durchschnittsalters der Mutter bei der Geburt (Eurostat, 2004a, Tabelle D7) wird die Aussagekraft der hier gewählten Stichprobe insbesondere für die Großfamilien immer ungenauer. Im Folgenden soll daher der Einfluss dieses so genannten Timingeffektes auf die hier untersuchten Stichproben näher betrachtet werden.

Verzerrung der Ergebnisse durch den Timingeffekt

Unter dem „Timing“ versteht man in der Fachliteratur den von den Frauen in ihrem Lebenslauf gewählten Zeitpunkt der Geburt des Kindes, wobei in der Regel das Alter

der Mutter bei der Geburt des ersten Kindes und der Abstand zwischen den Geschwisterkindern untersucht wird. Das Alter der Mutter bei der Geburt ihres Kindes hat sich generell in den vergangenen Jahren deutlich nach hinten verschoben. So lag die maximale Geburtenhäufigkeit in Deutschland bei Müttern des Jahrgangs 1955 im Alter von 25 Jahren, beim Jahrgang 1985 jedoch im Alter von 29 Jahren (Bomsdorf / Babel, 2004, 1057). Parallel dazu sank die Kohortenfertilität der Frauen. Unter dem „Timingeffekt“ wird in der Regel das Hinausschieben der Geburt des ersten Kindes von Frauen mit höherem Bildungsabschluss verstanden (Klein, 1989; Hoem et al., 2005). Bei einem einmaligen Blick auf die Stichprobe der 30- bis 42-jährigen Frauen könnte es also sein, dass die 30-jährigen gebildeteren Frauen als kinderlos ausgewiesen werden, diese Kinderlosigkeit aber nicht bleibend ist, sondern nur eine aufgeschobene Familiengründung dokumentiert. Dieser Verdacht wird bestätigt, wenn man die bisher gewählte Stichprobe verkleinert und den Kendallschen Rangkorrelationstest nur auf die Haushalte mit 37- bis 42-jährigen Frauen anwendet (Tabelle 29). War der Korrelationskoeffizient in der Stichprobe der 30- bis 42-Jährigen noch durchweg negativ, so hat er nun bis auf Großbritannien in allen betrachteten Ländern ein positives Vorzeichen. Das heißt dass Frauen im Alter zwischen 37 und 43 Jahren mit einer höheren Bildung mehr Kinder haben als Frauen mit einem niedrigeren Bildungsniveau in dieser Altersklasse.

Tabelle 29: Kinderzahl und Bildungsgrad der 37- bis 42-Jährigen

– Ergebnisse des Kendallschen Rangkorrelationstest 2000 für sechs Staaten und Paarhaushalte mit Frauen im Alter zwischen 37 und 42 Jahren –

	Deutschland	USA	Kanada	Großbritannien	Schweden	Finnland
Auswertung für die Frauen der Stichprobe						
Testergebnis*	nicht signifikant	signifikant	hoch signifikant	hoch signifikant	hoch signifikant	signifikant
Kendalls Tau	(<i>positiv</i>)	positiv	positiv	negativ	positiv	positiv
Auswertung für die Männer der Stichprobe						
Testergebnis*	nicht signifikant	signifikant	hoch signifikant	signifikant	hoch signifikant	signifikant
Kendalls Tau	(<i>positiv</i>)	positiv	positiv	positiv	positiv	positiv
Westdeutschland			Ostdeutschland			
	Frauen	Männer		Frauen	Männer	
Testergebnis*	nicht signifikant	nicht signifikant		signifikant	signifikant	
Kendalls Tau	(<i>positiv</i>)	(positiv)		positiv	positiv	

*nicht signifikant: $p > 0,05$; signifikant: $0,001 < p \leq 0,05$; hoch signifikant: $p \leq 0,001$

Quelle: Eigene Berechnungen (LIS)

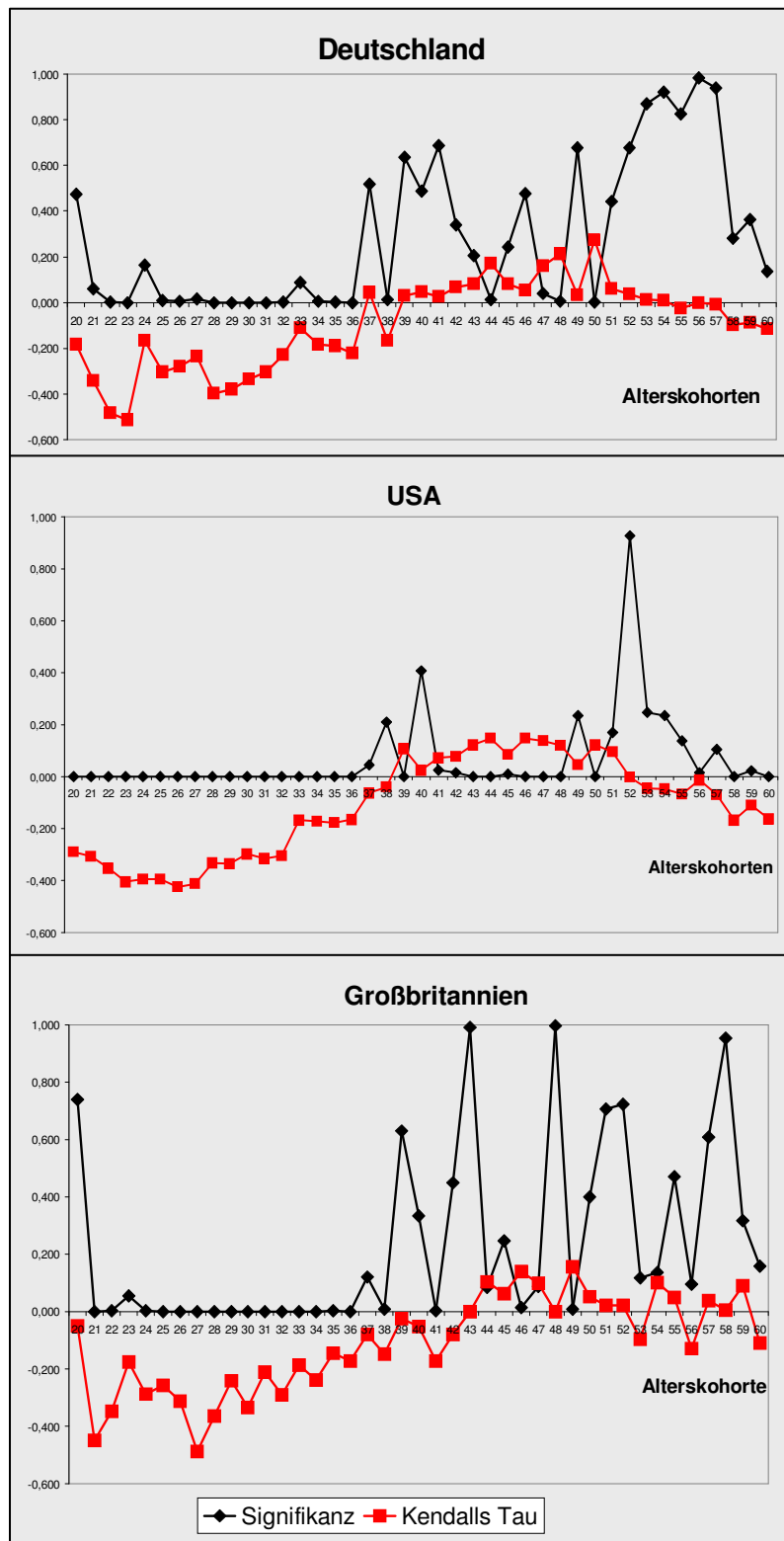
Die Ergebnisse sind in fünf Staaten (hoch) signifikant und gelten für Frauen und Männer gleichermaßen. Nur in Deutschland ist aller Ergebnisse nicht signifikant. Der zu beobachtende positive Zusammenhang zwischen dem Bildungsgrad und der Kinderzahl für Frauen zwischen 37 und 42 Jahren könnte zum einen daran liegen, dass Frauen mit einem höheren Bildungsniveau ihre Kinder bedingt durch die lange Ausbildungsphase erst später bekommen. Es herrscht bei vielen Menschen die Vorstellung vor, dass die Familiengründung erst nach einer Etablierung im Beruf erfolgen sollte. In einer Allensbachumfrage gaben in Deutschland 85 Prozent der Befragten an, dass ein Kind erst nach einem erfolgreichen Berufseinstieg wünschenswert sei (IfD, 2004). Auch unter der Annahme einer problemlosen Betreuung der Kinder während der Ausbildungszeit blieben fast alle Befragten bei ihrer Ansicht. Als Gründe dürften hierbei die finanzielle Abhängigkeit von nicht-berufstätigen Eltern und die zeitlichen Anforderungen an Berufseinsteiger eine Rolle spielen. Zum anderen dokumentiert der positive Zusammenhang zwischen der Kinderzahl und dem Bildungsniveau älterer Frauen, dass Frauen mit einem geringen Qualifikationsniveau ihre Kinder bereits früh bekommen, so dass diese schon über 18 Jahre alt oder aus dem Haushalt ausgezogen sind, wenn die Mutter ein Alter um die vierzig Jahre erreicht hat. In Deutschland ist allerdings auch bei dieser Altersgruppe kein signifikanter Zusammenhang beobachtbar. Eine wirkliche Beurteilung des Sachverhaltes lässt sich mit der vorliegenden Stichprobe nicht leisten. Dazu müssten Paneldaten herangezogen werden, welche die gleichen Paare über mehrere Jahre hinweg befragen – oder die Daten rückwirkend erheben – und somit eine wirkliche Analyse des Lebenslaufes ermöglichen. Diese sind aber länderübergreifend nicht verfügbar. Hier lässt sich lediglich feststellen, dass Frauen mit niedrigerem Bildungsniveau länderübergreifend ihre Kinder früher bekommen als Frauen mit höherem Bildungsniveau. Ob Frauen mit höherem Bildungsniveau nun letztlich weniger oder mehr Kinder haben, lässt sich mit den vorliegenden Daten nicht beurteilen.

Eine nähere Untersuchung der einzelnen Frauenkohorten im Alter zwischen zwanzig und sechzig Jahre dokumentiert deutlich diesen Timingeffekt. Exemplarisch sind hier die Ergebnisse der USA, Deutschlands und Großbritanniens dokumentiert (Abbildung 15). Dabei dient die Abtragung der jeweiligen Signifikanzen der Dokumentation des kritischen Signifikanzniveaus, nach der die Nullhypothese gerade angenommen oder abgelehnt wird. Die Richtung des Korrelationskoeffizienten zwischen Kinderzahl

und Bildungsniveua dreht sich von ausgeprägt negativen Werten auf positive Werte. Nicht alle Werte sind signifikant, doch die Tendenz ist eindeutig. Bis zu einem Alter von 38 Jahren ist der Korrelationskoeffizient stets negativ, das heißt Frauen mit weniger Bildung haben mehr Kinder als Frauen mit einer höheren Bildung. Ab dem Alter von 39 Jahren bis 52 Jahren ist der Korrelationskoeffizient hingegen positiv. Nun haben Frauen mit höherer Bildung mehr Kinder als Frauen mit einem niedrigen Ausbildungsniveau. Ab 53 Jahren ist der Rangkorrelationskoeffizient wieder negativ. Dies könnte dadurch verursacht sein, dass Frauen mit weniger Bildung öfter Mehrkinderfamilien haben als Frauen mit höherer Bildung. In diesem Fall wären die jüngsten Kinder der gebildeteren Frauen aus dem Haushalt ausgezogen oder hätten die Altersgrenze von 18 Jahren bereits erreicht, während die jüngsten Kinder in den weniger gebildeten Haushalten noch dort wohnen. Auch diese These bleibt aber aufgrund der ungenügenden Datenlage spekulativ, ebenso wie die eigentlich interessierende Frage, ob der Timingeffekt letztlich zu einem Sinken der Kohortenfertilität führt, wie Bomsdorf / Babel (2005) beobachten. Inwieweit die Volatilität des Signifikanzniveaus mit dem geringen Stichprobenumfang einzelner Kohorten zusammenhängt, wird im Anhang III geklärt.

Abbildung 15: Signifikanz und Korrelationskoeffizient nach Kohorten

– Kritische Signifikanz* und Korrelationskoeffizient τ des Kendallschen Rangkorrelationstests auf Abhängigkeit von Bildung und Kinderzahl im Jahr 2000 in drei Ländern –



*Signifikanz, bei der die Nullhypothese gerade angenommen oder abgelehnt wird

Quelle: Eigene Berechnungen (LIS)

2.2.3 Zusammenfassung: Fertilität und Bildung

Die Untersuchung des Zusammenhangs zwischen Bildung und Fertilität im internationalen Vergleich gestaltet sich aufgrund der unterschiedlichen Datenerhebung schwierig. Letztlich kann nur eine sehr grobe Einteilung in drei Bildungsniveaus vorgenommen werden. Es zeigt sich, dass aufgrund dieser Einteilung ein hochsignifikanter negativer Zusammenhang in Westdeutschland, den USA, Kanada und Großbritannien zu beobachten ist (Tabelle 30). Hier haben besser ausgebildete Frauen und Männer weniger Kinder als Paare mit einem geringeren Bildungsniveau. In Ostdeutschland, Schweden und Finnland ist der Zusammenhang nicht signifikant. Hintergrund könnte die Ausgestaltung des Bildungssystems sein.

Tabelle 30: Zusammenfassung der Testergebnisse: Fertilität und Bildung

– Ergebnisse der Korrelationstests und Häufigkeitsauswertungen für sechs Staaten 2000 –

Zusammenhang zwischen Bildung und ...	Westdeutschland	USA	Kanada	Großbritannien
Kinderzahl	negativ	negativ	negativ	negativ
Kinderlosigkeit	positiv	positiv	U-förmig	positiv
Mehrkinderfamilien	negativ	negativ	negativ	negativ
Timingeffekt	nicht signifikant	signifikant	hoch signifikant	hoch signifikant
	Ostdeutschland	Schweden	Finnland	
Kinderzahl	nicht signifikant	nicht signifikant	nicht signifikant	
Kinderlosigkeit	U-förmig	U-förmig	U-förmig	
Mehrkinderfamilien	negativ	negativ	invers U-förmig	
Timingeffekt	signifikant	hoch signifikant	signifikant	

Quelle: Eigene Berechnungen (LIS)

Das Muster stimmt also mit den Untersuchungsergebnissen des Zusammenhangs zwischen Einkommen und Kinderzahl überein. Dieses Ergebnis war aufgrund des Zusammenhangs der beiden Variablen zu erwarten. Umso erstaunlicher ist daher, dass sich für Schweden, Finnland und Ostdeutschland nicht der erwartete Vorzeichenwechsel zeigt. Eine nähere Untersuchung ergibt, dass hier der Timingeffekt eine starke Rolle spielt. Bis auf Westdeutschland kann man in allen Ländern einen signifikant positiven Zusammenhang zwischen Bildung und Kinderzahl feststellen, wenn man die Stichprobe auf die 37- bis 42-Jährigen Frauen einschränkt. Frauen mit weniger Bildung bekommen ihre Kinder also zu einem deutlich früheren Zeitpunkt als gebildetere Frauen. Ob letztlich gebildetere Frauen weniger Kinder haben als unge-

bildetere, lässt sich nur mit einer rückblickenden Kohortenbetrachtung, aber nicht mit diesen Querschnittsdaten beurteilen. Diese Daten liegen aber international vergleichend nicht vor.

In Westdeutschland, den USA und Großbritannien steigt die Kinderlosigkeit mit zunehmendem Bildungsniveau stark an. In den anderen Ländern zeigt sich hingegen ein U-förmiger Verlauf, die mittlere Bildungsschicht hat also die niedrigsten Anteile an Kinderlosen. Kanada lässt sich hier nicht wie gewohnt dem Muster der USA zuordnen, sondern passt eher zu den beiden skandinavischen Staaten und Ostdeutschland. Bei der Untersuchung der Mehrkinderfamilien scheint sich erstmals ein länderübergreifender, negativer Zusammenhang abzuzeichnen. Bis auf Finnland finden sich die meisten Familien mit vier oder mehr Kindern in der niedrigsten Bildungsschicht, in Finnland hat die mittlere Bildungsschicht noch etwas höhere Anteile. Aber auch hier gilt, dass eine abgesicherte Aussage nicht möglich ist, da angesichts des Timingeffektes damit gerechnet werden muss, dass Paare mit höherer Bildung ihre Kinder später bekommen, so dass in der Stichprobe der 30- bis 42-Jährigen Mehrkinderfamilien häufiger bei Paaren mit einem geringeren Bildungsgrad vorkommen. Würde man die gewählte Alterseingrenzung der Stichprobe nach hinten verschieben, so wären andererseits die jüngsten Kinder in den weniger gebildeten Haushalten bereits wieder ausgezogen.

Insgesamt lässt sich daher mit diesen Querschnittsdaten lediglich die Existenz eines ausgeprägten, bildungsabhängigen Timingeffektes und ein gewisser Einfluss der landesspezifischen Ausgestaltung des Bildungssystems nachweisen. Tiefergehende Aussagen sind aufgrund der Datenlage nicht möglich. Mit Bezug auf die empirische Überprüfung von Länderregimen lässt sich eine deutliche Abgrenzung der beiden skandinavischen Länder von den Ländern ohne oder mit überwiegend ökonomischer Intervention vornehmen. Zwischen den Ländern ohne oder mit überwiegend ökonomischer Intervention lassen sich aber keine unterschiedlichen Muster erkennen.

2.3 Fertilität und das berufliche Umfeld der Frau

2.3.1 Literaturüberblick über Fertilität und Frauenerwerbstätigkeit

Der Einfluss der Erwerbstätigkeit von Frauen auf ihre Kinderzahl ist eines der meist diskutierten Themen, wenn es um die Erklärung niedriger Fertilitätsraten geht (für einen Überblick vgl. Kreyenfeld, 2001). Butz und Ward zeigten 1979 in einer Makrostudie für die USA, dass Erwerbstätigkeit und Fertilität negativ korreliert sind. Auch zahlreiche mikroökonomische Untersuchungen kamen zu dem Schluss, dass sich die Berufstätigkeit der Frau negativ auf ihre Fertilität auswirkt, so dass zu Beginn der 1990er Jahre von einer stabilen negativen Korrelation zwischen den beiden Faktoren ausgegangen wurde, wenngleich der Wirkungszusammenhang nicht eindeutig geklärt werden konnte (Becker, 1993, 144; Bernhardt, 1993, 30ff.; Gutiérrez, 1996; Hirschman, 1994, 219ff.). Parallel dazu wurde ein negativer Zusammenhang zwischen der Höhe der Löhne und der Fertilität der Frauen festgestellt (Heckman / Walker, 1990). Jüngere Studien kommen aber zu gegensätzlichen Ergebnissen und belegen für manche Staaten einen positiven Zusammenhang zwischen der Berufstätigkeit von Frauen und ihrer Kinderzahl, sowie einen in einigen Ländern positiven Zusammenhang zwischen dem Lohneinkommen und der Fertilität (Ahn / Mira, 1999; Andersson, 2001, 303; Buber 2001; DeWit / Ravanera, 1998, 60ff.; Kreyenfeld, 2001, 55ff.; Sleetbos, 2003, 23f.).

Auch die hier vorgelegten Ergebnisse zum Zusammenhang zwischen der Einkommenssituation von Müttern und kinderlosen Frauen weisen auf eine nicht eindeutige Korrelation hin, deren Ausprägung durch das jeweilige Länderregime beeinflusst wird. Ein Bündel von anderen Faktoren, wie die Ausbildung von Frauen, die gesellschaftlichen Werthaltungen zur Vereinbarkeit von Familie und Mutterschaft, die Infrastruktur der Kinderbetreuung, die Emanzipation der Partner oder die Ausgestaltung der Arbeitswelt spielen eine Rolle (Brewster / Rindfuss, 2000, 290f.). Die Makroebene verlassend, scheint es lohnend, das berufliche Umfeld von Frauen näher zu untersuchen. Die Bedingungen für eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf scheinen auch bei gleicher Bildungsqualifikation in den einzelnen Berufsgruppen sehr unterschiedlich zu sein. Während beispielsweise eine Akademikerin, die als Lehrerin tätig ist, durch eine kindbedingte Pause kaum Einbußen in ihren Aufstiegsmöglichkeiten zu befürchten hat und zudem die Zahl der Wochenarbeitsstunden sehr

flexibel in den Folgejahren bestimmen kann, dürfte eine Naturwissenschaftlerin in einem Forschungsunternehmen auf ganz andere Probleme, Arbeitszeiten und Präsenzansforderungen stoßen. Empirisch lässt sich nachweisen, dass Frauen, welche als Lehrerinnen oder öffentliche Angestellte ihr Arbeitspensum sehr flexibel wählen können und sich auf praktisch leistungsunabhängigen Karrierewegen befinden, sich früher für Kinder entscheiden und schneller an den Arbeitsplatz zurückkehren als andere Frauen (Desaj / Waite, 1991; Lauterbach, 1994; Ranson, 1998, 526). Auch im Ländervergleich deutet sich dieser Einfluss des beruflichen Umfeldes an (Schmidt, 1993). So ist bekannt, dass schwedische Frauen, bei denen eine positive Korrelation zwischen Erwerbstätigkeit und Fertilität festgestellt werden kann, überwiegend im Dienstleistungssektor tätig sind (Hoem, 2000; Hoem / Hoem, 1989). Im Folgenden soll versucht werden, länderübergreifend Berufsgruppen zu identifizieren, welche besonders häufig Mütter oder kinderlose Frauen beschäftigen, um daraus einen ersten Hinweis zur Erkennung von fertilitätsbestimmenden Parametern im beruflichen Umfeld zu gewinnen. Die pauschale Aussage, dass 42 Prozent der Akademikerinnen im Alter zwischen 35 und vierzig Jahren kinderlos geblieben sind (Grünheid, 2003; Wirth / Dümmler, 2004), müsste sich vor diesem Hintergrund für einzelne Berufsgruppen präzisieren lassen.

Bei Männern konnten keine Unterschiede zwischen Vätern und kinderlosen Männern in Bezug auf ihr Lohneinkommen festgestellt werden (Kapitel 2.1), und auch in der Fachliteratur finden sich keine Hinweise auf einen Konflikt zwischen Berufstätigkeit und Vaterschaft. Daher werden im Folgenden nur Frauen betrachtet, die im Jahr 2000 einer Erwerbsarbeit nachgingen. Für frühere Jahre liegen zu den hier interessierenden Variablen keine Angaben vor. Die Untersuchung erfolgt dabei anhand von zwei Kriterien: Der Qualifikation der Frauen und der Berufsgruppenzugehörigkeit. Letztlich interessiert die Frage, ob es eindeutige Unterschiede zwischen dem Fertilitätsverhalten der Beschäftigten in den verschiedenen Berufsgruppen gibt und inwiefern das Bildungsniveau dabei eine dominante oder ergänzende Rolle spielt. Aufgrund von erheblichen Datenproblemen kann die Untersuchung allerdings nur Anhaltspunkte liefern, die eine intensivere Beschäftigung mit dem Thema auf einer qualitativen Mikroebene anregen sollen.

2.3.2 Analyse mit den Daten der Luxemburger Einkommensstudie

Betrachtet man die Verteilung von kinderlosen Frauen und von Müttern bei den Personen der Gesamtstichprobe, so ergibt sich eine erstaunlich gleichförmige Aufteilung über die vier nicht-skandinavischen Länder hinweg (Tabelle 31). Jeweils etwa 18 Prozent der Personen der Stichprobe sind kinderlos, gut vier Fünftel haben Nachwuchs. Einen deutlich abweichenden Wert zeigt Schweden mit einer geringen Kinderlosigkeit von elf Prozent der befragten Frauen in diesem Alter, Finnland liegt mit 16 Prozent kinderlosen Frauen ebenfalls etwas unter den Werten der anderen Länder. Schränkt man die Untersuchung auf Frauen ein, welche eine Berufsgruppenzugehörigkeit angeben, damit also aktiv berufstätig sind, so steigt der Anteil an kinderlosen Frauen an. In Deutschland ist der Unterschied mit 24 Prozent kinderlosen Frauen am größten, gefolgt von Großbritannien, den USA, Kanada, Finnland und Schweden. Es zeichnen sich in diesem Befund die bekannten Länderregime ab: Die Länder mit ökologischer Intervention haben die geringsten Anteile an kinderlosen Frauen unter den Berufstätigen, die Länder mit ökonomischer Intervention die höchsten.

Tabelle 31: Erwerbstätigkeit und Mutterschaft 2000

– 30- bis 42-jährige Frauen in Paarhaushalten in sechs Staaten in Prozent der jeweiligen Gruppe –

	Alle		Nur Erwerbstätige	
	Kinderlose	Mütter	Kinderlose	Mütter
Deutschland	17	83	24	76
USA	18	82	21	79
Kanada	18	82	20	80
Großbritannien	19	81	23	77
Schweden	11	89	15	85
Finnland	16	84	17	83

Quelle: Eigene Berechnungen (LIS)

Bei dem Versuch, einen Zusammenhang zwischen dem beruflichen Umfeld und der Kinderzahl von Frauen zu untersuchen, treten zunächst ähnlich wie bei der Untersuchung von Bildung und Kinderzahl Klassifikationsprobleme auf. Die OECD bietet das System „ISCO“ (International Standard Classification of Occupation) zur Klassifizierung von Berufsgruppen an. Das Statistische Bundesamt hingegen die

„Klassifizierung der Berufe“ (KldB). Während das ISCO-System sowohl Art des Berufs als auch das Anforderungsprofil der Arbeit und damit die Hierarchieebene abbildet, ordnet das System des Statistischen Bundesamtes mehr nach Berufsgruppen (Holzverarbeitende, Chemieindustrie etc.), ohne die Hierarchieebene zu beachten.

In den LIS-Daten finden sich in Deutschland, Großbritannien, Schweden und Finnland die gleichen Einteilungen der Variablen „Person's industry“, welche eine relativ klare Eingruppierung nach Berufsgruppen erlauben, während die USA sehr detailliert nach Qualifikation und Berufsgruppe aufschlüsseln, so dass eine Gruppierung vom Nutzer selbst vorgenommen werden muss. Kanada bietet hingegen lediglich grundlegende Einteilungen in 16 Berufsgruppen an. Für die hier vorgenommene Untersuchung wurden anlehnend an die kanadische Klassifikation, welche der obersten Ebene der ISCO-Einteilungen entspricht, elf Berufsgruppen eingeteilt: Land- und Forstwirtschaft, Produktion, Handel, Hotellerie und Gaststättengewerbe, Transport, Naturwissenschaften, Gesundheit, Erziehungs- und Bildungswesen, Erholungs- und Kulturbereich, öffentliche Verwaltung und andere Dienstleistungen. Diesen Oberbegriffen wurden die Ausprägungen der entsprechenden Variablen zugeteilt. Die Einteilung muss bis zu einem gewissen Grad willkürlich bleiben, da bei vielen Berufsbezeichnungen verschiedene Kategorisierungen möglich sind. So ist etwa bei der Bezeichnung „Lawyer“ nicht klar, ob damit ein Staatsanwalt gemeint ist, der zur öffentlichen Verwaltung gerechnet werden müsste, oder ein Jurist in einem Industrieunternehmen. Die Ergebnisse zeigen sich jedoch robust gegenüber Umgruppierungen einzelner Gruppen. Auch die generelle Einteilung bleibt mit Blick auf die Zielsetzung problematisch, da ja eigentlich das Arbeitsumfeld der Frauen verglichen werden soll – insofern also die sonst übliche Einteilung etwa in metall- oder holzverarbeitende Berufe irrelevant ist. Trotz dieser Einschränkungen wird im Folgenden versucht, Berufsgruppen auszumachen, in denen sich die Fertilität der Frauen deutlich von der in anderen Berufsgruppen unterscheidet.

Tabelle 32: Verteilung der Frauen auf die verschiedenen Berufsgruppen 2000

– Anzahl und Anteil der 30- bis 42-Jährigen an der jeweiligen Berufsgruppe in sechs Ländern –

	Deutschland	USA	Kanada	Groß- britannien	Schweden	Finnland
Land- und Forstwirtschaft						
Anzahl an Frauen in dieser Berufsgruppe	20	101	170	19	16	233
<i>Anteil in Prozent aller erwerbstätigen Frauen</i>	1,4	1,4	3,8	0,6	3,4	21,2
Produktion						
Anzahl an Frauen	224	529	521	431	175	200
<i>In Prozent</i>	15,4	7,6	11,5	12,6	37,3	18,2
Handel						
Anzahl an Frauen	289	641	655	497	85	185
<i>In Prozent</i>	19,8	9,2	14,5	14,5	18,1	16,9
Hotellerie und Gaststättengewerbe						
Anzahl an Frauen	47	502	289	166	0	0
<i>In Prozent</i>	3,2	7,2	6,4	4,8	0,0	0,0
Transport						
Anzahl an Frauen	30	124	115	75	25	49
<i>In Prozent</i>	2,1	1,8	2,5	2,2	5,3	4,5
Naturwissenschaften						
Anzahl an Frauen	5	198	244	13	0	14
<i>In Prozent</i>	0,3	2,8	5,4	0,4	0,0	1,3
Gesundheit						
Anzahl an Frauen	267	1025	936	757	0	0
<i>In Prozent</i>	18,3	14,7	20,7	22,0	0,0	0,0
Erziehung / Bildung						
Anzahl an Frauen	109	768	486	416	0	156
<i>In Prozent</i>	7,5	11,0	10,7	12,1	0	14,2
Erholung / Kultur						
Anzahl an Frauen	41	162	149	108	40	26
<i>In Prozent</i>	2,8	11,0	10,7	12,1	0,0	14,2
Öffentliche Verwaltung						
Anzahl an Frauen	136	242	270	224	0	0
<i>In Prozent</i>	9,3	2,3	3,3	3,1	8,5	2,4
Andere Dienstleistungen						
Anzahl an Frauen	288	2701	691	728	128	234
<i>In Prozent</i>	19,8	3,5	6,0	6,5	0,0	0,0
Erwerbstätige Frauen	1456	6993	4526	3434	469	1097
Frauen ohne Angaben zur Erwerbstätigkeit						
<i>In Prozent der Gesamtstichprobe</i>	898	2032	1138	1008	1725	1185
	38,1	22,5	20,1	22,7	78,6	51,9
Insgesamt	2354	9025	5664	4442	2194	2282

Quelle: Eigene Berechnungen (LIS)

Die Unterteilung der Stichproben in die elf gewählten Berufsgruppen und den Rest der Frauen ohne Angaben eines speziellen Berufszweiges deckt allerdings erhebliche Datenprobleme auf (Tabelle 32). Für Schweden und Finnland werden die Zellenbesetzungen zu klein, um noch Aussagen treffen zu können. Zudem scheint hier ein Erhebungsproblem vorzuliegen, denn die Anteile an Frauen im öffentlichen Dienst und die Anteile an Frauen ohne Berufsangabe decken sich in keinsten Weise mit den Angaben in anderen Quellen. In den LIS-Daten geben nur 21 Prozent der

Frauen eine Berufsgruppe an, nach der amtlichen Statistik sind aber 85 Prozent erwerbstätig (OECD, 2004, 306). In Finnland liegen für 48 Prozent der Frauen Angaben vor, laut amtlicher Statistik sind aber 84 Prozent erwerbstätig. Die Datengrundlage für diese Variable scheint daher für Schweden und Finnland nicht belastbar zu sein. Beide Länder werden nicht in die Interpretation einbezogen. Bei den verbleibenden vier Staaten werden letztlich nur die Berufsgruppen herangezogen, welche eine Feldbesetzung von dreißig oder mehr Fällen aufweisen, um eine Zufälligkeit der Ergebnisse zu vermeiden.

Durchschnittliche Kinderzahl und berufliches Umfeld

Bei der Auswertung der durchschnittlichen Kinderzahl in der jeweiligen Berufsgruppe fällt zunächst auf, dass Frauen mit Angabe einer speziellen Berufsgruppenzugehörigkeit im Durchschnitt in allen Ländern weniger Kinder haben als Frauen, bei denen diese Angabe fehlt (Tabelle 33).

Tabelle 33: Durchschnittliche Kinderzahl und Berufsgruppe 2000

– Kinder pro Frau in der jeweiligen Berufsgruppe in vier Staaten –

	Deutschland	USA	Kanada	Großbritannien	Westdeutschland	Ostdeutschland
Land- und Forstwirtschaft	-	2,01	2,15	-	-	-
Hotellerie	1,43	1,71	1,55	1,70	1,58	-
Transport	1,40	1,51	1,72	1,20	1,46	-
Gesundheit	1,39	1,73	1,70	1,68	1,45	1,24
Andere Dienste	1,30	1,54	1,56	1,32	1,33	1,16
Erholung / Kultur	1,29	1,36	1,52	1,51	1,28	1,31
Handel	1,29	1,71	1,59	1,68	1,28	1,32
Erziehung / Bildung	1,27	1,84	1,63	1,69	1,17	1,45
Produktion	1,25	1,72	1,56	1,30	1,29	1,13
Öffentliche Verwaltung	1,05	1,38	1,47	1,31	1,03	1,09
Naturwissenschaften	-	1,29	1,31	-	-	-
Mittelwert Berufstätige	1,34	1,65	1,65	1,46	1,37	1,23
Ohne Berufsangabe	1,91	2,18	1,99	2,20	1,94	1,79
Mittelwert alle	1,53	1,67	1,68	1,67	1,57	1,38

Quelle: Eigene Berechnungen (LIS)
Striche markieren Zellenbesetzungen mit $n < 30$

Die höhere Kinderzahl von Frauen ohne Beruf deutet darauf hin, dass die Aufgabe der Berufstätigkeit in der Regel ursächlich mit der Gründung einer Familie einhergeht. Im Schnitt hatten diese Frauen zwei Kinder. Eine Ausnahme bildet

Ostdeutschland. Hier liegt die durchschnittliche Kinderzahl von Frauen mit fehlender Berufsgruppenangabe bei 1,8 Kindern. Hintergrund der fehlenden Berufsgruppenangabe könnte hier die höhere Arbeitslosigkeit sein.

Um die Fertilitätswerte der gleichen Berufsgruppen in den verschiedenen Ländern vergleichen zu können, werden die Einzelwerte in die Skala eines Gesamtindex umgewandelt. Bei dem angewendeten Verfahren werden die Originalwerte x_i^j auf ein Intervall von 0 bis 100 gemäß der folgenden Formel skaliert:

Für alle $j=1, \dots, m$ gilt:

$$EI_i^j = 100 * \frac{x_i^j - \min_i \{x_i^j \mid i = 1, \dots, n\}}{\max_i \{x_i^j \mid i = 1, \dots, n\} - \min_i \{x_i^j \mid i = 1, \dots, n\}}$$

Das Skalierungsverfahren ist robust gegenüber Einzelausreißern und hat sich bei der Bildung von Gesamtindikatoren bewährt (Hülkamp / Koppel, 2005, 13f.; Matthes / Schröder, 2004, 7ff.; EIS, 2003, 3f.) Dabei bezeichnet EI_i^j den skalierten Einzelindikatorwert des Merkmals i für Land j , in diesem Fall also die durchschnittliche Kinderzahl der betrachteten Berufsgruppe des jeweiligen Landes. Der Zähler gibt an, um wie viel besser der Istwert x_i^j eines Landes im Vergleich zur schlechtesten beobachteten Ausprägung unter allen Ländern ausfällt und wird in Bezug zur Abweichung des Spitzenwerts x_i^j aller Länder vom Minimum x_i^j aller Länder gesetzt. Da zunächst der Vergleich zwischen den Staaten USA, Kanada, Großbritannien und Deutschland im Vordergrund stand, wurde für die Festlegung des Maximums und Minimums Gesamtdeutschland und nicht seine beiden Teilgebiete getrennt herangezogen²⁷ und alle Fälle ausgeschlossen, die eine Zellbesetzung $n < 30$ aufwiesen. Für das Maximum aller Beobachtungen liefert die obige Formel den Wert 100, für das Minimum den Wert 0. Werte zwischen diesen Extremen spiegeln die relative Position des Landes wider (Tabelle 34). Zunächst fällt auf, dass Deutschland in keiner Berufsgruppe auf mehr als ein Drittel der Maximalausprägung der Stichprobe kommt, während die USA nur in zwei Fällen unter den Wert 50 sinken. Es lässt sich also ein genereller Niveauunterschied der Fertilität zwischen den Ländern beobachten, der nicht auf ei-

²⁷ Dies führt in einem Fall für Westdeutschland zu einem negativen Wert, da der westdeutsche Wert unter dem gesamtdeutschen Niveau lag, welches das Minimum im Ländervergleich markierte.

ne spezielle Ausrichtung der Volkswirtschaft oder der Frauenerwerbstätigkeit auf eine bestimmte Berufsgruppe zurückgeführt werden kann. Es lassen sich aber einige Berufsgruppen identifizieren, welche über die Länder hinweg extreme Ausprägungen der durchschnittlichen Fertilität aufweisen: Frauen in der Land- und Forstwirtschaft haben die höchsten durchschnittlichen Kinderzahlen, gefolgt von den Frauen im Bereich Gesundheit und Erziehung und Bildung. Beschäftigte in den Naturwissenschaften haben in allen Ländern die niedrigsten Werte. Allerdings sind beide Berufsgruppen mit extremen Werten in Deutschland und Großbritannien zu gering besetzt, um belastbare Aussagen treffen zu können. Beschäftigte in der öffentlichen Verwaltung und in den Bereichen Erholung und Kultur (bis auf Großbritannien), haben ebenfalls unterdurchschnittlich wenige Kinder.

Tabelle 34: Ländervergleich von Kinderzahl und Berufsgruppe 2000

– Normierte Abweichungen vom Maximum und Minimum der vier Staaten;
Ausschluss aller Fälle mit $n < 30$ –

	Deutschland	USA	Kanada	Groß- britannien	West- deutschland	Ost- deutschland
Land- und Forstwirtschaft	-	87	100	-	-	-
Hotellerie	34	60	46	60	48	-
Transport	32	42	61	14	38	-
Gesundheit	31	62	59	58	36	18
Andere Dienste	22	45	47	25	26	10
Erholung / Kultur	22	29	43	42	21	24
Handel	22	60	49	57	21	25
Erziehung / Bildung	20	72	53	58	11	36
Produktion	19	61	46	23	22	7
Öffentliche Verwaltung	0	30	38	24	-2	4
Naturwissenschaften	-	22	23	-	-	-

Quelle: Eigene Berechnungen (LIS)
Striche markieren Zellenbesetzungen mit $n < 30$

Die Extremwerte verdeutlichen den Einfluss des beruflichen Umfeldes: Frauen in der Land- und Forstwirtschaft haben in der Regel nur eine relativ kurze Ausbildung absolviert und können ihren beruflichen Alltag weitgehend eigenständig gestalten. Sie können in weiten Bereichen selbst entscheiden, wann die anstehenden Aufgaben im Tagesablauf erledigt werden, der Lebens- und Arbeitsort fallen zusammen. Hier scheint eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Prinzip keinerlei Schwierigkeiten

zu bereiten. Hinzu könnte eine generell eher konservative Werteinstellung und ein ländliches, kinderfreundliches Wohnumfeld kommen. Frauen in den Naturwissenschaften bewegen sich auf der anderen Seite in einem hochkompetitiven Umfeld, lange Arbeitszeiten und die strikte Trennung von Wohn- und Arbeitsort sind normal. Bei längerer Abwesenheit vom Arbeitsplatz drohen die erworbenen Kenntnisse schnell zu veralten. Bei den Beschäftigten in der öffentlichen Verwaltung ist das Ergebnis hingegen eher überraschend, werden doch in der Regel die Arbeitsbedingungen bei staatlichen Institutionen als familienfreundlicher als im privaten Sektor eingestuft. Ebenso wie beim Bereich Erholung und Kultur sind hier ohne Mikrostudien oder die Aufschlüsselung nach einzelnen Berufen innerhalb der Berufsgruppe keine überzeugenden Begründungen lieferbar.

Kinderlosigkeit und Berufsgruppenzugehörigkeit

Der Vergleich der Niveaus an Kinderlosen zeigt, dass Deutschland und Großbritannien regelmäßig über alle Berufsgruppen hinweg die höchsten Anteile an Kinderlosen und auch die größten Differenzen zwischen den Berufsgruppen aufweisen (Tabelle 35). Kanada und die USA haben deutlich niedrigere Werte bei einer weniger großen Spannbreite. In Großbritannien sind knapp siebzig Prozent der Beschäftigten im Bereich Erholung und Kultur kinderlos, den niedrigsten Wert weisen mit jeweils 17,5 Prozent die Berufsgruppen Gesundheit und Transport auf. In Deutschland haben ebenfalls die Beschäftigten im Bereich Erholung und Kultur mit vierzig Prozent Kinderlosen die höchsten Werte, die niedrigsten finden sich mit zehn Prozent in der Land- und Forstwirtschaft (allerdings bei zu wenig Fallzahlen in dieser Berufsgruppe). Die in den offiziellen Statistiken ausgewiesenen Niveauunterschiede an kinderlosen Frauen zwischen den Ländern ziehen sich also durch alle Berufsgruppen und lassen sich nicht mit einer unterschiedlichen, landestypischen Eigenart von Frauen in bestimmten Berufsgruppen oder eine spezielle Ausrichtung der Volkswirtschaft auf einzelne Berufsgruppen erklären.

Tabelle 35: Kinderlosigkeit und Berufsgruppen 2000

– Anteil an Kinderlosen an der jeweiligen Berufsgruppe in vier Staaten –

	Deutschland	USA	Kanada	Groß- britannien	West- deutschland	Ost- deutschland
Land- und Forstwirtschaft	-	15,8	8,2	-	-	-
Hotellerie	26,3	20,0	19,2	27,8	27,3	-
Transport	23,2	19,3	20,8	17,5	26,6	-
Gesundheit	17,0	20,1	21,1	17,5	12,1	28,6
Andere Dienste	30,0	25,8	20,0	36,0	30,8	25,0
Erholung / Kultur	40,0	29,8	28,3	69,2	33,3	50,0
Handel	21,3	17,9	18,2	18,1	21,8	20,3
Erziehung / Bildung	22,9	15,0	17,3	18,8	29,6	10,5
Produktion	22,0	25,9	21,5	18,5	28,0	12,5
Öffentliche Verwaltung	31,6	24,0	23,3	26,8	33,3	27,9
Naturwissenschaften	-	22,5	19,4	-	-	-
Mittelwert Berufstätige	24,4	21,5	19,7	27,8	25,6	20,4
Ohne Berufsangabe	6,7	10,8	10,5	8,2	6,4	8,0
Mittelwert alle	22,9	20,6	19,0	26,1	24,0	19,4

*Quelle: Eigene Berechnungen (LIS)**Striche markieren Zellenbesetzungen mit $n < 30$*

Allerdings lassen sich mit einer normierten Abweichungsanalyse anhand des Anteils an Kinderlosen Extremwerte der einzelnen Berufsgruppen erkennen, die interessante Abweichungen von den Ergebnissen der durchschnittlichen Kinderzahl pro Berufsgruppe zeigen (Tabelle 36). Zunächst entsprechen die Befunde für die Land- und Forstwirtschaft den bisherigen Beobachtungen: Hier sind nur wenige Frauen kinderlos, die Kinderlosigkeit liegt in Kanada und Deutschland nahe dem als natürlich angenommenen Anteil an unfruchtbaren Frauen eines Jahrgangs. Die höchsten Anteile finden sich in allen Ländern aber nicht in den Naturwissenschaften, die durchweg im Mittelfeld liegen, sondern in der Berufsgruppe Erholung und Kultur. Naturwissenschaftlerinnen scheinen daher deutlich weniger Kinder als Beschäftigte in anderen Berufsgruppen zu haben, aber nicht unbedingt generell aus beruflichen Gründen auf Kinder zu verzichten. Hohe Werte an Kinderlosen weisen auch die öffentliche Verwaltung auf, niedrige hingegen die Beschäftigten in den Bereichen Handel und Erziehung und Bildung.

Tabelle 36: Ländervergleich von Kinderlosigkeit und Berufsgruppe 2000

– Normierte Abweichungen vom Maximum und Minimum in vier Staaten –

	Deutschland	USA	Kanada	Groß- britannien	West- deutschland	Ost- deutschland
Land- und Forstwirtschaft	-	12	0	-	-	-
Hotellerie	30	19	18	32	31	-
Transport	25	18	21	15	30	-
Gesundheit	14	19	21	15	6	33
Andere Dienste	36	29	19	46	37	27
Erholung / Kultur	52	35	33	100	41	68
Handel	21	16	16	16	22	20
Erziehung / Bildung	24	11	15	17	35	4
Produktion	22	29	22	17	32	7
Öffentliche Verwaltung	38	26	25	30	41	32
Naturwissenschaften	-	23	18	-	-	-

*Quelle: Eigene Berechnungen (LIS)**Striche markieren Zellenbesetzungen mit $n < 30$*

Auch bei der Kinderlosigkeit ist ein berufsgruppenunabhängiger Niveaueffekt zu beobachten. Während in den USA der höchste erreichte skalierte Wert 35 und in Kanada 33 ist, liegt er in Deutschland bei 52. Damit wird aber auch deutlich, dass der Maximalwert der Länder, den die Frauen im Erholungs- und Kulturbereich in Großbritannien stellen, ein Extremwert ist, der zwar die erforderliche Zellenbesetzung der Berufsgruppe aufweist, vielleicht dennoch als Ausreißer in der Stichprobe gewertet werden muss.

Kinderreiche Familien und Berufsgruppen

Untersucht man komplementär zur Kinderlosigkeit die Häufigkeit von Familien mit vier oder mehr Kindern in der jeweiligen Berufsgruppe, so zeigt sich zunächst für Ostdeutschland eine erstaunliche Auffälligkeit: Kinderreiche Familien sind nicht nur selten vertreten, wie bereits aus den bisherigen Analysen zu erwarten gewesen wäre, sie kommen in der Stichprobe unter den 376 Frauen, welche eine spezielle Berufsgruppe angeben, nicht ein einziges Mal vor (Tabelle 37). Berufstätige Frauen in Ostdeutschland scheinen sich generell gegen eine höhere Kinderzahl zu entscheiden. Die starke Orientierung auf eine Erwerbstätigkeit der Frauen könnte daher in

Kombination mit ungünstigen Rahmenbedingungen für eine Vereinbarkeit von Beruf und vielen Kindern eine wesentliche Erklärung für den äußerst niedrigen Anteil an kinderreichen Familien in Ostdeutschland sein. Auch in Westdeutschland und Großbritannien sind kinderreiche Familien selten. Nur 3,3 Prozent aller Frauen der Stichprobe haben vier oder mehr Kinder. In den USA und Kanada haben hingegen noch 7,1 beziehungsweise 4,9 Prozent der Frauen vier oder mehr Kinder. Mit einem Anteil von etwa 15 Prozent kommen in beiden Ländern kinderreiche Familien am häufigsten in der Land- und Forstwirtschaft vor. Frauen ohne Angabe einer Berufstätigkeit haben fast genauso häufig vier oder mehr Kinder.

Tabelle 37: Kinderreiche Familien und Berufsgruppe 2000

– Anteil der Frauen mit vier und mehr Kindern an der jeweiligen Berufsgruppe in vier Staaten –

	Deutschland	USA	Kanada	Großbritannien	Westdeutschland	Ostdeutschland
Land- und Forstwirtschaft	-	15,8	15,3	-	-	-
Hotellerie	1,8	8,3	2,7	1,6	2,3	-
Transport	1,0	6,4	4,7	4,0	1,4	-
Gesundheit	2,1	8,2	2,1	4,2	3,0	0,0
Andere Dienste	6,7	6,5	8,7	1,3	7,7	0,0
Erholung / Kultur	0,0	4,0	2,0	0,0	0,0	0,0
Handel	1,9	5,9	4,1	4,0	2,6	0,0
Erziehung / Bildung	1,8	5,7	3,5	3,4	2,8	0,0
Produktion	2,4	3,1	0,7	3,7	4,0	0,0
Öffentliche Verwaltung	0,0	2,5	2,2	1,3	0,0	0,0
Naturwissenschaften	-	4,3	3,2	-	-	-
Mittelwert Berufstätige	2,3	6,4	4,5	2,4	3,0	0,0
Ohne Berufsangabe	5,8	14,2	9,2	13,6	6,0	4,4
Mittelwert alle	2,6	7,1	4,9	3,3	3,3	0,4

Quelle: Eigene Berechnungen (LIS)
Striche markieren Zellbesetzungen mit $n < 30$

Die normierte Abweichungsanalyse zeigt, dass in allen Staaten die meisten Frauen mit vier oder mehr Kindern in der Landwirtschaft arbeiten, weitere Berufsgruppen mit vielen kinderreichen Familien finden sich in den „anderen Diensten“, aber auch im Transport (Tabelle 38). In Großbritannien und Deutschland sind aber selbst in diesen Berufsgruppen nur halb so viele kinderreiche Familien zu finden wie in Kanada oder den USA. In den Bereichen Erholung und Kultur, in der öffentlichen Verwaltung und

auch im Bereich der Produktion haben hingegen nur wenige Frauen vier oder mehr Kindern.

Tabelle 38: Ländervergleich kinderreiche Familien und Berufsgruppe 2000
 - Normierte Abweichungen der Frauen mit vier oder mehr Kindern vom Maximum und Minimum der vier Staaten –

	Deutschland	USA	Kanada	Groß-britannien	West-deutschland	Ost-deutschland
Land- und Forstwirtschaft	-	100	97	-	-	-
Hotellerie	11	53	17	10	14	-
Transport	7	40	30	25	9	-
Gesundheit	13	52	13	27	19	0
Andere Dienste	42	41	55	8	49	0
Erholung / Kultur	0	26	13	0	0	0
Handel	12	37	26	25	16	0
Erziehung / Bildung	12	36	22	21	18	0
Produktion	15	19	4	23	25	0
Öffentliche Verwaltung	0	16	14	8	0	0
Naturwissenschaften	-	27	20	-	-	-

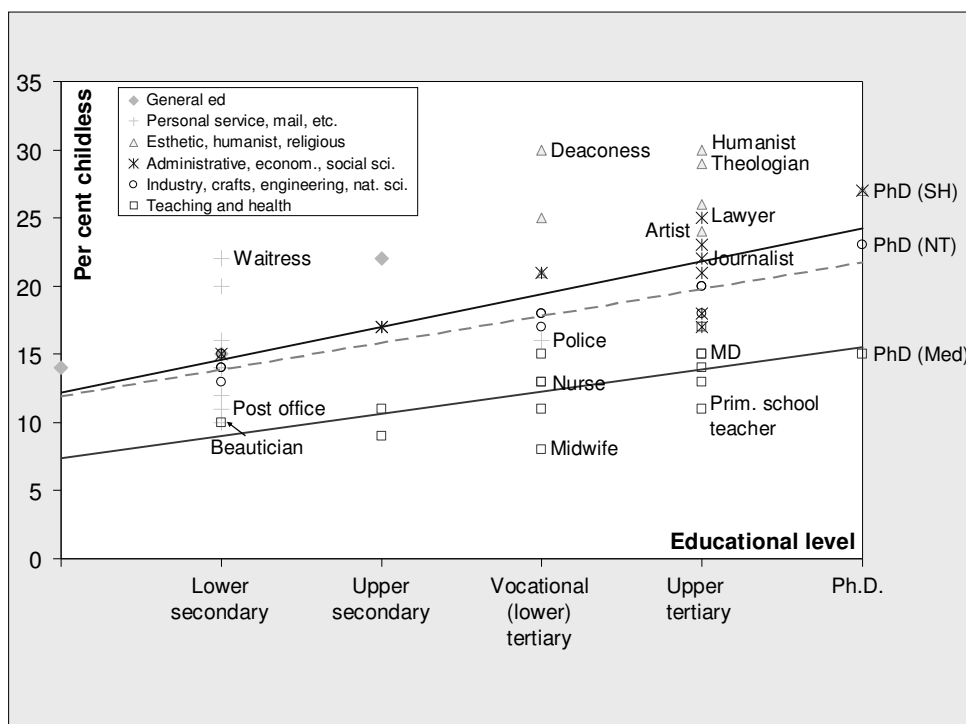
*Quelle: Eigene Berechnungen (LIS)
 Striche markieren Zellbesetzungen mit n<30*

Die Naturwissenschaften sind wie auch bei der Verteilung der kinderlosen Frauen im Mittelfeld vertreten. Die extrem niedrigen Durchschnittswerte der Kinderzahl von Naturwissenschaftlerinnen lassen sich also nicht über ausgeprägte Extremwerte bei Kinderlosen oder fehlenden kinderreichen Familien erklären, sondern scheinen im Gegenteil gerade im Fehlen von Extremwerten zu liegen. Es könnte aber auch sein, dass sich hier wieder der bereits konstatierte Timingeffekt zeigt: Beschäftigte in den Naturwissenschaften verfügen in der Regel über ein überdurchschnittliches Bildungsniveau, so dass die Familiengründung später als bei Frauen mit weniger Bildung erfolgen dürfte. Die unauffälligen Werte bei der Kinderlosigkeit lassen daher vermuten, dass von Frauen in den Naturwissenschaften entweder besonders kleine Familiengrößen gewünscht werden oder der Timingeffekt eine besondere Rolle spielt und die Familiengründung für einen großen Teil der Stichprobe noch nicht abgeschlossen ist. Im Folgenden wird abschließend daher der Zusammenhang zwischen Berufsumfeld, Bildungsniveau und Kinderzahl untersucht.

Kinderlosigkeit, Bildungsniveau und Berufsgruppe

Der Anteil an kinderlosen Frauen kann als ein besonders guter Indikator für günstige oder ungünstige Arbeitsbedingungen mit Blick auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gewertet werden. Für Schweden liegt hierzu eine Studie von Hoem et al. (2005) auf Basis von Kohortendaten vor, welche auch in dem Beispielland der ökologischen Intervention eine deutliche Differenzierung der Vereinbarkeitsbedingungen nach Berufsgruppen nahe legt (Abbildung 16, Übernahme aus der Originalpublikation). Die Studie beruht allerdings auf Ausbildungsdaten und nicht auf Erhebungen zum tatsächlichen Berufsumfeld. Frauen, die eine Ausbildung im Gesundheitsbereich oder im Erziehungswesen absolvieren, haben danach unabhängig vom Bildungsniveau deutlich seltener keine Kinder als Angehörige von theologisch oder humanistisch ausgerichteten Bildungsgängen.

Abbildung 16: Kinderlosigkeit, Bildungsniveau und Fachrichtung in Schweden
– Anteil der Kinderlosen der Kohorten 1955-1959 in Prozent der Bildungsgruppe –

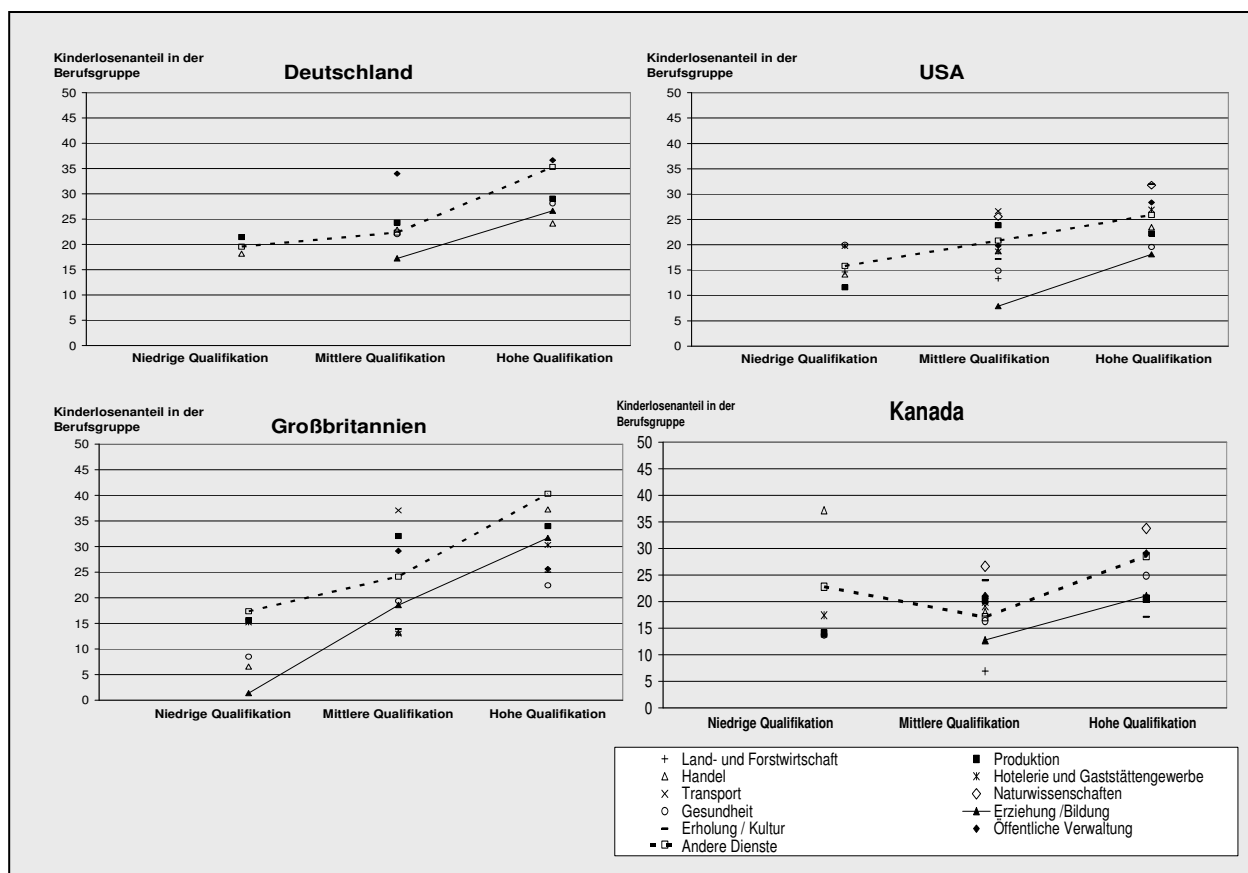


Quelle: Hoem et al., 2005

Hoem et al. greifen dabei auf das schwedische Bevölkerungsregister und das schwedische Bildungsregister zurück, können aber aufgrund von Datenproblemen eine Auswertung älterer Kohorten nicht durchführen. Ihre Ergebnisse können wie ausgeführt mit den zeitpunktbezogenen Erhebungen und den Datenproblemen in

den skandinavischen Ländern der LIS-Daten nicht nachvollzogen werden, weisen aber die Richtung für die Befunde von Deutschland, den USA, Kanada und Großbritannien: Die Darstellung der verschiedenen Anteile an Kinderlosen an einer bestimmten Berufsgruppe und des jeweiligen Bildungsniveaus zeigt Berufsgruppen, welche unabhängig vom Bildungsniveau in allen Bereichen höhere Kinderlosigkeit aufweisen als andere (Abbildung 17). Der deutlich sichtbare Anstieg der Kinderlosigkeit mit dem Bildungsniveau kann dabei zum Teil auf den Timingeffekt in der Stichprobe beruhen, der generelle Einfluss des beruflichen Umfeldes wird aber bei einigen Berufsgruppen deutlich.

Abbildung 17: Verteilung der Kinderlosen nach Berufsgruppe und Bildung 2000
 – Anteil in Prozent der Frauen der Berufsgruppe in vier Staaten;
 Ausschluss von Fällen mit $n < 30$ –



Quelle: Eigene Berechnungen (LIS)

Frauen, die im Berufsfeld „andere Dienste“ beschäftigt sind, also im privaten Dienstleistungssektor, haben durchweg höhere Anteile an Kinderlosen als die Frauen, welche im Bereich Erziehung und Bildung arbeiten. Die Datenpunkte beider Berufsgruppen wurden zur Verdeutlichung der steigenden Tendenz zur Kinderlosigkeit in

Abbildung 17 mit einer Linie verbunden. Ein ähnlicher Zusammenhang kann in den Berufsfeldern öffentliche Verwaltung und im Transportwesen beobachtet werden, welche konstant einen höheren Anteil an Kinderlosen haben, als etwa die Berufsgruppen Gesundheit oder Land- und Forstwirtschaft. Gleichzeitig zeigt die ansteigende Linie von den Kinderlosen der niedrigen zur hohen Qualifikation den Effekt des Bildungsniveaus und den Timingeffekt. Als dritte Beobachtung unterscheidet sich die Kinderlosigkeit im Niveau von Land zu Land deutlich. So haben Deutschland und Großbritannien mehr Kinderlose als die USA und Kanada. Hier kommt daher der Einfluss der jeweiligen landesspezifischen Rahmenbedingungen und damit der Länderregime zum Tragen.

2.3.3 Zusammenfassung: Fertilität und berufliches Umfeld

Die Untersuchung des beruflichen Umfeldes der Frau bestätigt in den deutlich erkennbaren Niveauunterschieden bei den durchschnittlichen Kinderzahlen, den Anteilen an Kinderlosen und den Anteilen an Frauen mit vier oder mehr Kindern zwischen den USA und Kanada auf der einen und Deutschland und Großbritannien auf der anderen Seite den Einfluss der Länderregime, der sich über alle Berufsgruppen hinwegzieht. Zugleich wird aber deutlich, dass einzelne Berufsgruppen erkennbar andere Fertilitätsmuster aufweisen als andere und sich diese Charakteristika in allen Ländern wiederfinden. So sind Frauen im Bereich Erholung und Kultur sowie der öffentlichen Verwaltung besonders häufig kinderlos. Auf der anderen Seite sind in der Land- und Forstwirtschaft, der Erziehung und Bildung und dem Gesundheitswesen besonders wenige Frauen ohne Kinder. Diese Unterscheidungen gelten für alle Länder, unabhängig vom Niveau der Kinderlosigkeit oder der Spreizung zwischen niedrig- und hochqualifizierten Frauen. Überraschend ist dabei, dass diese Unterschiede relevanter zu sein scheinen als die Höhe des erreichten Bildungsabschlusses. Hochqualifizierte Frauen im Bereich Erziehung und Bildung haben zum Teil geringere Werte an Kinderlosen als die niedrig qualifizierten Frauen im Bereich der Hotellerie oder der Erholung und Kultur. Frauen in den Naturwissenschaften haben zudem überall die geringsten durchschnittlichen Kinderzahlen, wengleich sie nicht durch Extremwerte bei der Kinderlosigkeit auffallen. In dieser Berufsgruppe könnte angesichts der in der Regel hohen Qualifikation der Timingeffekt eine Rolle spielen, der sich in der vorliegenden Querschnittsbetrachtung nicht ausschließen oder bestätigen lässt.

Lässt man den Timingeffekt beiseite, so könnten bei der Erklärung der Berufsgruppenunterschiede zwei Effekte zum Tragen kommen: Zum einen kann eine schlechtere Vereinbarkeit von Beruf und Familie direkt zu einem höheren Anteil an Kinderlosen oder generell geringen Kinderzahlen führen. Dabei können sowohl die Gestaltung und Dauer der Arbeitszeit, die Schnelligkeit der Entwertung des Humankapitals durch Berufspausen oder kulturelle Prägungen durch variierende Anteile von Frauen und Männern in den Berufen eine Rolle spielen. Hier wäre es besonders wünschenswert, in Mikrostudien die familienrelevanten Kennzeichen der einzelnen Berufsgruppen zu untersuchen, um durch die Offenlegung von besonderen Hemmnissen bei der Familiengründung vielleicht mittelfristig Veränderungen zu erreichen. Zum anderen könnte eine gewisse Präferenz der Frauen für bestimmte Berufsgruppen eine Rolle spielen. Beispielsweise strebten früher viele Frauen mit Abitur den Lehrerinnenberuf an, da hier bei einer relativ kurzen Ausbildungszeit eine spätere gute Vereinbarkeit mit eigenen Kindern erwartet wurde. Fränznick / Wieners (2001, 50ff.) zitieren beispielhaft eine zu Beginn der 1950er Jahre geborene Frau, die ungewollt kinderlos geblieben ist: „Im Grunde genommen bin ich die ganzen Jahre meiner Jugend in dem Wissen aufgewachsen, dass ich heiraten und Kinder kriegen werde. [...] Ein Studium musste ich machen und ein günstiges für eine Frau, die später Kinder kriegt, ist das Lehramtsstudium. Das ist dann so was wie eine Halbzeitarbeit, wo man einen halben Tag zu Hause sein kann, den Haushalt führen und Kinder betreuen kann.“ In wieweit diese Grundhaltung allerdings auch für jüngere Kohorten noch zutrifft, ist unklar.

3 Politikimplikationen

3.1 Familienregime in den untersuchten Ländern

Die untersuchten Staaten lassen sich wie gezeigt bei den analysierten Einflussfaktoren Einkommen, Bildung und beruflichem Umfeld überwiegend in die gleichen drei Gruppen einteilen: Die USA und Kanada, Schweden und Finnland sowie Deutschland und Großbritannien. Diese weisen jeweils ähnliche Beziehungen zwischen den Einflussfaktoren und der Fertilitätsrate auf. Man kann daher davon ausgehen, dass die politischen, ökonomischen und soziologischen Rahmenbedingungen in diesen Staaten jeweils ähnlich sind, also drei Typen von Familienregimen vorliegen. Für die Konzeption eines Maßnahmenbündels für eine Erhöhung der Fertilitätsraten müssen diese spezifischen Konstellationen erfasst werden. Bevor ausführlich die Rahmenbedingungen in Deutschland untersucht werden, soll hier zumindest ein Überblick über die Familienregime der anderen Länder gegeben werden, wenngleich er nur oberflächlich erfolgen kann.

Die USA und Kanada zählen nach der Kategorisierung von Esping-Andersen (1990) zu den liberalen Wohlfahrtsstaaten. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie geht vor allem in den USA nicht auf staatliche Intervention zurück, sondern spiegelt die gesellschaftliche Werthaltung wider, welche längere Phasen der Nichterwerbstätigkeit nicht toleriert und auch von Müttern kleiner Kinder selbstverständlich eine schnelle Rückkehr in den Beruf erwartet. Staatliche Angebote und Unterstützungen sind an die Bedürftigkeit gekoppelt, das Angebot an Kinderbetreuung wird überwiegend privat bereitgestellt, Elternschutzgesetze sind kaum vorhanden. Mütter geben weniger häufig als in anderen Staaten wegen ihrer Kinder die Berufstätigkeit auf (OECD, 2005a). Der Mutterschutz beschränkt sich auf wenige Wochen nach der Geburt, und nur so lange gilt die Arbeitsplatzgarantie. Auch Alleinerziehende werden über die „Welfare to work“-Programme sobald wie möglich wieder in den Arbeitsmarkt eingegliedert (Peter, 2001). Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an allen Führungsebenen ist inzwischen eine Selbstverständlichkeit (Klemm / Martin, 2004). Für junge Paare stellt sich daher keine Entscheidungssituation zwischen Beruf oder Familie. Die Option „Familie ohne Beruf“ ist nur für eine Minderheit gegeben. Die Berufstätigkeit von Frauen mit sehr kleinen Kindern mag aus deutscher Perspektive hart erscheinen, sie ist aber gesellschaftlich akzeptiert: Nur knapp ein Viertel der für die

jeweilige Bevölkerung repräsentativ ausgewählten Befragten sieht einen schädlichen Einfluss der Erwerbstätigkeit von Müttern auf die Entwicklung von Kleinkindern (DiPrete et al., 2003, Tabelle 5).

Der Wunsch junger Frauen nach Familie und Beruf ist erfüllbar, weil die Zurückhaltung des Staates dazu geführt hat, dass sich nicht-staatliche Strukturen herausgebildet haben, welche eine Verbindung von Beruf und Familie ermöglichen. So zeigen beispielsweise OECD-Daten zur Zeitverwendung in den Staaten, dass US-Amerikaner eine halbe Stunde weniger Zeit pro Tag auf Hausarbeit verwenden, als Deutsche oder Engländer (OECD, 2001). Zudem haben sich marktwirtschaftliche Hilfssysteme (Haushaltshilfen) herausgebildet. Die Ess- und Lebensgewohnheiten haben sich stärker als in Deutschland an eine höhere Technisierung und Kommerzialisierung von Haushaltsprodukten angepasst und führen so zu Zeitersparnis. Das Ganztageschulsystem ermöglicht die Vollzeitberufstätigkeit von Eltern mit älteren Kindern. Die Daten zeigen jedoch, dass dieses Modell der Vereinbarkeit erst in den vergangenen zwanzig Jahren gewachsen ist. Zuvor war eine Berufstätigkeit von Müttern ebenso wenig üblich wie in Europa. Die USA und Kanada haben den Übergang von der Phase der Nicht-Berufstätigkeit von Müttern zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf über eine Marktlösung erreicht. Zwar gibt es auch in den USA Stimmen, welche die Familien als benachteiligt ansehen und eine größere Einmischung des Staates fordern. Die gleichen Einkommen zwischen kinderlosen Paaren und Eltern im gleichen Alter, sowie die höheren Fertilitätsraten von 1,8 Kindern pro Frau auch unter den weißen Amerikanern zeigen aber, dass in den USA die Kinderwünsche besser realisiert werden als in Deutschland.

Die Familienpolitik in Kanada und Großbritannien war in dem hier untersuchten Zeitraum ähnlich gering ausgeprägt wie in den USA. Der Staat konzentrierte sich auf Maßnahmen zur Armutsbekämpfung, ansonsten wurde Familie weitgehend als Privatsache verstanden. Allerdings hat sich in beiden Ländern in den 1990er Jahren ein Wandel vollzogen, der in Kanada je nach Region stark unterschiedlich ausgestaltet wird (OECD, 2005a, 20). Neues Ziel der Familienpolitik in beiden Ländern ist es nun, mehr Betreuungsplätze anzubieten, um beiden Eltern die Vereinbarkeit von Familie mit einer Vollzeit Arbeitsstelle zu erleichtern. Während in den USA und Kanada Mütter auch kleiner Kinder in der Regel Vollzeit arbeiten, hat sich in Großbritannien,

ähnlich wie in Deutschland, die Teilzeit als meistgewählte Arbeitszeitvariante für Mütter durchgesetzt. Von Müttern mit Kindern unter drei Jahren gehen in Kanada 59 Prozent einer Erwerbstätigkeit nach, in Großbritannien 49 Prozent. Während in Kanada 45 Prozent der Eltern beide Vollzeit arbeiten, sind es in Großbritannien nur 28 Prozent (OECD, 2005a, 17). Dieses Arbeitsmodell könnte ein Grund für die auffallend ähnlichen Ergebnisse zwischen Deutschland und Großbritannien sein. Die Nutzung von institutionalisierter Betreuung trifft in Großbritannien aber weniger auf mentale Vorbehalte als in Deutschland und scheint mehr eine Frage des fehlenden Angebotes zu sein: Die Frage, ob die Erwerbstätigkeit der Mutter einem Kind im Vorschulalter schade, bejahten 1994 je ein Viertel der Engländer und US-Amerikaner, je 18 Prozent der Norweger und Schweden aber knapp zwei Drittel der westdeutschen Befragten (DiPrete et al., 2003, Tabelle 5).

Die skandinavischen Länder Schweden und Finnland verkörpern den Gegensatz zum liberalen Modell. In diesen sozialistisch geprägten Wohlfahrtsstaaten hat der Staat die Aufgabe übernommen, die materielle Sicherung der Familien über Umverteilung zu fördern und die Gleichberechtigung von Frauen und Männern im Arbeitsleben sicherzustellen. Dies lässt sich einfach am Vergleich der Staatsausgaben für Mutterschutz und Elternzeit ablesen: Während dafür in Großbritannien 0,11 Prozent und in Kanada 0,24 Prozent des BIP ausgegeben werden, sind es in Finnland 0,62 Prozent und in Schweden 0,90 Prozent (OECD, 2005a, 188). Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird durch eine breit ausgebaute staatliche Infrastruktur und großzügige gesetzliche Regelungen zur Elternzeit gewährleistet. Die Koppelung des Erziehungsgeldes an den Nettolohn und die Verpflichtung des Partners, einen Monat dieser Erziehungszeit zu nehmen (Papamonat), der ansonsten verfällt, spiegeln den gesellschaftlichen Konsens wider, dass ein Elternteil im ersten Lebensjahr bei dem Kind bleiben sollte, beide Eltern für die Kindererziehung verantwortlich sind und nach dem ersten Lebensjahr eine Rückkehr an den Arbeitsplatz erwünscht ist. Die gesetzliche Möglichkeit, wegen Krankheit des Kindes lange von der Arbeit freigestellt zu werden, verdeutlicht die Bemühung um eine staatlich geregelte Vereinbarkeit von Beruf und Familie. In Finnland herrscht dabei noch größere Wahlfreiheit, weil Eltern, die keine Betreuung in Anspruch nehmen, direkte finanzielle Unterstützung erhalten. Dies hat auch dazu geführt, dass in Finnland nur 52 Prozent der Mütter mit Kindern unter drei Jahren erwerbstätig sind, während in Schweden 72

Prozent als erwerbstätig registriert sind. Allerdings weist die schwedische Statistik ebenso wie das Statistische Bundesamt Deutschland alle Mütter in Elternzeit als erwerbstätig aus, unabhängig von der tatsächlich gearbeiteten Wochenstundenzahl (OECD, 2005b, 17).

Ganztageschulen und Frauenförderprogramme runden die Förderung der Vereinbarkeit ab. Es lässt sich allerdings zeigen, dass diese vor allem für Mütter günstigen Bedingungen nicht überall in der freien skandinavischen Wirtschaft zu finden sind, und vor allem Schwedinnen überwiegend im öffentlichen Sektor arbeiten (Hoem, 2000). Mit den vorliegenden Datensätzen konnte dieser Effekt leider aufgrund von Datenmängeln nicht gezeigt werden. Die Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern sind in Schweden höher als etwa in Deutschland – die Differenzierung zwischen Müttern und kinderlosen Frauen ist indes nicht ausgeprägt (Harkness / Waldfogel, 1999). Die Daten für Schweden zeigen, dass dort bereits 1980 eine deutlich andere Einstellung zur Frauen- und Müttererwerbstätigkeit herrschte als in den anderen untersuchten Ländern. Der Übergang zu einer Gleichberechtigung im Arbeitsleben hat also bereits deutlich früher stattgefunden als in den anderen Ländern.

Dieser grobe Überblick über die gesellschaftlichen und familienpolitischen Rahmenbedingungen in fünf der untersuchten Staaten bleibt unbefriedigend und macht nochmals die Komplexität der Fertilitätsentscheidung deutlich. Das Zusammenwirken von gesellschaftlichen, ökonomischen und gewachsenen politischen Konstellationen erfordert eine genaue Analyse, bevor mit einem Maßnahmenbündel eine Veränderung der Fertilitätsraten angestrebt werden kann. Diese soll im Folgenden für Deutschland vorgenommen werden. Dabei sollte man beachten, dass die im Kapitel 1.1.7 deutlich gemachten Wirkungsweisen und Einflussgrenzen der Familienpolitik die direkte Wirksamkeit der Politikmaßnahmen selbst bei optimaler Implementierung einschränken.

3.2 Die politischen Rahmenbedingungen in Deutschland

Die heutigen Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland sind geprägt von der in den 1950er Jahren angelegten Familienpolitik der Bundesrepublik. Auf die im vorigen Absatz kurz skizzierte abweichende familienpolitische Historie der DDR wird hier nicht weiter eingegangen, so dass die Ausführungen vor allem für Westdeutschland gelten, seit 1990 aber auch beginnen, die Familienbildung in den neuen Bundesländern zu beeinflussen. Familienpolitik in der Bundesrepublik wurde überwiegend als Politik der finanziellen Unterstützung bestehender Familien verstanden, ohne sich Gedanken über die Entwicklung der Bevölkerung insgesamt zu machen. Einerseits herrschte die von Bundeskanzler Adenauer 1957 vertretene Meinung vor: „Kinder kriegen die Leute immer“, andererseits waren bevölkerungspolitische Überlegungen durch die menschenverachtende Geburtenpolitik des Naziregimes („Soldaten für den Führer“, Mutterkreuz (Berger, 1999, 64ff.)) grundsätzlich diskreditiert. Die verschiedenen Gesetze, welche die Entscheidung für Kinder und das Leben von Familien beeinflussen, verfolgen daher keinen in sich schlüssigen Politikansatz und sind über viele Ressorts verteilt erlassen worden (Hülkamp / Seyda, 2004). Inzwischen setzt sich aber die Auffassung durch, dass eine „bevölkerungsbewusste Familienpolitik“ (Wingen, 2003) durchaus mit einem freiheitlichen, demokratischen System vereinbar ist und in anderen europäischen Staaten auch umgesetzt wird (Klös / Kroker, 2004, 402ff.). Es geht dabei nicht darum, die Menschen zu einer bestimmten Zahl von Kindern zu zwingen oder sich von staatlicher Seite in die konkrete Gestaltung des Familienalltags einzumischen, sondern um eine umfassende Abstimmung der staatlichen Rahmenbedingungen, um Paare zur Familiengründung zu ermutigen.

Vor dem hier skizzierten Hintergrund ist es notwendig, die Gesamtheit der politischen Rahmenbedingungen zu analysieren, um eine neue Gesamtstrategie für die Familienpolitik zu entwerfen. Eine einzelne Maßnahme, wie etwa die immer wieder geforderte Erhöhung des Kindergeldes, wird gerade vor dem in Deutschland nicht signifikanten Zusammenhang zwischen Einkommen und Fertilitätsraten (Kapitel 2.1.2) nicht zu einem Anstieg der Fertilitätsraten führen. Im Folgenden werden daher die wesentlichen Politikfelder skizziert, welche in Deutschland Paare bei ihrer Entscheidung für Familie und eine bestimmte Familienform beeinflussen. Bei der Analyse der finanziellen Transfers des Staates, der Steuergesetzgebung, der Eltern-

schutzgesetze, der kindbezogenen Sachtransfers und der Sozialsysteme steht stets die Anreizwirkungen bei der Entscheidung für Kinder im Mittelpunkt. Dem bestehenden System werden Alternativen gegenübergestellt, die darauf zielen, die Rahmenbedingungen zu verbessern. Dabei orientieren sich die Analysen an einem Familienleitbild, das Paaren eine freie, informierte Entscheidung über die gewünschte Anzahl ihrer Kinder überlässt.

3.2.1 Kindergeld und Kinderfreibetrag

Das monatlich an Familien ausgezahlte Kindergeld besteht in der heutigen Ausgestaltung abhängig vom jeweiligen Familieneinkommen aus einem Freibetrag oder einer staatlichen Transferleistung. Das Kindergeld beträgt derzeit für das erste bis dritte Kind 154 Euro pro Monat, ab dem vierten Kind 179 Euro pro Monat. Der steuerliche Kinderfreibetrag liegt bei 3.648 Euro plus einem Betreuungsfreibetrag von 2.160 Euro pro Jahr. Beide Freibeträge werden vom Finanzamt bei der Steuererklärung alternativ zum Kindergeld berücksichtigt, wenn sich dies für die Eltern als günstiger erweist. Beziehende niedriger Einkommen erhalten daher mit dem Kindergeld eine echte Transferleistung des Staates, während bei Besserverdienenden lediglich das Existenzminimum der Kinder nicht besteuert wird. Dies war auch die Intention bei der Einführung des Kinderfreibetrags, der die Familienbesteuerung am Leistungsfähigkeitsprinzip ausrichten und das Existenzminimum von Kindern von der Besteuerung ausnehmen sollte (Hinneburg, 2003, 24 ff.). Da Kinder Träger eigener Rechte sind, für deren Einhaltung die Eltern aufkommen müssen, mindern die materiellen Aufwendungen das verfügbare Einkommen der Eltern, so dass die Abzugsfähigkeit dieser Aufwendungen keine familienpolitische Leistung darstellt. Im Laufe der Zeit wurde auch Einigkeit darüber erzielt, dass unter dem Existenzminimum das soziokulturelle Existenzminimum zu verstehen ist, das nicht nur Nahrung und Kleidung, sondern auch ein Minimum an Betreuung und sozialen Aktivitäten sichert.

Gemessen an diesen Kriterien wurde der Freibetrag in der Vergangenheit dem Ziel der Leistungsfähigkeit nicht gerecht (Hinneburg, 2003, 41). Vergleicht man den Freibetrag mit den Sozialhilfeansprüchen eines Kindes, so haben wohlhabende Eltern in den Jahrzehnten zuvor eine „Kinderstrafsteuer“ gezahlt, da der finanzielle Wert des Steuerfreibetrags niedriger als der Sozialhilfesatz für Kinder war (Parsche et al., 2003, 74). Aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) von 1998

hat die Politik den Kinderfreibetrag in jüngster Vergangenheit allerdings deutlich angehoben. Seit dem Jahr 2000 deckt der Kinderfreibetrag den Sozialhilfeanspruch eines Kindes ab (Parsche et al., 2003, 74). Die Beurteilung, ob nun das Existenzminimum weiterhin besteuert wird, hängt wesentlich von den Kosten ab, die man für den minimalen Unterhalt eines Kindes ansetzt. Man kann annehmen, dass vor allem durch die Einführung eines Betreuungs-, Erziehungs- und Ausbildungsfreibetrags das soziokulturelle Existenzminimum nun nicht mehr besteuert wird (Parsche et al., 2003).

Unabhängig von der Freistellung des Existenzminimums liegen die tatsächlichen Kosten eines Kindes in der Realität weit oberhalb dieses Betrags. So bewegen sich die Konsumausgaben für ein Kind wie in Kapitel 2.1.1 gezeigt je nach Haushaltsform zwischen 400 und 500 Euro pro Monat (Münnich / Krebs, 2002), der Sozialhilfesatz liegt hingegen je nach Alter des Kindes und Haushaltsform bei 240 bis 370 Euro (Parsche et al., 2003, 38). Ob die bereits skizzierte Umverteilung über das Steuersystem und damit die Beteiligung der Kinderlosen an den Kosten für Schulen, Spielplätzen etc. die positiven externen Effekte von Kindern für die Gesellschaft ausreichend honoriert, kann nur politisch entschieden werden, da die externen Effekte nicht genau beziffert werden können.

3.2.2 Elternschutzgesetze

Der Gesetzgeber hat in dem Bemühen, Eltern vor Härten zu schützen, einige Gesetze erlassen. Im internationalen Vergleich ist in Deutschland nicht nur das Kindergeld besonders hoch, die Elternzeiten sind zudem besonders lang und können flexibel genommen werden. Die Rechte von Frauen, Teilzeit zu arbeiten, sind besonders ausgeprägt. Trotzdem zählt Deutschland zu den Ländern mit den niedrigsten Fertilitätsraten. Ein Grund dafür könnte darin liegen, dass sich einige Schutzgesetze, entgegen ihrer Intention, zu Hindernissen bei der Entscheidung für Kinder entwickelt haben, da sie Paaren starke Anreize für die Wahl eines bestimmten Familienmodells geben. Wenn eine Frau nach der Geburt des Kindes ihre Berufstätigkeit nicht aufgeben will, sondern eine karriereorientierte Vollzeitberufstätigkeit ausüben möchte, wirken die Schutzbestimmungen karrierehemmend. Denn aus Sicht des Arbeitgebers birgt jede Frau im relevanten Alter das Risiko, für drei Jahre aus dem Beruf auszuweichen.

Unproblematisch ist aus Sicht der Kinderentscheidung zunächst die Ausgestaltung des Mutterschutzes. Sie dient vorrangig dem Schutz der Gesundheit von Mutter und Kind direkt vor und nach der Geburt. Die Mutter erhält sechs Wochen vor und acht Wochen nach der Entbindung Mutterschaftsgeld, das in der Höhe ihrem durchschnittlichen Nettolohn entspricht. Die Krankenkassen zahlen dabei 13 Euro pro Tag, den Rest stockt der Arbeitgeber auf. Erkennbare Anreizwirkungen auf die Kinderentscheidung sind hier nicht zu erkennen. Als Veränderung lässt sich daher lediglich diskutieren, warum die Finanzierung des Mutterschutzes den Unternehmen und nicht den Steuerzahlern angelastet wird. Bei einer Steuerfinanzierung gäbe es aus Unternehmenssicht in Bezug auf den Mutterschutz kaum negativen Anreize, Frauen im gebärfähigen Alter einzustellen.

Anders ist hingegen die Ausgestaltung und Bezahlung der Elternzeit zu bewerten. Grundsätzlich lassen sich der finanziellen und zeitlichen Gestaltung der Elternzeit im Kleinkindalter zwei Ziele zuordnen:

- Familienarmut vorbeugen
- Betreuung des Kleinkindes durch die eigenen Eltern ermöglichen

Das Erziehungsgeld unterstützt das erste Ziel: Es soll den Verdienstaufschlag mildern, der in der Regel durch die Übernahme von Betreuungsaufgaben durch einen Elternteil entsteht. Die Elternzeit wiederum ermöglicht die Betreuung des Kleinkindes durch die eigenen Eltern. Durch den gleichzeitig gewährleisteten Erhalt des Arbeitsplatzes unterstützt die Elternzeit beide Ziele, da sie den zeitweisen Ausstieg aus dem Berufsleben erleichtert und die Rückkehr der Mutter nach drei Jahren in den Arbeitsmarkt und damit ein erhöhtes Familieneinkommen in Aussicht stellt.

Die finanzielle Ausgestaltung sieht folgendermaßen aus: Das Erziehungsgeld beträgt pro Kind 300 Euro im Monat. Vom ersten bis zum sechsten Monat nach der Geburt lag die Einkommensgrenze für das pauschalierte Jahresnettoeinkommen bis Ende 2003 bei 51.130 Euro und wurde zum 1. Januar 2004 auf 30.000 Euro plus Kinderzulage gesenkt. Der betreuende Elternteil darf dabei maximal dreißig Wochenstunden arbeiten. Vom siebten Monat bis zum zweiten Geburtstag des Kindes wurden die Einkommensgrenzen auf 16.470 Euro gesenkt. Es gibt die Möglichkeit, die Bezugs-

zeit auf zwölf Monate zu verkürzen und dafür 450 Euro monatlich zu erhalten. Ab dem siebten Monat liegt die Einkommensgrenze dann bei 22.500 Euro.

Ein Blick in die Statistik zeigt, dass ein hoher Anteil der Eltern nach den alten Einkommensgrenzen zumindest bis zum siebten Lebensmonat des Kindes Erziehungsgeld erhielt (BMFSFJ, 2002, 3 ff.).

- 92 Prozent aller 707.105 Eltern von Neugeborenen erhielten im Jahr 2002 in den ersten sechs Lebensmonaten des Kindes Erziehungsgeld.
- 19,5 Prozent erhielten danach kein weiteres Erziehungsgeld, 62 Prozent erhielten das volle Erziehungsgeld auch über den sechsten Lebensmonat des Kindes hinaus.

Insgesamt gab der Bund 3,31 Milliarden Euro im Jahr 2002 für Erziehungsgeld aus. Dies hat sich mit den neuen, niedrigeren Einkommensgrenzen geändert. Im Haushaltsplan sind für das Jahr 2004 nur noch 2,99 Milliarden Euro für das Erziehungsgeld veranschlagt, also zehn Prozent weniger als bisher. Das Bundesfamilienministerium hat keine Schätzungen zum Rückgang des Begünstigtenkreises durch die Senkung der Einkommensgrenzen veröffentlicht. Nach den letzten verfügbaren Zahlen der Haushalts- und Verbrauchsstichprobe aus dem Jahr 1998 lag jedoch bereits damals der Durchschnitt der Haushalte mit einem männlichen Haupternährer im Alter zwischen 30 und 45 Jahren bei einem monatlichen Nettohaushaltseinkommen von 3.100 Euro und damit über der nun geltenden Einkommensgrenze für das Erziehungsgeld (StBA, 2002, 30).

Für viele Paare wird daher die finanzielle Unterstützung in der Elternzeit wegfallen. Allerdings bleibt der Anspruch auf Teilzeit bestehen, der in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen hat (BMFSFJ, 2004b, 5).

- 85 Prozent der Anspruchsberechtigten nahmen Elternzeit, darunter knapp fünf Prozent Väter.
- In 60 Prozent der genommenen Elternzeit blieb die Mutter, in 0,2 Prozent der Vater ohne eine Erwerbstätigkeit daheim.
- Etwa ein Drittel der Mütter war in der Elternzeit Teilzeit erwerbstätig.

Die Ausgestaltung der Elternzeit könnte ein Schlüssel für die Erklärung der niedrigen Fertilitätsraten sein. Sie trägt wesentlich dazu bei, dass Mütter eine lange Phase ohne Erwerbstätigkeit haben (Weber, 2004, 19). Dies führt bei den nachwachsenden Frauengenerationen zu einem Polarisierungseffekt: Karriereorientierte Frauen registrieren, dass Mütter in der Elternzeit ihr Humankapital entwerten und durch die Halbtagschule dauerhaft auf Teilzeitstellen angewiesen sind. Anspruchsvollere Aufgaben werden aber in Deutschland selten an Teilzeitstellen vergeben. Die Elternzeit führt nachweislich zu langfristigen deutlichen Karriere- und Einkommenseinbußen (Beblo / Wolf, 2002). Gleichzeitig herrscht noch immer eine starke Meinung in der Gesellschaft, dass die Berufstätigkeit von Müttern Kindern unter sechs Jahren schadet (DiPrete et al., 2003, Tabelle 5). Die Politik stellt mit der langen Elternzeit die Weichen für eine Bevorzugung des Drei-Phasen-Modells: Die Frauen steigen für die kleinen Kinder aus dem Beruf aus und kommen später nur mit einer Teilzeitstelle wieder in den Arbeitsmarkt zurück. Die durchschnittliche erwerbslose Phase durch die Elternzeit beträgt in Deutschland 5,3 Jahre, da die meisten Paare mit Kinderwunsch zwei Kinder wollen. Für viele junge Frauen stellt sich damit eine Entweder-oder-Entscheidung zwischen einem anspruchsvollen Beruf oder Familie. Immer mehr Frauen bekommen überhaupt keine Kinder mehr, darunter überdurchschnittlich viele Akademikerinnen (Grünheid, 2003; Wirth / Dümmler, 2004). Für sie hat die Entscheidung für Familie besonders hohe Opportunitätskosten, da sie auf ein hohes Gehalt verzichten, wenn sie wegen der Kinder zu Hause bleiben. Trotzdem erhalten sie wegen der niedrigen Einkommensgrenzen kein Erziehungsgeld. Die in Kapitel 2 beobachtete finanzielle Schlechterstellung von Familien gegenüber kinderlosen Paaren in Westdeutschland ist auf die geringe Berufstätigkeit von Müttern mit kleinen Kindern zurückzuführen, die durch die Elternzeit gefördert wird. In den Arbeitsmarktstatistiken wird dieser Effekt allerdings verschleiert, da Mütter in Elternzeit zu den Erwerbstätigen gerechnet werden.

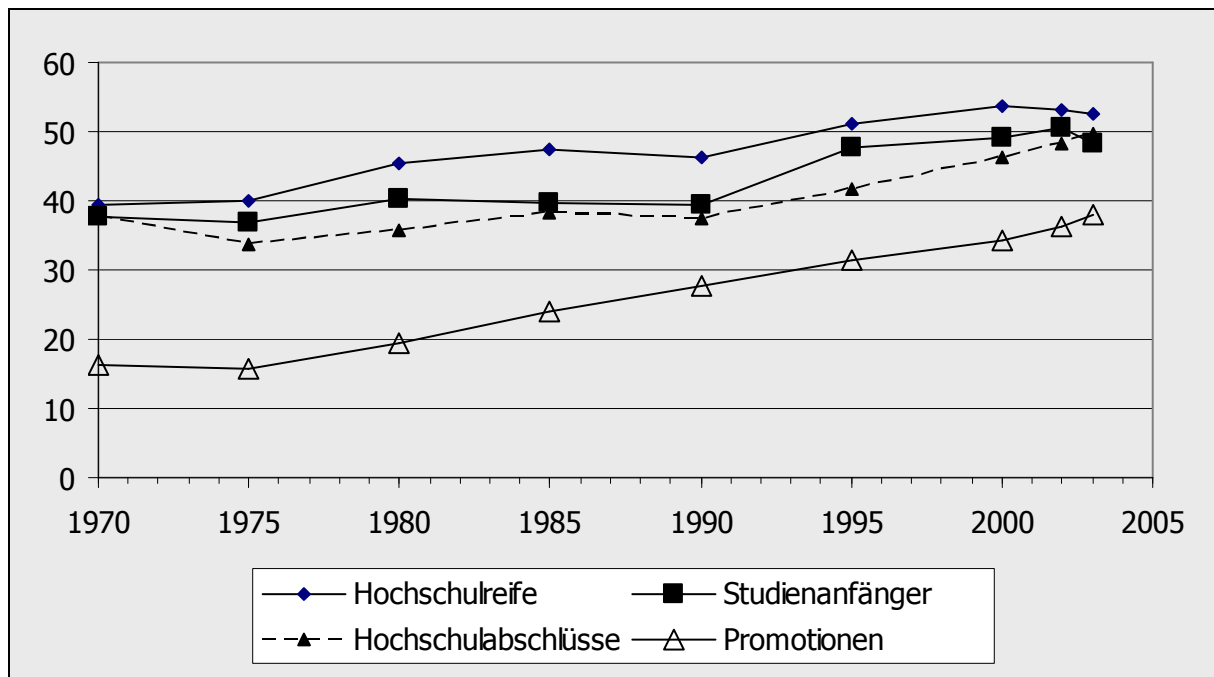
In den anderen untersuchten Staaten werden demgegenüber zwei unterschiedliche Rahmenkonstellationen deutlich. In den liberalen Staaten ist die deutsche Entscheidungssituation zwischen Beruf und Familie nicht gegeben, weil die Option des langfristigen Ausstiegs vom Staat nicht unterstützt und von der Gesellschaft nicht toleriert wird. In den beiden untersuchten skandinavischen Ländern koppelt der Staat das Erziehungsgeld hingegen an das zuvor erzielte individuelle Nettoeinkommen und

begrenzt die Elternzeit für einen Partner auf elf Monate. So soll einerseits gut verdienenden Frauen die Entscheidung für Kinder erleichtert und andererseits sollen junge Frauen ermutigt werden, vor der Familienpause eine gut bezahlte Position anzustreben und nach einem Jahr wieder in den Beruf zurückzukehren. Beispielsweise beläuft sich das Erziehungsgeld in Schweden auf achtzig Prozent des letzten Nettoeinkommens, wobei eine Höchstgrenze für das Nettoeinkommen von etwa 2.700 Euro gilt.

Das deutsche Schutzgesetz für Eltern wirkt zudem in der Realität als Einstellungsbarriere für junge Frauen in Karrierepositionen. Zwar hat jedes Elternteil das Recht auf Elternzeit und Teilzeit, in der Realität wird dieses Recht aber fast immer von den Frauen ausgeübt, so dass die Einstellung einer jungen Frau für den Arbeitgeber zum Risiko wird. In Westdeutschland sind nur zehn Prozent der Mütter in Führungspositionen, während Frauen ohne Lebenspartner und ohne Kinder zu 17 Prozent Führungspositionen erreichen. Von den Vätern haben hingegen 24 Prozent eine solche Position inne. Jungwirth (2002, 57) plädiert daher dafür, Frauen ab einer bestimmten Gehaltsklasse ein Verhandlungsrecht über die Elternzeit einzuräumen. Damit könnten karriereorientierte Frauen ihre individuellen Wünsche nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf gegenüber dem Arbeitgeber signalisieren und das „unsichtbare“ Einstellungs Hindernis verhandelbar machen. Die Beschränkung der Verhandelbarkeit der Elternzeit auf höhere Gehaltsklassen scheint sinnvoll, weil hier die Abwesenheit vom Arbeitsplatz besonders hohe Humankapitalverluste mit sich bringt. Bei Geringqualifizierten hingegen sind die Humankapitalverluste deutlich geringer, und es bestünde zudem die Gefahr, dass das Recht auf Elternzeit außer Kraft gesetzt würde, da der Arbeitgeber die schwächere Verhandlungsposition angesichts des Arbeitskräfteüberangebots ausnutzen könnte. Die Verhandelbarkeit der Elternzeit wäre ein weiterer Schritt, die stille Arbeitsmarktreserve von Müttern zu heben. Dies ist angesichts des demographischen Wandels dringend geboten (Schäfer / Seyda, 2004) – umso mehr, als Frauen mit der Bildungsexpansion der vergangenen Jahrzehnte mit den Männern vergleichbare Qualifikationen erworben haben (Abbildung 18). Diese Qualifikationen werden aber oft mit dem Beginn der Familienphase nicht mehr produktiv für die Volkswirtschaft genutzt.

Abbildung 18: Bildungsbeteiligung von Frauen

– Anteil an Frauen an der jeweiligen Qualifikationsgruppe 1970 bis 2003 –



Quelle: StBA, 2004a

In Deutschland ist die üppig ausgestaltete Elternzeit im Gegensatz zu den skandinavischen Ländern nicht mit einer Gleichstellungspolitik für Frauen einhergegangen. In Schweden wird die Emanzipation der Partner hingegen durch einen „Papamonat“ gefördert, um Impulse zu geben, die traditionell entstandene ungleiche Lastenverteilung der Familienarbeit auf die Ehepartner zu mildern. Nach diesem Modell kann ein Elternteil nicht die ganze Elternzeit nehmen. Wenn der Partner nicht mindestens vier Wochen übernimmt, verfallen diese. Dahinter steht die Überlegung, dass der hohe Betreuungsaufwand, den Kinder an Zeit und Emotionen einfordern, eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den ersten Lebensjahren des Kindes nur realistisch erscheinen lässt, wenn sich die Eltern diese Erziehungsarbeit und -freude teilen. Der „Papamonat“ stellt allerdings eine nicht ökonomisch begründbare Wertentscheidung dar.

Für das deutsche System erscheint eine Verkürzung der Elternzeit auf ein Jahr und die Kopplung des Erziehungsgeldes an das vorherige Nettolohneinkommen sinnvoll. Mütter würden dann für eine begrenzte Zeit eine Lohnersatzleistung erhalten, die sich wie das Mutterschaftsgeld an ihrem vorigen Nettolohneinkommen orientiert. In Schweden, das als Vorbild für dieses Modell dient, ist die Bezugszeit auf 12 Monate

begrenzt, das Elterngeld beträgt 80 Prozent des Nettolohneinkommens bis zu einer staatlich festgelegten Obergrenze. Dieser Vorschlag wird derzeit auch im Familienministerium diskutiert und wurde als Zielvereinbarung in den Koalitionsvertrag der großen Koalition aufgenommen (CDU / CSU / SPD, 2005, 101). Generell sollten mit dem Erziehungsgeld keine verteilungspolitischen Aspekte verfolgt werden, da eine Umverteilung prinzipiell besser über das Steuersystem geregelt werden kann. Soll am bisherigen System des Erziehungsgeldes festgehalten werden, wäre die Aufhebung oder zumindest die Heraufsetzung der Einkommensgrenzen sinnvoll. Hilfreich wäre hierbei eine Differenzierung der Höchstgrenzen nach Ein- und Zweiverdienerhaushalten.

3.2.3 Steuergesetzgebung

Zu den familienrelevanten Steuertatbeständen zählt in erster Linie die Ausgestaltung der Einkommensteuer. Daneben haben auch die indirekten Steuern besondere Auswirkungen auf Familien, da diese eine höhere Konsumquote haben als kinderlose Bürger und relativ gesehen stärker von indirekten Steuern betroffen sind (Parsche et al., 2003, 3).

Vorrangiges Ziel der Einkommensbesteuerung ist die Einnahmenerzielung für den Staat. Dabei sind das Prinzip der individuellen Leistungsfähigkeit und der grundgesetzliche Schutz der Ehe zu beachten (Tipke / Lang, 1998, 224 ff.). Als in den 50er Jahren die gemeinsame Veranlagung von Ehepaaren verpflichtend vorgeschrieben wurde, führte dies durch den progressiven Steuertarif zunächst zu einer Benachteiligung von Ehepaaren gegenüber zwei Alleinverdienern mit entsprechendem Einkommen. Dies erklärte das Bundesverfassungsgericht 1957 unter Verweis auf Artikel 6 des Grundgesetzes für verfassungswidrig und führte dabei auch aus, dass das Einkommensteuerrecht in Deutschland auf dem Grundsatz der Individualbesteuerung beruhe. Der Bundestag entschied sich aber, nicht die Individualbesteuerung, sondern ein Wahlrecht auf Ehegattensplitting einzuführen. Damit stellen sich verheiratete Paare bei gleich bleibender Durchschnittssteuerbelastung in der Regel besser als zwei allein stehende Personen.²⁸ Dies wurde später vom Bundesverfassungsgericht als verfassungskonform bestätigt (BverfG-Urteil vom 3. November 1982).

²⁸ Ausnahmen ergeben sich bei freiberuflicher Tätigkeit und Verlustabzugsmöglichkeiten eines Partners.

Beim Ehegattensplitting wird das Einkommen der beiden Ehegatten zusammengezählt und halbiert. Somit spielt die intrafamiliäre Arbeitsteilung, welche die Ehegatten gewählt haben, keine Rolle für die Besteuerung. Auf das halbierte Einkommen wird der Steuersatz nach der Grundtabelle errechnet und die sich daraus ergebende Steuersumme verdoppelt. Der Vorteil für Ehepaare ergibt sich aus der Progression des Steuertarifs und wird umso größer, je unterschiedlicher die Einkommen der Ehepartner sind. Der größte Splittingvorteil liegt vor, wenn ein Partner kein Einkommen und der andere ein hohes Einkommen verdient, das dem Doppelten des Betrages entspricht, ab dem der Spitzensteuersatz greift. Die Senkung der Spitzensteuersätze hat allerdings seit 1999 zu einer Verringerung des Splittingvorteils geführt. Nach dem ab 2005 gültigen Tarif wird der maximale Splittingvorteil gegenüber einem individual Veranlagten mit gleichem Einkommen bei 7.900 Euro und einem zu versteuernden Einkommen von 104.300 Euro liegen (Bach et al., 2003, 3). Dies sind über 3.000 Euro weniger als noch 1999. Sollte in Deutschland in den kommenden Jahren eine weitere Senkung der Spitzensteuersätze durchgesetzt werden oder sogar der Extremfall der Einfachsteuer mit nur einem Steuersatz zum Zuge kommen, so würde der Splittingvorteil weiter gemindert beziehungsweise de facto abgeschafft.

Das Ehegattensplitting wird von den Befürwortern damit gerechtfertigt, dass der eheliche Haushalt eine Erwerbs- und Verbrauchsgemeinschaft bilde (Kirchhoff, 2003, 514 ff.). Dies spiegelt das Verständnis wider, dass Ehepaare das Einkommen teilen, ohne dass es eine Rolle spielt, wer es verdient. Beide Ehepartner haben gleichermaßen Zugriff auf das Haushaltseinkommen. Familien hingegen stellen eine Unterhalts- und Verbrauchsgemeinschaft dar. Kinder werden von den Eltern unterhalten, sie haben keinen mit ihren Eltern vergleichbaren Anspruch auf das Familieneinkommen. Die Ehepartner innerhalb einer Familie werden weiterhin in einer Erwerbsgemeinschaft gesehen. Sie können daher bei der unterstellten gemeinsamen Nutzenmaximierung am besten entscheiden, wie die Arbeitskraft beider Ehepartner auf Haus- und Erwerbsarbeit aufgeteilt wird. Der Staat respektiert diese Entscheidung durch die vorgeblich „neutrale“ Besteuerung des Haushalts (Oepen, 1999, 11 f.).

Die Gegner dieser Argumentation mahnen hingegen an, dass hierbei die Auswirkungen der Besteuerung auf die individuellen Arbeitsanreize vernachlässigt werden

(Sacksofsky, 2000). Sie sehen den Haushalt nicht mehr als „Black Box“, sondern untersuchen, wie die Rahmenbedingungen auf die jeweiligen Individuen wirken. Während die Befürworter des Ehegattensplittings die Entscheidungsfreiheit des Haushalts bei der Aufteilung der Arbeit in Haushalts- und Erwerbsarbeit betonen, konstatieren die Kritiker eine Anreizverzerrung. Diese entsteht bei der Entscheidung über die Aufnahme einer Erwerbsarbeit des Zweitverdieners: Durch das Ehegattensplitting wird der Haushalt mit dem Durchschnittssteuersatz belegt, der zwischen den individuellen Durchschnittssteuersätzen der Ehepartner liegt. Damit wird der Zweitverdiener durch den für ihn individuell zu hohen Grenzsteuersatz²⁹ von einer Erwerbsarbeit abgehalten. Insgesamt stellt sich der Haushalt durch die Nutzung des Ehegattensplittings besser, da bei verringertem Arbeitseinsatz des Zweitverdieners das Haushaltseinkommen nur unterproportional sinkt. Unter Berücksichtigung der Arbeit-Freizeit-Entscheidung setzt das Ehegattensplitting Anreize, das Einkommen möglichst ungleich zu erzielen. Es verhält sich zwar neutral hinsichtlich der Verteilung einer gegebenen Menge an Erwerbsarbeit, setzt aber negative Anreize für den Zweitverdiener, eine bezahlte Arbeit anzunehmen oder auszuweiten. In der Realität hat das Ehegattensplitting meist negative Anreizwirkungen für die Ehefrau, da sie in der Regel weniger verdient als der Ehemann. Vor allem bei der Aufnahme einer Teilzeitbeschäftigung nach der Babypause sind die Einkommensunterschiede sehr deutlich (Beblo / Wolf, 2002).

Bei einer Individualveranlagung würde diese Verzerrung aufgehoben, der Hauptverdiener würde im Vergleich zum Splitting mehr bezahlen, der Zweitverdiener weniger. In der Verhandlung zwischen den Ehepartnern über die Aufteilung der Haushalts- und Erwerbsarbeit wäre dann ein Arbeitsmarkteintritt des Zweitverdieners aus Sicht des Hauptverdieners neutral, da er im Gegensatz zum Splitting keinen steuerlichen Vorteil aus dem Daheimbleiben des Partners zieht, beziehungsweise der Nutzen für beide nicht durch den Wegfall des Splittingvorteils geschmälert wird. Die Ehe wird in dieser Sichtweise nicht mehr als Erwerbsgemeinschaft definiert. Wenn die Einkommensverhältnisse sehr ungleich verteilt sind, stellt sie eine – freiwillige – Unterhaltsgemeinschaft dar.

²⁹ Der Grenzsteuersatz gibt an, mit welchem Prozentsatz jeder zusätzlich verdiente Euro besteuert wird.

Die Diskussion um die negativen Arbeitsanreize des Ehegattensplittings für den Zweitverdiener wird geführt, seitdem die gemeinsame Veranlagung diskutiert wird – und nicht nur in Deutschland: Bereits 1904 wurde im schwedischen Parlament gegen das 1902 eingeführte Splitting argumentiert, dass es schädlich für die Institution der Ehe sei, weil sich arbeitende Frauen durch die Heirat schlechter stellen würden (Gustafsson, 1992, 63). In Schweden wurde das Splitting vor allem aus Arbeitsmarktgründen 1971 zugunsten der Individualbesteuerung abgeschafft. Auch in Deutschland werden insbesondere arbeitsmarktpolitische Gründe für eine Abschaffung des Ehegattensplittings angeführt. Um den demographisch bedingten Rückgang der Erwerbspersonen abzufedern, wird es in Zukunft immer wichtiger werden, das Arbeitskräftepotenzial der Frauen zu nutzen (Schäfer / Seyda, 2004). Eine Studie der OECD ergab, dass Frauen in Deutschland mehr arbeiten würden, wenn sie statt als Zweitverdienerinnen individuell besteuert würden (Burniaux et al., 2003). Auch die Simulation eines Freibetrags bei den Sozialabgaben bestätigt auf der Basis von Daten des Sozio-ökonomischen Panels, dass diese Entlastung vor allem verheiratete Frauen dazu veranlassen würde, vermehrt erwerbstätig zu sein (Kaltenborn / Koch, 2003). Möglich wäre auch eine Entlastung bei den Sozialabgaben, die sich voraussichtlich ähnlich auswirken würde, wie eine Senkung des individuellen Grenzsteuersatzes des Zweitverdieners durch eine Aufhebung des Ehegattensplittings.

Aus familienpolitischer Sicht ist das Ehegattensplitting sicherlich nicht der Hauptgrund für die niedrigen Geburtenzahlen in Deutschland. Es hat jedoch durch die Beeinflussung der Arbeitsanreize auch dazu beigetragen, dass sich die traditionelle Rollenverteilung zwischen Mann und Frau in Deutschland länger als in anderen Staaten gehalten hat (Schwarze, 1998, 224 ff.). Die im Grundgesetz festgeschriebene und von vielen Frauen gewünschte gleiche Teilhabe in allen Lebensbereichen, etwa am Arbeitsmarkt, wird durch das Ehegattensplitting erschwert. In Verbindung mit den langen Elternzeiten fördert das Ehegattensplitting die Spezialisierung der Ehefrau auf die Hausarbeit. Ihr Humankapital wird dabei aber durch das lange Zuhausebleiben entwertet, und sie erzielt in der Regel bei einem Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt nach einer Babypause ein deutlich niedrigeres Einkommen als der Ehemann. Gustafsson (1992, 72 ff.) weist nach, dass die im Vergleich zu Schweden höhere Zahl der Alleinverdienerinnen in Deutschland mit den unterschiedlichen Steu-

ersystemen zusammenhängt. In der hier geführten familienpolitischen Diskussion wird das Ehegattensplitting daher als ein Faktor gesehen, der die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie und damit die Entscheidung für Kinder erschwert.

Der Blick über die Landesgrenzen zeigt, dass das Ehegattensplitting auch aus den hier angeführten arbeitsmarkt- und familienpolitischen Gründen international immer seltener angewendet wird (Eidgenössisches Finanzdepartement, 1998, Anhang 6). In den meisten OECD-Staaten wird inzwischen die Individualbesteuerung bevorzugt: Von 25 Staaten verpflichten 17 Staaten Paare zumindest bei der Besteuerung des Erwerbseinkommens auf die Individualveranlagung. Als Alternative zum Ehegattensplitting bieten sich verschiedene Varianten der Individualbesteuerung, ein Familienrealsplitting oder ein tarifliches Familiensplitting unter Einbeziehung der Kinder nach französischem Vorbild an, die im Folgenden kurz skizziert werden (Althammer, 2003, 162).

Individualbesteuerung: Die Individualbesteuerung berücksichtigt die zivilrechtlichen Gegebenheiten des Steuerzahlers nicht. Das Einkommen jedes Individuums wird mit seinem individuellen Steuersatz besteuert. Der Übergang auf dieses Modell würde jedoch Alleinverdiener-Ehepaare stark belasten und den Unterhalt der im Haushalt lebenden Ehepartner und Kinder den Ausgaben von Konsumgütern gleichstellen. Daher bieten bis auf Schweden die meisten Staaten Abwandlungen im Sinne des Leistungsfähigkeitsprinzips des Alleinverdieners an. Eine Alternative ist beispielsweise die Individualbesteuerung mit übertragbaren Grundfreibeträgen zwischen den Ehepartnern. Ist nur ein Partner erwerbstätig, wird er durch den doppelten Freibetrag steuerlich entlastet. Tritt der Zweitverdiener wieder in den Arbeitsmarkt ein, kann er den Freibetrag für sich nutzen. Damit entstehen keine Anreizverzerrungen.

Familienrealsplitting: Das Realsplitting berücksichtigt die Unterhaltsverpflichtungen des Steuerzahlers und wurde für die Situation geschiedener Ehepartner mit Kindern entwickelt. Übertragen auf intakte Ehen, könnte der Hauptverdiener die Unterhaltsleistungen für den Ehegatten und die Kinder von seiner Steuerschuld abziehen. Strittig ist dabei allerdings die Festlegung der Höhe der freizustellenden (fiktiven) Unterhaltszahlungen. Eine Möglichkeit wäre entweder – wie im Geschiedenenrecht – die Orientierung an der so genannten Düsseldorfer Tabelle oder die Berücksichti-

gung über einen nach Einkommenshöhe gestaffelten Freibetrag (Althammer, 2003, 162). Verzerrende Arbeitsanreize würden bei diesem Modell nicht auftreten.

Tarifliches Familiensplitting: Während die beiden anderen Modelle auf eine möglichst anreizneutrale Besteuerung abzielen, will das tarifliche Familiensplitting explizit die Familie und vor allem Mehrkinderfamilien fördern. Hier werden die Besteuerung nach dem Leistungsfähigkeitsprinzip und die Honorierung externer Effekte vermischt: Beim tariflichen Familiensplitting, wie es in Frankreich angewendet wird, werden die Einkommen der Ehepartner addiert und durch die Zahl der Personen in der Familie geteilt. Dabei wird in der Regel den Kindern ein geringerer Splittingfaktor als den Eltern zugerechnet: Erhalten Kinder beispielsweise den halben Splittingfaktor, so wird bei zwei Kindern das Haushaltseinkommen durch drei geteilt, mit dem Steuersatz nach der Grundtabelle belegt und wieder mit drei multipliziert. Besonders für Mehrkinderfamilien ergeben sich durch die Progression des Steuertarifs deutliche Entlastungseffekte. Die Auswirkungen auf die Arbeitsanreize der Ehepartner variieren je nach Zahl der Kinder und Höhe des Einkommens. Ab zwei Kindern wird der resultierende Steuersatz aber in den meisten Fällen unter dem Individualgrenzsteuersatz der wieder einsteigenden Frau liegen. Dadurch wird die Berufstätigkeit der Frau gefördert.

Die Entlastungswirkungen einer Umstellung des deutschen Systems auf das französische Familiensplitting sind allerdings umstritten (Bach et al., 2003; Beblo et al., 2003). Dies liegt vor allem daran, dass Frankreich explizit Mehrkinderfamilien fördert und beispielsweise bis 2004 Kindergeld erst ab dem zweiten Kind gewährte. Der Effekt einer Umstellung des Steuersystems ist daher nicht von den unterschiedlich ausgestalteten Leistungen für Familien zu trennen. Ein weiterer Kritikpunkt lautet, dass das Familiensplitting vor allem Besserverdienenden zugute komme und damit eine Umverteilung von unten nach oben darstelle (Rürup / Gruescu, 2003, 69). Dies liegt jedoch ausschließlich an der Progression des Steuertarifs und ist insofern systemimmanent. Darüber hinaus könnte vor dem Hintergrund der speziellen Problematik kinderloser Akademikerinnen eine Entlastung gerade auch von besser verdienenden Paaren durchaus wünschenswert sein.

Der alternative Übergang auf eine reine Individualbesteuerung würde zudem weitreichende Veränderungen des Sozial- und Unterhaltsrechts nach sich ziehen. Insgesamt

samt bietet das Familiensplitting daher eine gute Möglichkeit, um im Sinne der demographischen Herausforderungen Mehrkinderfamilien zu fördern und die Arbeitsanreizverzerrung für den Zweitverdiener nach einer Familienpause zu mindern.

3.2.4 Sachtransfers: Kinderbetreuung und Bildungssystem

Die außerhäusliche Betreuung von Kindern in Gruppen kann grundsätzlich drei Zielen dienen:

- der Sozialisation der Kinder,
- der Betreuung der Kinder, um den Eltern Zeit für Erwerbsarbeit oder andere Aktivitäten zu geben und
- der Bildung der Kinder.

In Deutschland wird mit dem Recht auf einen vierstündigen Kindergartenplatz ab drei Jahre vor allem das Sozialisationsziel auf freiwilliger Basis erfüllt. In Westdeutschland besuchen etwa 85 Prozent der Kinder der relevanten Altersgruppe einen Kindergarten, in Ostdeutschland 89 Prozent (Hank / Kreyenfeld, 2001, 60). Die Eltern beteiligen sich je nach Einkommenshöhe an den Kosten.

Bildungsziele sind im Kindergarten nicht vorgeschrieben. Der Gedanke, die frühkindliche Neugierde zu nutzen und den Wissensdurst der Kinder zu stillen, wird erst seit relativ kurzer Zeit in der deutschen Öffentlichkeit diskutiert (Hohlmeier / Stewens, 2003). Zwar gibt es im Kindergarten für die älteren Kinder eine Vorschulerziehung, grundsätzlich ist der Kindergarten aber eine Spielstätte. Im Zuge der Ergebnisse der PISA-Studie ist erkannt worden, dass bereits das Potenzial kleiner Kinder gefördert werden kann und sollte. So ist Bayern das erste Bundesland, das seinen Bildungs- und Erziehungsplan für Kindergärten bereits in der Praxis erprobt.

Auch der Betreuungsgedanke ist vor allem für unter dreijährige Kinder relativ neu. In Westdeutschland gibt es lediglich für drei Prozent der unter Dreijährigen Krippenplätze, in Ostdeutschland hingegen – bedingt durch die Strukturen der ehemaligen DDR – 37 Prozent. Durch die sinkenden Kinderzahlen wird sich die Situation im nächsten Jahrzehnt leicht verbessern, eine flächendeckende Versorgung ist aber vor allem in Westdeutschland nicht abzusehen (Tabelle 39). Unter dem Aspekt der Vereinbarkeit

von Familie und Beruf ist dieses Betreuungsangebot für Kleinkinder generell und für Kindergartenkinder hinsichtlich einer Ganztagsbetreuung unzureichend. Vor allem in Westdeutschland lassen sich daher Auswirkungen des Betreuungsangebotes auf das Arbeitsmarktverhalten der Mütter nachweisen (Büchel / Spieß, 2002).

Tabelle 39: Betreuungsangebote für Kinder 2002 und 2015

- Geschätzte Entwicklung der Platz-Kind-Relation bei stabilem Platzangebot -

Altersgruppe	Plätze je 100 Kinder		Erwartete Veränderung der Kinderzahl 2002–2015 in Prozent
	2002	2015	
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin**			
Krippenkinder	2,7	2,9	-6,9
Kindergartenkinder	88,1	103,5	-15,0
Hortkinder	4,5	5,4	-16,5
Neue Länder ohne Berlin**			
Krippenkinder	37,0	37,4	-0,6
Kindergartenkinder	105,1	96,0	9,4*
Hortkinder	40,8	34,6	17,7*

* Für die neuen Bundesländer wird nach dem Geburtenknick zu Beginn der 1990er Jahre von einer Angleichung an das westdeutsche Geburtenniveau ausgegangen.

** Berlin kann aufgrund der Neuordnung der Stadtbezirke nicht mehr eindeutig den alten oder neuen Ländern zugerechnet werden und wird daher vom Statistischen Bundesamt nicht mehr ausgewiesen.

Quelle: StBA, 2004b, 38

Die Möglichkeiten der außerhäuslichen Kinderbetreuung werden auch von der Bundespolitik als einer der wichtigsten Faktoren für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und damit letztlich für eine Entscheidung zum Kind eingestuft (BMFSFJ, 2004a). Gegen dieses Argument wird angeführt, dass empirisch für Deutschland kein Zusammenhang zwischen den Angeboten an Kinderbetreuung und Fertilitätsraten nachweisbar ist und in Ostdeutschland die Geburtenzahlen trotz der vorhandenen Kinderbetreuung stark zurückgegangen sind. In Westdeutschland erwies sich nach einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung die Nähe zum Wohnort einer Großmutter als einzig relevanter Faktor für die Kinderzahl (Hank et al., 2003, 17). Diese Fakten beweisen jedoch nicht, dass außerhäusliche Betreuungsangebote für die Kinderentscheidung nicht wichtig sind. Sie spiegeln für Westdeutschland lediglich wider, dass die Kinderbetreuung für Kleinkinder so gering ausgebaut ist, dass sie von Frauen noch nicht als verlässlicher Faktor in ihre Familienplanung eingebunden wird. Dies hängt auch mit den in den Abschnitten 1.1.6 und 3.1 diskutierten Ansichten von deutschen Eltern zu den Auswirkungen von Fremdbetreuung auf das Kleinkind zusammen. Daher bekommen vor allem jene Frauen Kinder, die in der Nä-

he ihrer Eltern und Geschwister wohnen und somit auf familiäre Betreuung zurückgreifen können. Frauen, die hingegen ihren Heimatort verlassen – damit also vor allem die mobilen, gut ausgebildeten Frauen – werden durch das mangelnde Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen auf das Familienmodell des Alleinverdienerhaushalts verpflichtet. Wenn vor allem gebildetere Frauen dieses Modell nicht mehr wollen, aber keine Alternativen dazu finden, könnte dies den international beispiellos hohen Anteil von zeitlebens kinderlosen Akademikerinnen in Deutschland erklären.

Vor diesem Hintergrund und dem im internationalen Vergleich äußerst geringen Angebot von Ganztagsbetreuung für Kinder scheint ein Ausbau der Kinderbetreuung und vor allem auch von Angeboten für Kleinkinder wünschenswert. Zwar muss noch ein gesellschaftlicher Konsens über die Akzeptanz außerhäuslicher Formen der Kinderbetreuung gefunden werden, dennoch kann man festhalten, dass ein verbessertes Angebot an Kinderbetreuung die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erhöht und Alternativen zum Alleinverdienermodell ermöglicht.

Damit stellt sich die Frage nach der Umsetzung des Ausbaus der Kinderbetreuung. Zur Debatte stehen staatliche und marktwirtschaftliche Modelle. Als Vorbild des staatlichen Betreuungsangebots gelten skandinavische Länder. In Schweden stellt der Staat Ganztagsplätze auch für Kinder unter drei Jahren bereit. In Norwegen wird Eltern, welche diese Betreuung nicht in Anspruch nehmen, alternativ ein Erziehungsgeld ausbezahlt. Die Kinderbetreuung wird bei diesen Modellen sehr stark von der Allgemeinheit subventioniert, die Eltern tragen nur einen kleinen Teil der entstehenden Kosten. Die Vorteile sind dabei die flächendeckende Bereitstellung von Betreuungsplätzen für alle Eltern und die Möglichkeit, staatliche Qualitätsstandards zu setzen. Neben diesen Aspekten könnte in Deutschland ein staatliches Angebot gerade in der Phase der Einführung einer flächendeckenden Betreuung von Kleinkindern Eltern auch moralische Unterstützung geben, da sie häufig noch als „Rabeneltern“ angesehen werden, wenn sie sich nicht selbst um die Betreuung der Kinder kümmern. Auf der anderen Seite wäre diese Lösung durch die Ausgestaltung der Tarifverträge für staatliche Angestellte sehr teuer. Es besteht die Gefahr unflexibler Einheitsmodelle. So ist es beispielsweise in Deutschland üblich, dass von den Gemeinden angebotene Ganztagsstätten für Kinder am Freitag bereits zur Mittagszeit schließen oder in den Schulferien für mehrere Wochen nicht geöffnet sind. In

wiefern die Allgemeinheit – und damit auch kinderlose Paare – die Kosten für die Kinderbetreuung subventionieren sollte, kann nur politisch entschieden werden. Einerseits sollte die Kinderbetreuung allen Einkommensklassen offen stehen, um etwa auch den in der Regel finanziell schlechter gestellten Alleinerziehenden eine Berufstätigkeit zu ermöglichen. Andererseits führt gerade die durch Kinderbetreuung ermöglichte Berufstätigkeit zu einem deutlich höheren Familieneinkommen, so dass eine Beteiligung der Eltern hierdurch gerechtfertigt erscheint.

Grundsätzlich könnte daher der Markt flexibler als der Staat auf die verschiedenen Wünsche der Eltern reagieren. Private Anbieter von Kinderbetreuung sind in Deutschland jedoch in der Minderzahl. Einer der Gründe hierfür ist die in Deutschland betriebene Investitionsförderung seitens des Staates, wodurch Kinderbetreuung zu wettbewerbsverzerrenden Konditionen vom Staat selbst angeboten wird. Der Übergang zu einer stärkeren Subjektförderung würde den Wettbewerb zwischen privaten und staatlichen Anbietern stärken und ein differenzierteres, kundenorientiertes Betreuungsangebot ermöglichen – auch ohne Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung. Um die private Betreuung von staatlicher Seite zu fördern, könnte der Staat Betreuungsgutscheine ausgeben, welche die Eltern bei den verschiedenen Anbietern einlösen können.³⁰ Eine steuerliche Berücksichtigung des Betreuungsaufwands müsste theoretisch nach dem Zweck der Betreuung (Arbeitszeit oder Freizeit für die Eltern, Bildung des Kindes) differenzieren, was allerdings in der Realität kaum umsetzbar sein dürfte.

Problematisch ist auch die Beurteilung und Subventionierung der angebotenen Qualität der Kinderbetreuung. Studien in den USA zeigen, dass Eltern für eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung eine zu geringe Zahlungsbereitschaft haben (Blau, 2001, 210 f.). Dies könnte daran liegen, dass sie die lebenslangen Verdiensteinbußen durch ein langes Daheimbleiben eines Elternteils nicht beachten. In Deutschland bleibt zudem durch die Elternzeit der Arbeitsplatz für drei Jahre gesichert, so dass das Einkommen nach der Rückkehr zunächst das gleiche wie zuvor ist. Welche Konsequenzen dieser zeitweise Ausstieg aus dem Arbeitsmarkt aber auch später noch hat – etwa durch ausbleibende Beförderungen – ist für den Einzelnen kaum abzu-

³⁰ Die Probleme beim Pilotversuch der Stadt Hamburg im Jahr 2003 mit Betreuungsgutscheinen lagen vorrangig an der Verknappung der Finanzmittel und nicht am Gutscheinsystem selbst (Falck, 2004).

schätzen. Zudem haben Eltern Schwierigkeiten, die Qualität von Kinderbetreuung zu beurteilen (Mocan, 2001). Abhilfe könnte hier ein freiwilliges staatliches Angebot von Qualitätssiegeln schaffen. Die Betreuungseinrichtungen könnten dann je nach ihrer pädagogischen Ausrichtung ein Qualitätskennzeichen erwerben, mit dem höhere Preise eingefordert werden können. Der Staat sollte darüber hinaus die bürokratischen Hürden für die Einrichtung von Betreuungsstätten senken, um auch dem Segment der kostengünstigen Einfachbetreuung in der Art des Babysitting eine Chance zu geben.

Bei der Betreuung älterer Kinder spielen über die hier angesprochenen Aspekte hinaus vorrangig bildungspolitische Ziele eine Rolle. Dabei stellt sich die Frage, ab welchem Alter der Staat das Recht hat, Kinder zur Bildung zu verpflichten. Ein allgemeiner Pflichtkindergarten könnte den Kindern bis zum Schuleintritt eine grundlegende Sprachkompetenz vermitteln und damit die Chancengleichheit der Schulkinder erhöhen (List, 2003). Zudem würde das spielerische Lernen der in der PISA-Studie festgestellten starken Abhängigkeit des Schulerfolgs von der Bildung der Eltern entgegenwirken. Gleichzeitig würde eine Kindergartenpflicht aber auch einen massiven Eingriff in Artikel 6 Absatz 2 des Grundgesetzes darstellen, nach dem die Pflege und die Erziehung der Kinder das natürliche Recht der Eltern sind. Zu dieser Problematik ist bislang noch kein bundeseinheitlicher Kompromiss abzusehen.³¹

3.2.5 Sozialsysteme: Die Renten- und Krankenversicherung

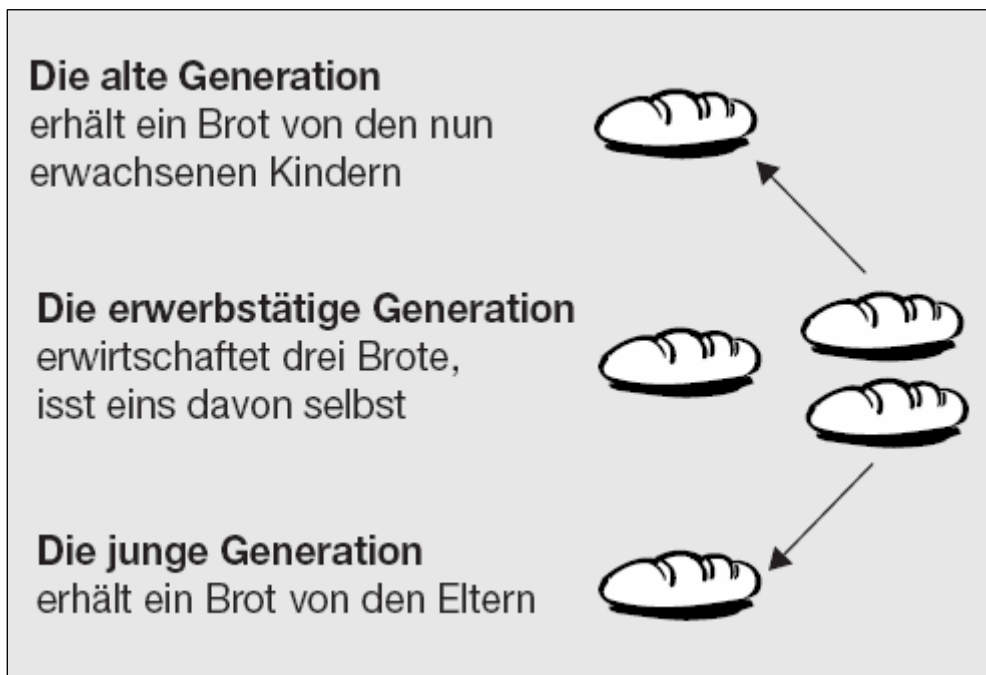
In Deutschland hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg das Umlageverfahren gegenüber dem vorher gültigen Kapitaldeckungssystem durchgesetzt. Dabei werden von den Erwerbstätigen Beiträge für das Rentensystem eingezogen, welche sofort wieder an die Rentnergeneration ausgeschüttet werden. Die jährliche Höhe der Rente des einzelnen hängt damit sowohl von den von ihm im Laufe seines Arbeitslebens lohnabhängig gezahlten Beiträgen als auch von der Entwicklung der Lohnsumme der im Auszahlungsjahr arbeitenden Bevölkerung ab. Wegen der hohen finanziellen Verluste der Kriegsgeneration, der Erfahrung der Hyperinflation zu Beginn der 1920er Jahre und der Währungsumstellung auf die D-Mark 1948 entschied man sich in den

³¹ Einige Bundesländer haben inzwischen verpflichtende Sprachtest für Vierjährige eingeführt, um mangelhafte Deutschkenntnisse früh zu erkennen und gezielt Förderung anzubieten.

50er Jahren gegen ein Kapitaldeckungssystem und begann 1957 mit der Umstellung der bis dahin üblichen Festbeiträge auf ein lohnabhängiges Umlageverfahren, die mit der Reform von 1968 abgeschlossen wurde. Während im Kapitaldeckungssystem jeder Jahrgang Kapital ansammelt, das im Rentenfall des einzelnen mit Zins und Zinseszinsen für die Rentenauszahlung aufgelöst wird, setzt das Umlageverfahren darauf, dass die nachwachsende Generation mindestens genauso groß und produktiv ist wie die Elterngeneration und damit die Beiträge zu den Rentenzahlungen in etwa gleich bleiben. Im Gegensatz zur direkten Versorgung durch die eigenen Kinder nimmt die Rentenversicherung den Eltern das Risiko, dass die Kinder ihrer Verpflichtung nicht nachkommen, beispielsweise weil sie als Erwachsene kein eigenes Einkommen erwirtschaften (Pimpertz, 2004, 241 f.).

Seit 1957 wurde die Rentenhöhe zusätzlich „dynamisiert“, das heißt an die Entwicklung der Löhne und Gehälter angepasst. Das System wurde dabei als Zwei-Generationen-Vertrag zwischen Beitragszahlern und Rentenempfängern konzipiert, der eigentliche Drei-Generationen-Charakter des Umlageverfahrens trat in den Hintergrund. Doch ohne genügend Nachwuchs kann das System auf Dauer nicht stabil bleiben.

Abbildung 19: Grundgedanke des Umlageverfahrens



Quelle: Eigene Darstellung nach Miegel, 2002,253

Abbildung 19 verdeutlicht den Grundgedanken des Umlageverfahrens (nach Miegel, 2002, 253): Der Mensch durchläuft drei Lebensphasen (Kindheit, Arbeitsphase, Ruhestand), in denen er wirtschaftlich versorgt werden muss – hier bildlich dargestellt durch das Brot, das er isst. Doch nur die Generation in der Arbeitsphase erwirtschaftet die Grundlage dafür. Sie backt gleichsam drei Brote auf einmal und ernährt damit sich selbst, die Großeltern- und die Kindergeneration. Da kein Vorrat angelegt wird, ist es unerlässlich, dass genügend Kinder nachwachsen, welche die Brote für die Eltern backen, wenn diese in den Ruhestand eintreten. Bekommt eine Generation zu wenige Kinder, hat sie gleichsam ein Brot übrig, das sie nun eigentlich in die Vorratskammer für die Zeiten legen müsste, da sie kein Brot mehr backen kann. Isst diese Generation das Brot der Kinder aber einfach auf (verstärkter Gegenwartsverbrauch), so entsteht eine Versorgungslücke. Im Alter fehlen dann die Kinder, um ihrerseits die wirtschaftliche Grundlage für die Rente der Elterngeneration zu erwirtschaften, ein Vorrat wurde aber auch nicht angelegt. Genau dieser Situation sehen wir uns heute gegenüber. Das jetzige System wird durch das Nachrücken von zahlenmäßig sehr kleinen Jahrgängen bald in ernsthafte Schwierigkeiten geraten. Durch die seit dreißig Jahren niedrigen Fertilitätsraten wird spätestens mit dem anstehenden Eintritt der Babyboomer-Generation in den Ruhestand die Finanzierbarkeit des Rentensystems in Frage gestellt. Während heute 25 Menschen über 65 Jahre 100 Menschen im Erwerbsalter gegenüberstehen, werden es bis zum Jahr 2050 doppelt so viele sein (Dickmann, 2004b, 25). Die Verlagerung des Risikos der Altersarmut oder der Pflegebedürftigkeit von den Kindern weg zum Staat ist ein negativer Anreiz für die Fertilitätsentscheidung. Die Kinder nützen zwar dem Rentensystem durch ihre spätere Beitragsleistung, die Kosten der Kindererziehung werden aber im System selbst nicht berücksichtigt. Die Anrechnung von drei Beitragsjahren pro Kind beispielsweise stellt im geltenden Rentenversicherungssystem eine systemfremde Entschädigungskomponente dar; ebenso die Regelung, dass die Rentenbeiträge auf den individuellen Beitrag bei Vollzeittätigkeit aufgestockt werden, wenn kindbedingt nur eine Teilzeittätigkeit ausgeübt wird. Auch wenn man diese Leistungen als eine Form der Abgeltung der externen Effekte von Kindern begreift, werden die Beiträge, welche die Kinder später für das Rentensystem erbringen, damit nicht angemessen berücksichtigt (Werding, 2003, 212 f.): Eine Mutter erhält für ein Kind maximal eine Rente im Barwert von 24.000 Euro, während der finanzielle Nutzen eines neugeborenen Kindes mit durchschnittlicher Erwerbsbiographie und Kindeskindern für die

Rentenversicherung auf knapp 90.000 Euro Barwert geschätzt wird. Zieht man die öffentlichen Zahlungen für ein Kind ab, bleibt ein zusätzlicher Betrag für das Rentensystem von etwa 35.000 Euro pro Kind (Sinn, 2003, 30).

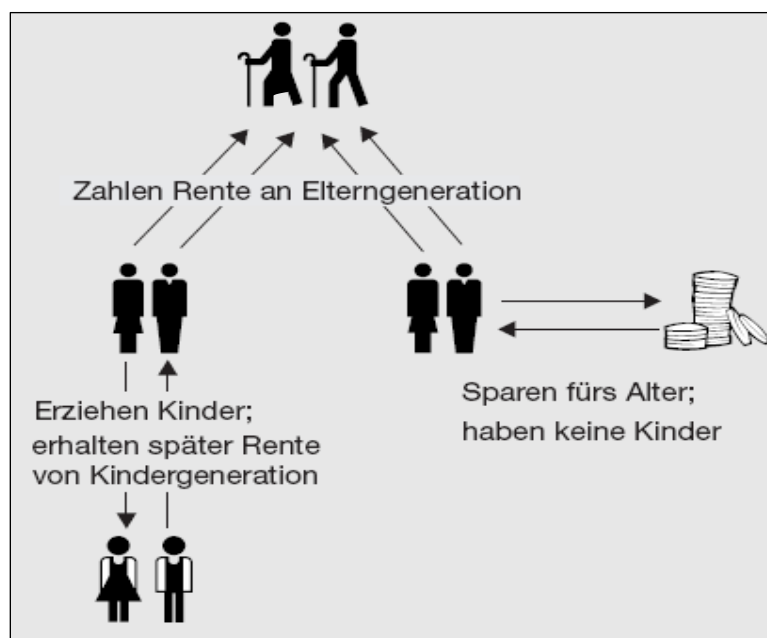
Eine Korrektur des Systems wäre daher nicht nur für die langfristige Stabilität der Rentenversicherung notwendig, sondern auch aus familienpolitischer Sicht geboten (Henman / Voigtländer, 2004, 168 ff.). Ursprünglich war bei der Konzeption des Systems in den 1950er Jahren eine familienpolitische Komponente angedacht. So sollte nach dem ursprünglichen „Schreiber-Plan“ parallel zur Altersrente ausdrücklich eine „Kindheits- und Jugendrente“ zur Förderung von Familien eingeführt werden, um damit eine genügend große nachwachsende Generation zu sichern (Schreiber, 1955, 31 ff.). Die Konzepte sahen vor, dass jeder Erwachsene ab 35 Jahren einen Betrag für die unter 20-Jährigen zahlt, der wiederum an deren Eltern ausgeschüttet werden sollte. Dieser Betrag orientierte sich an der Größe der nachwachsenden Generation und an der jeweiligen Zahl eigener Kinder des Zahlungspflichtigen (Schreiber, 1955, 35). Dieser Vorschlag wurde nicht umgesetzt.

Aus heutiger Sicht erscheint es sinnvoller, eine zusätzliche Belastung der Erwerbstätigen zu vermeiden und stattdessen die Höhe der ausgezahlten Renten an die Kinderzahl zu koppeln (Pimpertz, 2005; Eekhoff, 1996, 124 f.). So würden alle Arbeitnehmer während ihres Arbeitslebens in die Rentenversicherung einzahlen und damit die Rente der Elterngeneration sichern. Im Alter erhielten sie aber Auszahlungen, die sich nicht nur an den eingezahlten Beiträgen orientieren, sondern auch an der eigenen Kinderzahl. Kinderlose bekämen dann weniger Rente als Eltern. Die Rentenversicherung könnte die Beitragszahler regelmäßig über ihre Rentenansprüche informieren, so dass Kinderlose zusätzlich Geld ansparen könnten, um im Alter die Versorgungslücke zu schließen. Dieser Ansatz würde dem impliziten Drei-Generationen-Charakter des Umlageverfahrens gerecht, da er die Leistungen der Kindererziehung für das System berücksichtigt, gleichzeitig aber auch die Leistungen von Kinderlosen für Familien beachtet, welche diese etwa in Form von Steuerzahlungen erbringen, mit denen das Bildungssystem finanziert wird (Abbildung 20).

Die zusätzlich erforderliche Kapitaldeckung der Rente für Kinderlose darf dabei keinesfalls als Bestrafung für die Kinderlosigkeit verstanden werden. Die Entscheidung für oder gegen Kinder sollte ausdrücklich dem einzelnen Paar überlassen bleiben.

Die niedrigere Rente für Kinderlose spiegelt lediglich die Realität wider, dass ein Umlageverfahren die nachfolgende Generation braucht, um dauerhaft stabil zu bleiben. Zudem stellt die zusätzliche private Vorsorge für die Gruppe der Kinderlosen keine unvermeidbare Härte dar, denn Menschen, die gewollt oder ungewollt kinderlos bleiben, tragen nur einen Teil der allgemeinen Kosten der Kindererziehung. Sie können im Vergleich zu Eltern leichter finanzielle Mittel für die eigene Zukunft ansparen. Quersubventionierungen wie etwa durch Bundeszuschüsse oder die Ökosteuer, mit der Familien heute in zweifacher Hinsicht belastet werden, wären zur Stützung der Rentenversicherung damit überflüssig.³²

Abbildung 20: Rentensystem im Drei-Generationen-Vertrag



Quelle: Eigene Darstellung

Im Gegensatz zum Rentensystem werden Familien im bestehenden Gesundheitssystem hingegen begünstigt, da Kinder und Ehepartner ohne Erwerbseinkommen kostenlos in der gesetzlichen Krankenversicherung mitversichert werden. Dies stellt eine Umverteilung von Kinderlosen zu Eltern dar, die auf einem Werturteil basiert. Durch die kostenlose Versicherung der Kinder wird der Gefahr vorgebeugt, dass kranke Kinder aus ärmeren Familien aus Kostengründen zu spät oder nicht behandelt werden oder einen nicht ausreichenden Versicherungsschutz erhalten. Würde

³² Zum einen verbrauchen Familien durch größeren Wohnraum, Kombiwagen und ähnliches mehr Energie als Singles und zahlen daher höhere Energiesteuern. Zum anderen dient die Ökosteuer der

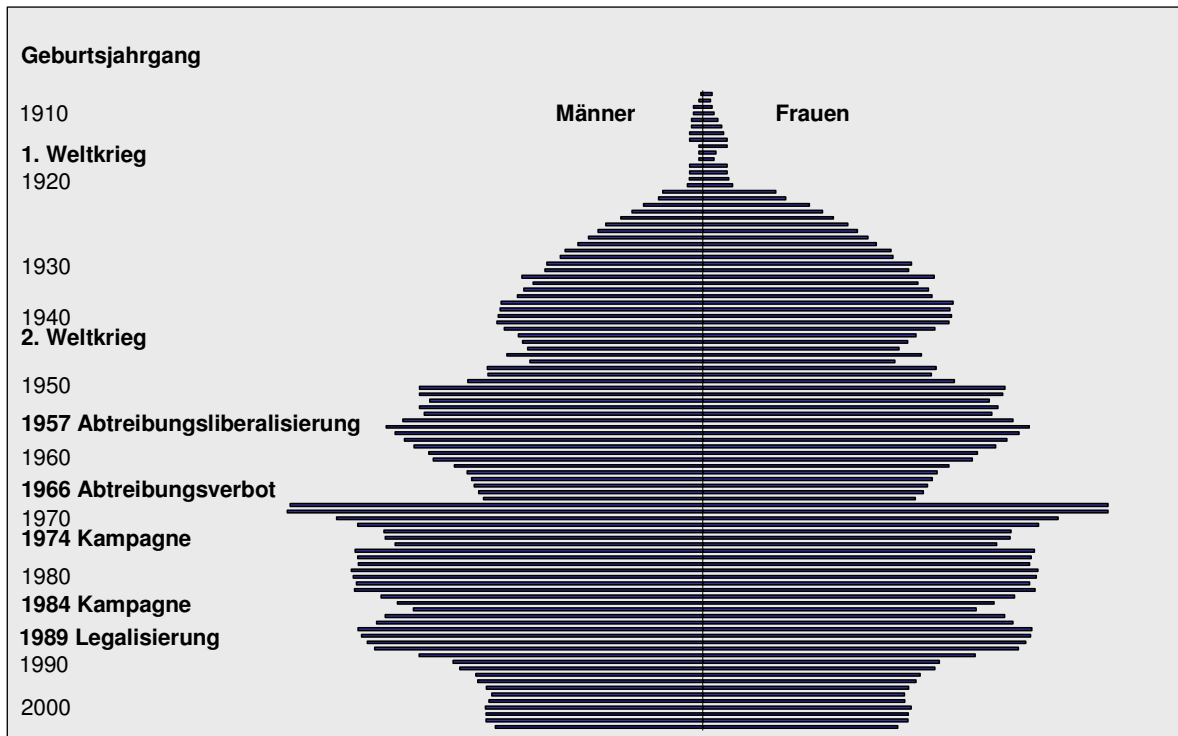
für Kinder allerdings wie bei Erwachsenen der Zwang zur Versicherung bestehen, wäre die Befreiung von den Kosten als rein finanzielle Förderung von Familien zu werten, die besser außerhalb des Gesundheitssystems über Steuertransfers erfolgen sollte. Die Mitversicherung des nicht erwerbstätigen Ehepartners hingegen fördert Familien mit Alleinverdienermodell, weil die Förderung nicht am Vorhandensein von Kindern anknüpft, sondern lediglich am Erwerbsstatus des Partners. Somit wird die Entscheidung für die Aufnahme einer Arbeit erschwert. Berücksichtigt man die negativen Auswirkungen des Alleinverdienermodells auf einen Teil der Paare, wäre es sinnvoll, diese Befreiung zu streichen oder an andere Kriterien zu koppeln.

3.2.6 Die Besonderheiten der Fertilitätsentscheidung in Ostdeutschland

Die Rahmenbedingungen für Familien in den neuen Bundesländern sind noch weitgehend durch die Strukturen der DDR-Politik geprägt, die im Folgenden kurz skizziert werden. Während der Westen das Absinken der Fertilitätsraten in den 1970er Jahren ohne politische Gegenreaktion hinnahm, versuchten die Ostblockstaaten mit verschiedenen Maßnahmen gegenzusteuern (vgl. auch Dickmann, 2004c). Dies geschah in totalitären Regimen durch ein Verkaufsverbot von Verhütungsmitteln und gleichzeitiger Verhängung von Gefängnisstrafen für Abtreibungen (Mureşan / Rotariu, 2000, S. 272f.). Die Auswirkungen dieser Politik, die im Laufe der Jahre wechselnd strikt gehandhabt wurde, lässt sich exemplarisch an der rumänischen Bevölkerungspyramide ablesen, die starke Einkerbungen aufweist: Der in der Gesellschaft vorhandene Wunsch zu weniger Kindern wurde von der Politik zwanghaft unterdrückt (Abbildung 21).

Stabilisierung des Rentenbeitragssatzes und kommt daher vor allem auch Kinderlosen zugute, die von einem niedrigeren Beitragssatz profitieren und keine individuellen Kinderkosten tragen.

Abbildung 21: Bevölkerungsaufbau Rumäniens 2002



Quelle: Eurostat, 2005; Mureşan / Rotariu, 2000

In liberaleren Ostblockstaaten, wie beispielsweise der DDR, wurde durch eine gezielte Wohnungsvergabepolitik und dem Aufbau einer umfassenden Betreuungsinfrastruktur ab dem Säuglingsalter Anreize für eine frühe Familiengründung gesetzt. Die Erwerbstätigkeit von Müttern wurde zur gesellschaftlichen Norm und die meisten Frauen bekamen ihre Kinder bereits mit Anfang 20. Diese Politik führte zwar nicht zu einer deutlichen Erhöhung der Kohortenfertilität (Höhn / Schubnell, 1986, 191f.), hatte aber eine deutliche Vorverlagerung der Geburten zur Folge, so dass die Periodenfertilität (TFR) in den 1970er Jahren deutlich über der Westdeutschlands lag, bevor sie sich in den 1980er Jahren bereits vor dem Fall der Mauer dem Westen wieder annäherte (Dorbritz / Philipov, 2002; vgl. auch Abbildung 1). Beide Beispiele zeigen, dass Politik Einfluss auf die Familiengründung nehmen kann, aber auch, dass langfristig die soziologischen Trends in der Bevölkerung das Geburtenniveau bestimmen (Dorbritz / Fleischhacker, 1995).

In den neuen Bundesländern trifft nun die in Westdeutschland entstandene bundeseinheitliche Rahmengesetzgebung auf die unter dem sozialistischen Regime aufgebauten Strukturen und Werthaltungen. Eine ganztägige Kinderbetreuung ist

auch für Kleinkinder praktisch flächendeckend vorhanden (Büchel / Spieß, 2002). Das Werteideal orientiert sich an einer simultanen Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wie eine auf Anfrage durchgeführte Sonderauswertung des PPAS durch das Statistische Bundesamt zeigt. Danach werden im Gegensatz zu Westdeutschland kaum kritische Einwände gegen die Berufstätigkeit von Müttern kleiner Kinder oder die Fremdbetreuung erhoben. Das Dasein als Hausfrau ohne Erwerbstätigkeit wird nur in wenigen Fällen als erstrebenswert gesehen (Tabelle 40). Als größte Hindernisse bei der Umsetzung von Kinderwünschen lassen sich Zukunftsängste und finanzielle Sorgen ausmachen. In Ostdeutschland scheint daher die schlechte Situation am Arbeitsmarkt der hauptsächliche Hinderungsgrund für eine Familiengründung zu sein. Familienpolitik würde demnach vor allem in einer guten Wirtschaftspolitik zu bestehen.

Tabelle 40: Einstellungen zu Kindern und zur Berufstätigkeit von Müttern
– Befragung der repräsentativ ausgewählten Bevölkerung in Deutschland 2003 –

		West- deutschland	Ost- deutschland
Ohne Kinder kann man nicht glücklich sein	stimme zu	35	50
	stimme nicht zu	39	26
Eltern müssen Freizeitinteressen aufgeben	wichtig	28	20
	unwichtig	49	53
Kinder verursachen zu hohe Kosten	wichtig	36	50
	unwichtig	38	29
Gegen ein Kind sprechen Zukunftssorgen	wichtig	50	66
	unwichtig	25	16
Kinder sind nicht mit Beruf vereinbar	wichtig	28	29
	unwichtig	45	47
Erwerbstätige Mütter sind genauso herzlich	stimme zu	85	95
	stimme nicht zu	9	2
Familienleben leidet unter Vollzeitbeschäftigung	stimme zu	63	33
	stimme nicht zu	20	43
Hausfrau zu sein ist genauso erfüllend wie Berufstätigkeit	stimme zu	40	24
	stimme nicht zu	32	55
Kinder aus Kitas werden Probleme haben	stimme zu	32	11
	stimme nicht zu	36	72

Quelle: Sonderauswertung des PPAS, 2005

3.2.7 Zusammenfassung: Politikimplikationen für Deutschland

Die Analyse der verschiedenen Bereiche der Familienpolitik hat deutlich gemacht, dass sehr viele einzelne Bausteine die Rahmenbedingungen für Paare und Familien bilden. Politikempfehlungen können daher nur nach einer eingehenden Analyse gegeben werden, wie sie hier für Deutschland erfolgt ist. Für die anderen Länder

müsste eine genauere Untersuchung der jeweiligen Konstellation und gesellschaftlich relevanten Problemfelder vorgenommen werden. In Deutschland sind die politischen Rahmenbedingungen für Familien nicht immer aufeinander abgestimmt und zielten bisher vor allem darauf, bestehende Familien zu unterstützen. Viele familienpolitische Maßnahmen fördern das Alleinverdienermodell, das lange Zeit das am häufigsten praktizierte Familienmodell war, inzwischen aber immer seltener gelebt wird. Dazu zählen das Erziehungsgeld und die Elternzeit in der derzeitigen Ausgestaltung, das Ehegattensplitting, sowie die kostenlose Mitversicherung von nicht erwerbstätigen Ehepartnern in der gesetzlichen Krankenversicherung. All dies unterstützt eine längere Unterbrechung der Erwerbsbiographie der Frau, statt eine kontinuierliche Erwerbsbeteiligung zu ermöglichen. Des Weiteren wirken andere institutionelle Gegebenheiten, wie etwa die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen und ein Karriereknick durch Teilzeitbeschäftigung, als Faktoren, die eine traditionelle Rollenverteilung verstärken. Es hat sich gezeigt, dass die Förderung in manchen Bereichen entgegen ihrer Intention abschreckend für junge Paare ist, die erst noch eine Familie gründen wollen. Dies liegt vor allem daran, dass sich das Familienbild in der Gesellschaft im Wandel befindet. Neben der traditionellen Familie, in der der Vater erwerbstätig ist und die Mutter sich ausschließlich um die Betreuung der Kinder kümmert, wollen immer mehr Paare eine Familie, in der die Mutter weiterhin erwerbstätig ist. Die Familienpolitik sollte sich daher an einem neuen Leitbild ausrichten, das Paaren die Wahl zwischen verschiedenen Familienmodellen lässt und damit mehr Menschen die Entscheidung für Kinder erleichtert.

Dem hier vorgestellten Leitbild von Familienpolitik liegt das Verständnis der Familie als Drei-Generationen-Beziehung zugrunde. Dies zeigt sich vor allem in den Änderungsvorschlägen für das Rentensystem. Während heute das Umlageverfahren Nachwuchs braucht und trotzdem die Erziehungsleistungen von Eltern nicht ausreichend honoriert, würde die vorgeschlagene Umstellung Familien und Kinderlosen in einem Umlageverfahren gerecht werden: Alle Erwachsenen zahlen in das Rentensystem ein und finanzieren so die Rente ihrer Eltern. Die Höhe der Rentenauszahlungen würden im neuen System aber nicht mehr nur von den geleisteten Beiträgen, sondern auch von der Kinderzahl abhängen. Kinderlose müssten die abzusehende Versorgungslücke durch privates Ansparen von Kapital decken.

Das derzeitige Steuersystem entlastet zwar durch das Ehegattensplitting und einen im internationalen Vergleich hohen Grundfreibetrag die Familien, es beeinflusst aber den daheim bleibenden Partner bei seiner Entscheidung über die Aufnahme einer Erwerbsarbeit und erschwert damit erwerbsorientierten Paaren die Familiengründung. Würde man die Kinder im Sinne eines Familiensplittings in das Steuersystem einbeziehen, würde der Grenzsteuersatz des einzelnen wie auch der Durchschnittssteuersatz des Paares sinken. Zusätzlich würden besonders kinderreiche Familien gefördert. Die Festlegung des Splittingfaktors ist dabei ebenso wie die Höhe des Kindergeldes eine politische Entscheidung, welche die externen Effekte von Kindern abgelten soll. Zusätzlich ist eine staatliche Kredithilfe denkbar, die Familien hilft, die finanziell schwierige Phase mit kleinen Kindern zu meistern und die Kosten auf mehrere Lebensphasen zu verteilen.

Die Berufstätigkeit der Mütter ist auch der Leitgedanke für die vorgeschlagene Änderung der Ausgestaltung der Elternzeit: Nach dem Mutterschutz könnte ein Elternteil für zwölf Monate daheim bleiben. In dieser Zeit würde ein Erziehungsgeld in Abhängigkeit vom früheren Nettoeinkommen gezahlt, eventuell bis zu einer festgelegten Höchstgrenze. Dies soll vor allem auch gut verdienenden Frauen die Entscheidung für ein Baby erleichtern. Die Verkürzung der Elternzeit von drei Jahren auf ein Jahr zielt darauf ab, die Mütter nicht zu lange vom Arbeitsmarkt fern zu halten. Eine lange Abwesenheit hat bisher dazu geführt, dass Mütter nach der Babypause dauerhaft Jobs annehmen, die unter ihrer beruflichen Qualifikation liegen. Das Wissen um diesen dauerhaften beruflichen Abstieg hat wiederum junge Frauen von der Mutterschaft abgehalten. Aus wirtschaftlicher und bevölkerungspolitischer Sicht ist es daher wünschenswert, dass die Mutter nach einem Jahr zumindest wieder in Teilzeit arbeiten geht. Um dies zu ermöglichen, muss die Betreuung für Kleinkinder deutlich ausgebaut werden. Dies kann prinzipiell der Staat oder die freie Wirtschaft leisten. In beiden Fällen kann der Staat einen Teil der Kosten je nach politischer Willensbildung durch die Allgemeinheit subventionieren lassen, sei es durch niedrige Elterngebühren für staatliche Betreuung oder durch ein Gutscheinsystem oder Absetzbarkeit der Betreuungskosten von der Einkommenssteuer. Die Betreuung der Kinder müsste dabei auch im Schulalter gewährleistet sein. Hier bietet sich ein Ausbau von Ganztagschulen oder von Hortplätzen für Schulkinder als Lösungsmöglichkeit des bestehenden Betreuungsproblems an.

In Ostdeutschland sind hingegen noch die zu DDR-Zeiten aufgebauten Strukturen und Werthaltungen wirksam. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist durch eine sehr gut ausgebaute Betreuungsinfrastruktur und eine breite Befürwortung in der Bevölkerung nach wie vor die Norm und stellt kein wesentliches Hindernis für die Fertilitätsentscheidung dar. Finanzielle Sorgen und Ängste um die berufliche Zukunft sind hingegen deutlich ausgeprägter als im Westen und angesichts der hohen Arbeitslosigkeit auch unter jungen Erwachsenen leicht nachvollziehbar. Die daraus folgende Abwanderung zu Ausbildungs- und Arbeitsplätzen in Westdeutschland hat wiederum Folgen für die Zahl der potentiellen Mütter und die Partnerfindung. In Ostdeutschland verspricht daher eine Verbesserung der Situation am Arbeitsmarkt den größten Einfluss auf die Fertilitätsraten zu haben.

Zusammenfassung

Die Entscheidung für ein Kind vollzieht sich gerade in hoch entwickelten Staaten in einem komplexen Umfeld wechselseitig abhängiger Einflussfaktoren. Paare werden dabei sowohl von historisch gewachsenen gesellschaftlichen Werten, ihren persönlichen Lebensumständen und Präferenzen als auch von den im jeweiligen Land geltenden politischen Rahmenbedingungen beeinflusst. Dabei ergeben sich naturgemäß Spannungen zwischen den individuellen Wünschen und den Umfeldbedingungen. Die Individuen nehmen unterschiedliche Gewichtungen dieser Restriktionen vor und legen damit die Stärke des jeweiligen Einflussfaktors fest. So kann das Fehlen eines festen Partners, unterschiedliche Vorstellungen der Arbeitsteilung in der Familie, finanzielle Sorgen oder ein familienunfreundliches Berufsumfeld in einem Fall zur Aufschiebung oder Aufgabe des Kinderwunsches führen, im anderen Fall wird die Wertschätzung und die Freude an Kindern trotz ungünstiger Umfeldbedingungen zur Entscheidung für ein Kind führen.

Auf der gesellschaftlichen Ebene betrachtet lassen sich trotz der höchst privaten Entscheidung für ein Kind Präferenzmuster einzelner Gruppen erkennen, welche unterschiedlich stark mit den Umfeldbedingungen konfliktieren. An diesem Punkt hat der empirische Teil dieser Studie angesetzt und versucht, landestypische Zusammenhänge zwischen wesentlichen Einflussfaktoren aufzudecken, die zur Einflussphäre der staatlichen Rahmenbedingungen gerechnet werden können. Als theoretischer Hintergrund wurde dabei auf die familienpolitische Einordnung der Staaten in Länderregime mit ökologischer, ökonomischer oder fehlender Intervention zurückgegriffen. Im Mittelpunkt der Analyse stand die finanzielle Situation von Paaren im gleichen Alter. Es wurde deutlich, dass Paare mit Kindern in Deutschland signifikant weniger Nettoeinkommen zur Verfügung haben als kinderlose Paare im gleichen Alter. Dieses Ergebnis ist aus der deutschen Fachliteratur bekannt. Überraschend ist allerdings, dass sich im Jahr 2000 nur noch in Großbritannien eine ähnliche Situation zeigt, während sich sowohl in Schweden als auch in den USA und Kanada keine finanziellen Unterschiede zwischen den beiden Gruppen nachweisen lassen und in Finnland Familien sogar signifikant besser gestellt sind. Auswertungen für 1980 und 1990 ergeben, dass sich in Schweden und Finnland stets eine finanzielle Gleich- oder sogar Besserstellung von Familien findet, während sich die Situation in den USA

und Kanada schrittweise von einer Schlechterstellung 1980 zu einer Gleichstellung 2000 gewandelt hat.

Als Hintergrund dieser Entwicklung kann eine deutlich höhere Auszahlung von staatlichen Transfers an Familien in den USA, Kanada, Schweden und Finnland im Vergleich zu Großbritannien und Deutschland ausgeschlossen werden, so dass die unterschiedliche Erwerbsbeteiligung von kinderlosen Frauen und Müttern zur zentralen Erklärungsvariablen wird. Während 1980 nur schwedische Frauen nennenswert in den Arbeitsmarkt integriert waren, hat sich das Bild insbesondere in den 1990er Jahren stark gewandelt. Nun ist die Erwerbsbeteiligung von kinderlosen Frauen in allen untersuchten Ländern eine Selbstverständlichkeit. Insbesondere in Deutschland sind nur noch sehr wenige kinderlose Frauen nicht erwerbstätig und ihre Einkommensverteilung hat sich dem Muster männlicher Lohneinkommen angeglichen. Die Erwerbsbeteiligung und Einkommenssituation von Müttern ist zwar ebenfalls in allen Staaten deutlich angestiegen, je nach Land jedoch in sehr unterschiedlichem Ausmaß, wobei sich West- und Ostdeutschland deutlich voneinander unterscheiden und daher getrennt analysiert wurden. In Westdeutschland ist eine nennenswerte Arbeitsmarktintegration erst in den 1990er Jahren zu beobachten. Im Jahr 2000 verdienen Mütter im Schnitt nur gut ein Drittel des Einkommens kinderloser Frauen, in Großbritannien die Hälfte. In allen anderen Staaten hat sich diese Differenz stärker verringert und in Ostdeutschland ist kein Unterschied zwischen kinderlosen Frauen und Müttern festzustellen.

Die Schere in der Einkommenssituation von kinderlosen Frauen und Müttern ist daher als ursächlich für die finanzielle Schlechterstellung der Familien in Westdeutschland zu sehen und hängt mit dem Länderregime der ökonomischen Intervention zusammen. Im Hinblick auf das Ziel des finanziellen Ausgleichs zwischen Familien und Kinderlosen hat sich damit gerade die ökonomische Intervention als weniger erfolgreich als die ökologische oder eine kaum vorhandene Intervention erwiesen. Während Länder mit ökologischer Intervention explizit die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch eine ausgebaute öffentliche Betreuungsinfrastruktur und Gleichstellungsmaßnahmen fördern, hat das Fehlen von Staatseingriffen in liberalen Staaten dazu geführt, dass die in Westdeutschland vom Staat geförderte Wahlfreiheit

zwischen Erwerbs- und reiner Erziehungsarbeit gar nicht besteht. Der Markt hat daraufhin für die Bereitstellung der notwendigen Vereinbarkeitsinfrastruktur gesorgt.

Die regimetytischen Muster lassen sich auch bei der direkten Korrelation von Einkommen und Fertilität nachweisen. So haben nicht generell Paare mit höherem Einkommen weniger Kinder, wie oft vermutet wird. Dieses Muster lässt sich signifikant nur für die USA, Kanada, Großbritannien und in der jüngsten Erhebung in Westdeutschland nachweisen. In den beiden skandinavischen Ländern besteht hingegen der gegenteilige Zusammenhang, so dass Paare mit höherem Einkommen mehr Kinder haben als finanziell schlechter gestellte Paare. In Ostdeutschland ist kein signifikanter Zusammenhang zu beobachten, was dazu führt, dass auch das gesamtdeutsche Ergebnis nicht signifikant ist. Untersuchungen zum Zusammenhang zwischen dem Bildungsniveau und der durchschnittlichen Kinderzahl bestätigen dieses Muster: In den USA, Kanada, Großbritannien und Westdeutschland haben gebildetere Paare signifikant weniger Kinder als weniger gebildete Paare, in Ostdeutschland, Schweden und Finnland ist der Zusammenhang nicht signifikant. Allerdings spielt bei der Untersuchung des Bildungsniveaus der Timingeffekt eine große Rolle, so dass mit den hier vorliegenden Querschnittsdaten keine Aussage getroffen werden kann, ob gebildetere Paare tatsächlich weniger Kinder haben oder diese nur später bekommen.

Neben dem Vergleich der durchschnittlichen Kinderzahlen deckte die Untersuchung der Verteilung von Kinderlosen und von Paaren mit vier oder mehr Kindern in den Stichproben interessante Muster auf. In Westdeutschland, Kanada und Großbritannien ist Kinderlosigkeit ein Phänomen der oberen Einkommensklassen. In Schweden und Finnland haben hingegen Paare mit höheren Einkommen selten keine Kinder, wobei sich allerdings im Jahr 2000 in Schweden wie in Ostdeutschland ein U-förmiger Verlauf des Zusammenhangs abzeichnet, so dass auch die obersten Einkommensklassen einen höheren Anteil an Kinderlosen aufweisen. In den USA zeigt sich kein signifikanter Zusammenhang. Die Untersuchung der Kinderlosigkeit in Abhängigkeit vom Bildungsniveau ergibt ein ähnliches Muster: Paare mit einem höheren Bildungsabschluss haben in Westdeutschland, Großbritannien und auch in den USA häufiger keine Kinder als Paare mit niedrigerem Bildungsabschluss. In Ostdeutschland, Schweden, Finnland und auch in Kanada sind Frauen hingegen im

mittleren Bildungsniveau am häufigsten kinderlos. Der Einfluss von Länderregimen macht sich auch im absoluten Niveau der Kinderlosigkeit in den Gesellschaften bemerkbar: Westdeutschland hatte bis zum Jahr 2000 deutlich mehr kinderlose Frauen als die anderen Länder, in der jüngsten Stichprobe weist allerdings Großbritannien noch höhere Anteile auf. Die USA, Kanada, Finnland und Ostdeutschland liegen im Mittelfeld, während Schweden zu allen Zeitpunkten deutlich weniger Kinderlose hat als alle anderen Staaten. Allerdings konnte hierbei mit den vorliegenden Querschnittsdaten der Einfluss des Timingeffektes wiederum nicht geklärt werden, so dass eine abschließende Aussage zum Zusammenhang von Einkommen, Bildung und Kinderlosigkeit sowie im Folgenden für kinderreiche Familien nicht getroffen werden kann.

Bei der Untersuchung der Verteilung von Familien mit vier oder mehr Kindern zeigte sich, dass der landläufig oft vermutete Zusammenhang von Einkommensarmut und Kinderreichtum nur für die USA und Ostdeutschland uneingeschränkt gilt. In allen anderen Staaten ist überwiegend keine Korrelation erkennbar. Einzelne signifikante Ergebnisse zeigen dabei für Kanada und Großbritannien einen negativen Zusammenhang, für die beiden skandinavischen Länder hingegen einen positiven. Bis auf Finnland finden sich im Jahr 2000 die meisten kinderreichen Familien in den untersuchten Ländern unter den Paaren mit einem geringen Bildungsniveau, während Paare mit hoher Qualifikation seltener vier oder mehr Kinder haben. Der Anteil an kinderreichen Familien in den Stichproben ist von 1980 bis 2000 in den USA, Kanada und Großbritannien deutlich zurück gegangen und liegt nun ähnlich wie in Schweden bei etwa fünf Prozent. In Westdeutschland waren kinderreiche Familien bereits 1980 mit einem seither gleich bleibenden Anteil von nur drei Prozent selten. Einen Sonderfall stellt Ostdeutschland dar, wo in der Stichprobe 2000 nur 0,8 Prozent der Frauen vier oder mehr Kinder hatten. Dieser Befund gründet zwar auf einem geringem Stichprobenumfang, wird aber von Erhebungen des Statistischen Bundesamtes bestätigt. Die niedrigen Fertilitätsraten in Ostdeutschland lassen sich daher vor allem auf das Fehlen von kinderreichen Familien zurück führen, während in Westdeutschland ein hoher Anteil von kinderlosen Frauen ursächlich ist.

Das berufliche Umfeld von Frauen ist ein bislang in der Forschungsliteratur wenig beachteter Einflussfaktor auf die Fertilität. Wenngleich sich in der vorliegenden Stu-

die einerseits der Einfluss der Länderregime in den Niveauunterschieden der durchschnittlichen Kinderzahl, Kinderlosigkeit und Kinderreichtum über alle Berufsgruppen hinweg zeigt, so lassen sich doch einige Berufsgruppen identifizieren, welche in allen Ländern unabhängig vom Bildungsniveau der Frauen besonders hohe oder niedrige Kinderzahlen aufweisen. Beschäftigte in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft, Erziehung und Bildung sowie Gesundheit haben deutlich mehr Kinder als Frauen in den Bereichen Erholung und Kultur, öffentliche Verwaltung, Transportwesen oder in den Naturwissenschaften. Die geringen durchschnittlichen Fertilitätsraten in den Bereichen Erholung und Kultur, sowie der öffentlichen Verwaltung gehen mit einer hohen Kinderlosigkeit und sehr wenigen kinderreichen Familien einher, während Frauen in den Bereichen Naturwissenschaften und Transportwesen keine Extremwerte aufweisen. Inwiefern bei diesen Befunden die Präferenz von Frauen mit unterschiedlich stark ausgeprägten Kinderwünschen für ein bestimmtes Berufsfeld eine Rolle spielt, oder das berufliche Umfeld besonders familienfreundliche oder -hinderliche Strukturen aufweist, müsste mit weiteren Mikrostudien geklärt werden. Im günstigsten Fall könnten hier konkrete Ansatzpunkte für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Sinne eines familienfreundlichen Berufsumfeldes gefunden werden.

Die Ergebnisse dieser Arbeit decken sich nicht immer mit den theoretisch erwarteten Gruppierungen der einzelnen Staaten, liefern jedoch in den meisten Fällen eine Bestätigung der drei Regimetypen. Großbritannien lässt sich allerdings nicht in die erwartete Klassifizierung der liberalen Länder einfügen, sondern weist überraschend ähnliche Muster wie Westdeutschland auf. Hier wäre eine weitergehende Untersuchung der politischen Konstellationen wünschenswert, wie sie im Anschluss an die empirische Untersuchung für Deutschland vorgenommen wurde. Dabei ließ sich das von der soziologischen Theorie herausgearbeitete Wechselspiel zwischen gesellschaftlichen Werteentwicklungen und der Politik beobachten. In Westdeutschland ist derzeit die Einstellung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf stark im Wandel, so dass sich die in den vergangenen Jahrzehnten aufgebauten Rahmenbedingungen für Familien für immer mehr Paare als Hindernis bei der Entscheidung für ein Kind erweisen. Seit der Bundestagswahl 1998 versucht die Politik zwar mit einem Paradigmenwechsel auf diese Entwicklung zu reagieren und verstärkt für mehr Betreuungsplätze zu sorgen. Diese lassen sich angesichts der angespannten Haus-

haltslage des Staates jedoch nicht kurzfristig schaffen und das private Angebot ist auch angesichts der relativ geringen Zahlungsbereitschaft von Eltern für Fremdbetreuung bisher nicht flächendeckend vorhanden. Betreuung ist aber nicht der einzig relevante Parameter bei der Fertilitätsentscheidung. Die eingehende Untersuchung der familienpolitischen Rahmenbedingungen macht deutlich, dass in Deutschland viele verschiedene Bausteine von der Betreuungsinfrastruktur bis hin zur Ausgestaltung der Elternzeit und des Erziehungsgeldes das Drei-Phasen-Modell fördern und eine simultane Vereinbarkeit von Beruf und Familie behindern. Dies gilt vor allem für Westdeutschland, während in Ostdeutschland die zu DDR-Zeiten aufgebauten Strukturen und Werthaltungen fortbestehen und hier die schlechte Situation am Arbeitsmarkt das Haupthindernis bei der Entscheidung für ein Kind und vor allem für weitere Kinder zu sein scheint. Während in Ostdeutschland eine Erfolg versprechende Familienpolitik vorrangig in einer guten Wirtschaftspolitik zu sehen ist, müsste in Westdeutschland die Festlegung auf das Drei-Phasen-Modell aufgebrochen werden, um mehr Paaren eine echte Wahlfreiheit zwischen verschiedenen Familienmodellen zu ermöglichen.

Literatur

Abramovici, Gérard, 2003, Sozialschutz: Barleistungen für Familien in Europa, in: Eurostat (Hrsg.), Statistik kurz gefasst, Thema 3, Nr. 19. Luxemburg

Ahn, Namkee / **Mira**, Pedro, 1999, A note on the changing relationship between fertility and female employment rates in developed countries. FEDEA Documento de Trabajo 99-09. Madrid

Althammer, Jörg, 2003, Gibt es verfassungskonforme Möglichkeiten zur Einschränkung des Ehegattensplittings?, in: Sozialer Fortschritt, 52. Jg., Heft 7, S. 159–163

Andersson, Gunnar, 2001, The impact of Labour-Force Participation on Childbearing Behaviour: Pro-Cyclical Fertility in Sweden during the 1980s and the 1990s. In: European Journal of Population, Nr. 16, S. 293–333

Ariès, Philippe, 1975, Geschichte der Kindheit. München

Auer, Manfred, 2000, Vereinbarungskarrieren. Eine karrieretheoretische Analyse des Verhältnisses von Erwerbsarbeit und Elternschaft. München / Mering

Bach, Stefan / **Buslei**, Hermann / **Svindland**, Dagmar / **Baumgartner**, Hans J. / **Flach**, Juliane / **Teichmann**, Dieter, 2003, Untersuchung zu den Wirkungen der gegenwärtigen Ehegattenbesteuerung, DIW Materialien Nr. 27. Berlin

Bahle, Thomas, 1995, Familienpolitik in Westeuropa. Ursprünge und Wandel im internationalen Vergleich. Frankfurt (Main)

Bamberg, Günter / **Baur**, Franz, 2002, Statistik. München u.a.

Barglow, Peter / **Vaughn**, Brian / **Molitor**, Nancy, 1987, Effects of maternal absence due to employment on the quality of infant mother attachment in a low-risk-sample, in: Child Development Nr. 58, S. 945–955

Bauer, Tobias, 2000, Die Familienfalle – eine ökonomische Analyse. Zürich

Beblo, Miriam / **Beninger**, Denis / **Laisney**, François, 2003, Family Tax Splitting: A Microsimulation of its Potential Labour Supply and Intra-household Welfare Effects in Germany, ZEW Discussion Paper No. 03-32. Mannheim

Beblo, Miriam / **Wolf**, Elke, 2002, Wage Penalties for Career Interruptions. An Empirical Analysis for West Germany, ZEW Discussion Paper No. 02-45. Mannheim

Becker, Gary S., 1960, An economic analyse of fertility, in: National Bureau of Economic Research (Hg.): Demographic and economic change in developed countries, S. 209–231

Becker, Gary S., 1982, Eine Theorie der Allokation der Zeit, in: Becker, Gary S., Der ökonomische Ansatz zur Erklärung menschlichen Verhaltens, S. 97–130

Becker, Gary S., 1993, *A treatise on the family*. Cambridge (Mass.)

Becker, Irene / **Hauser**, Richard, 2003, *Anatomie der Einkommensverteilung. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1969 – 1998*. Berlin

Belsky, Jay / **Woodworth**, Sharon / **Crnic**, Keith, 1996, Trouble in the second year: Three questions about family interaction, in: *Child Development* Nr. 67, S. 556–578

Ben-Porath, Yoram, 1982, Economics and the family – Match or mismatch? A review of Becker's *A treatise on the family*, in: *Journal of Economic Literature*, Vol. 20, S. 52–64

Berger, Thomas, 1999, *Themen und Probleme der Geschichte: Der Nationalsozialismus*. Berlin

Bernhardt, Eva M., 1993, Fertility and Employment. In: *European Sociological Review*, Vol. 9, Nr. 1, S. 25–42

Bertram, Hans / **Rösler**, Wiebke / **Ehlert**, Nancy, 2005, Zeit, Infrastruktur und Geld: Familienpolitik als Zukunftspolitik. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 23-24, S. 6–15

Bertram, Hans, 1997, *Familien leben. Neue Wege zur flexiblen Gestaltung von Lebenszeit, Arbeitszeit und Familienzeit*. Gütersloh

Bielenski, Harald / **Bosch**, Gerhard / **Wagner**, Alexandra, 2002, *Wie die Europäer arbeiten wollen. Erwerbs- und Arbeitszeitwünsche in 16 Ländern*. Frankfurt (Main) / New York

Birg, Herwig / **Flöthmann**, Ernst-Jürgen / **Reiter**, Iris, 1996, *Biographische Theorie der demographischen Reproduktion*. Frankfurt (Main)

Birg, Herwig, 2001, *Die demographische Zeitenwende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa*. München

Blau, David M., 2001, *The child care problem. An economic analysis*. New York

BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), 2002, *Bundesstatistik Erziehungsgeld*. Berlin

BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2004a, *Leitlinien einer nachhaltigen Familienpolitik vom 10.12.2004*, Internet: <http://www.bmfsfj.de/Politikbereiche/familie,did=20172.html> [Stand 15-5-2006]

BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), 2004b, *Bericht zur Elternzeit*. Berlin

Bomdsdorf, Eckart / **Babel**, Bernhard, 2004, Ein Modell zur Beschreibung der kohortenbezogenen Entwicklung der Fertilität in Deutschland. In: *Wirtschaft und Statistik* Nr. 9, S. 1052–1059

Bomsdorf, Eckart / **Babel**, Bernhard, 2005, Wie viel Fertilität und Migration braucht Deutschland? In: Wirtschaftsdienst, Jg. 85, Nr. 6, S. 387–394

Bomsdorf, Eckart, 2005, Perspektive für eine nachhaltige Familienpolitik. Ergebnisse des Gutachtens. Internet: http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Bomsdorf-Gutachten-projekt_201_2C7,property=pdf.pdf [Stand 15-5-2006]

Borchardt, Anke / **Stöbel-Richter**, Yve, 2004, Die Genese des Kinderwunsches bei Paaren – eine qualitative Studie. Materialien zur Bevölkerungswissenschaft Nr. 114. Wiesbaden

Bosch, Karl, 1998, Statistik-Taschenbuch. München u.a.

Bradshaw, Jonathan / **Finch**, Naomi, 2002, A comparison of child benefit packages in 22 countries, DWP Research Report No. 174. Leeds

Brentano, Lujo, 1909, Die Malthussche Lehre und die Bevölkerungsbewegung der letzten Dezennien, in: Abhandlungen der historischen Klasse der Königlichen Bayerischen Akademie der Wissenschaft, Verlag der Königlichen Bayerischen Akademie. München

Brewster, Karin L. / **Rindfuss**, Ronald R., 2000, Fertility and Women's Employment in Industrialized Nations. In: Annual Review of Sociology, Nr. 26, S. 271–296

Brisch, Karl Heinz, 1999, Bindungsstörungen. Von der Bindungstheorie zur Therapie. Stuttgart

Buber, Isabella, 2001, The effect of completion of education on entry into motherhood in Austria. Or: The "real" education catch-up effect. Österreichische Akademie der Wissenschaften. Institut für Demographie. Forschungsbericht Nr. 22. Wien

Büchel, Felix / **Spieß**, Katharina C., 2002, Form der Kinderbetreuung und Arbeitsmarktverhalten in West- und Ostdeutschland, in: Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bd. 220. Stuttgart

Büchel, Felix / **Trappe**, Heike, 2001, Die Entwicklung der Einkommensposition kinderreicher Familien in Deutschland, in: Zeitschrift für Familienforschung, 13. Jg., Heft 2, S. 5-28

Bundesregierung (Hrsg.), 2005, Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Berlin

Bürgisser, Margret, 1998, Wie Du mir, so ich Dir... Bedingungen und Grenzen egalitärer Rollenteilung in der Familie. Chur und Zürich

Burkart, Günter, 2002, Glück der Liebe. Eine unendliche Geschichte. In: Alfred Bellebaum (Hrsg.): Glücksforschung, Eine Bestandsaufnahme, S. 177-192

Burniaux, Jean-Marc / **Duval**, Romain / **Jaumotte**, Florence, 2003, Coping with ageing: A dynamic approach to quantify the impact of alternative policy options on future labour supply in OECD countries, Economics Department Working Papers No. 371. Paris

Butz, William P. / **Ward**, Michael P., 1979, The emergence of countercyclical U.S. fertility, in: American Economic Review 69, Nr. 3, S. 318-328

Caldwell, John C., 1982, The wealth flow theory of fertility decline, in: Höhn, Charlotte / Mackensen, Rainer (Hrsg.), Determinants of Fertility Trends: Theories Re-Examined, S. 169-188

Cantillon, Bea / **Van den Bosch**, Karel, 2002, Social policy strategies to combat income poverty of children and families in Europe. LIS No. 336. Luxembourg

CDU / CSU / SPD (Hrsg.), 2005, Gemeinsam für Deutschland – Mit Mut und Menschlichkeit. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. Internet: http://kampagne.spd.de/servlet/PB/show/1589444/111105_Koalitionsvertrag.pdf [Stand 15-5-2006]

Coale, Ansley J., 1986, The Decline of Fertility in Europe since the Eighteenth Century As a Chapter in Demographic History, in: Coale, Ansley J. / Cotts Watkins, Susan (Hrsg.), The Decline of Fertility in Europe, S. 1-30

Daly, Mary / **Valletta**, Robert, 2000, Inequality and poverty in the United States: The Effects of changing family Behavior and Rising Wage Dispersion. Working Papers in applied economic theory 2000-06. San Francisco

De Wit, Margaret L. / **Ravanera**, Zenaida R., 1998, The changing impact of women's educational attainment on the timing of births in Canada, in: Canadian Studies in Population 25 (1), S. 45-67

Der Spiegel (Hrsg.), 2004, Der letzte Deutsche. Auf dem Weg zur Greisen-Republik. Titelgeschichte Heft 2, S. 38-53

Desaj, Sonalde / **Waite**, Linda J., 1991, Women's employment during pregnancy and after the first birth occupational characteristics and work commitment. In: American Sociological Review 56 (4), S. 551-566

Dettling, Warnfried (Hrsg.), 1978, Schrumpfende Bevölkerung – Wachsende Probleme? Ursachen – Folgen – Strategien. München

Deutsche Bundesbank (Hrsg.), 2002, Staatliche Leistungen für die Förderung von Familien. Monatsbericht April. Frankfurt (Main)

Deutscher Bundestag (Hrsg.), 1998, Zweiter Zwischenbericht der Enquête-Kommission Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den einzelnen und die Politik. Berlin

Deutscher Bundestag (Hrsg.), 2002, Schlussbericht der Enquête-Kommission Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik. Berlin

Dickmann, Nicola / Seyda, Susanne, 2004, Gründe für den Geburtenrückgang in: Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.), Perspektive 2050 – Ökonomik des demographischen Wandels, S. 35-66

Dickmann, Nicola, 2003a, Fertility and Family income on the move – an international comparison over 20 years, in: Luxembourg Income Study Working Paper Series No. 360. Luxembourg

Dickmann, Nicola, 2003b, Demographischer Wandel – Fertilitätsraten im internationalen Vergleich, in: IW-Trends – Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung, Jg. 30, Nr. 1, S. 45-56

Dickmann, Nicola, 2004a, Einkommenslagen von Familien im internationalen Vergleich, in: Zeitschrift für Sozialen Fortschritt, Jg. 53, Heft 7, S. 165-173

Dickmann, Nicola, 2004b, Grundlagen der demographischen Entwicklung in: Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.), Perspektive 2050 – Ökonomik des demographischen Wandels, S. 11-33

Dickmann, Nicola, 2004c, Ein demographisches Porträt der osteuropäischen Beitrittsländer, in: IW-Trends – Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung, Jg. 31, Nr. 1, S. 21-26.

DiPrete, Thomas A. / Morgan, Philip S. / Engelhardt, Henriette / Pacalova, Hanna, 2003, Do Cross-National Differences in the Costs of Children Generate Cross-National Differences in Fertility Rates? Internet: <http://opus.zbw-kiel.de/volltexte/2004/1906/> [Stand 15-5-2006]

Dorbritz, Jürgen / Fleischhacker, Jochen, 1995, Der Übergang von der Bevölkerungs- zur Familienpolitik in den neuen Bundesländern – ein Beitrag zum familienpolitischen Diskurs in Deutschland. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Jg. 20 Nr. 2, S. 159 – 185

Dorbritz, Jürgen / Lengerer, Andrea / Ruckdeschel, Kerstin, 2005, Einstellungen zu demographischen Trends und zu bevölkerungsrelevanten Politiken. Ergebnisse der Population Policy Acceptance Study in Deutschland. Wiesbaden

Dorbritz, Jürgen / Philipov, Dimitar, 2002, Der Wandel in den Mustern der Familienbildung und der Ehescheidungen in den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas – Die Folgen des Austausches der Wirtschafts- und Sozialordnung. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Jg. 27, Heft 4, S. 427-463

Dorbritz, Jürgen / Schwarz, Karl, 1996, Kinderlosigkeit in Deutschland – ein Massenphänomen? Analyse zu Erscheinungsformen und Ursachen. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Jg. 21 Nr. 3, S. 231 – 261

Dornes, Martin, 1998a, Die frühe Kindheit. Entwicklungspsychologie der ersten Lebensjahre. Frankfurt (Main)

Dornes, Martin, 1998b, Mütterliche Berufstätigkeit als Risikofaktor? Internet: <http://www.liga-kind.de/pages/dorn398.htm> [Stand 15-5-2006]

Duchêne, Joseph / **Gabadinho**, Alexis / **Willems**, Michel / **Wanner**, Philippe, 2004, Study of low fertility in the regions of the European Union: places, periods and causes. Luxembourg

Duschek, Klaus-Jürgen / **Wirth**, Heike, 2005, Kinderlosigkeit von Frauen im Spiegel des Mikrozensus. Eine Kohortenanalyse der Mikrozensusen 1987 bis 2003. Tabellenband. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 8, S. 800-820

Eekhoff, Johann, 1996, Beschäftigung und soziale Sicherung. Tübingen

Eggen, Bernd, 1997, Einkommenslagen und wirtschaftlich schwierige Situation von Ehepaaren ohne Kinder und mit Kindern in Ost- und Westdeutschland. In: Zeitschrift für Sozialen Fortschritt, Nr. 3, S. 68-73

Eggen, Bernd, 2004, Oben und Unten: Familieneinkommen aus der Sicht der Kinder. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg, Nr. 9, S. 18-25

Eidgenössisches Finanzdepartement, 1998, Bericht der Expertenkommission zur Überprüfung des schweizerischen Systems der Familienbesteuerung. Bern

EIS – European Innovation Scoreboard, 2003, Technical Paper No. 6, Indicators Methodological Report. Internet: http://trendchart.cordis.lu/scoreboards/scoreboard2003/pdf/eis_2003_tp6_methodology.pdf [Stand 15-5-2006]

Emunds, Bernhard / **Ludwig**, Heiner / **Zingel**, Heribert, 2003, Die Zwei- Verdiener-Familie. Von der Familienförderung zur Kinderförderung?. Münster

Ernst, Cécile, 1993, Sind Säuglinge psychisch besonders verletzlich? Argumente für eine hohe Umweltresistenz der frühesten Kindheit, in: Petzold, Hilarion (Hrsg.), Frühe Schädigungen – späte Folgen? Psychotherapie und Babyforschung, Band 1, S. 67-81

Esping-Andersen, Gøsta, 1990, The Three Worlds of Welfare Capitalism. Cambridge

Eurostat, 2004a, Bevölkerungsstatistik. Luxemburg

Eurostat, 2004b, Monetäre Armut in den neuen Mitgliedsstaaten und den Bewerberländern. In: Statistik kurz gefasst, Nr. 12. Internet: http://www.eds-destatis.de/de/downloads/sif/nk_04_12.pdf [Stand 15-5-2006]

Eurostat, 2005, New Cronos Datenbank. Internet: <http://.epp.eurostat.eu.int/> [Stand 15-5-2006]

FAZ - Frankfurter Allgemeine Zeitung (Hrsg.), 2005, Familiensozialismus, in: FAZ Nr. 9 vom 12.1.2005, S.1

FAZ – Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2003, Die demographische Zeitbombe. FAZ-Serie in sieben Teilen vom 7. August bis 19. September. Frankfurt (Main)

Forsa, 2004, Erziehung, Bildung und Betreuung – Ergebnisse einer repräsentativen Befragung junger Eltern. Internet: <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung2/Pdf-Anlagen/050316-forsa-umfrage,property=pdf.pdf> [Stand 15-5-2006]

Forssén, Katja, 1998, Child poverty and family policy in OECD countries. LIS working paper No. 178. Luxembourg

Fränznick, Monika / **Wieners**, Karin, 2001, Ungewollte Kinderlosigkeit. Psychosoziale Folgen, Bewältigungsversuche und die Dominanz der Medizin. Weinheim / München

Fthenakis, Wassilios / **Kalicki**, Bernhard / **Peitz**, Gabriele, 2002, Paare werden Eltern. Die Ergebnisse der LBS-Familien-Studie. Opladen.

Fux, Beat, 1994, Der familienpolitische Diskurs. Eine theoretische und empirische Untersuchung über das Zusammenwirken und den Wandel von Familienpolitik, Fertilität und Familie. Berlin

Fux, Beat, 2002, Which Models of the Family are Encouraged or Discouraged by Different Family Policies? In: Kaufmann, Franz-Xaver et al. (Hrsg.), Family Life and Family Policies in Europe. Vol. 2: Problems and Issues in Comparative Perspective, S. 363-418

Gauthier, Anne Hélène, 1996, The State and the Family. A Comparative Analysis of Family Policies in Industrialized Countries. Oxford

Grabka, Markus M. / **Krause**, Peter, 2005, Einkommen und Armut von Familien und älteren Menschen. DIW-Wochenbericht Nr. 9, Jg. 72, S. 155–162

Grossmann, Klaus E. / **Grossmann**, Karin, 1995, Frühkindliche Bindung und Entwicklung individueller Psychodynamik über den Lebenslauf, in: Familiendynamik Nr. 20, S. 171–192

Grünheid, Evelyn, 2003, Junge Frauen in Deutschland – Hohe Ausbildung contra Kinder?, in: Mitteilungen des Bundesinstituts für Bevölkerungswissenschaft, 24. Jg., 1/2003, S. 9–15

Gustafsson, Siv, 1992, Separate taxation and married women's labor supply. A comparison of West Germany and Sweden, in: Journal of Population Economics, 5. Jg., Nr. 1, S. 61–85

Gustafsson, Siv, 2001, Optimal age at motherhood. Theoretical and empirical considerations on postponement of maternity in Europe, in: Journal of Population Economics Nr. 14, S. 225–247

Gutiérrez Domènech, Maria, 1996, The impact of the labour market on the timing of marriage and births in Spain. Internet: <http://cep.lse.ac.uk/pubs/download/dp0556.pdf> [Stand 15-5-2006]

Hank, Karsten / **Kreyenfeld**, Michaela / **Spieß**, Katharina, 2003, Kinderbetreuung und Fertilität in Deutschland. In: DIW Diskussionspapiere Nr. 331. Berlin

Hank, Karsten / **Kreyenfeld**, Michaela, 2001, Childcare and Fertility in (Western) Germany, Rostock, MPIDR Working Paper Nr. 19, Internet: <http://www.demogr.mpg.de/Papers/Working/wp-2001-019.pdf> [Stand 15-5-2006]

Hank, Karsten, 2001, Regional Fertility Differences in Western Germany: An Overview of the Literature and Recent Descriptive Findings, International Journal of Population Geography, Nr. 7, S. 243–257

Harkness, Susan / **Waldfoegel**, Jane, 1999, The Family Gap in pay: evidence from seven industrialised countries. LIS working paper No. 219. Luxembourg

Harmsen, Hans / **Schubnell**, Hermann (Hrsg.), 1974, Ausmaß – Ursachen – Bedeutung des Geburtenrückganges in der Bundesrepublik Deutschland (Arbeitstagung der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft 1971). Hamburg

Harris, Marvin / **Ross**, Eric, 1987, Death, Sex, and Fertility. Population Regulation in Preindustrial and Developing Societies. New York

Hartmann, Petra, 1998, Arbeitsteilung im Haushalt, in: Braun, Michael / Mohler, Peter Ph. (Hrsg.), Blickpunkt Gesellschaft 4. Soziale Ungleichheit in Deutschland, S. 139–172

Hartung, Joachim / **Elpelt**, Bärbel / **Klösner**, Karl-Heinz, 2002, Statistik. Lehr- und Handbuch der angewandten Statistik. München u.a.

Hauser, Richard, 1995, Zur Entwicklung der Einkommenslage von Familien über zwei Dekaden – einige empirische Grundlagen zur Würdigung der deutschen Familienpolitik. In: Kleinhenz, Gerhard (Hrsg.), Soziale Ausgestaltung der Marktwirtschaft. Heinz Lampert zum 65. Geburtstag, S. 133-150

Hauser, Richard, 1999, Die Entwicklung der Einkommensverteilung und der Einkommensarmut in den alten und neuen Bundesländern. Aus Politik und Zeitgeschichte, Band 18. Bonn

Heckman, James J. / **Walker**, James R., 1990, The relationship between wages and income and the timing and spacing of births: Evidence from swedish longitudinal data. In: Econometrica, Vol. 58, Nr. 6, S. 1411–1441

Henman, Barbara / **Voigtländer**, Michael, 2004, Unzureichende Berücksichtigung der Kindererziehung als Ursache der Rentenkrise, in: Wirtschaftsdienst Nr. 3, S. 166–173

Herlyn, Ingrid / **Krüger**, Dorothea, 2003, Späte Mütter. Eine empirisch-biographische Untersuchung in West- und Ostdeutschland. Opladen

Hesse, Klaus / **Thiel**, Silke, 2002, Die Entwicklung der Einkommen und Einkommensverwendung von Familien mit Kindern im Vergleich. In: Dorbritz, Jürgen / Otto, Johannes (Hrsg), Familienpolitik und Familienstrukturen. Materialien zur Bevölkerungswissenschaft. Heft 108, S. 61-68

Hessischer Landtag, 2003, Gemeinsamer Antrag zur Einsetzung einer Enquete-kommission „Demographischer Wandel – Herausforderung an die Landespolitik“. Drucks. 16/305. Wiesbaden

Hinneburg, Heike, 2003, Die Entwicklung der Familienbesteuerung – einschließlich Kindergeld, IFSt-Schrift Nr. 402. Bonn

Hirschman, Charles, 1994, Why fertility changes, in: Annual Review of Sociology, Nr. 20, S. 203-233

Hoem, Britta / **Hoem**, Jan M., 1989, The impact of women's employment on second and third births in modern Sweden, in: Population Studies 43 (1), S. 47-67

Hoem, Britta, 2000, Entry into motherhood in Sweden: the influence of economic factors on the rise and fall in fertility, 1986-1997, in: Demographic Research 2. Internet: www.demographic-research.org/Volumes/Vol2/4 [Stand 15-5-2006]

Hoem, Jan M. / **Andersson**, Gunar / **Neyer**, Gerda, 2005, Childlessness and educational attainment among Swedish women born in 1955-59. MPIDR Working paper WP 2005-014. Rostock

Hohlmeier, Monika / **Stewens**, Christa, 2003, PISA, IGLU und die Folgen. Die Notwendigkeit einer kindgerechten frühen Förderung, insbesondere im Kindergarten, in: Politische Studien, 54. Jg., Sonderheft 3, S. 56–69

Höhn, Charlotte / **Schubnell**, Hermann, 1986, Bevölkerungspolitische Maßnahmen und ihre Wirksamkeit in ausgewählten europäischen Industrieländern. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Jg. 12, Nr. 1. S. 3–51 (Teil I) und Nr. 2, S. 185–219 (Teil II)

Höpflinger, Francois, 1997, Bevölkerungssoziologie. Eine Einführung in bevölkerungssoziologische Ansätze und demographische Prozesse. Weinheim / München

Huinink, Johannes / **Wagner**, Michael, 1998, Individualisierung und die Pluralisierung von Lebensformen, in: Friedrichs, Jürgen (Hrsg.), Die Individualisierungsthese, S. 85–106

Hülskamp, Nicola / **Koppel**, Oliver, 2005, Deutschlands Position im Innovationswettbewerb – Ergebnisse des IW-Innovationsbenchmarkings. In: IW-Trends – Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung, Jg. 32, Nr. 3, S. 45-61

Hülskamp, Nicola / **Seyda**, Susanne, 2004, Staatliche Familienpolitik in der sozialen Marktwirtschaft. Ökonomische Analyse und Bewertung familienpolitischer Maßnahmen. IW-Analysen Nr. 11. Köln

Hülskamp, Nicola / Seyda, Susanne, 2005, Politische Rahmenbedingungen als Ursachen niedriger Fertilitätsraten, in: Wirtschaftsdienst, Jg. 85, Nr. 2, S. 109-116

IfD – Institut für Demoskopie Allensbach, 2004, Einflussfaktoren auf die Geburtenrate. Ergebnisse einer Repräsentativbefragung zu Kinderwünschen und den Gründen für eine Entscheidung gegen (weitere) Kinder. Allensbach

Jungwirth, Carola, 2002, Die Zukunft der Frauen im Arbeitsmarkt. Verbessert das reformierte Bundeserziehungsgeldgesetz ihre Chancen?, in: Dilger, Alexander (Hrsg.), Zukunft der Arbeit. Wirtschaftliche Dynamik und Reformen, S. 41–58

Kaa, Dirk van de, 1997, Verankerte Geschichten: Ein halbes Jahrhundert Forschung über die Determinanten der Fertilität - Die Geschichte und Ergebnisse. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft Jg. 22, S. 3–57

Kaltenborn, Bruno / Koch, Susanne, 2003, Arbeitsmarkteffekte eines Freibetrags bei den Sozialabgaben. Mering

Kaser, Karl, 2000, Macht und Erbe. Männerherrschaft, Besitz und Familie im östlichen Europa (1500-1900). Wien

Kaufmann, Franz-Xaver (Hrsg.), 1975, Bevölkerungsbewegung zwischen Quantität und Qualität, Beiträge zum Problem einer Bevölkerungspolitik in industriellen Gesellschaften. Stuttgart

Kaufmann, Franz-Xaver, 1990, Ursachen des Geburtenrückgangs in der Bundesrepublik Deutschland und Möglichkeiten staatlicher Gegenmaßnahmen. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaften, Jg. 16, Nr. 3-4, S. 383–396

Kirchhoff, Paul, 2003, Der Schutz von Ehe und Familie im Einkommensteuerrecht, in: Ahlheim, Michael / Wenzel, Heinz-Dieter / Wiegand, Wolfgang: Steuerpolitik – Von der Theorie zur Praxis, Festschrift für Manfred Rose, S. 505–520

Kirner, Ellen / Schwarze, Johannes, 1996, Zur Einkommenssituation und Einkommensverwendung von Familien mit jüngeren Kindern. In: DIW Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Jg. 65 Nr. 2, S. 190-208

Klein, Thomas, 1989, Bildungsexpansion und Geburtenrückgang. Eine kohortenbezogene Analyse zum Einfluss veränderter Bildungsbeteiligung auf die Geburt von Kindern im Lebensverlauf, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 41, S. 483–503

Klemm, Solveig / Martin, Claudia, 2004, Frauen in Führungspositionen. Ein interkultureller Vergleich Deutschland – USA. Marburg

Klös, Hans-Peter / Kroker, Rolf, 2004, Perspektive 2050: Ordnungsökonomische Weichenstellungen und wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf, in: Institut der deutschen Wirtschaft (Hrsg.), Perspektive 2050. Ökonomik des demographischen Wandels, S. 391–415

Kopp, Johannes, 2002, Geburtenentwicklung und Fertilitätsverhalten. Theoretische Modellierungen und empirische Erklärungsansätze. Konstanz

Koppetsch, Cornelia / **Burkart**, Günter, 1999, Die Illusion der Emanzipation. Zur Wirksamkeit latenter Geschlechtnormen im Milieuvvergleich. Konstanz

Kravdal, Øystein, 1992, The Emergence of a Positive Relation Between Education and Third Birth Rates in Norway with Supportive Evidence from the United States. In: Population Studies Nr. 46, S. 459–475

Kreyenfeld, Michaela, 2001, Employment and Fertility – East Germany in the 1990s. Rostock

Kuijsten, Anton / **Strohmeier**, Klaus-Peter / **Schulze**, Hans-Joachim, 1994, Social Policy and the Forms of Family Life in Europe. In: International Social Security Review, Nr. 3 – 4, S. 11–30

Künzler, Jan / **Walter**, Wolfgang / **Reichart**, Elisabeth / **Pfister**, Gerd, 2001, Gender division of labour in unified Germany. Internet: http://www.uni-wuerzburg.de/soziologie/na_rep.pdf [Stand 15-5-2006]

Künzler, Jan, 1994, Familiäre Arbeitsteilung. Die Beteiligung von Männern an der Hausarbeit, Reihe Theorie und Praxis der Frauenforschung, Band 24. Bielefeld

Künzler, Jan, 1995, Familiäre Arbeitsteilung in der Bundesrepublik Deutschland 1988, in: Gerhardt, Uta / Hradil, Stefan / Lucke, Doris / Nauck, Bernhard (Hrsg.), Familie der Zukunft. Lebensbedingungen und Lebensformen, S. 149–170

Lamb, Michael E., 1998, Nonparental child care: Context, quality, correlates, and consequences, in: Sigel, Irving / Renninger, Ann (Hrsg.), Handbook of Child Development, Vol. 5: Child Psychology in Practice, S. 73–133

Lardinois, Roland, 1997, Weltordnung und Familieninstitution in Indien, in: Burgière, André et al. (Hrsg.), Geschichte der Familie. Bd. 2 Mittelalter, S. 335-384

Lauterbach, Wolfgang, 1994, Berufsverläufe von Frauen. Erwerbstätigkeit, Unterbrechung und Wiedereintritt. Frankfurt (Main)

Lee, James / **Wang**, Feng, 1999, One Quarter of Humanity. Malthusian Mythology and Chinese Realities. Cambridge

Leibenstein, Harvey, 1957, Economic backwardness and economic growth. New York

Leipert, Christian, 2001, Familie als Beruf: Arbeitsfeld der Zukunft. Opladen

Lengerer, Andrea, 2004, Familienpolitische Regimetyphen in Europa und ihre Bedeutung für den Wandel der Familie, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Jg. 29, Nr. 1, S. 99–121

- Liebold**, Renate, 2001, „Meine Frau managt das ganze Leben zu Hause...“ – Partnerschaft und Familie aus der Sicht männlicher Führungskräfte. Wiesbaden
- Linde**, Hans, 1984, Theorie der säkularen Nachwuchsbeschränkung 1800 bis 2000. Frankfurt (Main) / New York
- Lino**, Mark, 2002, Expenditures on Children by families. 2001 Annual report. United States Department of Agriculture (USDA). Washington
- List**, Juliane, 2003, Elementar- und Primarbereich: Erziehung und Bildung in der frühen Kindheit, in: Klös, Hans-Peter / Weiß, Reinhold (Hrsg.), 2003, Bildungsbenchmarking Deutschland. Was macht ein effizientes Bildungssystem aus?, S. 43-85
- Livi-Bacci**, Massimo, 1973, A Century of Portuguese fertility?. Princeton
- Ludwig**, Isolde / **Schlevogt**, Vanessa / **Klammer**, Ute / **Gerhard**, Ute, 2002, Managerinnen des Alltags. Strategien erwerbstätiger Mütter in Ost- und Westdeutschland, Hans Böckler Stiftung. Berlin
- Malthus**, Thomas Robert, 1978, Bevölkerungsgesetz. München
- Matthes**, Jürgen / **Schröder**, Christoph, 2004, Rahmenbedingungen für Unternehmen – Zur Aggregation von Weltbankdaten, in: IW-Trends – Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung, Jg. 31, Nr. 4, S. 51–62
- McDonald**, Peter, 1990, The Costs of Children. A Review of Methods and Results. In: Family Matters No. 27, Australian Institute of Family Studies, S. 19-22
- Miegel**, Meinhard, 2002, Die deformierte Gesellschaft. Wie die Deutschen ihre Wirklichkeit verdrängen. München
- Mischau**, Anina / **Blättel-Mink**, Birgit / **Kramer**, Caroline, 1998, Innerfamiliäre Arbeitsteilung – Frauen zwischen Wunsch und Wirklichkeit. In: Soziale Welt, Zeitschrift für sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis, Nr. 49, S. 333 – 354
- Mitterauer**, Michael / **Sieder**, Reinhard, 1991, Vom Patriachat zur Partnerschaft. Zum Strukturwandel der Familie. München
- Mitterauer**, Michael, 1992, Familie und Arbeitsteilung. Historischvergleichende Studie. Wien / Köln / Weimar
- Mocan**, Naci, 2001, Can Consumers detect lemons? Information asymmetry in the market for child care. NBER working paper Nr. 8291. Washington
- Münnich**, Margot / **Krebs**, Thomas, 2002, Ausgaben für Kinder in Deutschland. Berechnungen auf der Grundlage der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998. In: Wirtschaft und Statistik Nr. 12, S. 1080-1100

Mureşan, Cornelia / **Rotariu**, Traian, 2000, Recent demographic development in Romania. In: Kučera, Tomáš / Kučerová, Olga / Opara, Oksana / Schaich, Eberhard (Hrsg.), New demographic faces of Europe. Berlin / Heidelberg / New York

NICHD – Early Child Care Research Network, 1997, The effects of infant child care on infant-mother attachment security: Results of the NICHD Study of Early Child Care. Child Development Nr. 68, S. 860-879

Notestein, Frank W., 1945, Population – The Long View, in: Schultz, Theodore W. (Hrsg.), Food for the World, S. 36-57

Notz, Petra, 2001, Frauen, Manager, Paare. Wer managt die Familie?. München / Meringen

OECD – Organisation for Economic Co-operation and Development (Hrsg.), 2001, Employment Outlook. Paris

OECD – Organisation for Economic Co-operation and Development (Hrsg.), 2004, Education at a glance. OECD Indicators 2004. Paris

OECD – Organisation for Economic Co-operation and Development (Hrsg.), 2005a, babies and bosses. Reconciling work and family life. Volume 4. Canada, Finland, Sweden and the United Kingdom. Paris

OECD – Organisation for Economic Co-operation and Development (Hrsg.), 2005b, women in employment. Internet: <http://www.oecd.org/dataoecd/53/52/31457987.pdf> [Stand 15-5-2006]

Oepen, Wilhelm, 1999, Zur Einkommensbesteuerung von Ehegatten – Entstehung, Kritik und Änderungsvorschläge, IFSSt-Schrift Nr. 370. Bonn

Oesterdiekhoff, Georg W., 1997, Kulturelle Bedingungen kognitiver Entwicklung. Der strukturalistische Ansatz in der Soziologie. Frankfurt (Main)

Oesterdiekhoff, Georg W., 2001, Familie, Wirtschaft und Gesellschaft in Europa. Die historische Entwicklung von Familie und Ehe im Kulturvergleich. Stuttgart

Ott, Notburga, 1992, Intrafamily Bargaining and Household Decisions. Heidelberg

Ott, Notburga, 1997, Beruf, Kinder, Familie – ein Spannungsfeld aus ökonomischer Sicht, in: Behning, Ute (Hrsg.), Das Private ist ökonomisch. Widersprüche der Ökonomisierung privater Familien- und Haushaltsdienstleistungen, S. 41–66

Ott, Notburga, 1998, Der familienökonomische Ansatz von Gary S. Becker, in: Pies, Ingo (Hrsg.), Gary Beckers ökonomischer Imperialismus, S. 63–90

Parsche, Rüdiger / **Gebauer**, Andrea / **Grimm**, Caroline / **Michler**, Oliver / **Nam**, Chang Woon, 2003, Steuerlich induzierte Kinderlasten: Empirische Entwicklung in Deutschland, Ifo Forschungsberichte Nr. 19. München

Peter, Waltraut, 2001, Die sozialpolitischen Reformen der USA in den 90er Jahren und ihre Wirkungen. In: IW-Trends – Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung, Jg. 28, Nr. 2, S. 87-103

Phipps, Shelley, 1996, What is the income „cost of a child“? Exact equivalence scales for canadian two-parent families. In: The review of economics and statistics, S. 157-164

Pimpertz, Jochen, 2004, Soziale Sicherung, in: Institut der deutschen Wirtschaft (Hrsg.), Perspektive 2050. Ökonomik des demographischen Wandels, S. 239–264

Pimpertz, Jochen, 2005, Alterssicherung im Drei-Generationenvertrag. Zur Berücksichtigung der Kindererziehung in der umlagefinanzierten Sozialversicherung. IW-Positionen Nr. 14. Köln

Pollack, Robert A., 1985, A transaction cost approach to families and households, in: Journal of Economic Literature, Vol. 23, S. 581–608

Ranson, Gillian, 1998, Education, work and family decision making: finding the “right time” to have a baby, in: The Canadian Review of Sociology & Anthropology 35 (4), S. 517-533

Rindfuss, Ronald R. / **Morgan**, Philip S. / **Offutt**, Karen, 1996, Education and the changing age pattern of American fertility: 1963-1989, in: Demography Nr. 33 (3), S. 277–290

Rosenschon, Astrid, 2001, Familienförderung in Deutschland – eine Bestandsaufnahme. In: Kieler Arbeitspapier Nr. 1071. Kiel

Rürup, Bert / **Gruescu**, Sandra, 2003, Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung, Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin

Sächsischer Landtag, 2004, Beschluss zur Einsetzung einer Enquete-Kommission „Demografische Entwicklung und ihre Auswirkungen auf die Lebensbereiche der Menschen im Freistaat Sachsen sowie ihrer Folgen für die politischen Handlungsfelder“. Drucksache 4/0108. Dresden

Sacksofsky, Ute, 2000, Steuerung der Familie durch Steuern, in: Neue Juristische Wochenschrift, 53. Jg., Heft 27, S. 1896–1903

Schäfer, Holger / **Seyda**, Susanne, 2004, Arbeitsmärkte, in: Institut der deutschen Wirtschaft (Hrsg.), Perspektive 2050. Zur Ökonomik des demographischen Wandels, S. 97–120

Schaich, Eberhard, 1977, Schätz- und Testmethoden für Sozialwissenschaftler. München

Schmid, Josef / **Heigl**, Andreas / **Mai**, Ralf, 2000, Sozialprognose. Die Belastung der nachwachsenden Generation. München

Schmidt, Manfred G., 1993, Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern im Industrieländervergleich. Opladen

Schmidt, Renate / **Mohn**, Liz (Hrsg.), 2004, Familie bringt Gewinn. Innovationen durch Balance von Familie und Arbeitswelt. Gütersloh

Schmitt, Christian, 2004, Kinderlose Männer in Deutschland – Eine sozialstrukturelle Bestimmung auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP). DIW-Materialien Nr. 34. Berlin

Schreiber, Wilfried, 1955, Existenzsicherheit in der industriellen Gesellschaft. Vorschläge zur „Sozialreform“, Schriftenreihe des Bundes Katholischer Unternehmer Nr. 3. Köln

Schulz-Nieswandt, Frank, 2002, Arbeit und Freizeit. Erwartungen und Enttäuschungen, in: Bellebaum, Alfred (Hrsg.), Glücksforschung. Eine Bestandsaufnahme, S. 193-213

Schulz-Nieswandt, Frank, 2004, Geschlechterverhältnisse, die Rechte der Kinder und Familienpolitik in der Erwerbsarbeitsgesellschaft. Münster

Schwarz, Karl, 1999, Bedeutung des Haushaltseinkommens für die Zahl der Kinder der Ehen mit abgeschlossener Familienbildung in den alten Bundesländern 1997. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Jg. 24, Nr. 3, S. 365-370

Schwarze, Johannes, 1998, Die Reform der geringfügigen Beschäftigung und das Arbeitsangebot verheirateter Frauen, in: Jahrbuch für Wirtschaftswissenschaften, Jg. 49, S. 221–242

Seyda, Susanne, 2003, Frauenerwerbstätigkeit und Geburtenverhalten, in: IW-Trends – Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung, Jg. 30, Nr. 2, S. 26–36

Simon, Julian, 1974, The effect of Income on Fertility, in: the economics of population: Key modern writings. Vol. II, S. 327-447

Sinn, Hans-Werner, 2003, Ist Deutschland noch zu retten?. München

Sleebos, Joëlle E., 2003, Low Fertility Rates in OECD Countries: Facts and Policy Responses. OECD Social, employment and migration working papers No. 15. Paris

Smeeding, Timothy / **Rainwater**, Lee, 2002, Comparing Living Standards across nations: Real Incomes at the top, the bottom and the middle. LIS working paper No. 266. Luxembourg

Smeeding, Timothy / **Ross**, Katherin / **England**, Paula / **Christopher**, Karen / **McLanahan**, Sara, 1999, Poverty and parenthood across modern nations: Finding from the Luxembourg Income Study. LIS working paper No. 194. Luxembourg

Statistik Austria, 2005, Standard-Dokumentation Metainformationen (Definitionen, Erläuterungen, Methoden, Qualität) zu den Laufenden Einkommensstatistiken. Internet: www.statistik-austria.com/standarddokumentation/003463.pdf [Stand 6-5-2006]

StBA – Statistisches Bundesamt, 1970 bis 2004, Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden

StBA – Statistisches Bundesamt, 2001, Nettoeinkommen und Zahl der Haushalte nach Haushaltsgruppen 1991 bis 2000. Wiesbaden

StBA – Statistisches Bundesamt, 2002, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998, Fachserie 15, Wiesbaden

StBA – Statistisches Bundesamt, 2004a, Bildung im Zahlenspiegel. Wiesbaden

StBA – Statistisches Bundesamt, 2004b, Kindertagesbetreuung in Deutschland. Einrichtungen, Plätze, Personal und Kosten 1990 bis 2002. Wiesbaden

Strohmeier, Klaus Peter, 1995, Familienpolitik und familiäre Lebensformen – Ein handlungstheoretischer Bezugsrahmen. In: Nauck, Bernhard / Onnen-Isemann, Corinna (Hrsg.): Familie im Brennpunkt von Wissenschaft und Forschung, S. 17 – 36

Strohmeier, Klaus-Peter, 2002, Family Policy – how does it work? In: Kaufmann, Franz-Xaver et al. (Hrsg.), Family Life and Family Policies in Europe. Vol. 2: Problems and Issues in Comparative Perspective, S. 321 – 362

Stutzer, Erich, 2000, Einkommensverhältnisse junger Familien in Deutschland. In: Jans, Bernhard / Habisch, André / Stutzer, Erich (Hrsg.), Familienwissenschaftliche und familienpolitische Signale. Max Wingen zum 70. Geburtstag, S. 433-438

Tipke, Klaus / **Lang**, Joachim, 1998, Steuerrecht, 16. Auflage. Köln

Unicef (Hrsg.), 2005, Child Poverty in Rich Countries 2005. The proportion of children living in poverty has risen in a majority of the world's developed economies. Florenz

US Bureau of the Census, 2005, online Datenbank. Internet: <http://www.census.gov/ipc/www/idbprint.html> [Stand 15-5-2006]

Vachris, Michelle A. / **Thomas**, James, 1999, International price comparisons based on purchasing power parity. In: Monthly Labor Review Nr. 4. Washington

Weber, Andrea Maria, 2004, Wann kehren junge Mütter auf den Arbeitsmarkt zurück? Eine Verweildaueranalyse für Deutschland, ZEW Discussion Paper No. 04-08. Mannheim

Weltbank, 2001, World Development Indicators. New York

Werdning, Martin, 1998, Zur Rekonstruktion des Generationenvertrags. Ökonomische Zusammenhänge zwischen Kindererziehung, sozialer Alterssicherung und Familienleistungsausgleich, Beiträge zur Finanzwissenschaft 3. Tübingen

Werding, Martin, 2003, Rente nach Kinderzahl: Argumente zugunsten einer unpopulären Idee, in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 52. Jg., Heft 2, S. 204–214

Wingen, Max, 2003, Bevölkerungsbewusste Familienpolitik, Grundlagen, Möglichkeiten und Grenzen, Publikationen des Instituts für Ehe und Familie, Nr. 14. Wien

Wirth, Heike / **Dümmler**, Kerstin, 2004, Zunehmende Tendenz zu späteren Geburten und Kinderlosigkeit bei Akademikerinnen. Eine Kohortenanalyse auf der Basis von Mikrozensusdaten. In: Informationsdienst Soziale Indikatoren, Nr. 32. Internet: www.gesis.org/Publikationen/Zeitschriften/ISI/pdf-files/isi-32.pdf [Stand 15-5-2006]

World Resource Institute, 1997, A guide to the global environment. Internet www.wri.org/wri/wr-96-97/ei_b2.html [Stand 15-5-2006]

Anhang

I. Die Luxemburger Einkommensstudie

Die Luxemburger Einkommensstudie (Luxemburg Income Study (LIS)) wurde auf Initiative der Luxemburger Regierung und des Zentrums für Bevölkerung, Armut und Politikstudien (CEPS) 1983 gegründet. Das Projekt ist gemeinnützig und umfasst derzeit 25 Länder, darunter die G7-Staaten bis auf Japan. LIS stellt nationale Umfragen der Mitgliedsländer an drei bis fünf Erhebungszeitpunkten zur Verfügung. Die Antworten sind dabei in drei Untergruppen, in Haushaltsdaten, in Personendaten und einen Kinderdatensatz aufgegliedert. Die Daten der LIS können nach einer Registrierung für ein bestimmtes Forschungsprojekt kostenlos genutzt werden, allerdings kann nicht auf die Originaldaten zugegriffen werden, da viele nationale Erhebungen wie beispielsweise auch das Sozio-ökonomische Panel, das in einer eingeschränkten Version den für Deutschland verfügbaren LIS-Datensatz darstellt, kostenpflichtig vertrieben werden. LIS stellt daher lediglich eine Auswahl an Variablen zu den Einkommens- und Arbeitsverhältnissen der Haushaltsmitglieder zur Verfügung. Die Nutzung der Daten ist dabei relativ umständlich. Der Forscher muss seine Anfragen in der Computersprache SAS, SPSS oder STAT per Email an den LIS-Server stellen. Damit können die benutzerfreundlichen Befehlsoberflächen dieser Programme nicht genutzt werden und der Forscher muss sich in die Befehlssyntax der Programmiersprachen einarbeiten. Dies stellt eine Barriere für die Nutzung der LIS-Daten dar, so dass die Datenbank bisher noch nicht optimal genutzt wird. Als Beispiel für die Komplexität der Syntaxprobleme wird hier eine verwendete Syntax abgebildet, welche der Auswertung der Kinderzahl der Frauen zwischen 30 und 42 Jahren in den einzelnen Berufsgruppen für Westdeutschland zu Grunde lag.

```
GET FILE = GE00P
    /KEEP = CASENUM PAGE PSEX PREL PACTIV PGWAGE PWEIGHT.
SORT CASES BY CASENUM.
SAVE OUTFILE = "U:/PERS".
GET FILE = GE00H
    /KEEP = D5 D7 D2 D11 D17 D27 CASENUM DPI.
SORT CASES BY CASENUM.
SAVE OUTFILE = "U:/HOUS".
MATCH FILES FILE = "U:/PERS"
    /TABLE = "U:/HOUS"
    /BY CASENUM.
SELECT IF D5 NE 3.
SELECT IF D7 LE 9.
Compute Ausw=0.
if (psex =2 & page > 29 & page < 43 & prel LE 3) AUSW=1.
```

```

execute.
Compute HHneu = Ausw*casenum.
SELECT IF HHneu>0 & d2 GE 18 & psex=2.
EXECUTE.
RECODE d11 (8,1 =1) (2,3 =2) (4 thru 7=3)
      (ELSE=0) INTO pactivgr.
RECODE d17 (10 thru 20=1) (100 thru 210 =2) (220=11)
      (230 thru 360=2) (400=11) (450=2) (500 thru 520=3)
      (550=4) (600 thru 630=5) (640 thru 720=11) (730=6)
      (740=11) (750=10) (800=8) (850=7) (900=11)
      (910 thru 920=9) (930 thru 990=11) (ELSE=0) INTO d17gr.
Crosstab d17gr by d27.

```

Die Mitarbeiter des LIS versuchen, die Benutzerfreundlichkeit der Analysen zu verbessern, aber die seit 2004 verfügbaren Online-Abfragen über das Internet mit bequemer Nutzeroberfläche stellen bisher nur eine begrenzte Anzahl von Variablen der neueren Datensätze zur Verfügung. Darüber hinaus behält sich LIS das Erstpublikationsrecht vor, ermutigt allerdings gleichzeitig die Benutzer, die Arbeiten an anderer Stelle weiter zu publizieren.

Durch die Beschränkung auf wenige Erhebungszeitpunkte geht auch die in manchen Länderumfragen angelegte Panelstruktur, das heißt die Befragung des gleichen Haushalts zu mehreren Zeitpunkten, verloren. Andererseits werden die Variablenamen von den LIS-Mitarbeitern vereinheitlicht, so dass länderübergreifende Studien relativ problemlos möglich sind. Es besteht allerdings die Gefahr, durch die suggerierte Einheitlichkeit Unterschiede in der Datenerhebung der einzelnen Länderumfragen zu übersehen und damit Fehler zu begehen. Beispielsweise weisen manche Länder unter der Variablen „prel“, welche die Beziehungen der Haushaltsmitglieder untereinander abbildet, dem Wert 3 die Beziehung „Kind“ zu, bei anderen Ländern steht die 3 hingegen für „nicht verheirateter Partner“. Werden nun Anfragen nach der Variablen prel = 3 gefiltert, werden die Aussagen von Kindern und Erwachsenen zusammen ausgewertet. Daher muss bei der Auswertung je Land eine andere Formulierung des Befehls gewählt werden.

II. Auswahl der Stichprobe

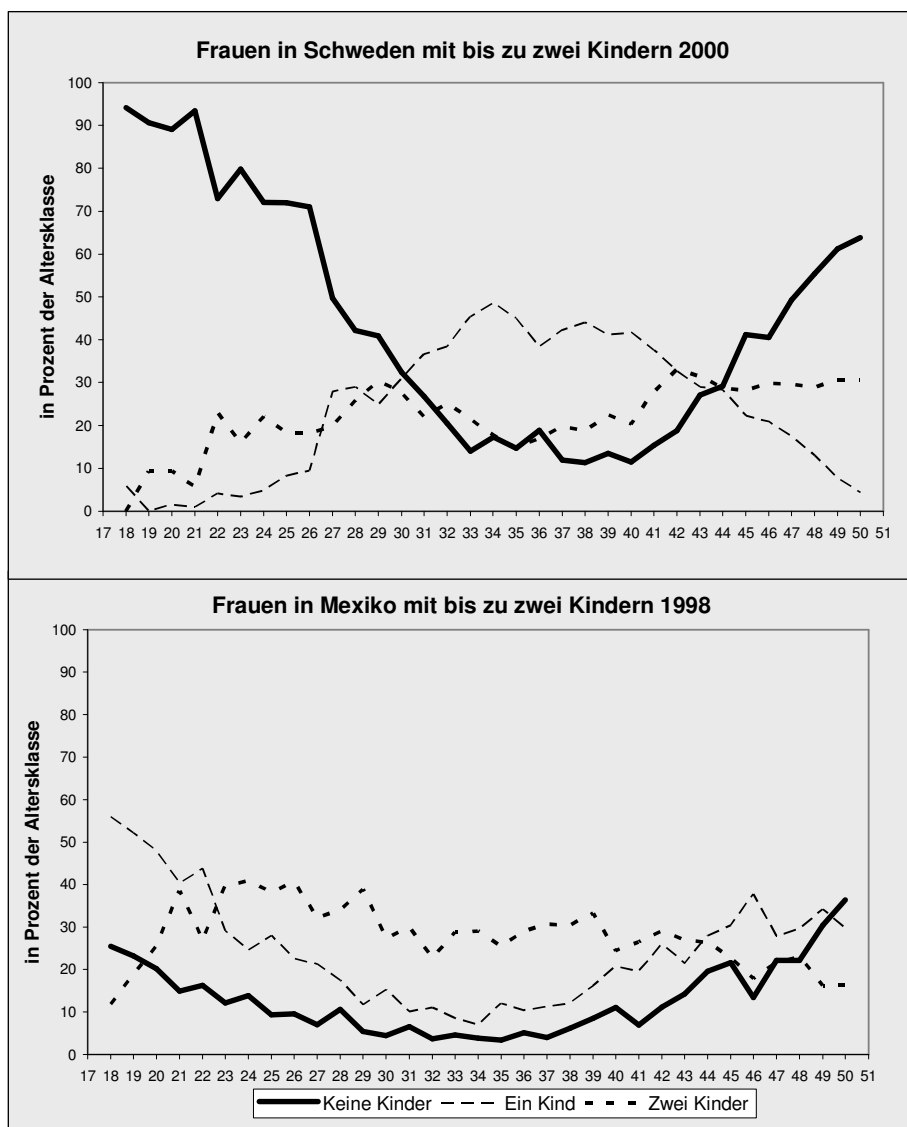
Um die Lebensverhältnisse von Familien und Haushalten ohne Kinder realitätsnah vergleichen zu können, müssten eigentlich nach Abschluss der Familienphase rückblickend die entsprechenden Kennziffern erhoben werden. Solche Daten auf Basis von Ereignissen oder Kohortenerhebungen liegen aber für den hier angestrebten

internationalen Vergleich nicht vor, so dass auf die Momentaufnahmen der Haushaltsbefragungen zurückgegriffen werden muss. Zur Verfügung stehen dabei grundsätzlich das europäische Haushaltspanel (ECHP) und die Luxemburger Einkommensstudie (LIS), welche über mehrere Länder und Jahre hinweg vergleichende Haushaltsbefragungen anbieten. Das ECHP wurde zum Jahr 2003 eingestellt und soll erst 2007 in anderer Form weitergeführt werden. Daher ist die LIS die derzeit einzig verfügbare Datenbank für Haushaltsfragen. Für Deutschland verwendet die Studie die Erhebungen des Sozioökonomischen Panels (SOEP).

Bei der Untersuchung jeglicher Fertilitätsfragen mit mikroökonomischen Haushaltsdaten stellt sich das Problem, dass keine Angaben zur tatsächlichen Anzahl der Kinder erfragt werden, sondern lediglich nach den im Haushalt lebenden Kindern unter 18 Jahren. Aus diesem Grund muss eine Eingrenzung der Stichprobe vorgenommen werden. Ohne diese wären beispielsweise alle Rentnerhepaare in der Statistik kinderlos und der Vergleich zwischen Familien und Kinderlosen würde erheblich verzerrt und damit aussagegelos. Es wird daher versucht, Haushalte in der aktiven Familienphase miteinander zu vergleichen, also einer Zeitspanne, in der die Familienbildung bereits begonnen hat, die ältesten Kinder aber noch nicht aus dem Hause sind. Gleichzeitig sollten die Grenzen nicht zu eng gezogen werden, um eine genügend große Stichprobe zu ermöglichen. Ein theoretisches Konzept, um diese Abgrenzung vorzunehmen, gibt es nicht. Einige Untersuchungen beschränken sich auf Familien mit Ehefrauen im Alter zwischen 35 und 40 Jahren (beispielsweise Schwarz, 1999). Dies ist aber problematisch, da einerseits sehr junge Mütter, welche ihre Kinder mit 18 Jahren bekommen, mit 36 bereits als kinderlos gelten und andererseits Akademikerinnen immer öfter erst in diesem Alter eine Familie gründen (Klein, 1989, S. 497; Wirth / Dümmler, 2004). Die deutlichen Unterschiede der Familiengründung nach dem Alter wurden im Laufe der Untersuchung bestätigt. Mit einem heuristischen Verfahren ergibt sich nach einer genauen Aufschlüsselung der Daten nach Alter und Kinderzahl der Ehefrau, dass sich in den Industriestaaten eine Abgrenzung anhand der Haushalte ohne Kinder anbietet. Ab einem Alter der Ehefrau von 30 Jahren ist die Gruppe der Kinderlosen gemessen am Median der sechs ausgewählten Länder USA, Deutschland, Kanada, Großbritannien, Schweden und Finnland erstmals nicht mehr die größte, ab einem Alter von 43 Jahren nimmt sie, durch das Ausziehen der Kinder aus den Haushalten bedingt, statistisch gesehen

wieder diesen Rang ein. Es wurden daher in dieser Studie lediglich Paarhaushalte berücksichtigt, in denen die Frau zwischen 30 und 42 Jahre alt ist. Ein Vergleich mit den Daten eines Schwellenlandes macht deutlich, dass diese gewählte Eingrenzung lediglich für die hier untersuchten westlichen Industrieländer typisch ist. Hingegen ist beispielsweise in einem Schwellenland wie Mexiko das Zeitfenster, in dem Kinder geboren werden und bei den Eltern wohnen, erheblich größer (Abbildung 22, die Darstellung wurde aus Gründen der Übersichtlichkeit auf Frauen mit bis zu zwei Kindern begrenzt).

Abbildung 22: Frauen in Schweden und Mexiko nach Kinderzahl und Alter



Quelle: Eigene Berechnungen (LIS)

Für die Untersuchung wurden die Erhebungswellen um das Jahr 1980, 1990 und 2000 herangezogen. Es handelt sich dabei jeweils um getrennte Stichproben und nicht um eine Auswertung von Befragungen derselben Personen über mehrere Jahre

hinweg. Durch den Rückgriff auf nationale Panels liegen nicht immer Daten aus demselben Jahr vor, was aber für die hier gewählte mittelfristige Perspektive keine Einschränkung bedeutet. Im einzelnen wurden folgende Jahre verglichen: Deutschland 1981, 1989, 2000. Großbritannien 1979, 1991, 1999. USA 1979, 1991, 2000. Kanada 1981, 1991, 2000, Schweden 1981, 1992, 2000. Finnland 1987, 1991, 2000.

Tabelle 41: Charakterisierung der Stichproben
- Paarhaushalte mit Frauen zwischen 30 und 42 Jahren -

	Deutschland	USA	Kanada	Großbritannien	Schweden	Finnland
Jahr	2000	2000	2000	1999	2000	2000
N	2354	9025	5664	4442	2194	2282
Kinderzahl im Durchschnitt	1,53	1,76	1,68	1,67	1,85	1,85
Standardabweichung	1,03	1,26	1,12	1,17	1,05	1,25
Amtliche Fertilitätsrate (TFR)	1,38	1,91	1,60	1,64	1,54	1,73
Jahr	1989	1991	1991	1991	1992	1991
N	1026	11480	4619	1195	2331	3367
Kinderzahl im Durchschnitt	1,56	1,74	1,77	1,73	1,84	1,64
Standardabweichung	1,12	1,22	1,15	1,12	1,11	1,87
Amtliche Fertilitätsrate (TFR)	1,40	2,05	1,79	1,83	2,13	1,78
Jahr	1981	1979	1981	1979	1981	
N	635	2661	3102	1375	2439	
Kinderzahl im Durchschnitt	1,68	2,04	2,07	1,98	1,84	
Standardabweichung	0,96	1,35	1,21	1,16	0,99	
Amtliche Fertilitätsrate (TFR)	1,44	2,99	1,75	1,90	1,68	
Sonderauswertungen von West- und Ostdeutschland						
Jahr	Westdeutschland 2000	Ostdeutschland 2000	Westdeutschland 1994	Ostdeutschland 1994		
N	1841	513	1064	467		
Kinderzahl im Durchschnitt	1,57	1,38	1,58	1,62		
Standardabweichung	1,07	0,88	1,12	0,85		
Amtliche Fertilitätsrate (TFR)	1,41	1,21	1,35	0,77		

Quelle: Eigene Berechnungen (LIS)

Die gewählte LIS-Stichprobe liefert zu allen Zeitpunkten für die USA niedrigere und für Deutschland höhere Werte als die amtliche Fertilitätsrate (TFR) der 15-45-jährigen. Deutschland hat aber stets wie in der TFR die niedrigsten Werte unter den Ländern. 1980 und 2000 liegen die Durchschnittswerte der LIS-Stichprobe in den anderen Ländern über der amtlichen TFR, 1990 darunter. Ursachen für diese Verschiebungen liegen in der Auswahl von Paarhaushalten, was die Fertilitätsraten von Alleinerziehenden ausblendet und im gewählten Alterszeitfenster, so dass Geburten von sehr jungen Frauen tendenziell ignoriert werden und andererseits die Verschiebung von Geburten in ein höheres Lebensalter zu einem anderen Zeitpunkt als in der amtlichen Statistik abgebildet wird.

III. Die statistischen Prüfmethoden

Es werden in dieser Studie vor allem Variablen zum Einkommen, Bildung und der Kinderzahl untersucht. Die Variablen liegen verhältnisskaliert vor. Der Wertebereich unterscheidet sich bei den Variablen erheblich. Das Jahreslohneinkommen der einzelnen Personen reicht in der deutschen Stichprobe im Jahr 2000 beispielsweise von 80 bis 674.800 DM, die Kinderzahl hingegen wird lediglich von 0 bis vier ausgewiesen. Es ist daher von vorneherein zu vermuten, dass die Variablen nicht normalverteilt sind. Um die Ablehnung der Normalverteilung der beiden Variablen statistisch zu prüfen, wird zunächst der Kolmogorov-Smirnoff-Test auf Normalverteilung durchgeführt.

Beim Kolmogorov-Smirnoff-Anpassungstest wird geprüft, ob die unbekannte Verteilungsfunktion $F(x)$ der betrachteten Grundgesamtheit mit einer hypothetischen Verteilungsfunktion $F_0(x)$ übereinstimmt (Hartung et al., 2002, 183f.; Bosch, 1998, 377f.). Dabei wird lediglich vorausgesetzt, dass die hypothetische Verteilung $F_0(x)$ stetig ist. Nullhypothese und Alternativhypothese lauten

$H_0: F(x) = F_0(x)$ für alle x ,

$H_1: F(x) \neq F_0(x)$ für wenigstens ein x .

Für die hier durchgeführte Untersuchung wurde als Nullhypothese überprüft, ob es sich bei der unbekanntenen Grundgesamtheit um eine Normalverteilung handelt. Das Signifikanzniveau wurde auf ein Prozent festgelegt. Für die Variablen zu Einkommen

und Kinderzahl ergibt sich, dass die Nullhypothese abzulehnen ist, alle Testergebnisse sind hoch signifikant ($p \leq 0,001$). Um die Korrelation zwischen Einkommen und Kinderzahl zu testen, kam nicht der übliche Spearman Test in Frage, da dieser mit den Mittelwerten der Verteilung als Bezugsgröße arbeitet (Bamberg / Baur, 2002, 38f.). Es wurde auf Rangkorrelationstests ausgewichen, welche auf der Reihenfolge der Ausprägungen basieren und lediglich die Ordinalskalierung als Voraussetzung haben. Zur Untersuchung des Zusammenhangs von Einkommen und Kinderzahl wurde der Rangkorrelationstest nach Kendall und als Test zum Vergleich der Stichproben von Paaren mit und ohne Kinder der U-Test nach Mann und Whitney angewendet.

Der Rangkorrelationstest nach Kendall

Der Rangkorrelationstest nach Kendall ordnet die Wertepaare der beiden Variablen in je einer Rangfolge und prüft dann, ob die beiden Werte eines Paares in der Rangordnung übereinstimmen oder nicht (Bosch, 1998, 62ff.; Hartung, 2002, 559ff.). Entsprechend werden Null- und Alternativhypothese formuliert:

H_0 : Die Variablen der Grundgesamtheit sind unabhängig

H_1 : Die Variablen der Grundgesamtheit sind nicht unabhängig

Man weist den Wertepaaren $(x_i; y_i)$ zunächst Rangzahlen $(R(x_i); R(y_i))$ mit $i = 1, \dots, n$ zu und ordnet die Stichprobe nach dem ersten Rangwert $R(x_i)$ des Wertepaares in aufsteigender Reihenfolge, so dass die kleineren Rangwerte links von den größeren stehen (Hartung, 2002, 559f.). Dadurch werden auch die Rangwerte $R(y_i)$ der zweiten Variable in eine Reihenfolge gebracht. Tritt eine Merkmalsausprägung öfters auf, so wird jeder Ausprägung dieser Gruppe das arithmetische Mittel derjenigen Ränge zugewiesen, welche die gleichen Beobachtungswerte einnehmen (so genannte Bindungen). Bei der Variablen Kinderzahl ist zu erwarten, dass viele Bindungen auftreten, da nur wenige Merkmalsausprägungen (null bis vier oder mehr Kinder) vorkommen können. Der Kendallsche Rangkorrelationskoeffizient τ vergleicht nun über die Variable q , wie viele Werte von $R(y_i)$ rechts von einem bestimmten $R(y_i)^*$ stehen und einen kleineren oder gleich großen Rang haben. q misst also die Abweichung von einer streng aufsteigenden Ordnung. Der Rangkorrelationskoeffizient τ wird dabei wie folgt berechnet:

$$\tau = 0,5n(n-1) - 2 \sum_{i=1}^n q_i$$

Das folgende Beispiel (Tabelle 42) mit $n=4$ verdeutlicht die Berechnung von q :

Tabelle 42: Beispiel zur Berechnung von q

x_i	25	27	34	38
y_i	36	25	23	39
$R(x_i)$	1	2	3	4
$R(y_i)$	3	2	1	4
q	2	1	0	0

Quelle: Eigene Darstellung

In dem Beispiel ergibt sich: $\tau = 0,5 \cdot 4 \cdot (4-1) - 2 \cdot (2+1+0+0) = 0$

Wann die Nullhypothese abgelehnt werden kann, hängt von der maximalen Wahrscheinlichkeit ab (dem Signifikanzniveau), mit welcher der Anwender einen Fehler 1. Art zulässt. In der vorliegenden Studie wurde das Signifikanzniveau auf fünf Prozent festgelegt ($\alpha = 0,05$), nach der Kendallschen K-Statistik ergibt sich für $n = 4$ ein kritischer Wert von $\tau^* = 6$ (Hartung, 2002, 249). In dem hier gewählten Beispiel mit $\tau = 0$ kann die Nullhypothese also nicht abgelehnt werden. Man geht davon aus, dass die beiden Merkmale unabhängig sind.

Der Einfluss des Stichprobenumfangs auf den Korrelationskoeffizienten τ

Bei der Untersuchung der einzelnen Frauenkohorten auf den Zusammenhang zwischen Bildung und Kinderzahl überrascht in den Stichproben von Deutschland und Großbritannien die hohe Schwankungsbreite der Signifikanzwerte. Diese ist zum Teil auf die nahe bei Null liegenden Werte des Korrelationskoeffizienten zurückzuführen (Kapitel 2.2.2). Wenn dieser nahe bei Null liegt, konvergiert die Wahrscheinlichkeit des Fehlers der 1. Art gegen eins. Es könnte sich darin aber auch ein Zusammenhang mit dem Stichprobenumfang spiegeln, da ja die einzelnen Frauenkohorten zum Teil nur relativ geringe Fallzahlen aufweisen. Die kleinste Kohorte der untersuchten Stichproben hat einen Umfang von 89 Fällen. Im Folgenden wird daher der Einfluss der Stichprobengröße auf die Signifikanz des Kendallschen Korrelationskoeffizienten genauer untersucht. In die Formel zur Berechnung des Kendallschen Korrelationsko-

effizienten τ gehen nur zwei Variablen ein: Die Größe der Stichprobe n und der Schätzer für das Maß an Abweichungen q . Ist die Anzahl der Beobachtungen n groß, so ist die transformierte Kendallsche Teststatistik:

$$\tau^* = \frac{\tau}{\sqrt{n(n-1)(2n+5)/18}}$$

auf dem Rand der Nullhypothesen approximativ normalverteilt, so dass als kritischer Wert das $1-\alpha$ Quantil der Standardnormalverteilung herangezogen wird. Bei dem gewählten Signifikanzniveau von $\alpha = 0,05$ hat das 0,95-Quantil der Standardnormalverteilung den Wert 1,65 (Hartung, 2002, 891). Setzt man $\tau^* = 1,65$ und den Stichprobenumfang n für die einzelnen Länder in die Gleichung ein, so kann man den Mittelwert der Summe der Abweichungsmaße q berechnen.

$$\tau^* = \frac{0,5n(n-1) - 2\sum q_i}{\sqrt{n(n-1)(2n+5)/18}} \geq 1,65$$

Teilt man den Mittelwert durch den Stichprobenumfang, so erhält man ein Maß für die Abweichungstoleranz. Die Abweichungstoleranz drückt aus, wie viele Werte mindestens von der erwarteten Rangordnung der Rangwerte abweichen müssen, damit die Nullhypothese abgelehnt werden kann. Bei dem gewählten Signifikanzniveau erhält man bei Betrachtung der Gesamtstichproben ein stabiles Ergebnis von knapp 0,25 (Tabelle 43). Es müssen also mehr als ein Viertel der Werte von der erwarteten Ordnung abweichen, damit die Nullhypothese vorläufig abgelehnt werden kann. Ist der Stichprobenumfang allerdings klein, so sinkt die Abweichungstoleranz. Die folgende Tabelle zeigt, dass in der Stichprobe der Frauen zwischen 30 und 43 Jahren bei den großen Stichprobenumfängen die Abweichungstoleranz stabil bei etwa einem Viertel liegt, während sie bei den kleinen Stichproben der einzelnen Kohorten zum Teil deutlich darunter liegt. Da nur Frauen aus den Stichproben ausgewählt wurden, welche mit einem männlichen Partner in einem eigenen Haushalt leben, sind die Umfänge der Stichproben der unter 25-Jährigen zum Teil sehr klein.

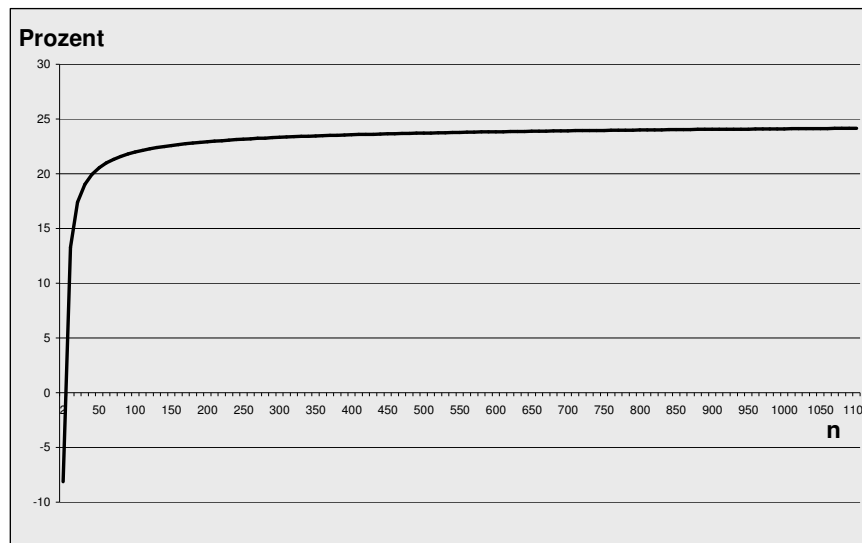
Tabelle 43: Stichprobenumfang und Abweichungstoleranz

	Deutschland	USA	Kanada	Großbritannien
Stichprobenumfang n	2354	9108	5664	3454
τ^*	72,7 - 0,00005 Σq_i	143,1 - 0,000007 Σq_i	112,9 - 0,00001 Σq_i	88,1 - 0,00003 Σq_i
für $\tau^*=1,65$ ist Mittelwert q	574,9	2250,5	1395,1	847,1
Abweichungstoleranz in Prozent von n	24,4	24,7	24,6	24,5
kleinster Kohortenumfang	14	149	253	241
τ^*	5,0 - 0,109 Σq_i	18,1 - 0,003 Σq_i	23,7 - 0,0014 Σq_i	23,1 - 0,001 Σq_i
für $\tau^*=1,65$ ist Mittelwert q	2,2	33,6	58,6	55,7
Abweichungstoleranz in Prozent von n	15,5	22,6	23,2	23,1

Quelle: Eigene Berechnungen (LIS)

Bei den einzelnen Kohorten zeigt sich daher in Deutschland ein Einfluss von n auf das Ergebnis. Die Abweichungstoleranz sinkt, das heißt, immer weniger Abweichungen reichen aus, um ein signifikantes Ergebnis zu erhalten. Damit hat nicht mehr nur q einen Einfluss auf τ^* sondern auch der (zu geringe) Stichprobenumfang n. Eine Simulation mit verschiedenen n zeigt, dass die Abweichungstoleranz für hohe Werte von n asymptotisch gegen den Wert 25 konvergiert (Abbildung 23). Für Großbritannien kann hingegen kein Einfluss von n auf das Ergebnis nachgewiesen werden, alle Kohorten sind ausreichend hoch besetzt.

Abbildung 23: Abweichungstoleranz in Abhängigkeit von n



Quelle: Eigene Berechnungen

Für Werte unter $n = 200$ sinkt sie deutlich und wird für $n=2$ und $n=3$ sogar negativ. Entsprechend ist der Kendallsche Rangkorrelationstest erst ab einem Stichprobenumfang von $n = 4$ zulässig (Hartung, 2002, 249). Für die Auswertung der einzelnen Kohorten liegen also immer genügend Werte n vor, um den Test anwenden zu können, bei einigen wenigen Auswertungen von Einzelkohorten hat die geringe Kohortengröße jedoch einen Einfluss auf die errechnete Signifikanz des Ergebnisses. Für die Auswertung der normalerweise gewählten Stichprobe, die mehrere Jahrgänge umfasst, ergibt sich das Problem nicht.

Der U-Test nach Mann und Whitney

Der U-Test nach Mann und Whitney wird zum nicht-parametrischen Vergleich von zwei unabhängigen Stichproben herangezogen und basiert wie der Kendallsche Rangkorrelationstest auf einer gemeinsamen Rangreihe der beiden Stichproben (Hartung, 2002, 519f.). Der Test ist im Ergebnis gleich dem Wilcoxon'schen Test (Bosch, 1998, 677ff.). Die Nullhypothese lautet, dass die Grundgesamtheit der beiden Stichproben die gleiche Verteilungsfunktion aufweisen, die Alternativthese, dass diese unterschiedlich sind.

$$H_0: F(x) = G(x)$$

$$H_1: F(x) \neq G(x)$$

Vergleicht man jeden Beobachtungswert aus der ersten Stichprobe mit jedem Beobachtungswert aus der zweiten Stichprobe, dann ist u die Anzahl der Fälle, die

dadurch gekennzeichnet sind, dass der Beobachtungswert aus der ersten Stichprobe größer ist als derjenige aus der zweiten (Schaich, 1977, 249f.). H_0 wird verworfen, wenn gilt:

$$u_{n_1; n_2} \leq u_{n_1; n_2; \alpha/2} \quad \text{oder} \\ u_{n_1; n_2} \geq n_1^* n_2 - u_{n_1; n_2; \alpha/2}$$

IV. Einkommen und Kaufkraftparitäten

Während die statistischen Tests stets mit den Rohdaten durchgeführt wurden, wurden die Einkommen für die graphische Darstellung und eine anschaulichere Interpretation in Klassen aufgeteilt und die Personen in diesen Klassen erfasst. Die Einkommen wurden zur besseren Vergleichbarkeit in Kaufkraftparitäten des jeweiligen Erhebungsjahres umgerechnet. Dabei wurden die Umrechnungsfaktoren der Weltbank verwendet (Weltbank, 2001). Kaufkraftparitäten versuchen, den Kaufkraftwert einer Währung im heimischen Markt zu messen und international vergleichbar zu machen. Am einfachsten verdeutlicht der regelmäßig veröffentlichte „Big-Mac-Index“ der Zeitschrift „The Economist“ das zu Grunde liegende Problem: Der Index weist den Preis eines Hamburgers der Fast-Food-Kette McDonalds in verschiedenen Ländern auf Basis der aktuellen Wechselkurse aus. Obwohl das Produkt durch die Franchising-Vorgaben des Unternehmens auf der ganzen Welt annähernd gleich ist und die Zentrale auch Preisvorgaben durchsetzt, zeigen sich im Big-Mac-Index erhebliche Preisunterschiede. Dies liegt vor allem an der Volatilität der Wechselkurse und an der Problematik, dass diese kurzfristig nicht die Unterschiede in den Lebenshaltungsniveaus der einzelnen Länder widerspiegeln. Bei einem wie in der vorliegenden Studie angestrebten Vergleich der Lebensstandards kann es daher unter Umständen zu erheblichen Verzerrungen kommen. Um diese Probleme zu beheben, entwickelte das bei der Weltbank angesiedelte International Comparison Project Mitte der 90er Jahre Umrechnungsfaktoren, die auf einem Warenkorb mit mehreren hundert Gütern und dem Bezug zum Preisdurchschnitt der betrachteten Länder basieren (World Resource Institute, 1997, Kapitel 7). Mit diesem Konvertierungsfaktor können die zu messenden Größen (hier etwa das verfügbare Haushaltseinkommen oder das Bruttolohneinkommen) in eine künstlich geschaffene Währung, „internationale Dollar“, hier „Kaufkraftparitäten-Dollar“ (KKP-Dollar) genannt, umgerechnet werden. Für eine detaillierte Beurteilung des Konzepts der Kaufkraftparitäten siehe Vachris / Thomas (1999).

V. Gewichtungsfaktoren und Inflationsausgleich

Die Stichproben wurden mit einem Gewichtungsfaktor gegen zufällige Verzerrungen abgesichert. Dieser Faktor wird von den jeweiligen nationalen Erhebungsstellen zur Verfügung gestellt, um Unterschiede in der Antwortbereitschaft einzelner Stichprobengruppen auszugleichen, und kann nicht vom Anwender beeinflusst werden. Durch die Gewichtung werden die Gruppen (beispielsweise Alleinerziehende, Familien mit zwei vollwertigen Elternteilen etc.) wieder auf ihren ursprünglichen Anteil in der Zufallsstichprobe korrigiert. Als Vergleichsverteilung verwenden die nationalen Statistikinstitute große Stichproben oder Vollerhebungen, wie etwa Volkszählungen. Bei der Darstellung der Entwicklung von Einkommensgrößen im Zeitablauf (Kapitel 2.1.2) wurden die Originalwerte einheitlich in inflationsbereinigte Werte des Jahres 2000 umgerechnet. Dazu wurde der consumer price index der OECD herangezogen, welcher die Entwicklung eines Warenkorb eines Durchschnittskonsumenten als Grundlage hat. Für die hier vorliegende Fragestellung nach der Kaufkraft von Einkommen ist dies der am besten geeignete, international verfügbare Preisindex (OECD, Internetdatenbank 2005).

Lebenslauf

Nicola Elke Hülskamp, geb. Dickmann

Geburtstag: 23. Juli 1974
Geburtsort: Celle
Familienstand: verheiratet mit Prof. Dr. Martin Hülskamp
eine Tochter *30.10.2005

Ausbildung

1980 – 1984 Berneckschule Schramberg (Schwarzwald)
1985 – 1993 Gymnasium Schramberg,
mit Auslandsaufenthalten in USA und Frankreich
11. 5. 1993 Abitur (Note 1,0)
WS 1993-SS 1995 Grundstudium Volkswirtschaftslehre (VWL)
an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen und
Parallelstudium der Rhetorik bis zur Zwischenprüfung
Aug. 1995 – Sept. 1997 journalistisches Volontariat beim „Schwarzwälder Bote“
WS 1997 – SS 1998 Wiederaufnahme des VWL-Studiums in Granada (Spanien)
(Erasmus-Stipendium)
WS 1998 – SS 2000 Hauptstudium VWL in Tübingen, verschiedene journalistische
Praktika (Die Zeit, Der Spiegel)
November 2000 Diplom der Volkswirtschaftslehre („sehr gut“)
Diplomarbeit: „Das Streitschlichtungsverfahren der WTO –
Analyse und Reviewvorschläge aus verhandlungs-
orientierter Perspektive“

Berufstätigkeit

März 2001 – Jan. 2002 Wirtschaftsredakteurin der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (F.A.Z.) in Frankfurt am Main
Jan. 2002 – Sept. 2002 Wirtschaftskorrespondentin der F.A.Z. für die Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen mit Sitz in Leipzig bis zur betriebsbedingten Kündigung
Seit Okt. 2002 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Projekt: Zukunft der Arbeit)
Seit Mai 2003 Externe Promotion bei Prof. Dr. Eckart Bomsdorf an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät zu Köln
Seit April 2005 Ständiges Mitglied der Enquete-Kommission des Landtages Sachsen „Demografische Entwicklung und ihre Auswirkungen auf die Lebensbereiche der Menschen im Freistaat Sachsen sowie ihrer Folgen für die politischen Handlungsfelder“